Der Geschäftsbericht 2013.

Landesbank Baden-Württemberg

LB≡BW

Kenngrößen des LBBW-Konzerns.

Gewinn- und Verlustrechnung in Mio. EUR	1.1.–31.12.2013	1.1.–31.12.2012
Zinsergebnis	1 794	2 057
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 310	– 143
Provisionsergebnis	522	514
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	373	24
Finanzanlage-, at Equity- und EAV-Ergebnis	16	135
Sonstiges betriebliches Ergebnis[1)]	105	– 33
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	**2 500**	**2 554**
Verwaltungsaufwendungen	– 1 774	– 1 860
Operatives Ergebnis	**726**	**694**
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	– 300	– 305
Wertminderung Goodwill	– 3	0
Restrukturierungsergebnis	48	10
Konzernergebnis vor Steuern	**471**	**399**
Ertragsteuern	– 134	– 1
Konzernergebnis	**337**	**398**

Kennzahlen in %	1.1.–31.12.2013	1.1.–31.12.2012
Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE)	3,6	3,8
Cost Income Ratio (CIR)	63,5	72,6

Bilanzzahlen in Mrd. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Bilanzsumme	273,5	336,3
Eigenkapital	13,4	10,3

Kennzahlen gemäß SolvV (Basel 2.5)	31.12.2013	31.12.2012
Kernkapital (in Mrd. EUR)	14,7	14,7
Eigenmittel (in Mrd. EUR)	17,9	18,8
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	79,4	95,8
Kernkapitalquote (in %)	18,5	15,3
Gesamtkennziffer (in %)	22,5	19,7

Kennzahlen gemäß CRR/CRD IV (Basel III nach vollständiger Umsetzung)	31.12.2013	31.12.2012
Risikogewichtete Aktiva (in Mrd. EUR)	89,8	-
Harte Kernkapitalquote (in %)	12,6	-
Gesamtkennziffer (in %)	18,7	-

Mitarbeiter	31.12.2013	31.12.2012
Konzern	11 308	11 642

Rating (Stand 4. März 2014)

Rating-Agentur	Langfrist-Rating garantierte Verbindlichkeiten	Langfrist-Rating ungarantierte Verbindlichkeiten	Finanzkraft	Öffentliche Pfandbriefe	Hypotheken-pfandbriefe
Moody's Investors Service	Aaa[2)]	A3	D+	Aaa	Aaa
Fitch Ratings	AAA	A+	bbb–	AAA	–

1) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.
2) Rating Watch negativ.
Differenzen sind rundungsbedingt.

2013

Vorwort und Berichte 2

Vorwort des Vorstands. 3
Bericht des Aufsichtsrats. 8
Corporate Governance bei der LBBW. 18
Vergütungsbericht. 27
Compliance. 30

Zusammengefasster Lagebericht 32

Grundlagen des Konzerns. 34
Wirtschaftsbericht für den Konzern. 44
Risiko- und Chancenbericht. 55
Nachtragsbericht. 99
IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. 100
Prognosebericht. 104
Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank). 109

Konzernabschluss 116

Gewinn- und Verlustrechnung 119
Gesamtergebnisrechnung 120
Bilanz 122
Eigenkapitalveränderungsrechnung 124
Kapitalflussrechnung 126
Anhang (Notes) 129
- Grundlagen der Aufstellung. 129
- Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. 129
- Segmentberichterstattung. 156
- Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung. 163
- Angaben zur Bilanz. 171
- Angaben zu Finanzinstrumenten. 193
- Sonstige Angaben. 216

Weitere Informationen 240

Versicherung der gesetzlichen Vertreter. 241
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers. 242
Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen. 243
Beirat der LBBW/BW-Bank. 244
Kundenbeirat der Rheinland-Pfalz Bank. 247
Kundenbeirat Sachsen Bank. 248

Vorwort und Berichte.

Vorwort des Vorstands.

Sehr geehrte Kundinnen und Kunden, sehr geehrte Geschäftspartner des LBBW-Konzerns,

hinter uns liegt ein weiteres anspruchsvolles Jahr. Wettbewerbsintensive Märkte und steigende regulatorische Anforderungen waren für die gesamte Branche herausfordernd. Dennoch ist die LBBW wieder ein entscheidendes Stück vorangekommen. Besonders erfreulich ist, dass die 2009 gestartete, tiefgreifende Restrukturierung in allen wesentlichen Punkten erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Der Umbau der LBBW zu einer reinen Kundenbank ist gelungen, die kundenbezogenen Aktivitäten haben wir weiter ausgebaut. Risiken wurden erneut in hohem Maß reduziert.

2013 haben wir ein Konzernjahresergebnis vor Steuern nach IFRS in Höhe von 471 Mio. Euro erzielen können. Damit haben wir unser Ziel, das Jahr mit einem positiven Ergebnis abzuschließen, deutlich erreicht. Dies ist ein erfreuliches Ergebnis, zumal auch einige Belastungsfaktoren zu berücksichtigen waren: das Niedrigzinsumfeld, die zunehmenden Regulierungskosten, eine sich normalisierende Kreditrisikovorsorge und unser fortgesetzter Risikoabbau, vor allem im sogenannten Kreditersatzgeschäft, seien an dieser Stelle genannt. Insgesamt können wir zu Jahresbeginn auf acht positive Quartalsergebnisse in Folge zurückblicken. Das zeigt, dass die im Zuge der Finanzmarktkrise eingeleitete tiefgreifende Restrukturierung und Neuausrichtung zur angestrebten nachhaltigen Stabilisierung des Hauses geführt hat.

Auf Ebene der LBBW (Bank) haben wir 2013 ein Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung (nach HGB) in Höhe von 531 Mio. Euro erzielt. Damit werden wir nicht nur die laufenden Zinszahlungen für die bestehenden Genussscheine und Stillen Einlagen bedienen, sondern auch noch ausstehende, in den Vorjahren ausgefallene Zinszahlungen vollständig nachholen können.

Dies war uns besonders wichtig, um das in die Erneuerungsfähigkeit der Bank gesetzte Vertrauen auch an dieser Stelle zu rechtfertigen. Nach dieser Zinsnachholung und der laufenden Bedienung des Hybridkapitals verbleibt ein Bilanzgewinn in Höhe von 72 Mio. Euro.

Wie schon im Vorjahr, haben auch im Geschäftsjahr 2013 alle operativen Segmente des Hauses positiv zum Konzernergebnis beigetragen. Ein zentraler und zuverlässiger Ertragsbringer für unser Haus war auch 2013 das Segment Corporates. Angesichts schwieriger Rahmenbedingungen im Unternehmenskundengeschäft, das durch ein wettbewerbsintensives Marktumfeld und eine nur verhaltene Kreditnachfrage der Wirtschaft geprägt war, blieb das Ergebnis allerdings hinter dem des recht starken und von einer außergewöhnlich niedrigen Kreditrisikovorsorge geprägten Vorjahrs zurück. Erfreulich sind die positiven Erfahrungen, die wir im Rahmen unserer regionalen Wachstumsinitiativen im Unternehmenskundengeschäft machen.

Im Segment Retail/Sparkassen verzeichneten wir 2013 ein Ergebnis leicht über Vorjahresniveau. Hierbei erwies sich das Geschäft mit unseren privaten Kunden trotz des niedrigen Zinsniveaus, kostenintensiver zusätzlicher Anforderungen des Verbraucherschutzes und eines ebenfalls intensiven Wettbewerbs am Markt einmal mehr als eine stabile Größe in der Geschäftsentwicklung. Zudem zeigen unsere Investitionen in den Ausbau des Geschäfts mit vermögenden Kunden ermutigende Erfolge.

Im Segment Financial Markets verzeichneten wir 2013 ebenfalls ein über dem Vorjahresniveau liegendes Ergebnis. Die Entwicklung wurde neben einem ordentlichen operativen Geschäft auch von Sonderfaktoren getragen. In seiner jetzigen kundenorientierten Ausrichtung ist das Kapitalmarktgeschäft ein wichtiger Ertragsbringer und wertvoller Bestandteil unseres nachhaltigen Geschäftsmodells, der es uns ermöglicht, unsere verschiedenen Kunden mit maßgeschneiderten Lösungen und Produkten zu unterstützen.

Unsere Risikoaktiva haben wir durch den gezielten und konsequenten Abbau von Risikopositionen außerhalb unseres Kerngeschäfts im Jahresverlauf nochmals deutlich reduziert. Schon heute erfüllen wir die zukünftig anspruchsvolleren Standards nach Basel III. Unsere harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung einer vollständigen Umsetzung der Anforderungen von Basel III hat sich im Zuge dieser Maßnahmen sowie der Wandlung Stiller Einlagen unserer Träger in Höhe von 2,2 Mrd. Euro per 1. Januar 2013 abermals deutlich verbessert und beträgt zum 31. Dezember 2013 12,6%. Auf dieser Basis werden wir der heimischen Wirtschaft auch zukünftig als leistungsfähiger Finanzierungspartner zur Seite stehen können. Zudem sehen wir uns damit für die umfassende Bankenprüfung im Vorfeld der Übernahme der Aufsicht durch die Europäische Zentralbank gut gerüstet. Vorbehaltlich der notwendigen Zustimmung durch die Bankenaufsicht, planen wir im laufenden Jahr weiterhin eine Milliarde Euro Hybridkapital an unsere Träger zurückzuzahlen. Die harte Kernkapitalquote unter Basel III bleibt davon unberührt.

Wir gehen davon aus, dass das bankwirtschaftliche Umfeld aufgrund der anhaltend vielfältigen Regulierungsmaßnahmen und des anspruchsvollen Wettbewerbs- und Zinsumfelds auch 2014 herausfordernd sein wird. Trotzdem blicken wir nach dem erfolgreichen Abschluss der Restrukturierungsphase mit einiger Zuversicht in die Zukunft. Dass wir die Restrukturierung 2013 abschließen konnten, war ein wichtiger Schritt für unser Haus. Dass die EU-Kommission, angesichts der umgesetzten Corporate-Governance-Strukturen auf den ursprünglich geforderten Rechtsformwechsel verzichtet hat, sehen wir dabei auch als weitere Bestätigung unserer seriösen Restrukturierungsleistung. Mit dem im Zuge der Restrukturierung vollzogenen tiefgreifenden Wandel haben wir uns eine gute Ausgangsposition im Wettbewerb geschaffen: als Institut mit einem klar auf das Kundengeschäft ausgerichteten Geschäftmodell, in dessen Mittelpunkt langjährige Beziehungen, seriöse Produkte und Qualität in Service und Beratung stehen. Diese Position wollen wir nun konsequent und nachhaltig festigen und ausbauen. Dabei werden wir weiterhin ein großes Augenmerk auf ein risiko- und kostenbewusstes Handeln legen. Wir erwarten daher auch 2014 ein deutlich positives Ergebnis.

Allen, die uns auf dem steinigen Weg der vergangenen Jahre begleitet und unterstützt haben, danken wir an dieser Stelle nochmals herzlich: unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, unseren Trägern, ganz besonders aber auch den vielen treuen Kunden und Geschäftspartnern unseres Hauses, die uns auch in der schwierigen Phase der Restrukturierung ihr Vertrauen geschenkt und uns in unserem Weg bestätigt haben. Auf dieser Basis werden wir die Entwicklung der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns weiter vorantreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender



MICHAEL HORN
Stellvertretender Vorsitzender



KARL MANFRED LOCHNER



INGO MANDT



DR. MARTIN SETZER



VOLKER WIRTH

Bericht des Aufsichtsrats.

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei der Leitung des Unternehmens haben wir den Vorstand der LBBW im abgelaufenen Geschäftsjahr beraten und die Geschäftsführung der LBBW regelmäßig überwacht. Über wesentliche Entwicklungen der Bank sowie des Konzerns im Jahr 2013 hat uns der Vorstand der Landesbank Baden-Württemberg regelmäßig, zeitnah und umfassend informiert. Die wirtschaftliche Situation der einzelnen Geschäftsfelder sowie die Geschäftslage des LBBW-Konzerns haben wir intensiv mit dem Vorstand erörtert. Ebenso haben wir uns über das Risiko-, Liquiditäts- und Kapitalmanagement der Bank sowie über Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung für die Bank informieren lassen und den Vorstand hierzu beraten. Daneben haben wir uns mit dem Vorstand zum Fortschritt der Restrukturierung ausgetauscht und die Unternehmensführung und -planung der LBBW kritisch hinterfragt und überwacht. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats stand ich auch zwischen den Sitzungen in regelmäßigem Kontakt mit dem Vorsitzenden des Vorstands. In Entscheidungen von wesentlicher Bedeutung für die LBBW war der Aufsichtsrat eingebunden und hat, soweit erforderlich, nach umfassender Beratung und Prüfung seine Zustimmung erteilt. Die ihnen per Gesetz und Satzung übertragenen Aufgaben haben der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse wahrgenommen.

Der im Beschluss der EU-Kommission vom 15. Dezember 2009 über die staatliche Beihilfe Deutschlands zur Umstrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg beauflagte Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft nach deutschem oder europäischen Recht wurde von der EU-Kommission im Rahmen einer erneuten Befassung mit dem Thema abgeändert. Die LBBW darf demnach auch zukünftig als Anstalt des öffentlichen Rechts firmieren. Im Gegenzug wurden weitgehende Verständigungen über die Governance-Struktur der LBBW getroffen, wobei u. a. die am 15. Dezember 2009 beauflagte Unabhängigkeit des Vorsitzenden des Aufsichtsrats über die laufende Amtsperiode hinaus verlängert wurde. Über die Einhaltung dieser Zusagen wird bis einschließlich des Geschäftsjahres 2020 berichtet.

Sitzungen des Aufsichtsrats.

Im Berichtsjahr fand sich der Aufsichtsrat zu insgesamt sechs Sitzungen zusammen, an denen jeweils auch die Vertreter der Rechtsaufsicht und der Bankenaufsicht teilnahmen.

Die Vorstandsberichte für den Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben wir kritisch hinterfragt und zum Teil ergänzende Informationen angefordert, die stets unverzüglich und zu unserer Zufriedenheit erteilt wurden.

Gegenstand sämtlicher ordentlicher Aufsichtsratssitzungen waren die regelmäßigen Berichte des Vorstands zur aktuellen Lage, die aktuelle Entwicklung der Risikoaktiva, der Eigenkapitalquoten und des Netto-Exposures gegenüber ausgewählten Staaten der Eurozone und die Berichte der jeweiligen Ausschussvorsitzenden aus den Ausschüssen. Soweit erforderlich, haben wir notwendige Beschlüsse aufgrund von Veränderungen in den Gremien gefasst. Auch im Jahr 2013 haben wir uns mit zahlreichen gesetzlichen und regulatorischen Änderungen befasst. Hierzu zählten beispielsweise die Debatten bzw. Auswirkungen der Beschlüsse zu Basel III, zum Trennbanken-Gesetz, zur EU-Einlagensicherung, zu den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen, zur Institutsvergütungsverordnung sowie zur möglichen Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

In der Sitzung am 25. Februar 2013 setzten wir uns intensiv mit dem Thema IT-Outsourcing und dem Geschäftsfeld Financial Markets auseinander. Daneben stimmten wir der Abgabe von Patronatserklärungen und einer geänderten Geschäftsverteilung und fachlichen Stellvertretung zu. Darüber hinaus befassten wir uns in dieser Sitzung mit dem Aktienemissionsgeschäft und tauschten uns zu Fragen des Retailgeschäfts aus.

Den Schwerpunkt der Sitzung am 22. April 2013 bildeten der Bericht des Vorstands zum Geschäftsjahr 2012 sowie die Feststellung des Jahresabschlusses 2012 und die Kenntnisnahme des Konzernabschlusses 2012. Grundlage der Beschlussfassung waren die Empfehlungen des Prüfungsausschusses und die nachfolgende ausführliche Erörterung mit dem Abschlussprüfer KPMG. Ergänzend haben wir dem Vorschlag des Prüfungsausschusses zugestimmt und der Hauptversammlung vorgeschlagen, die KPMG als Abschlussprüfer und Prüfer nach § 36 WpHG für

das Geschäftsjahr 2013 zu bestellen. Der Aufsichtsrat nahm zudem ergänzende Informationen zum IT-Outsourcing zur Kenntnis, stimmte dem vorgelegten Zielmodell zum IT-Outsourcing zu und beauftragte den Vorstand mit der Umsetzung im Rahmen der beschlossenen Eckpunkte.

In der Sitzung am 22. Juli 2013 nahmen wir von der vertraglichen Umsetzung des IT-Outsourcings sowie von der Risikobewertung Kenntnis, die Grundlage der Entscheidung zum IT-Outsourcing war. Im Anschluss setzten wir uns mit der geänderten Geschäftsordnung für den Risikoausschuss der LBBW sowie mit der möglichen Aufnahme von Nachrangkapital auseinander und fassten die hierzu erforderlichen Beschlüsse. Der Aufsichtsrat nahm zudem den ausführlichen Bericht des Vergütungsausschusses 2012 gemäß Institutsvergütungsverordnung zur Kenntnis. Daneben stimmten wir dem geänderten Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand zu und diskutierten intensiv die Entwicklungen und zukünftigen Trends im Privatkundengeschäft.

In unserer Sitzung am 23. September 2013 beschäftigten wir uns unter anderem mit dem Sachstand hinsichtlich der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen sowie mit Personalangelegenheiten. Daneben informierte uns der Vorstand über mögliche steuerrechtliche Implikationen von Geschäften, die länger in der Vergangenheit zurückliegen.

In unserer außerordentlichen Sitzung am 26. November 2013 befassten wir uns ausschließlich mit dem Thema Personalangelegenheiten.

In der letzten Sitzung des Kalenderjahres, am 16. Dezember 2013, befassten wir uns im Rahmen der Berichte aus den Ausschüssen unter anderem mit der Geschäftsstrategie sowie mit den wesentlichen Ergebnissen des Risikoberichts zum 30. September 2013. Daneben stimmte der Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Januar 2014 – unter anderem vor dem Hintergrund der erforderlichen Neuzuordnung des Risikocontrollings gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement – einer geänderten Geschäftsverteilung im LBBW-Vorstand zu. Zudem setzten wir uns schwerpunktmäßig mit dem Wirtschaftsplan 2014, der Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2018, der Personalstrategie und mit Beteiligungs- und Vorstandsangelegenheiten auseinander. Ebenso befassten wir uns mit Anforderungen im Rahmen des Balance Sheet

Assessments, der Institutsvergütungsverordnung und mit der Umsetzung der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen.

Ausschüsse des Aufsichtsrats – Anpassung Struktur Aufsichtsgremien an die Anforderungen von CRD IV.

Mit Blick auf eine ab dem 1. Januar 2014 gültige KWG-Novelle wurden Anpassungen in der Struktur der Ausschüsse des Aufsichtsrats vorgenommen.

Der Aufsichtsrat hat aus seiner Mitte insgesamt vier Ausschüsse gebildet. Neben den bereits bestehenden Risiko-, Prüfungs- und Präsidialausschuss – wobei letzterer die dem Nominierungsausschuss ab 1. Januar 2014 gesetzlich zugewiesenen Aufgaben übernimmt – hat der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 16. Dezember 2013 den ebenfalls nach dem novellierten KWG geforderten Vergütungskontrollausschuss errichtet. Die aktuelle Zusammensetzung der Ausschüsse ist auf Seite 16 dieses Geschäftsberichts abgedruckt.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum acht Mal. Gegenstand der Beratungen waren die Vorbereitung der Sitzungen des Aufsichtsratsplenums, insbesondere Personalia und Fragen der Vorstandsvergütung, Rechtsthemen sowie strategische Themenstellungen wie beispielsweise der Stand der Restrukturierung der LBBW. Ergänzend wurden Entscheidungen, welche in die originäre Zuständigkeit des Präsidialausschusses fallen, getroffen.

Der Prüfungsausschuss trat 2013 zu insgesamt fünf Sitzungen zusammen. Er erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers KPMG den Jahresabschluss und den Konzernabschluss der LBBW sowie die Prüfungsberichte. Der Prüfungsausschuss holte die Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers ein und erteilte, nach erfolgter Bestellung durch die Hauptversammlung, den Prüfungsauftrag an den Abschlussprüfer KPMG. Der Prüfungsausschuss vereinbarte mit dem Abschlussprüfer die Prüfungsschwerpunkte und das Honorar. Darüber hinaus befasste sich der Prüfungsausschuss mit Aufträgen an den Abschlussprüfer für projektbegleitende, nicht prüfungsnahe Leistungen, erteilte diese und regelte die Schwellenwerte für die Zustimmungspflicht bei der Beauftragung von Beratungsleistungen neu. Vom Sachstand bzw. von den Maßnahmen

zur Neuausrichtung der Internen Revision, den Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen sowie Compliance nahm der Prüfungsausschuss Kenntnis. In seiner Zuständigkeit wurde der Prüfungsausschuss rechtzeitig über steuerliche Implikationen von Geschäften, die länger in der Vergangenheit zurückliegen, informiert. Ergänzend erörterte er den Halbjahresfinanzbericht mit Vorstand und Abschlussprüfer. Der Prüfungsausschuss ließ sich regelmäßig über den aktuellen Stand und die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung unterrichten. Zudem hat sich der Ausschuss von der Wirksamkeit der internen Kontroll-, Risiko-, Revisions- und Compliancesysteme überzeugt und den Rechnungslegungsprozess überwacht. Der Prüfungsausschuss überprüfte die Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision sowie deren sachliche und personelle Ausstattung. Vertreter der Bereiche Compliance und Interne Revision der Bank haben regelmäßig über aktuelle Themenstellungen im Ausschuss berichtet. Ebenso wurde der Prüfungsausschuss über den Stand von Sonderprüfungen und Beanstandungen von Aufsichtsbehörden informiert. An den Sitzungen des Prüfungsausschusses nahmen Vertreter des Abschlussprüfers teil, die über ihre Prüfungstätigkeiten berichteten.

Der Risikoausschuss befasste sich in insgesamt zehn Sitzungen intensiv mit der Risikolage und dem Risikomanagement der Bank sowie den nach Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung vorlagepflichtigen Engagements der Bank und erteilte, sofern erforderlich, seine Zustimmung. Im Einzelnen befasste sich der Ausschuss mit Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Beteiligungs-, Rechts-, Reputations- und operationellen Risiken der Bank, welche ebenso wie die Erörterung der Risikotragfähigkeit einen Teil der regelmäßigen Berichterstattung in den Risikoberichten des Vorstands darstellten. Der Risikoausschuss erörterte die Geschäftsstrategie und daraus abgeleitet die konsistente Konzernrisikostrategie mit dem Vorstand. Verschiedene Portfolios wurden aufgrund der wirtschaftlichen oder regulatorischen Entwicklungen im Detail beleuchtet. Hierzu zählte auch die regelmäßige Berichterstattung zur Entwicklung des Abbaus des Kreditersatzgeschäfts der LBBW.

Im Rahmen der Berichterstattung durch die jeweiligen Vorsitzenden der Ausschüsse wurden die Mitglieder des Aufsichtsrats regelmäßig über die Arbeit in den Ausschüssen bzw. über die dort gefassten Beschlüsse informiert.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2013 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil (durchschnittliche Präsenz 89 %).

Aus- und Fortbildungsmaßnahmen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Sie wurden dabei von der LBBW angemessen unterstützt. Neben individuellen Fortbildungsmaßnahmen hat sich der Aufsichtsrat in insgesamt zwei Workshops von externen Spezialisten schulen lassen. Dabei wurden die Themenkomplexe »Rechtliches Update für Aufsichtsräte« und »Neue Tendenzen in der Bankenaufsicht« behandelt. Zudem wurde ein Ausblick auf die anstehenden regulatorischen, bilanziellen und rechtlichen Themenstellungen für 2014 gegeben.

Jahres- und Konzernabschluss.

Der Abschlussprüfer KPMG hat den Jahresabschluss und Konzernabschluss 2013 der LBBW unter Einbeziehung des Lageberichts geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Die Abschlussunterlagen und die wesentlichen Prüfungsberichte wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugesandt. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses erhielten darüber hinaus sämtliche Anlagen und Erläuterungen zu den Prüfungsberichten; alle Aufsichtsratsmitglieder hatten die Möglichkeit, die Unterlagen einzusehen. Der Abschlussprüfer nahm jeweils an den Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Der Prüfungsausschuss erörterte in seiner Bilanzsitzung am 24. März 2014 ausführlich die Abschlussunterlagen mit Vorstand und Abschlussprüfer.

Der Aufsichtsrat schloss sich in seiner Sitzung am 28. März 2014 nach Einsicht der Berichte und eingehender Diskussion der Empfehlung des Prüfungsausschusses an, dass keine Einwendungen gegen den Jahres- und Konzernabschluss zu erheben sind. Der Aufsichtsrat hat den vom

Vorstand aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2013 festgestellt und den Konzernabschluss 2013 zur Kenntnis genommen.

Interessenskonflikte.

Der Risikoausschuss befasste sich mit den nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) erforderlichen Kreditgenehmigungen sowie den Genehmigungen gemäß dessen Geschäftsordnung. Dabei nahmen diejenigen Aufsichtsratsmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers oder aus anderen Gründen einem möglichen Interessenskonflikt ausgesetzt waren.

Rechtsstreitigkeiten.

Wir haben uns im Aufsichtsrat und in den jeweiligen Ausschüssen fortlaufend detailliert über bedeutende Rechtsstreitigkeiten berichten lassen. Bei Bedarf haben wir von uns beauftragte externe Spezialisten hinzugezogen.

Personalia (Veränderungen in Aufsichtsrat und Vorstand).

Im Aufsichtsrat und im Vorstand der LBBW ergaben sich verschiedene Änderungen.

In Nachfolge von Herrn Professor Dr. Wolfgang Schuster wurde der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart, Herr Fritz Kuhn, mit Wirkung ab 7. Januar 2013 in den Aufsichtsrat entsandt.

Herr Carsten Claus, Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Böblingen und Landesobmann der baden-württembergischen Sparkassen, folgte im Aufsichtsrat zum 1. August 2013 Herrn Volker Wirth nach. Herr Wirth trat zum 1. August 2013 als Generalbevollmächtigter in die LBBW ein.

Herr Hans-Joachim Strüder, im Vorstand der LBBW für das Kapitalmarktgeschäft verantwortlich, schied mit Ablauf seines Vertrags zum 31. März 2013 aus dem Vorstand und der LBBW aus. Im Zuge des Ausscheidens von Herrn Strüder übernahm vorübergehend Herr Hans-Jörg Vetter die Leitung des Dezernats Financial Markets.

Im Juli 2013 wurde der Vertrag von Herrn Hans-Jörg Vetter verlängert.

Am 26. November 2013 haben wir Herrn Michael Horn, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der LBBW, mit dessen Einverständnis bis auf Weiteres von seinem Amt freigestellt. Herr Horn hat sich zu diesem Schritt vor dem Hintergrund des anstehenden Verfahrens am Landgericht Stuttgart entschlossen, um möglichen Schaden von der LBBW abzuwenden, obwohl er weiterhin davon überzeugt ist, dass die gegen ihn erhobenen Vorwürfe unter tatsächlichen und rechtlichen Gesichtspunkten unbegründet sind.

In unserer Sitzung vom 16. Dezember 2013 haben wir Herrn Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen als neues Vorstandsmitglied bestellt. Herr Alexander Freiherr von Uslar-Gleichen wird sein Amt spätestens zum 1. Oktober 2014 antreten.

Zum 1. Januar 2014 rückten die Herren Dr. Martin Setzer und Volker Wirth, die bisher als Generalbevollmächtigte tätig waren, in den Vorstand der Bank auf.

Im Namen der Mitglieder des Aufsichtsrats danke ich dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großen persönlichen Einsatz und ihre Leistungen im herausfordernden Geschäftsjahr 2013.

Für den Aufsichtsrat



HANS WAGENER
Vorsitzender

Aufsichtsrat der LBBW.

Vorsitzender.

HANS WAGENER
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL
Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

HANS BAUER
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

CARSTEN CLAUS
ab 1. August 2013
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

HARALD COBLENZ
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt
Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Südwestdeutschen Salzwerke AG

**PROF. DR. SC. TECHN.
DIETER HUNDT**
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Allgaier Werke GmbH

JENS JUNGBAUER
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank
Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
ab 7. Januar 2013
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt
Stuttgart

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatssekretär im Staatsministerium
Baden-Württemberg und Chef der
Staatskanzlei

GÜNTHER NOLLERT
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter der
Unternehmensgruppe Eberspächer

NORBERT H. QUACK
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

CLAUS SCHMIEDEL MDL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

PROF. DR. WOLFGANG SCHUSTER
bis 6. Januar 2013
Oberbürgermeister a. D. der
Landeshauptstadt Stuttgart

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

VOLKER WIRTH
bis 30. Juni 2013
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Präsidialausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

HANS WAGENER
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL
Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

FRITZ KUHN
ab 24. Januar 2013
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

PROF. DR. WOLFGANG SCHUSTER
bis 6. Januar 2013
Oberbürgermeister a. D. der
Landeshauptstadt Stuttgart

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Prüfungsausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

CARSTEN CLAUS
ab 1. August 2013
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

VOLKER WIRTH
bis 30. Juni 2013
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell

Stv. Vorsitzender.

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatssekretär im Staatsministerium
Baden-Württemberg und Chef der
Staatskanzlei

Mitglieder.

HELMUT HIMMELSBACH
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Südwestdeutschen Salzwerke AG

GÜNTHER NOLLERT
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

NORBERT H. QUACK
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
Vorsitzender des Verwaltungsrats der
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

Gast.

HANS WAGENER
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Risikoausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden Württemberg

Stv. Vorsitzender.

HANS WAGENER
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Mitglieder.

CARSTEN CLAUS
ab 01. August 2013
Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Böblingen

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister
der Stadt Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

**PROF. DR. SC. TECHN.
DIETER HUNDT**
Vorsitzender des Aufsichtsrats der
Allgaier Werke GmbH

CLAUS SCHMIEDEL MDL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag
von Baden-Württemberg

NORBERT H. QUACK
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack
Gutterer & Partner

VOLKER WIRTH
bis 30. Juni 2013
Sparkassendirektor, Vorsitzender des
Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell

Vergütungskontrollausschuss der LBBW.

Vorsitzender.

HANS WAGENER
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL
Stv. Ministerpräsident,
Minister für Finanzen und Wirtschaft
des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

FRITZ KUHN
Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Stuttgart

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes
Baden-Württemberg

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der Landesbank
Baden-Württemberg

Corporate Governance bei der LBBW.

Gute Corporate Governance hat bei der Landesbank Baden-Württemberg einen hohen Stellenwert. Die LBBW berücksichtigt wesentliche Aspekte des Deutschen Corporate Governance Kodex. Dieser stellt wesentliche gesetzliche Vorschriften zur Leitung und Überwachung deutscher börsennotierter Gesellschaften dar und enthält – auch in Form von Empfehlungen – international und national anerkannte Standards guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung.

Aufgrund seiner Ausrichtung auf börsennotierte Aktiengesellschaften ist der Kodex für die Landesbank Baden-Württemberg als nicht-börsennotiertes Kreditinstitut in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts nicht in allen Punkten anwendbar. Einige Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex lassen sich daher auf die Landesbank Baden-Württemberg nur analog übertragen. Inhaltlich orientiert sich die Corporate Governance der LBBW jedoch sehr eng am Geist des Deutschen Corporate Governance Kodex. Für eine Vielzahl von Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex bestehen daher spezielle Regelungen im Gesetz über die LBBW, in der Satzung sowie in den Geschäftsordnungen der Organe und der weiteren Gremien.

Da bei der LBBW – insbesondere nach der Änderung ihrer Governance-Struktur im Jahr 2010 – Führungs- und Kontrollregeln, wie sie für Kapitalgesellschaften gelten, eingeführt und gelebt werden und die Einbindung unabhängigen Sachverstands sich bewährt hat, wurde seitens der EU-Kommission der im Beschluss vom 15. Dezember 2009 über die staatliche Beihilfe Deutschlands zur Umstrukturierung der Landesbank Baden-Württemberg beauflagte Rechtsformwechsel in eine Aktiengesellschaft nach deutschem oder europäischen Recht im Rahmen einer erneuten Befassung mit dem Thema abgeändert. Ausschlaggebend war für die Kommission, dass die Corporate Governance der LBBW der eines privaten Unternehmens entspricht und die Aufgaben von Hauptversammlung und Aufsichtsrat der LBBW – bereits gegenwärtig – wie bei einer Aktiengesellschaft geregelt sind. Ebenfalls herausgestellt wurde, dass die Vorstandsmitglieder zudem ihre Entscheidungen ohne Weisungen von außen treffen. Die LBBW kann somit auch zukünftig ihre ursprüngliche Rechtsform als Anstalt des öffentlichen Rechts beibehalten.

Im Gegenzug wurden weitgehende Verständigungen über die Governance-Struktur der LBBW getroffen, wobei u. a. die am 15. Dezember 2009 beauflagte Unabhängigkeit des Vorsitzenden des Aufsichtsrats über die laufende Amtsperiode hinaus verlängert wurde. Daneben wird die Anzahl der unabhängigen Aufsichtsratsmitglieder spätestens mit Beginn der nächsten Amtsperiode von gegenwärtig sieben auf zukünftig insgesamt acht – einschließlich des Aufsichtsratsvorsitzenden –erhöht. Über die Einhaltung dieser Zusagen wird bis einschließlich des Geschäftsjahres 2020 berichtet. Damit beträgt der Anteil der unabhängigen Mitglieder des Aufsichtsrats der LBBW insgesamt mehr als ein Drittel. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass sich die LBBW – auch mit Blick auf die von der Kommission vorgenommene Änderungen des ursprünglichen Beihilfebescheids – in ihrer Corporate Governance nicht von ihren Wettbewerbern unterscheidet.

Nachfolgend wird die in der LBBW gelebte Corporate Governance vorgestellt. Die Struktur des Berichts orientiert sich dabei an den Vorgaben des freiwilligen – und für die LBBW aufgrund ihrer Rechtsform nicht verpflichtenden – Deutschen Corporate Governance Kodex.

Aktionäre und Hauptversammlung.

Aktionäre.

Als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts hat die LBBW keine Aktien verbrieft. Die Anteilseigner (Eigentümer) der LBBW werden daher als Träger und nicht als Aktionäre bezeichnet.

Träger der Landesbank Baden-Württemberg sind seit Anfang Januar 2013:

- der Sparkassenverband Baden-Württemberg (SVBW)
  mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 40,534118%,
- das Land Baden-Württemberg (Land)
  mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 24,988379%,
- die Landeshauptstadt Stuttgart (Stadt)
  mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 18,931764%,
- die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH (Landesbeteiligungen BW)
  mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 13,539374% und
- die Landeskreditbank Baden-Württemberg Förderbank (L-Bank)
  mit einer Beteiligung am Stammkapital i. H. v. 2,006365%.

Die Träger der LBBW nehmen im Rahmen der satzungsmäßig vorgesehenen Möglichkeiten ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung wahr und üben dabei ihr Stimmrecht aus. Die Stimmrechte der Träger richten sich dabei nach der Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital; jeder Euro gewährt eine Stimme.

Das Stammkapital setzt sich zusammen aus dem vor Wirksamkeit der Kapitalerhöhung vom 22. Juni 2009 bestehenden und dem nach Wirksamkeit der Kapitalerhöhung vom 22. Juni 2009 geschaffenen Kapital (Stammkapitalklasse A) und dem Stammkapital, das mit Wirksamkeit der Kapitalerhöhung am 22. Juni 2009 gebildet wurde (Stammkapitalklasse B).

Hauptversammlung.

In der Hauptversammlung üben die Träger ihre Rechte in den Angelegenheiten der LBBW aus, soweit das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder die Satzung der LBBW nichts anderes bestimmen. Die Träger werden in der Hauptversammlung durch eine oder mehrere Personen vertreten.

Die Befugnisse der Hauptversammlung umfassen die typischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, bspw. die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns oder die Entlastung von Aufsichtsrats- und Vorstandsmitgliedern. Darüber hinaus entscheidet die Hauptversammlung über die Satzung und deren Änderungen und über wesentliche unternehmerische Maßnahmen wie Unternehmensverträge, über die Festsetzung und Änderung des Stammkapitals, die Ausgabe von Genussrechten und die Gewährung von stillen Beteiligungen. Über die Änderung der Grundsätze der Geschäftspolitik beschließt der Aufsichtsrat.

Die Funktionen der Beaufsichtigung und Überwachung des Vorstands, also auch die Bestellung und Abberufung von Vorständen, sind im Aufsichtsrat gebündelt. In Einklang mit der Satzung der LBBW legt der Vorstand dem Aufsichtsrat den geprüften Jahresabschluss zur Feststellung vor.

Das Stammkapital der LBBW kann durch Beschluss der Hauptversammlung erhöht oder herabgesetzt werden. Die LBBW kann von ihren Trägern und Dritten Genussrechtskapital, Stille Einlagen sowie nachrangiges Haftkapital und andere Arten von Kapital nach Maßgabe des Gesetzes über das Kreditwesen aufnehmen.

Bei einer Änderung des Stammkapitals ist festzulegen, auf welche Stammkapitalklasse(n) die Änderung erfolgt. Jedem Träger, der an der betroffenen Stammkapitalklasse beteiligt ist, gebührt bei Erhöhungen ein seinem Anteil entsprechender Anteil am neuen Stammkapital der jeweiligen Stammkapitalklasse. Soweit ein Träger von seinem Bezugsrecht innerhalb einer Stammkapitalklasse keinen Gebrauch macht, wächst dieses den anderen Trägern dieser Stammkapitalklasse gegen einen entsprechenden Ausgleich in dem Verhältnis zu, in welchem ihre Anteile in dieser Stammkapitalklasse zueinander stehen, sofern sie untereinander nichts anderes vereinbaren.

Die ordentliche Hauptversammlung findet innerhalb der ersten acht Monate des Jahres statt, weitere Hauptversammlungen werden einberufen, wenn das Wohl der LBBW es erfordert und dann, wenn es der Aufsichtsrat oder ein Träger unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt. Die Geschäftsordnung der Hauptversammlung bestimmt hierzu das Nähere, insbesondere Form und Frist von Einberufungsverlangen und Einberufung.

Im Vergleich zu einer Aktiengesellschaft stellt die LBBW ihren Eigentümern die für die Hauptversammlung erforderlichen Dokumente – wie z. B. die Einberufungsunterlagen zur Hauptversammlung – aufgrund des überschaubaren Trägerkreises nicht auf ihrer Internetseite, sondern jeweils unmittelbar per E-Mail bzw. postalisch zur Verfügung.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Der Vorstand stimmt die strategische Ausrichtung des Unternehmens hierzu mit dem Aufsichtsrat ab und erörtert mit ihm in regelmäßigen Abständen den Stand der Strategieumsetzung. Für Geschäfte von grundlegender Bedeutung legen die Satzung oder der Aufsichtsrat Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats fest. Hierzu gehören Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens grundlegend verändern.

Nach dem Verständnis der LBBW ist die ausreichende Informationsversorgung des Aufsichtsrats gemeinsame Aufgabe von Vorstand und Aufsichtsrat. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle für das Unternehmen relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des internen Revisionssystems und der Compliance. Er geht auf Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen unter Angabe von Gründen ein.

Der Aufsichtsrat legt hierbei die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands näher fest. Berichte des Vorstands an den Aufsichtsrat werden dabei in der Regel in Textform erstattet. Entscheidungsnotwendige Unterlagen werden den Mitgliedern des Aufsichtsrats in der Regel rechtzeitig vor der Sitzung zugeleitet.

Der Vorsitzende des Vorstands unterrichtet den Vorsitzenden des Aufsichtsrats und dessen Stellvertreter – auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen – über wichtige Vorkommnisse.

Nach dem Verständnis der LBBW und ihrer Eigentümer setzt gute Unternehmensführung eine offene Diskussion zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie innerhalb des Vorstands und Aufsichtsrats voraus. Die umfassende Wahrung der Vertraulichkeit ist dafür von entscheidender Bedeutung. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sowie des Vorstands sind daher zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Pflicht bleibt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit in den Organen der Landesbank bestehen. Alle Organmitglieder stellen insoweit sicher, dass die von ihnen zur Unterstützung einbezogenen Mitarbeiter die Verschwiegenheitspflicht in gleicher Weise einhalten.

Der Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats beachten die Regeln ordnungsgemäßer Unternehmensführung. Verletzen sie die Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters bzw. Aufsichtsratsmitglieds schuldhaft, so haften sie der LBBW gegenüber auf Schadensersatz. Bei unternehmerischen Entscheidungen liegt keine Pflichtverletzung vor, wenn das Mitglied von Vorstand oder Aufsichtsrat vernünftigerweise annehmen durfte, auf der Grundlage angemessener Information zum Wohle der Gesellschaft zu handeln (Business Judgement Rule).

Im Hinblick auf die abgeschlossene D&O-Versicherung für den Vorstand wurde ein Selbstbehalt von 10% des Schadens bis zur Höhe des Eineinhalbfachen der festen jährlichen Vergütung des Vorstandsmitglieds vereinbart. Ein entsprechender Selbstbehalt wurde auch bei Abschluss der D&O-Versicherung für die Mitglieder des Aufsichtsrats vereinbart.

Über die Gewährung von Krediten des Unternehmens an Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie an deren Angehörige wird in Einklang mit § 15 KWG im Risikoausschuss entschieden. Da der Risikoausschuss ein Ausschuss des Aufsichtsrates ist, ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die vorgenannten Kreditentscheidungen eingebunden ist.

Im Rahmen eines Berichts zur Corporate Governance informiert die LBBW seit dem Geschäftsjahr 2010 im Geschäftsbericht über ihre Corporate Governance.

Vorstand.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Der Vorstand führt die Geschäfte der Landesbank in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Eigentümer, ihrer Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen (Stakeholder) mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung. Er ist nach den Rechtsgrundlagen der LBBW für alle Angelegenheiten der Landesbank zuständig, für die nicht nach dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg oder aufgrund der Satzung der LBBW eine andere Zuständigkeit bestimmt ist. Die Vorstandsmitglieder wenden bei ihrer Geschäftsführung die Sorgfalt eines ordentlichen und gewis-

senhaften Geschäftsleiters an. Der Vorstand entwickelt dabei die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Vorstand sorgt weiterhin für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien und wirkt auf deren Beachtung durch die Konzernunternehmen der LBBW hin. Ferner sorgt der Vorstand für ein angemessenes Risikomanagement und Risikocontrolling im Konzern.

Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter sämtlicher Beschäftigten der Landesbank, einschließlich ihrer Niederlassungen, Filialen, Börsenbüros, Repräsentanzen und rechtlich unselbstständigen Anstalten des öffentlichen Rechts. Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen strebt der Vorstand Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Zusammensetzung des Vorstands.

Der Vorstand der LBBW besteht aus mehreren Mitgliedern. Die Mitglieder des Vorstands, der Vorstandsvorsitzende sowie sein oder seine Stellvertreter werden vom Aufsichtsrat bestellt bzw. bestimmt. Bei der Besetzung von Vorstandspositionen strebt der Aufsichtsrat Vielfalt (Diversity) und dabei insbesondere eine angemessene Berücksichtigung von Frauen an.

Zur Gewährleistung eines Höchstmaßes an Flexibilität hat die LBBW von einer Fixierung der Kompetenzverteilung der Mitglieder des Vorstands in der Geschäftsordnung abgesehen. Die Ressortzuständigkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in einem Geschäftsverteilungsplan geregelt. Der Aufsichtsrat beschließt über die Geschäftsordnung des Vorstands und die Zustimmung zu der vom Vorstand vorgeschlagenen Geschäftsverteilung.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Vorstands finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Die Mitglieder des Vorstands der LBBW unterliegen während ihrer Tätigkeit für die LBBW einem umfassenden Wettbewerbsverbot. Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter dürfen zudem im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder für sich noch für andere Personen von Dritten Zuwendungen oder sonstige Vorteile fordern oder annehmen oder Dritten ungerechtfertigte Vorteile gewähren.

Die Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Kein Mitglied des Vorstands darf bei seinen Entscheidungen persönliche Interessen verfolgen und Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Vorstandsmitglied legt etwaige Interessenkonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber unverzüglich offen und informiert hierüber die anderen Vorstandsmitglieder. Alle Geschäfte zwischen der LBBW einerseits und den Vorstandsmitgliedern sowie ihnen nahe stehenden Personen oder ihnen persönlich nahe stehenden Unternehmungen andererseits entsprechen branchenüblichen Standards. Wesentliche Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Vorstandsmitglieder übernehmen Nebentätigkeiten, insbesondere Aufsichtsratsmandate außerhalb des LBBW-Konzerns, nur mit Zustimmung des Präsidialausschusses. Der Präsidialausschuss besteht

aus dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, seinem Stellvertreter und drei Mitgliedern des Aufsichtsrats. Hierdurch ist sichergestellt, dass der Aufsichtsrat in die Entscheidung über Nebentätigkeiten des Vorstands eingebunden ist.

Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Vorstands über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Vorstandsmitglieder insoweit entsprechend.

Aufsichtsrat.

Aufgaben und Zuständigkeiten.

Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, den Vorstand bei der Leitung der LBBW regelmäßig zu beraten und zu überwachen. Er ist in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. Ihm obliegt die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands, ferner die Festlegung der Vergütung der Mitglieder des Vorstands. Der Aufsichtsrat kann stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen; die stellvertretenden Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie die Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat sich eine Geschäftsordnung gegeben. Der Aufsichtsrat hat einen Vorsitzenden und einen stellvertretenden Vorsitzenden.

Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsratsvorsitzenden.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats beruft den Aufsichtsrat bei Bedarf, mindestens jedoch vier Mal im Jahr ein und leitet dessen Sitzungen. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bestimmt das Nähere, insbesondere Form und Frist der Einberufung. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, leitet dessen Sitzungen und nimmt die Belange des Aufsichtsrats nach außen wahr.

Der Aufsichtsratsvorsitzende nimmt an den Sitzungen des Prüfungsausschusses (Audit Committee) als ständiger Gast teil.

Der Aufsichtsratsvorsitzende hält mit dem Vorstand, insbesondere mit dem Vorsitzenden des Vorstands regelmäßig Kontakt und berät mit ihm die Strategie, die Geschäftsentwicklung und das Risikomanagement der LBBW. Er wird über wichtige Ereignisse, die für die Beurteilung der Lage und Entwicklung sowie für die Leitung des Unternehmens von wesentlicher Bedeutung sind, unverzüglich durch den Vorsitzenden des Vorstands informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende unterrichtet sodann den Aufsichtsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung ein.

Bildung von Ausschüssen.

Der Aufsichtsrat hat abhängig von den spezifischen Gegebenheiten der LBBW und der Anzahl seiner Mitglieder vier fachlich qualifizierte Ausschüsse in Gestalt des Präsidial-, des Vergütungskontroll-, des Prüfungs- und des Risikoausschusses gebildet. Die jeweiligen Ausschussvorsitzenden berichten regelmäßig an den Aufsichtsrat über die Arbeit der Ausschüsse.

Der Prüfungsausschuss befasst sich dabei insbesondere mit der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems und der Revision, Fragen der Rechnungslegung, des Risikomanagements und der Compliance. Zudem überwacht er die Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses und die erforderliche Unabhängigkeit des Abschlussprüfers und beschließt über die Vergütung des Abschlussprüfers sowie die Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, wobei er Prüfungsschwerpunkte festlegen kann. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses verfügt über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in der Anwendung von Rechnungslegungsgrundsätzen und internen Kontrollverfahren. Er ist unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied der LBBW.

Dem Präsidialausschuss obliegen die gesetzlichen Aufgaben des Nominierungsausschusses, wobei die Wahlvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats ausschließlich Vertreter der Anteilseigner vorbereiten, soweit sich aus dem Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg nichts anderes ergibt.

Zusammensetzung des Aufsichtsrats.

Um sicherzustellen, dass alle Träger in den neuen Organen der LBBW hinreichend repräsentiert sind, hatten die Träger das Recht, für den ersten Aufsichtsrat Mitglieder zu entsenden, soweit diese nicht als Aufsichtsratsmitglieder der Beschäftigten zu wählen waren. Die Zahl der von den Trägern entsandten Mitglieder im Aufsichtsrat spiegelt dabei deren Beteiligungsverhältnisse wider. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats wurde von Land, Verband und Stadt einvernehmlich entsandt. Unter dieser Maßgabe werden bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats eine Vielfalt (Diversity) und eine angemessene Beteiligung von Frauen angestrebt.

Der Aufsichtsrat ist so zusammengesetzt, dass seine Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats nehmen die für ihre Aufgaben erforderlichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr. Dabei werden sie von der LBBW angemessen, bspw. in Gestalt der Benennung von konkreten Seminaren bzw. durch das Angebot entsprechender Fachvorträge, unterstützt. Im Jahr 2013 wurden zwei Fachseminare speziell für den Aufsichtsrat organisiert.

Um eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstands durch den Aufsichtsrat zu ermöglichen, gehört dem Aufsichtsrat eine durch die Regelwerke der LBBW vorgegebene Anzahl unabhängiger Mitglieder an. Ein Aufsichtsratsmitglied wird dabei als unabhängig angesehen, wenn es in keiner geschäftlichen oder persönlichen Beziehung zu der Gesellschaft oder deren Vorstand steht, die einen Interessenkonflikt begründet. Dem Aufsichtsrat gehören keine ehemaligen Mitglieder des Vorstands an. Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet zudem darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht.

Falls ein Mitglied des Aufsichtsrats in einem Geschäftsjahr an weniger als der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen hat, wird dies im Bericht des Aufsichtsrats vermerkt.

Vergütung.

Ausführungen zur Vergütung des Aufsichtsrats finden sich im Vergütungsbericht.

Interessenkonflikte.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats ist dem Unternehmensinteresse verpflichtet. Es darf bei seinen Entscheidungen weder persönliche Interessen verfolgen noch Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Etwaige Interessenkonflikte, insbesondere solche, die aufgrund einer Beratung oder Organfunktion bei Kunden, Lieferanten, Kreditgebern oder sonstigen Geschäftspartnern entstehen können, werden dem Aufsichtsrat gegenüber offengelegt. Im Falle eines Interessenkonflikts nimmt das betroffene Mitglied an der Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrats über den betreffenden Gegenstand nicht teil. § 18 Abs. 1 bis 3 und 5 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg gilt für die Mitglieder des Aufsichtsrats insoweit entsprechend.

Der Aufsichtsrat informiert zudem in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen zur Beendigung des Mandats. Ferner bedürfen Berater- und sonstige Dienstleistungs- und Werkverträge eines Aufsichtsratsmitglieds mit der Gesellschaft der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit.

Transparenz.

Die LBBW behandelt ihre Eigentümer bei Informationen gleich.

Informationen, die die LBBW im Ausland aufgrund der jeweiligen kapitalmarktrechtlichen Vorschriften veröffentlicht, werden auch im Inland unverzüglich bekannt gegeben.

Die LBBW steht in gutem Kontakt mit ihren Trägern. Die Veröffentlichung eines Finanzkalenders würde nach Ansicht der LBBW keinen Mehrwert bieten und unterbleibt daher.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung.

Rechnungslegung.

Eigentümer und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss informiert. Während des Geschäftsjahres werden sie zusätzlich durch den Halbjahresfinanzbericht unterrichtet. Der Konzernabschluss und der verkürzte Konzernabschluss des Halbjahresfinanzberichts werden unter Beachtung der einschlägigen internationalen Rechnungslegungsgrundsätze aufgestellt.

Der Konzernabschluss wird vom Vorstand aufgestellt und vom Abschlussprüfer sowie vom Aufsichtsrat geprüft. Halbjahresfinanzberichte werden vom Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats vor der Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert. Zusätzlich sind die Prüfstelle für Rechnungslegung bzw. die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht befugt, die Übereinstimmung des Konzernabschlusses mit den maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften zu überprüfen (Enforce-

ment). Als nicht-börsennotiertes Unternehmen veröffentlicht die LBBW ihren Konzernabschluss und den Halbjahresfinanzbericht in den im WpHG geforderten Zeitrahmen. Der Jahresfinanzbericht wird spätestens vier Monate nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres (§37v WpHG) und der Halbjahresfinanzbericht spätestens zwei Monate nach Ablauf des Berichtszeitraums (§37w WpHG) veröffentlicht.

Die LBBW veröffentlicht in ihrem Geschäftsbericht eine Liste von Drittunternehmen, an denen sie eine Beteiligung von für das Unternehmen nicht untergeordneter Bedeutung hält. Handelsbestände von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten, aus denen keine Stimmrechte ausgeübt werden, bleiben hierbei unberücksichtigt.

Die LBBW erläutert in ihrem Konzernabschluss Beziehungen zu Vertretern der Eigentümer, die im Sinne der anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind.

Abschlussprüfung.

Vor Unterbreitung des Wahlvorschlags an die Hauptversammlung über die Bestellung des Abschlussprüfers holt der Aufsichtsrat bzw. der Prüfungsausschuss eine Erklärung des vorgesehenen Prüfers ein, ob und ggf. welche geschäftlichen, finanziellen, persönlichen oder sonstigen Beziehungen zwischen dem Prüfer und seinen Organen und Prüfungsleitern einerseits und der LBBW und ihren Organmitgliedern andererseits bestehen, die Zweifel an seiner Unabhängigkeit begründen können. Die Erklärung erstreckt sich auch darauf, in welchem Umfang im vorausgegangenen Geschäftsjahr andere Leistungen für die LBBW, insbesondere auf dem Beratungssektor, erbracht wurden bzw. für das folgende Jahr vertraglich vereinbart sind.

Der Aufsichtsrat beauftragt den Abschlussprüfer und trifft mit ihm die Honorarvereinbarung.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats bzw. des Prüfungsausschusses wird vom Abschlussprüfer über während der Prüfung auftretende mögliche Ausschluss- oder Befangenheitsgründe unverzüglich unterrichtet, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden.

Der Aufsichtsrat hat zudem vereinbart, dass der Abschlussprüfer über alle für die Aufgaben des Aufsichtsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich berichtet, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Prüfungsausschusses und Aufsichtsrats über den Jahres- und Konzernabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Vergütungsbericht.

Vorstand[1)].

Grundzüge des Vergütungssystems.

Zuständigkeit.

Die Entscheidungen über das Vergütungssystem einschließlich der wesentlichen Vertragselemente sowie die Festsetzung der Bezüge der Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat getroffen. Der Präsidialausschuss bzw. seit seiner Bildung am 16. Dezember 2013 der Vergütungskontrollausschuss nimmt dabei eine wichtige beratende Funktion wahr und bereitet die Beschlussfassungen des Aufsichtsrats vor.

Grundsätze des Vergütungssystems.

Der Aufsichtsrat hat ein neues Vergütungssystem für Vorstände beschlossen, das am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist. Die Ausrichtung der Vergütung auf einen nachhaltigen Unternehmenserfolg, ohne dabei Anreize zur Eingehung unverhältnismäßig hoher Risiken zu setzen, steht im Vordergrund. Aus diesem Grund hat der Aufsichtsrat u. a. als Bemessungszeitraum für die variable Vergütung einen Zeitraum von 3 Jahren und als angemessene Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung einen Wert von 1:1,5 beschlossen.

Die Vergütungsparameter, welche die variable Vergütung bestimmen, sind auf die nachhaltige Erreichung der aus der Strategie der Bank abgeleiteten Ziele ausgerichtet. Bonusbemessungsgrößen sind dabei der Gesamterfolg des Konzerns sowie die individuellen Erfolgsbeiträge der einzelnen Vorstandsmitglieder, welche anhand von qualitativen und quantitativen Faktoren gemessen und beurteilt werden. Erfolgsbeiträge können positiv wie negativ sein und wirken sich dementsprechend auf die variable Vergütung aus. 60 % der jährlichen variablen Vergütung werden über einen Zeitraum von vier Jahren aufgeschoben und pro rata temporis ausgezahlt. Diese können sich innerhalb dieses Zeitraums verringern oder sogar verfallen (Malus). 50 % dieser aufgeschobenen Vergütung sind an der nachhaltigen Wertentwicklung ausgerichtet.

Die Altersversorgung ist als beitragsorientierte Leistungszusage konzipiert.

Einige Vorstandsmitglieder haben eine endgehaltsbezogene Regelung. Die Höhe bemisst sich dabei nach der Dauer der Vorstandstätigkeit.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Angemessenheit des Vorstandsvergütungsmodells sowie Höhe und Zusammensetzung der Vorstandsvergütung.

1) Der Begriff »Vorstand« umfasst im Folgenden den Vorstand und die Generalbevollmächtigten der LBBW.

Vergütung 2013.

Im Jahr 2013 setzte sich die Vergütung der Vorstände der LBBW aus einer erfolgsunabhängigen Fixvergütung, einer variablen Erfolgsvergütung und sonstigen Leistungen (im Wesentlichen Dienstwagennutzung mit Fahrer) zusammen. Darüber hinaus haben die Mitglieder des Vorstands eine betriebliche Altersversorgung.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten im Geschäftsjahr 2013 für ihre Vorstandstätigkeit eine Fixvergütung von insgesamt 4,19 Mio. EUR. Zudem wurde ihnen eine variable Erfolgsvergütung von insgesamt 0,58 Mio. EUR ausbezahlt. Die Summe der sonstigen Leistungen betrug 0,11 Mio. EUR. Zum 31. Dezember 2013 beliefen sich die Pensionsverpflichtungen nach IFRS für zum Stichtag aktive Vorstandsmitglieder der LBBW auf insgesamt 9,83 Mio. EUR.

Aufsichtsrat.

Grundzüge für die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder.

Die Hauptversammlung hat am 22. Juli 2011 die Vergütung für die Aufsichtsratsmitglieder wie folgt beschlossen:

- Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für das jeweilige Geschäftsjahr eine Festvergütung von 25 000 EUR. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der Festvergütung eines Aufsichtsratsmitglieds.
- Aufsichtsratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, erhalten hierfür jeweils pro Ausschuss eine weitere Festvergütung i. H. v. 10 000 EUR. Der Vorsitzende eines Ausschusses erhält das 2,0-Fache, der stellvertretende Vorsitzende das 1,5-Fache der weiteren festen Vergütung.
- Für die Teilnahme an einer Sitzung des Aufsichtsrats oder einer seiner Ausschüsse erhält jedes Aufsichtsratsmitglied ein Sitzungsgeld i. H. v. 200 EUR.
- Darüber hinaus werden den Aufsichtsratsmitgliedern die Auslagen erstattet, die ihnen in Verbindung mit ihrer Aufgabenwahrnehmung als Aufsichtsratsmitglied entstehen (Reisekosten, individuelle bankbezogene Fortbildung etc.).
- Außerdem erhalten die Aufsichtsratsmitglieder einen Ersatz der zu entrichtenden Umsatzsteuer, die durch sie wegen ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses zu entrichten ist.

Die bei der LBBW angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung.

Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berechnet.

Vergütung 2013.

An die Mitglieder des Aufsichtsrats wurden für das Geschäftsjahr 2013 insgesamt 0,94 Mio. EUR an Vergütung und 0,06 Mio. EUR an Sitzungsgeldern gezahlt.

Sonstige Angaben.

Für die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats besteht eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (»D&O«). Für Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder beträgt der Selbstbehalt jeweils 10% des Schadens, max. das 1,5-Fache der festen jährlichen Vergütung.

Landesbank Baden-Württemberg

Der Vorstand

Der Aufsichtsrat

Compliance.

Verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln beruht auf der Einhaltung von Regeln und Gesetzen. Ein effektives Compliance-Management schafft nachhaltig Risikotransparenz und verhindert kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Betrug, Korruption oder Insiderhandel. Gleichzeitig wird die Einhaltung von Datenschutz und Finanzsanktionen überwacht.

Die LBBW hat darüber hinaus eine IKS(Internes Kontrollsystem)-Zentrale eingerichtet, um die Geschäftsbereiche in ihrer operativen Verantwortung für die in den Geschäftsprozessen implementierten Kontrollen zu unterstützen. Die IKS-Zentrale gibt die Strukturen für einen Überwachungsprozess vor; sie ist zentraler Ansprechpartner, verantwortlich für organisatorische Anweisungen (z. B. Turnus von Kontrolltests, Reportingwege und -formate) und die zentrale Instanz, die auf eine Mindestqualität der durchgeführten Prozessschritte (z. B. Risikoanalyse, Überwachung der Kontrollen) hinwirkt.

Kapitalmarkt-Compliance.

Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Kapitalmarkt-Compliance im Jahr 2013 lag in der Umsetzungsbegleitung neuer Anforderungen an die Aufzeichnung von Zuwendungen in der LBBW. Basierend auf den »Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp)« vom 31. August 2012 weist die LBBW ab 2013 gegenüber der BaFin nach, dass Zuwendungen der Verbesserung der Dienstleistungsqualität dienen. Demnach sind Zuwendungen in einem Zuwendungsverzeichnis zu erfassen. Zusätzlich legt die LBBW mithilfe eines Verwendungsverzeichnisses dar, für welche Maßnahmen der Qualitätsverbesserung die Zuwendungen eingesetzt wurden und schafft mit diesem Vorgehen erhöhte Transparenz.

Die Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance wurde weiter individualisiert und die Schulungen zielgruppenorientiert ausgebaut. Die Filialüberwachungen erfolgten mit einem erweiterten Prüfungsinhalt. Die ständige Kontrolle der Wertpapiergeschäfte im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften wurde fortgeführt.

Geldwäscheprävention.

Das Jahr 2013 stand unter dem Zeichen der konstanten Weiterentwicklung der Schriftlich fixierten Ordnung (SfO) des LBBW-Konzerns entsprechend der gesetzlichen und regulatorischen Vorgaben. Schwerpunkte waren die Anpassung und Umsetzung gruppenweiter Vorgaben in den Niederlassungen und nachgeordneten Unternehmen des Konzerns. Daneben wurden die Sorgfaltspflichten im Umgang mit Korrespondenzinstituten geschärft. Unverändert werden alle Beschäftigten, die Bankgeschäfte bzw. Hilfsdienste für Bankgeschäfte tätigen, durch themenspezifische Schulungen für die Methoden der Geldwäsche sensibilisiert.

Finanzsanktionen/Embargo.

Durch die Weiterentwicklung der SfO und Systemanpassungen konnte der Standardisierungsgrad bei der Bearbeitung von Finanzsanktions- bzw. Embargoprüfungen weiter erhöht werden. Die LBBW gleicht tagesaktuell ihren Kundenbestand mit nationalen und internationalen Sanktionslisten ab. Ebenso überprüft die Bank alle Auslandstransaktionen. Die Einheit Finanzsanktionen/Embargo im Bereich Compliance der LBBW berät die Fachbereiche zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts und unterstützt bei der Umsetzung und Überwachung von nationalen und internationalen Sanktionsvorgaben. Wie bereits in den Vorjahren bildeten diese Tätigkeiten die Schwerpunkte im Jahr 2013.

Betrugsprävention/sonstige strafbare Handlungen.

Schwerpunkt war die Weiterentwicklung der SfO. Zum einen stand hier die weitere Anpassung und Umsetzung gruppenweiter Vorgaben in den Niederlassungen und nachgeordneten Unternehmen des Konzerns an. Zum anderen wurden die Vorgaben zur Betrugs- und Korruptionsprävention weiter verfeinert. So wurde bspw. die im Herbst 2012 etablierte Richtlinie zur Annahme und Gewährung von Vorteilen (»Geschenkerichtlinie«) 2013 vollumfänglich umgesetzt. Zudem wurde unter Leitung der im Jahr 2012 installierten »Zentralen Stelle« der bankweite Erfahrungsaustausch zur Abstimmung und Koordination von Präventionsmaßnahmen, mit denen identifizierten Risiken aus gegen die Bank gerichteten strafbaren Handlungen begegnet werden soll, weiter verfeinert. Forum zur Beratung, Kommunikation und Steuerung dieser Risiken ist das sog. »Fraud Prevention Board (FPB)« der Bank.

Datenschutz.

Der vertrauliche Umgang mit den Daten der Kunden hat für die LBBW höchste Priorität. Nach erfolgreicher Einführung von Konzerngrundlagen für einen national und international einheitlichen Datenschutz-Standard, verbunden mit der anschließenden Durchführung von Audits in den ausländischen Konzerngesellschaften, folgte im Jahr 2013 der nächste Schritt. Auf der Basis der durch die Audits gewonnenen Erkenntnisse wurde die Umsetzung und Harmonisierung der datenschutzrechtlichen Konzernvorgaben in den ausländischen Stellen fortgeführt, ergänzt um den Aspekt einer weiteren Sensibilisierung (Lernprogramm englisch) der für den Datenschutz in den Niederlassungen und Repräsentanzen zuständigen Mitarbeiter.

Im Rahmen ihrer Zentralbankfunktion erbringt die Bank im Auftrag der Sparkassen eine Vielzahl von Dienstleistungen. Erstmals wurden die hierfür eingesetzten Verfahren und Systeme unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Aspekte durch externe Prüfer erfolgreich auditiert. Das Ergebnis wurde in einem Bericht dargelegt, der zu Dokumentations- und Nachweiszwecken im Anschluss allen Auftraggeber-Sparkassen zur Verfügung gestellt wurde.

Im Jahr 2013 wurden auch allgemeine Schulungen zum Datenschutz durchgeführt, darüber hinaus wurden bestimmte Geschäftsbereiche verstärkt zielgruppenspezifisch informiert. Audits wurden bei ausgewählten externen Entsorgungsdienstleistern, einer Tochtergesellschaft und in einzelnen Fachbereichen vorgenommen.

Zusammen-gefasster Lagebericht.

Die folgenden Ausführungen sollten im Zusammenhang mit dem Konzernabschluss und seinen zugehörigen Erläuterungen gelesen werden. Der Konzernabschluss 2013 sowie der zusammengefasste Lagebericht 2013 wurden von der KPMG Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Grundlagen des Konzerns.

Der vorliegende Finanzbericht der Landesbank Baden-Württemberg besteht aus dem zusammengefassten Lagebericht, dem Konzernabschluss (IFRS) und dem Konzernanhang. Der Lagebericht der LBBW (Bank) und der Konzernlagebericht sind gemäß Deutschen Rechnungslegungsstandard Nr. 20 (DRS 20) zusammengefasst und beinhalten damit neben dem Konzern auch die Einzelgesellschaft LBBW (Bank) mit Erläuterungen auf Basis des Handelsgesetzbuches. Der Jahresabschluss LBBW (Bank) nach dem Handelsgesetzbuch (HGB) und der zusammengefasste Lagebericht werden zeitgleich im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Struktur und Geschäftstätigkeit des LBBW-Konzerns.

Der Konzern Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) besteht zum größten Teil aus der Einzelgesellschaft Landesbank Baden-Württemberg. Im Folgenden wird diese als LBBW (Bank) aufgeführt.

Die LBBW (Bank) ist eine rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts mit vier Hauptsitzen in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Anteilseigner sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,534%, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,932% und das Land Baden-Württemberg mit 40,534% der Anteile am Stammkapital. Das Land Baden-Württemberg hält seine Anteile direkt und indirekt über die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH und die L-Bank.

Die LBBW (Bank) ist eine Universal- und Geschäftsbank, die das Leistungsspektrum eines großen Kreditinstituts mit der regionalen Nähe ihrer Kundenbanken verbindet. In ihren Kernregionen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den daran angrenzenden Wirtschaftsräumen tritt die LBBW (Bank) jeweils unter eigenen Marken auf:

- Im Kernmarkt Baden-Württemberg betreibt die Baden-Württembergische Bank (BW-Bank) das Privat- und Unternehmenskundengeschäft. Innerhalb der Landeshauptstadt Stuttgart übernimmt die BW-Bank die Funktion einer Stadtsparkasse.
- In der Sachsen Bank bündelt die LBBW ihr mittelständisches Unternehmenskunden- und das Privatkundengeschäft in Sachsen und angrenzenden Regionen.
- Der Fokus der Rheinland-Pfalz Bank liegt auf dem Mittelstandsgeschäft in Rheinland-Pfalz und angrenzenden Regionen.

Bundesweit bietet die LBBW (Bank) in rund 200 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten einer modernen Universalbank. Dabei ist das Geschäft mit überregional bzw. international agierenden Großkunden, die Immobilienfinanzierung, das Kapitalmarktgeschäft sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen bei der LBBW (Bank) selbst angesiedelt. Wesentliche Stabs- und Servicefunktionen werden ebenfalls in der LBBW (Bank) gebündelt.

Zudem begleitet die LBBW (Bank) die Unternehmenskunden der LBBW und der Sparkassen bei ihren internationalen Aktivitäten. Weltweit unterstützen Niederlassungen und Repräsentanzen mit Länderexpertise, Markt-Know-how und Finanzlösungen. Ergänzend unterhält die LBBW German Centres in Peking, Singapur, Mexiko-Stadt, Delhi.Gurgaon und Moskau, die deutsche Unternehmenskunden zum Markteintritt beraten und vor Ort Büros und Netzwerke zur Verfügung stellen.

Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen diversifizieren und ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns.

Geschäftsmodell des LBBW-Konzerns.

Das Geschäftsmodell der LBBW steht auf fünf Säulen mit klarem Fokus auf das Kundengeschäft.

In ihrer strategischen Ausrichtung konzentriert sich die LBBW auf ihr Kerngeschäft, insbesondere in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen sowie den angrenzenden Gebieten. Dabei ist die LBBW vor allem Partner für die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden.

Unternehmenskunden.

Im Unternehmenskundengeschäft liegt der Fokus vor allem auf Unternehmen des Mittelstands in den regionalen Kernmärkten. Die Unternehmenskunden in Baden-Württemberg und selektiv in Bayern werden dabei von der BW-Bank betreut. In Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen nimmt diese Funktion die Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die Sachsen Bank wahr.

Darüber hinaus betreut die LBBW (Bank) ausgewählte Großkunden in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Daneben umfasst die Säule Unternehmenskunden auch das Geschäftsfeld Kommunen.

Verschiedene Tochterunternehmen wie SüdLeasing, MKB Mittelrheinische Bank/MMV Leasing, Süd-Factoring und Süd Beteiligungen ergänzen das Angebot an Spezialprodukten und Dienstleistungen.

Zusätzlich begleitet die LBBW (Bank) ihre Kunden im internationalen Geschäft in wichtigen und aufstrebenden Wirtschaftsregionen der Welt.

Insgesamt versteht sich die LBBW (Bank) dabei in erster Linie als Hausbank des Mittelstands, die ihre Kunden langfristig und nachhaltig in puncto Finanzdienstleistungen und zu allen damit verbundenen strategischen Fragestellungen berät.

Privatkunden.

Das Privatkundengeschäft konzentriert sich insbesondere auf gehobene Kundengruppen in den regionalen Märkten in Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz sowie in angrenzenden Wirtschaftsräumen. Darüber hinaus werden hochvermögende Kunden im Wealth Management betreut.

Als Sparkasse der Stadt Stuttgart steht die BW-Bank für alle Bürgerinnen und Bürger offen und gewährleistet die kreditwirtschaftliche Versorgung ihrer Kunden in der Landeshauptstadt.

Neben einer auf die langfristige Kundenbeziehung ausgerichteten, bedarfsorientierten Beratung bilden erstklassige Produkte und Services den Kern der Geschäftsphilosophie. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Giro- und Kartengeschäft über Finanzierungslösungen bis hin zu komplexen Wertpapier- und Vorsorgelösungen.

Sparkassen.

Allem voran konzentriert sich die LBBW (Bank) im Geschäftsfeld Sparkassen auf ihre Funktion als Zentralbank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen sowie Rheinland-Pfalz. Dabei versorgt die LBBW (Bank) die Sparkassen mit einer breiten Palette von Produkten und Dienstleistungen und bildet mit ihnen einen Leistungsverbund.

Insgesamt beinhaltet das Geschäftsfeld drei wesentliche Arten der Zusammenarbeit:

- Allem voran die Eigengeschäfte der Sparkassen. Hier umfasst das Leistungsangebot alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst.
- Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen sowohl im Firmen- als auch im Retailgeschäft angeboten.
- Das Dienstleistungsgeschäft umfasst das Angebot in den Bereichen Research, Wertpapierabwicklung und -verwaltung, Auslandszahlungsverkehr, Dokumentengeschäft etc.

Immobilienfinanzierung.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung richtet sich an private und institutionelle Investoren, Immobilienunternehmen, Projektentwickler, offene und geschlossene Fonds, Privatisierungsträger, Real-Estate-Investment-Trusts (REITs) sowie Wohnungsunternehmen.

Das Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung ist auf die definierten Kernmärkte Deutschland, USA und Großbritannien konzentriert. Dabei umfassen die Nutzungsarten insbesondere die Segmente Wohnen, Büro und Einzelhandel.

Das Tochterunternehmen LBBW Immobilien Management GmbH ergänzt die Produktpalette um das Angebot von Immobilienentwicklungen, Immobilien-Asset-Management und Immobiliendienstleistungen mit einem Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Rhein-Main-Gebiet und München. Zudem bietet die Gesellschaft konzerninterne Immobiliendienstleistungen an.

Financial Markets.

Im Financial-Markets-Geschäft werden schwerpunktmäßig Unternehmen, Sparkassen, Banken, Privatkunden und institutionelle Kunden wie Pensionskassen, Versicherungen, Vermögensverwalter, Kommunen, Stiftungen und Kirchen betreut.

Die Aktivitäten konzentrieren sich auf den deutschsprachigen Raum. Internationale Kunden unterstützt die Bank im Wesentlichen im Geld- und Devisenmarkt und im Zusammenhang mit dem Neuemissionsgeschäft.

Weiter sind im Financial-Markets-Geschäft Handelsaktivitäten im Kapitalmarktumfeld zusammengeführt. Die LBBW (Bank) bietet ihren Kunden insbesondere Lösungen für das Management von Zins-,

Währungs- und Rohstoffrisiken sowie die Beschaffung und Anlage von kurz- und langfristigen Mitteln über die Kapitalmärkte.

Darüber hinaus unterstützt die LBBW (Bank) bei der Optimierung von Bilanzstrukturen und der Aktiv-Passiv-Steuerung sowie bei der Betreuung der Depot-A-Geschäfte (Eigengeschäft der Sparkassen) in Zins- und Kreditprodukten.

Die Tochter LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH ergänzt das Produktangebot der LBBW (Bank) im Kapitalmarktgeschäft. Der Hauptfokus dieser Kapitalanlagegesellschaft liegt auf Beratung und Management von Wertpapier-Sondervermögen für institutionelle Investoren und Privatanleger.

Credit Investment.

Neben den fünf Säulen des LBBW-Geschäftsmodells ist in diesem Segment das nicht strategiekonforme Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz gebündelt. Hierzu gehören insbesondere Bonds, Kreditderivate sowie Verbriefungen und strukturierte Produkte. Das Portfolio wird vollständig abgebaut.

Segmentzuordnung und Steuerung.

In der Segmentberichterstattung der LBBW sind die beiden Säulen **Unternehmenskunden** und **Immobilienfinanzierung** dem Segment **Corporates** zugeordnet; die Säulen **Privatkunden** sowie **Sparkassen** finden sich im Segment **Retail/Sparkassen** wieder. Das Segment **Financial Markets** entspricht der dargestellten Säule. Informationen zu den Segmenten sind in den Notes in der Segmentberichterstattung nach IFRS enthalten.

Innerhalb des vorgestellten Geschäftsmodells erfolgt die Gesamtbanksteuerung des Vorstands der LBBW über ein Kennzahlenset entlang der strategischen Geschäftsfelder/Segmente unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Konzerns. Die für die Steuerung erforderliche Informationsversorgung erfolgt durch ein umfangreiches, zielgerichtetes monatliches Reporting. Von besonderer Relevanz für die Steuerung des Konzerns sind dabei die folgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

- Die harte Kernkapitalquote/Risikoaktiva (nach vollständiger Umsetzung Basel III/»fully loaded«)
- Die Konzernbilanzsumme (IFRS)
- Das Konzernergebnis vor Steuern (IFRS)
- Für die LBBW (Bank) das Jahresergebnis vor Steuern (HGB)
- Die Cost Income Ratio

Prozess der Restrukturierung im LBBW-Konzern.
Stringenter Umbau hin zu einer reinen Kundenbank bewältigt.

Im Zusammenhang mit Kapital- und Garantiemaßnahmen durch die Eigentümer und einem EU-Beihilfeverfahren startete die LBBW (Bank) 2009 ein tiefgreifendes Restrukturierungsprogramm. Kern dieser Restrukturierung war der konsequente Abbau nicht mehr zum Kerngeschäft gehörender Geschäftsfelder, insbesondere des kundenfernen, volatilen Kreditersatzgeschäfts und im Gegenzug eine noch stärkere Akzentuierung des schon traditionell starken Kundengeschäfts.

Im Zuge der Restrukturierung wurden die risikogewichteten Aktiva und die Bilanzsumme deutlich reduziert. Ferner wurden Maßnahmen zur Kostenreduktion umgesetzt, Beteiligungen veräußert und auf sozialverträgliche Weise Personalaustritte im Umfang von mehr als 2 700 Vollzeitstellen vereinbart.

Der bereits im Jahr 2012 weit vorangeschrittene Restrukturierungsprozess wurde 2013 in allen wesentlichen Punkten erfolgreich beendet.

Der im Jahr 2009 gegenüber der EU-Kommission zugesagte Rechtsformwechsel der LBBW (Bank) zu einer Kapitalgesellschaft wurde mit deren Entscheidung vom 9. Dezember 2013 zur Beibehaltung der Rechtsform hinfällig. Die entsprechenden inhaltlichen Governance-Aspekte dagegen hat die LBBW bereits frühzeitig umgesetzt.

Gesellschaftliche und soziale Verantwortung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Leistungsfähige und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind der zentrale Erfolgsfaktor jedes Unternehmens. Die LBBW bietet umfangreiche Angebote für eine sehr gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, investiert in die Gesundheit ihrer Beschäftigten und fördert diese mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen.

Beschäftigtenzahlen.

	LBBW (Bank)		LBBW-Konzern	
	2013	2012	2013	2012
Beschäftigte	9 124	9 585	11 308	11 642
Anteil Frauen	52,7%	51,6%	53,1%	51,9%
Anteil Männer	47,3%	48,4%	46,9%	48,1%
Beschäftigte in Teilzeit	25,0%	24,0%	23,3%	22,5%
Beschäftigte in Vollzeit	75,0%	76,0%	76,7%	77,5%
Auszubildende (inkl. Dual-Studierende)	458	480	479	499
Ausbildungsquote	5,0%	5,0%	4,2%	4,2%

Die Beschäftigtenzahl der LBBW ist zum 31. Dezember 2013 von 11 642 auf 11 308 gesunken. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus direkten und indirekten Effekten der Restrukturierung, insbesondere den Betriebsübergängen in die LBBW Service GmbH und die Finanz Informatik Technologie Services GmbH & Co. KG/Finanz Informatik Solution Plus GmbH (FI-TS/FI-SP). Die Fluktuationsrate nach Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)-Formel lag 2013 in der LBBW (Bank) bei 4,0% gegenüber 6,2% im Vorjahr. Bereinigt um restrukturierungsbedingte Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen (2,0%) lag die Quote der LBBW (Bank) mit 2,0% unter dem Vorjahresniveau (3,6%).

Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der LBBW (Bank) blieb im Berichtsjahr mit 42,5 Jahren unverändert zum Vorjahr. Auch die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit hat sich mit 16,6 Jahren (2012: 16,7 Jahre) in der Bank kaum verändert. In der LBBW waren Frauen 2013 erneut mit einem Anteil von 53,1% (Vorjahr: 51,9%) gegenüber Männern leicht in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit stieg 2013 in der LBBW leicht von 22,5% auf 23,3%.

Schwerpunkte der **personalwirtschaftlichen Begleitung der Neuausrichtung der LBBW zur Kundenbank** bildeten im Jahr 2013 Maßnahmen, die dazu dienten, die Neuorientierung der Beschäftig-

ten innerhalb der LBBW zu fördern. Nachweis für die ausgezeichnet gelungene Intensivierung des internen Arbeitsmarkts sind die fast 1200 Stellenausschreibungen (2012: 1 000). Diese konnten fast vollständig durch interne Wechsel, Wiedereinstiege nach der Familienphase und Übernahme von Auszubildenden besetzt werden.

Unabhängig von dem weiterhin herausfordernden Marktumfeld sieht die LBBW in der **beruflichen Qualifizierung junger Menschen** eine bedeutende gesellschaftspolitische und betriebliche Aufgabe, die sie sehr gerne wahrnimmt. Zum Jahresende 2013 waren 479 (Vorjahr 499) Auszubildende und Studierende an Dualen Hochschulen zur Ausbildung bei der LBBW beschäftigt. Die zum Vorjahr unveränderte Ausbildungsquote von 4,2% zeigt das nachhaltige Engagement der LBBW in der betrieblichen Ausbildung, deren Qualität auch von externen Stellen anerkannt und gelobt wird.

Trotz größter Kostensensibilität hat die LBBW (Bank) die Investitionen in die Qualifizierung und **Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** auf dem Niveau des Vorjahres gehalten. Aus einem breit aufgestellten Angebot an Seminaren zur fachlichen und persönliche Entwicklung konnten Führungskräfte und Mitarbeitende zielgerichtet Maßnahmen auswählen. Ergänzt wird dieses Angebot durch Fremdsprachentrainings, themenspezifische Angebote externer Seminaranbieter sowie betriebswirtschaftliche Studiengänge. Die Führungskräfte der LBBW wurden in einer speziellen bankweiten Maßnahme für das Thema »Psychische Gesundheit« sensibilisiert. Im Unternehmenskundengeschäft stand »Ganzheitliches Financial Advisory« im Mittelpunkt und für die Mitarbeitenden des Geschäftsfelds »Private Kunden & Private Banking« Workshops zum Führen von qualitativ anspruchsvollen Beratungsgesprächen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind betriebliche Rahmenbedingungen, die die **Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben** ermöglichen, überaus wichtig, um die Potenziale der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum beiderseitigen Nutzen optimal zu fördern. Die LBBW (Bank) bietet ihren Beschäftigten hier überaus umfangreiche Angebote. So können die Beschäftigten der Bank an allen Hauptsitzen auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung durch ihren Arbeitgeber zählen. Je nach Bedarf gibt es passgenaue Lösungen wie z. B. Kindertagesstätten, Kindergartenpflegestellen, Notfallbetreuungen und spezielle Angebote in den Schulferien.

Dies wird auch durch die im Jahr 2013 durchgeführte Re-Auditierung »Beruf und Familie« der gemeinnützigen Hertie-Stiftung bestätigt. Im Unternehmensranking platzierte sich die LBBW unter den besten 25%. Die Auditoren hoben besonders hervor, dass der Arbeitszeitrahmen, den die LBBW Ihren Beschäftigten ermöglicht, große Freiräume böte. Neben unterschiedlichsten Arbeitszeitmodellen gäbe es diverse Optionen, in Teilzeit zu wechseln oder über Arbeitszeitkonten längere Auszeiten zu nehmen. Ergänzt würden diese Angebote auch durch die grundsätzliche Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten.

Auch die Pflege von Angehörigen wird seit 2013 stärker bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben berücksichtigt. Erstmals wurden im vergangenen Jahr drei Seminare hierzu angeboten. Die enorme Nachfrage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigt, wie wichtig das Thema für die Beschäftigten ist. Auch in dieser Lebenssituation möchte die LBBW ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedarfsgerecht unterstützen. Zusätzlich zur Pflegebeurlaubung nach dem Pflegezeitgesetz bietet die LBBW (Bank) daher an, sich weitere sechs Monate beurlauben zu lassen. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich pro Jahr für bis zu zehn Tage, an denen Angehörige betreut werden, von der Arbeit freistellen lassen. In dieser Zeit zahlt die Bank das Gehalt auf freiwilliger Basis weiter.

Seit Januar 2013 ist es Beschäftigen, die pflegen, auch möglich, ihre Arbeitzeit befristet für zwei Jahre zu reduzieren.

Gesunde, leistungsfähige und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines Unternehmens. Daher ist das **Betriebliche Gesundheitsmanagement** (BGM) für die LBBW (Bank) eine strategische Investition. Mit dem BGM sollen alle wesentlichen gesundheitswirksamen Faktoren im Unternehmen bewertet und möglichst optimiert werden. Solche Faktoren sind z. B. das physische Arbeitsumfeld, Arbeitsabläufe und Arbeitsaufgaben. Einen besonderen Einfluss auf die Mitarbeitergesundheit haben aber auch »weiche Faktoren« wie z. B. die vom Mitarbeiter empfundene Wertschätzung, der Handlungsspielraum bei der Arbeit oder die soziale Unterstützung. Bei all diesem kommt Führungskräften eine entscheidende Rolle zu. Deshalb werden sie in der LBBW (Bank) systematisch und verpflichtend im »gesundheitsgerechten Führen« geschult.

Auch die Beschäftigten selbst werden unterstützt, ihre Gesundheit zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Die Förderung eines gesundheitsgerechten Lebensstils wird u. a. durch arbeitsplatznahe Bewegungs- und Entspannungsangebote sowie durch Kooperationen mit Fitnessstudios unterstützt. Die teilweise biozertifizierten Betriebskantinen ermöglichen durch ein reichhaltiges Angebot eine gesunde Ernährung.

Die soziale Verantwortung gegenüber Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist ein zentraler Bestandteil der Unternehmenskultur in der LBBW (Bank). Daher unterstützt sie diese auch bei privaten und beruflichen Problemen und in Belastungssituationen. Der Betriebsärztliche Dienst bietet neben einer arbeits- und sozialmedizinischen Betreuung an den größeren Standorten auch eine arbeitsplatznahe medizinische Erstversorgung sowie viele gesundheitsfördernde Maßnahmen an. Das Sozialreferat bietet lösungsorientierte Beratung, Konfliktmanagement sowie akute Unterstützung in Krisensituationen an. Auch viele Führungskräfte lassen sich zum adäquaten Umgang mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beraten. Workshops für Mitarbeiterrinnen und Mitarbeiter runden das Angebot ab.

Die Qualität des Gesundheitsmanagements der LBBW (Bank) wird weiterhin durch den »Exzellenz-Status« im »Corporate Health Award 2013« des deutschlandweiten Unternehmensvergleichs von Handelsblatt, TÜV SÜD und EuPD Research bestätigt.

Die LBBW (Bank) wird entsprechend den Regularien der §§ 7 und 8 der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) vom 13. Oktober 2010 einen Vergütungsbericht für 2013 erstellen, der voraussichtlich im dritten Quartal 2014 auf www.LBBW.de veröffentlicht wird.

LBBW VerbesserungsProzess.

Im Jahr 2013 konnte die Anzahl der von den Mitarbeitern eingebrachten Verbesserungsvorschläge um 11,7% auf 3 789 gesteigert werden. 1 393 Ideen wurden im letzten Jahr umgesetzt und damit ein Nutzen von 9,1 Mio. EUR generiert. Der LBBW VerbesserungsProzess erhielt im letzten Jahr zum zweiten Mal in Folge den DeutschenIdeenPreis des Deutschen Instituts für Betriebswirtschaft für das beste Ideen-Management in der Sparte Banken, Versicherer und Finanzdienstleister.

Der LBBW VerbesserungsProzess als Ideenmanagementmodell fördert die Ideengenerierung durch die Mitarbeiter. So können sich die Mitarbeiter mit ihren spontan entstandenen Ideen ebenso an der Weiterentwicklung des Konzerns beteiligen wie über gezielte Workshops zur Prozessoptimierung. Ideen und Kreativität als Erfolgsbaustein im Wettbewerb sollen so die tägliche Aufgabenstellung unterstützen.

Gelebte Kundenorientierung, ein Blick auf die Kosten und Erlöse, sichere und effiziente Arbeitsprozesse und hervorragende Produkte sind Ziele, die der LBBW VerbesserungsProzess mit unterstützt.

Erfreulich ist auch, dass damit eine Kultur der prozess- und segmentübergreifenden Zusammenarbeit im Konzern gefördert wird. Die Führungskräfte sehen sich als Coach für die Mitarbeiter-Ideen. Über die aufbau- und ablauforganisatorische Gestaltung des LBBW VerbesserungsProzesses ist sichergestellt, dass die spontanen Ideen der Mitarbeiter über sämtliche Führungsebenen gewürdigt werden können. Hierzu trägt auch das eigene Entscheidungsgremium bei. Ein elektronischer Workflow rundet die Methode im Konzern ab. Es gilt auch in diesem Jahr wieder, die Mitarbeiterbeteiligung weiter zu steigern und die Ideen als Chance zur erfolgreichen Weiterentwicklung zu nutzen.

Nachhaltigkeit.

Ihr nachhaltiges Engagement hat die LBBW sowohl strategisch als auch im operativen Geschäft fest verankert. Die Nachhaltigkeitspolitik, die Nachhaltigkeitsziele und die Klimastrategie sowie konkrete Leitlinien setzen einen verbindlichen Rahmen für ein verantwortungsbewusstes Handeln jedes Einzelnen und schaffen damit die Basis für eine konsequent nachhaltige Unternehmensführung in allen Geschäftsbereichen.

Nachhaltigkeitsstrategie und -management.

Die Nachhaltigkeitspolitik fasst die Leitsätze der LBBW für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Unternehmensführung, Geschäftsbetrieb, Personal, Kommunikation sowie zum gesellschaftlichen Engagement der LBBW zusammen. Sie gibt damit den Rahmen für alle Nachhaltigkeitsaktivitäten in der LBBW vor und ist die Grundlage, um ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in das gesamte unternehmerische Handeln zu integrieren.

Zur Konkretisierung ihrer Nachhaltigkeitspolitik hat sich die LBBW entsprechende Ziele gesetzt. Orientierung für die Umsetzung dieser Ziele geben die sog. »Leitplanken Nachhaltigkeit« (s. u.). Ergänzend beschreibt die LBBW-Klimastrategie die Position der LBBW zu wesentlichen klimarelevanten Fragestellungen.

Die aufgeführten Standards gelten für die LBBW (Bank) inkl. BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank, sowie die in das Nachhaltigkeits-Management-System der LBBW (Bank) integrierten 100 %igen Tochtergesellschaften GastroEvent GmbH, LBBW Immobilien Management GmbH sowie LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, jeweils mit Sitz in Stuttgart.

Über das nachhaltige Engagement der LBBW wird unter http://nachhaltigkeit.lbbw.de ausführlich berichtet. Der Nachhaltigkeitsbericht 2014 wird voraussichtlich Anfang November veröffentlicht und enthält die Zahlen zum 31. Dezember 2013.

Leitplanken Nachhaltigkeit.

Die Leitplanken Nachhaltigkeit markieren den Korridor, innerhalb dessen die LBBW im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen ihre Nachhaltigkeitsziele verfolgt, und bilden damit die Basis für eine nachhaltige Entwicklung.

Leitplanken Nachhaltigkeit im Anlagegeschäft.

Die LBBW berücksichtigt in ihrem Anlagegeschäft nachhaltige Aspekte. Dabei orientiert sie sich an den »Principles for Responsible Investment« der Vereinten Nationen.

Privaten wie institutionellen Kunden bietet die LBBW ein umfangreiches Angebot an nachhaltigen Anlageprodukten; im Rahmen der Vermögensverwaltung haben die Kunden die Option, ihrer ethischen Haltung auch bei der Geldanlage treu zu bleiben.

Leitplanken Nachhaltigkeit im Kreditgeschäft.

Ihr Kreditgeschäft will die LBBW auch künftig auf Transaktionen, Projekte, Produkte und Kundengruppen ausrichten, die die Nachhaltigkeitsbilanz verbessern. Dazu gehören auch die Erkennung, Vermeidung und Beherrschung von Risiken, die sich aus Finanzierungsgeschäften ergeben könnten. Gleichzeitig sollen Vorhaben finanziert werden, die sowohl eine nachhaltige Entwicklung unterstützen als auch für die LBBW Geschäftschancen bergen. Dies können im Bereich Projektfinanzierungen bspw. Anlagen, Technologien oder Unternehmen aus dem Erneuerbare-Energien-Sektor sein. Daneben werden Investitionsfinanzierungen in den Bereichen Wasseraufbereitung und -versorgung sowie Energieinfrastruktur wie z. B. Stromnetze und -speicher an Bedeutung gewinnen.

Leitplanken Nachhaltigkeit in der Personalpolitik.

Der LBBW ist es ein dauerhaftes Anliegen, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein attraktiver Arbeitgeber und verlässlicher Partner zu sein. In dem Bewusstsein, dass leistungsfähige und engagierte Beschäftigte der zentrale Erfolgsfaktor jedes Unternehmens sind, investieren wir in die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fördern diese mit gezielten Personalentwicklungsmaßnahmen und bieten umfangreiche Angebote für eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Wir wollen herausragende Talente gewinnen und langfristig an uns binden; insbesondere in der beruflichen Qualifizierung junger Menschen sehen wir eine bedeutende gesellschaftspolitische und betriebliche Aufgabe, die die LBBW gerne wahrnimmt (siehe auch S. 39).

Leitplanken Nachhaltigkeit im Geschäftsbetrieb.

Für die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen gelten bei der LBBW verbindliche Kriterien, zu denen auch ausdrücklich Umwelt- und Sozialaspekte gehören. Diese Kriterien werden bei der Entscheidung über eine Auftragsvergabe berücksichtigt. Ähnlich anspruchsvoll sind die Maßstäbe, die die LBBW an ihren eigenen Umgang mit Ressourcen anlegt. So sollen die CO_2-Emissionen, die sich u. a. aus Dienstreisen, Gebäudemanagement, IT und Materialverbrauch ergeben, kontinuierlich gesenkt werden.

Nachhaltigkeitsratings.

Die Münchener oekom research AG hat die LBBW auf einer Skala von A + bis D – mit der Gesamtnote C + bewertet. Mit diesem Ergebnis belegt die LBBW in der aktuellen Branchenstudie »Financials/ Public & Regional Banks 2013« Platz 2 von 33 untersuchten Banken auf internationaler Ebene (Stand: Mai 2013). Die LBBW erfüllt die von oekom research definierten Mindeststandards an das Nachhaltigkeitsmanagement und wird als »Prime« eingestuft. Damit qualifizieren sich die auf dem Markt gehandelten LBBW-Wertpapiere aus ökologischer und sozialer Sicht für ein Investment.

Im Nachhaltigkeitsrating 2013 von Sustainalytics erhielt die LBBW 72 von 100 Punkten (Vorjahr: 72) und belegt damit in der Branche nicht-börsennotierter Banken auf internationale Ebene Platz 8 von 73 (Stand 31. Dezember 2013).

Die LBBW erhielt als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen, Hypothekenpfandbriefen und unbesicherten Anleihen (die Bezeichnung »unbesicherte Anleihen« bezieht alle Arten unbesicherter festverzinslicher Wertpapiere sowie Termin- und Spareinlagen mit ein) im imug Nachhaltigkeitsrating 2013 die Gesamtbewertung »Positiv«.

Daten und Fakten.

Personalpolitik (Kennzahlen für die LBBW (Bank)).

	2013		2012		2011	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Verteilung Führungskräfte (1. bis 4. Ebene) in %	83,7	16,3	83,9	16,1	82,8	17,2

	2013		2012		2011	
	absolut	prozentual	absolut	prozentual	absolut	prozentual
Anzahl Beschäftigter mit Behinderung/Gleichgestellte	348	3,8	399	4,2	399	4,1

	2013	2012	2011
Durchschnittsalter	42,5	42,5	43,1

	2013	2012	2011
Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit in Jahren	16,6	16,7	16,4

Anlagegeschäft.

Mio. EUR	2013	2012	2011
Volumen nachhaltiger Geldanlagen bei der LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH	515,9	426,7	415,8

Kreditgeschäft.

Mrd. EUR	2013	2012	2011
Volumen Projektfinanzierungen Erneuerbare Energien/ Kreditinanspruchnahmen	2,62	2,73	2,52

LBBW-Stiftungen.

LBBW-Stiftung Ausbildung, Fort- und Weiterbildung	Anzahl Förderprojekte	Fördersumme in TEUR
2013	63	84
2012	59	76
2011	62	104

LBBW-Stiftung Natur und Umwelt	Anzahl Förderprojekte	Fördersumme in TEUR
2013	37	95
2012	43	135
2011	55	156

LBBW-Stiftung Kunst und Kultur	Anzahl Förderprojekte	Fördersumme in TEUR
2013	221	277
2012	203	201
2011	213	242

Wirtschaftsbericht für den Konzern.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Weltwirtschaft.

Das zurückliegende Jahr war zunächst von einer hohen Unsicherheit geprägt, die sich allerdings im Jahresverlauf deutlich reduziert hat, sodass die Gesamtbilanz für die Weltkonjunktur insgesamt noch zufriedenstellend ausfallen kann. In Zahlen gemessen dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) weltweit um 3,1 % zugelegt haben, was nach dem heutigen Stand nur geringfügig unter dem Ergebnis von 2012 lag, als das weltweite BIP um 3,2 % anstieg.

Für das Wachstum dürften insbesondere folgende Faktoren maßgeblich gewesen sein. Ab dem zweiten Quartal hat in den USA die Konjunkturdynamik angezogen. Das mit den Stichworten »Haushaltsstreit« und »Schuldenobergrenze« umrissene Problemfeld der Fiskalpolitik konnte durch einen Kompromiss zwischen den Demokraten und den Republikanern einstweilen befriedet werden. Alles in allem hat sich das BIP-Wachstum in den USA zwar von 2,8 % auf 1,9 % verlangsamt. Angesichts des Umfelds, das sich durch eine gewisse Zurückhaltung der Unternehmen bei den Investitionen sowie durch steigende Belastung der privaten Haushalte durch höhere Beiträge an die Sozialversicherungen gekennzeichnet war, ist dieses Ergebnis aber durchaus noch als akzeptabel zu werten. Dies umso mehr da die Erholung am Wohnimmobilienmarkt in den USA im Jahresverlauf anhielt.

Die Schuldenkrise der Staaten des Euroraums hat ungeachtet der Lage in Zypern an Brisanz verloren. Die Reformen in den besonders betroffenen Ländern der Peripherie scheinen Wirkung zu zeigen. Irland, Spanien und Portugal konnten 2013 wieder auf den Wachstumspfad zurückkehren. Allerdings bleibt das Umfeld in vielen Staaten des Euroraums schwierig, davon zeugt auch das Ergebnis für 2013 – das BIP dürfte um 0,5 % geschrumpft und damit in einem ähnlichen Umfang sein wie 2012 mit – 0,6 %. Vor allem Italien und Frankreich weisen eine anhaltende Wachstumsschwäche auf und geben Anlass zur Sorge. In Frankreich ging es 2013 in zwei von vier Quartalen bergab. In Italien ist die Wirtschaft sogar neun Quartale nicht mehr gewachsen, ehe im Schlussquartal ein Plus von 0,1 % verzeichnet wurde.

Auf der wirtschaftspolitischen Ebene war 2013 ein weiteres ereignisreiches Jahr. Zwar war eine merkliche Beruhigung der Schuldenkrise im Euroraum festzustellen. Nach den Beschlüssen zu Zypern, welche dem Land im Gegenzug für ein Hilfspaket im Umfang von 10 Mrd. Euro ein umfangreiches Reformpaket und eine Beteiligung der Bankkunden bei der Abwicklung und Sanierung zweier großer Kreditinstitute des Landes auferlegten, mussten jedoch keine weiteren Hilfen vom Bundestag genehmigt werden. Markant waren auf europäischer Ebene die Fortschritte zur Schaffung einer EU-weiten Bankenunion. Insbesondere wurden die Weichen für eine einheitliche Bankenaufsicht der größten Banken durch die EZB und eine Abwicklungsrichtlinie vereinbart, die u. a. eine Haftungskaskade vorsieht, die mit dem Eigenkapital beginnt und mit den ungesicherte Kundeneinlagen endet, bevor für die Rettung einer Bank öffentliche Gelder in Anspruch genommen werden.

Deutschland.

Die Jahresbilanz für das deutsche BIP sieht mit einem bescheidenen Zuwachs von um Kalendereffekte bereinigte 0,5 % laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts zwar nicht beeindruckend aus. Allerdings ist zu bedenken, dass schon der Auftakt für das Gesamtjahr witterungsbedingt mit einer Stagnation des BIP verhalten war und aus dem Vorjahr ein negativer statistischer Überhang von einem Viertelprozentpunkt resultierte. Mit einem »Zwischenspurt« in den Quartalen zwei und drei, als das BIP um 0,7 % bzw. 0,3 % wuchs, ist allerdings eine deutliche Konjunkturbelebung zu verzeichnen gewesen. Hauptträger des Wirtschaftswachstums waren der private Konsum sowie die Vorratsänderungen, während die sonst traditionellen Stützen der deutschen Konjunktur, der Außenhandel und die Investitionen, dieses Mal negative Beiträge verzeichneten. Die Arbeitslosenquote lag zu Beginn des Jahres saisonbereinigt knapp unter 7 % und verharrte dort im Jahresverlauf. Gedämpft blieb der Preisauftrieb im Berichtsjahr, der im Jahresdurchschnitt 1,5 % im Vergleich zum Vorjahr betrug. Die Inflationsrate wurde einmal mehr geprägt durch stark schwankende Preise für Nahrungsmittel sowie Kraftstoffe und Heizöl.

Notenbankpolitik.

Die US-Notenbank beließ das Zielband für ihren Leitzins zwar auch im fünften Kalenderjahr in Folge auf dem erreichten historischen Tiefststand von 0 % bis 0,25 %, vollzog aber zum Jahresende hin den vielfach erwarteten ersten Schritt in Richtung eines Ausstiegs aus der seit Jahren verfolgten ultraexpansiven Geldpolitik. Sie wird ab dem Januar 2014 monatlich nur noch im Umfang von 75 Mrd. US-Dollar und damit für 10 Mrd. US-Dollar weniger als zuvor US-Staatsanleihen und Hypothekenpapiere ankaufen, teilte der Offenmarktausschuss des Federal Reserve Systems am 18. Dezember mit. Zudem stellte sie wie in den vorhergehenden Erklärungen auch eine Erhöhung des Leitzinses in Aussicht, wenn die Arbeitslosenquote die Marke von 6,5 % dauerhaft unterschreitet (im Januar 2014 betrug die Arbeitslosenquote in den USA 6,6 %) und die Inflationserwartungen mittel- bis langfristig um die Marke von 2 % herum verankert sind.

Im Euroraum lockerte dagegen die EZB ihre Geldpolitik im Berichtszeitraum gleich zweimal. Erstmals im Mai, als die EZB den Hauptrefinanzierungszins, der für die wöchentlichen Tender der EZB und mithin für die Liquiditätsversorgung der Geschäftsbanken im Euroraum bindend ist, von 0,75 % auf 0,5 % senkte. Zum zweiten Mal im November, als die EZB auch mit Verweis auf drohende Deflationsrisiken (die Inflationsrate war zuvor unerwartet von 1,1 % auf 0,7 % gefallen), einen erneuten Zinsschritt abwärts um 25 Basispunkte auf 0,25 % vollzog. Der Einlagesatz, zu dem die Geschäftsbanken überschüssige Liquidität bei der EZB anlegen können, blieb indes bei dieser Gelegenheit bei 0 %, wenngleich Notenbank-Präsident Draghi darauf verwies, dass die EZB sich mit der Frage negativer Einlagesätze befasst habe und diese für möglich hält. Die EZB unterstrich ihre Bereitschaft, die Konjunktur im Euroraum durch niedrige Zinsen zu unterstützen, zudem durch die Ankündigung, für einen längeren Zeitraum den Leitzins auf dem erreichten Niveau oder darunter halten zu wollen. Diese weitreichende Ankündigung ist neu in der Geschichte der EZB, die zuvor eine Vorfestlegung stets sorgsam vermied, und hat als »Forward Guidance« inzwischen einen festen Platz in der Kommunikation der EZB mit den Finanzmärkten eingenommen.

Rentenmarkt.

Die nachlassende Furcht vor einem Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion prägte in Verbindung mit den Ankündigungen der Geldpolitik zu weiten Teilen die Renditeentwicklung an den hiesigen Rentenmärkten. Per saldo war das abgelaufene Jahr für Bundesanleihen aber ein ertragsschwaches Jahr. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen sank von Januar bis Mai zunächst von ca. 1,30% auf 1,19%. Seither geht es aber im Trend mit den Renditen bergauf. Zum Jahresende wurde ein Renditeniveau von 1,94% verzeichnet. Da die EZB im gleichen Zeitraum ihre Leitzinsen um 50 Basispunkte gesenkt hat, dürften hierfür andere Faktoren ausschlaggebend gewesen sein. Zum einen stellte sich die Schuldenkrise der EWU deutlich weniger brisant dar als in den Vorjahren: Abzulesen ist dies an den gefallenen Risikoaufschlägen der Anleihen von zuvor als riskant eingestuften Ländern wie Spanien oder Italien gegenüber Bundesanleihen. Zum anderen hat die Republik Irland angekündigt, ab 2014 zu Finanzierung des Finanzbedarfs wieder eigene Kapitalmarkttitel begeben zu wollen und keine zusätzliche Finanzhilfe zu benötigen. Zudem signalisierte die US-Notenbank ein allmähliches Ende ihrer bisherigen sehr expansiven Geldpolitik. Am Markt für US-Staatsanleihen stiegen die Renditen von rund 1,60% im Mai auf knapp 3% zum Jahresende. Dies hat auch die Bundesanleihen belastet. Schließlich dürften die Renditen für Bundesanleihen vor dem Hintergrund der Kursentwicklung am Aktienmarkt vielen Investoren als zunehmend unattraktiv erschienen sein, was zu Abgabedruck am Rentenmarkt geführt haben dürfte.

Devisenmarkt.

Der Euro war 2013 im Verhältnis zum US-Dollar im Aufwind und konnte im Vergleich zum Schlussstand des Vorjahres deutlich aufwerten. Kostete zu Jahresbeginn ein Euro noch 1,32 US-Dollar und auf dem Jahrestief, das Ende März erreicht wurde, noch 1,28 US-Dollar je Euro, so schloss das Jahr mit einem Wechselkurs von rund 1,38 US-Dollar je Euro. Dabei dürfte der Euro neben einem Nachlassen der Schuldenkrise in seiner Heimatregion nicht zuletzt von der sich verbessernden Leistungsbilanz des Euroraums profitiert haben. Deutlich zulegen konnte der Euro gegenüber dem japanischen Yen, der von 114 Yen je Euro auf 145 Yen je Euro abwertete. Per saldo kaum verändert hat sich der Wechselkurs des Euro zum britischen Pfund: Anfang 2012 stand er bei 82 Pence je Euro, am Jahresende bei 83. Zum Schweizer Franken legte der Euro geringfügig von 1,21 auf 1,23 Schweizer Franken je Euro zu.

Aktienmarkt.

Am Aktienmarkt geht das abgelaufene Jahr als eines der besten der jüngeren Vergangenheit in die Annalen ein. Viele wichtige Indizes, darunter der Dow Jones Industrials und der DAX erreichten neue historische Rekordstände. Der DAX legte im Jahresverlauf von 7612 auf 9552 Indexpunkte oder über 25% zu. Auch die Indizes der zweiten Reihe verzeichneten ein außergewöhnlich gutes Jahr. Der MDAX der mittelgroßen deutschen Unternehmen legte gar um 39% von 11914 auf 16574 Punkte zu.

Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Die Entwicklung der deutschen Kreditwirtschaft war 2013 vor allem durch den anhaltenden Anpassungsprozess der Branche an steigende regulatorische Anforderungen und das niedrige Zinsniveau geprägt, das die deutschen Banken zunehmend belastet. Die gegenüber 2012 verringerten Anspannungen an den internationalen Finanzmärkten und die unter den gegebenen Rahmenbedingungen

robuste deutsche Konjunktur stützten die Entwicklung der Branche. Allerdings blieb die Kreditnachfrage der Wirtschaft in einem anhaltend wettbewerbsintensiven Marktumfeld, sowohl im Unternehmens- als auch im Privatkundengeschäft, verhalten, worin sich eine gute Liquiditätslage und die Investitionszurückhaltung vieler Unternehmen angesichts zahlreicher Unsicherheiten im Umfeld widerspiegelte.

Der Wandel der Bankbranche hielt vor allem vor dem Hintergrund der 2014 beginnenden schrittweise Umsetzung von Basel III und der bei einer Reihe von Instituten weiterhin laufenden Umsetzung von Auflagen der EU-Kommission an. Zudem band die Anpassung an steigende regulatorische und rechtliche Anforderungen auch 2013 in erheblichem Ausmaß Kapazitäten und Ressourcen in den Häusern. Die großen deutschen Institute waren erstmals verpflichtet, bis zum Jahresende Sanierungspläne gemäß den Anforderungen der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) vorzulegen. Im Vorfeld eines einheitlichen Aufsichtsmechanismus über rund 130 systemrelevante Banken – darunter auch die LBBW – unter dem Dach der EZB startete zudem in der zweiten Jahreshälfte 2013 eine umfassende Bankenprüfung.

Die Geschäftsentwicklung im LBBW-Konzern. Bericht zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage.

Geschäftsverlauf 2013.

Für die globale Bankenbranche setzten sich die Trends, die bereits im Vorjahr vorherrschten, im Jahr 2013 fort. Dominierende Themen für den europäischen Bankensektor blieben neben den voranschreitenden Regulierungsmaßnahmen der anhaltende Druck zum Aufbau von Eigenkapital bzw. dem Abbau risikogewichteter Aktiva.

Auf der Marktseite beherrschten das weiterhin bestehende Niedrigzinsumfeld, stabile bis rückläufige Kreditrisikoaufschläge von Staaten und Unternehmen sowie überaus freundliche weltweite Aktienmärkte das Geschehen.

In diesem Umfeld setzte der LBBW-Konzern auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013, trotz wettbewerbsintensiver Märkte und verhaltener Kreditnachfrage, seine positive Entwicklung fort. Der Umbau zu einer kundenfokussierten Bank sowie die Umsetzung der Verpflichtungen aus der in 2009 gestarteten Restrukturierung konnten im Jahr 2013 in allen wesentlichen Punkten erfolgreich beendet werden.

Dem Konzern gelang es auch im achten Quartal in Folge, mit einem positiven Ergebnis abzuschließen. Das Geschäftsjahr 2013 konnte damit insgesamt mit einem **Ergebnis vor Steuern** i. H. v. 471 Mio. EUR beendet werden, was einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 72 Mio. EUR entspricht (Vorjahr: 399 Mio. EUR). Trotz deutlich reduzierter **Bilanzsumme** – diese verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 63 Mrd. EUR auf 274 Mrd. EUR – konnte die LBBW auf ein leicht steigendes Nettoergebnis (vor Risikovorsorge) in den Kerngeschäftsfeldern zurückblicken. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb dank der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten, insbesondere in Deutschland, moderat, erhöhte sich jedoch gegenüber dem Vorjahr beträchtlich. Auch das Ausbleiben von größeren Belastungen aus Finanzmarktturbulenzen und eine moderate Verringerung der Verwaltungsaufwendungen haben die Ergebnisentwicklung positiv beeinflusst.

Neben den vorgenannten wesentlichen steuerungsrelevanten Leistungsindikatoren (Ergebnis vor Steuern und Bilanzsumme), stellt die **Cost Income Ratio (CIR)** eine weitere Steuerungsgröße dar. Durch die positive Entwicklung sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Kostenseite im Geschäftsjahr 2013 verbesserte sich diese Kennziffer um 9,1%-Punkte auf 63,5%.

Gegenüber dem **Plan** wurde im Geschäftsjahr 2013 ein um rund 100 Mio. EUR höheres Konzernergebnis vor Steuern erzielt. Positiv beeinflusst wurde diese Entwicklung durch eine über Plan liegende Wertentwicklung bei Kreditderivaten, positive Beiträge aus dem Immobiliengeschäft, Einmalerträge u. a. aus der Auflösung von Rückstellungen sowie eine signifikant unter Plan gebliebene Risikovorsorge. Gegenläufig wirkten risikoreduzierende Maßnahmen, eine verhaltene Kreditnachfrage und ein anhaltend niedriges Zinsniveau. Die Verwaltungsaufwendungen lagen hingegen auf Planniveau. Aufgrund dieser Entwicklung lag die Cost Income Ratio mit 63,5% leicht über dem Planwert.

Die **Bilanzsumme** des LBBW-Konzerns reduzierte sich im Verlauf des Jahres deutlich stärker als ursprünglich geplant. Dabei wurde u. a. das positive Marktumfeld zum gezielten Abbau genutzt.

Die Finanzlage des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Der Konzern war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen.

Zentrales Steuerungsinstrument im Kapitalmanagement des LBBW-Konzerns ist die **harte Kernkapitalquote** nach vollständiger Umsetzung von Basel III (»fully loaded«). Mit einer Quote von 12,6% per Jahresende 2013 sieht sich die LBBW gut kapitalisiert. Zur Verbesserung der Quote haben hierbei neben der Wandlung der Stillen Einlagen zum Jahreswechsel 2012 auch der schnellere Abbau von risikogewichteter Aktiva (v. a. in den Portfolios der Nicht-Kernbank) beigetragen.

Die **Kernkapitalquote** nach Basel 2.5 lag für den LBBW-Konzern per Jahresende 2013 bei 18,5%. Dies entspricht einer Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um 3,2%-Punkte. Die **Gesamtkennziffer** erhöhte sich auf 22,5%. Damit liegen die Kapitalquoten der LBBW deutlich über dem Marktdurchschnitt.

Insgesamt hat sich der LBBW-Konzern im Geschäftsjahr 2013 über alle steuerungsrelevanten Leistungsindikatoren durchweg positiv entwickelt.

Ertragslage.

Das Ergebnis vor Steuern der drei operativen Marktsegmente Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen beläuft sich für das Gesamtjahr 2013 auf 1 144 Mio. EUR (Vorjahr: 1 289 Mio. EUR). Dem gegenüber stand ein weiterhin negatives Ergebnis im Segment Credit Investment, das auch im Geschäftsjahr 2013 insbesondere durch die Gebühr für die Garantie des Landes Baden-Württemberg und durch den weiteren konsequent vorangetriebenen Risikoabbau belastet war.

Im Übrigen verweisen wir bezüglich der Darstellung der einzelnen Segmentergebnisse auf die Ausführungen in den Notes.

Erfolgszahlen:

	01.01.2013 – 31.12.2013 Mio. EUR	01.01.2012 – 31.12.2012 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Zinsergebnis	1 794	2 057	– 263	– 12,8
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 310	– 143	– 167	> 100
Provisionsergebnis	522	514	8	1,6
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten [1]	373	24	349	> 100
Finanzanlage- und at Equity-Ergebnis	16	135	– 119	– 88,1
Sonstiges betriebliches Ergebnis [2]	105	– 33	138	-
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	**2 500**	**2 554**	**– 54**	**– 2,1**
Verwaltungsaufwendungen	– 1 774	– 1 860	86	– 4,6
Operatives Ergebnis	**726**	**694**	**32**	**4,6**
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	– 300	– 305	5	– 1,6
Wertminderung Goodwill	– 3	0	– 3	100,0
Restrukturierungsergebnis	48	10	38	> 100
Konzernergebnis vor Steuern	**471**	**399**	**72**	**18,0**
Ertragsteuern	– 134	– 1	– 133	> 100
Konzernergebnis	**337**	**398**	**– 61**	**– 15,3**

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.
1) Dieser Posten umfasst neben dem Handelsergebnis i. e. S. auch das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option und das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.
2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

Das **Zinsergebnis** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um – 263 Mio. EUR auf 1 794 Mio. EUR. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf einen deutlich reduzierten Bestand zinstragender Vermögenswerte und ein anhaltend niedriges Zinsumfeld zurückzuführen. Hierbei trug eine spürbar verhaltene Kreditnachfrage, der gezielte Abbau von Nichtkernbankaktivitäten sowie die Rückführung einzelner Großengagements zu der Ergebnisentwicklung bei. Zusätzlich wirkten sich rückläufige Einmaleffekte aus. Insbesondere war im Vorjahr ein positiver Effekt i. H. v. rund 187 Mio. EUR enthalten, der aus geänderten Barwerten aufgrund der erwarteten Zinszahlungen von Stillen Einlagen und Genussrechten resultierte. Dagegen sanken im laufenden Jahr die Zinsaufwendungen im Wesentlichen durch die Wandlung von Stillen Einlagen zum Jahresbeginn 2013 um rund 70 Mio. EUR.

Der Aufwand aus der **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** war im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um – 167 Mio. EUR auf – 310 Mio. EUR angestiegen. Trotz Erhöhung blieb diese aber nach wie vor erheblich unter dem langjährigen Durchschnitt.

Das **Provisionsergebnis** verbesserte sich im Berichtsjahr um 8 Mio. EUR auf 522 Mio. EUR. Dabei zeigten die einzelnen Provisionsarten ein differenziertes Bild. Auf der einen Seite waren deutliche Verbesserungen beim Provisionsergebnis aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft (21 Mio. EUR; u. a. aus transaktionsbezogenen Geschäft mit Kunden und Sparkassen) zu verzeichnen. Dem stand auf der anderen Seite infolge der verhaltenen Kreditnachfrage ein niedrigeres Provisionsergebnis im Kredit-/Treuhand- und Avalgeschäft (– 15 Mio. EUR) gegenüber.

Das **Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten** stieg im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich um 349 Mio. EUR auf 373 Mio. EUR. Das positive Jahresergebnis resultierte insbesondere aus dem Handel mit Zinsderivaten. Daneben beeinflussten Wertaufholungen bei bonitätsinduzierten Geschäften i. H. v. 65 Mio. EUR (insbesondere bei auf Kreditderivate wirkende Spreadeinengungen in Bank- und Staatsadressen; Vorjahr: 305 Mio. EUR) das Ergebnis positiv. Das negative Vorjahresergebnis war in erheblichem Maße durch Bewertungsanpassungen (u. a. für Marktparameter, Kontrahentenrisiken und Rechtsrisiken) sowie für die Absicherung von Währungsrisiken mittels Derivaten belastet. Die Marktbewertung der eigenen Verbindlichkeiten führte aufgrund der verbesserten Bonität der LBBW zu einem Aufwand i. H. v. – 82 Mio. EUR, dieser war jedoch gegenüber dem Vorjahr (– 144 Mio. EUR) rückläufig.

Das **Finanzanlage- und at Equity-Ergebnis** verminderte sich gegenüber dem Vorjahr von 135 Mio. EUR auf 16 Mio. EUR. Das Ergebnis war abermals dominiert durch den weiteren Volumens- und Risikoabbau in den nicht mehr zum Kerngeschäftsfeld gehörenden Portfolios (Kreditersatzgeschäft). Dabei wurden im Verlauf des Jahres zum Teil auch bewusst Ergebnisbelastungen in Kauf genommen. Zudem wurden geringere Erträge aus dem Verkauf von Beteiligungen erzielt.

Aus Veräußerungen von **Wertpapieren** wurden Gewinne i. H. v. 24 Mio. EUR (Vorjahr: – 21 Mio. EUR) realisiert. In gleicher Größenordnung ergaben sich Wertaufholungen in den von der Finanzmarktkrise besonders betroffenen Credit Investment Portfolios. Dem steht ein Aufwand aus der Anpassung des Erstattungsanspruchs im Zusammenhang mit der Garantie des Landes Baden-Württemberg i. H. v. – 56 Mio. EUR (Vorjahr: – 17 Mio. EUR) gegenüber.

Im Geschäftsjahr wurden durch die Veräußerung von **Beteiligungen** ein Ergebnis i. H. v. 37 Mio. EUR erzielt (Vorjahr: 172 Mio. EUR). Das Ergebnis aus **at Equity** bewerteten Unternehmen der Berichtsperiode betrug 6 Mio. EUR und lag um – 48 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** sowie das **Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien** verbesserte sich durch eine Vielzahl an Einzeleffekten beträchtlich und belief sich auf 105 Mio. EUR nach – 33 Mio. EUR im Vorjahr. Im Immobilienbereich konnten durch erfolgreich abgeschlossene Projektentwicklungen Ergebnisbeiträge i. H. v. 111 Mio. EUR (Vorjahr: 12 Mio. EUR) realisiert werden. Diese wurden teilweise kompensiert durch Wertminderungen bei Immobilien i. H. v. – 38 Mio. EUR und rückläufige Mieterträge aus Immobilien (– 21 Mio. EUR). Dabei ist zu beachten, dass entsprechend einer EU-Auflage zum Ende des 1. Quartals 2012 der Verkauf des Wohnimmobilienbestands der LBBW Immobilien GmbH erfolgte. Im Rahmen der geplanten Reduzierung des Beteiligungsportfolios entstand im Zusammenhang mit dem Verkauf einer Tochter ein Aufwand i. H. v. – 30 Mio. EUR. Weiterhin glichen sich im laufenden Jahr die Zuführungen und Auflösungen von Rückstellungen für Rechts- und Prozessrisiken im Gegensatz zum Vorjahr nahezu aus.

Die **Verwaltungsaufwendungen** ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahreswert i. H. v. – 1 860 Mio. EUR moderat um 86 Mio. EUR auf insgesamt – 1 774 Mio. EUR. Bedingt durch das zum 1. September 2013 gestartete Outsourcing von Aktivitäten im IT-Umfeld ergaben sich strukturelle Verschiebungen im Verwaltungsaufwand. Im Rahmen des Outsourcings lagerte die Bank das Rechenzentrum sowie Teile der Anwendungsentwicklung aus. Insgesamt gingen die Personalaufwendungen hierbei um 44 Mio. EUR zurück. Auch die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte reduzierten sich um 32 Mio. EUR. Trotz hoher Kosten für regulatorische Anforderungen entwickelte sich der andere Verwaltungsaufwand ebenfalls leicht rückläufig (10 Mio. EUR). Im anderen Verwaltungsaufwand enthalten war u. a. die Bankenabgabe mit einer Belastung im Jahr 2013 i. H. v. 67 Mio. EUR.

Aufgrund des im Jahr 2013 reduzierten Garantieportfolios verminderten sich die Aufwendungen für die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende **Garantieprovision** um 5 Mio. EUR auf – 300 Mio. EUR.

Das **Restrukturierungsergebnis** i. H. v. 48 Mio. EUR resultierte im Wesentlichen aus der Auflösung von nicht mehr benötigten Restrukturierungsrückstellungen.

Auf Basis der vorgenannten Entwicklungen verbesserte sich das **Konzernergebnis vor Steuern** im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 72 Mio. EUR auf 471 Mio. EUR.

Für den Berichtszeitraum ergab sich ein **Steueraufwand** i. H. v. – 134 Mio. EUR gegenüber – 1 Mio. EUR im Vorjahr. Die laufenden Ertragsteuern betrugen im Geschäftsjahr 2013 – 50 Mio. EUR, frühere Jahre betreffende Ertragsteuern – 58 Mio. EUR. Daneben fielen latente Steuern i. H. v. – 26 Mio. EUR an. Im Vorjahr war ein Steuerertrag aus der Auflösung gebildeter Rückstellungen im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluss einer steuerlichen Auseinandersetzung im Ausland zu verzeichnen.

Nach Steuern belief sich das **Konzernergebnis** auf 337 Mio. EUR (Vorjahr: 398 Mio. EUR). Davon entfallen – 6 Mio. EUR auf die Minderheitenanteile, den LBBW-Eigentümern sind 343 Mio. EUR zuzurechnen.

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2013 Mio. EUR	31.12.2012[1)] Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Barreserve	2 156	2 909	– 753	– 25,9
Forderungen an Kreditinstitute	47 577	50 080	– 2 503	– 5,0
Forderungen an Kunden	109 050	117 172	– 8 122	– 6,9
Risikovorsorge	– 2 179	– 2 505	326	– 13,0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	71 402	110 464	– 39 062	– 35,4
Finanzanlagen und Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen	40 957	53 074	– 12 117	– 22,8
Aktivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	355	580	– 225	– 38,8
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	727	23	704	> 100
Immaterielle Vermögenswerte	494	502	– 8	– 1,6
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	506	516	– 10	– 1,9
Sachanlagen	625	710	– 85	– 12,0
Laufende Ertragsteueransprüche	179	182	– 3	– 1,6
Latente Ertragsteueransprüche	1 058	1 266	– 208	– 16,4
Sonstige Aktiva	616	1 364	– 748	– 54,8
Summe der Aktiva	**273 523**	**336 337**	**– 62 814**	**– 18,7**

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva	31.12.2013 Mio. EUR	31.12.2012[1] Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58 030	64 236	- 6 206	- 9,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82 049	85 332	- 3 283	- 3,8
Verbriefte Verbindlichkeiten	49 561	61 589	- 12 028	- 19,5
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	57 654	99 732	- 42 078	- 42,2
Passivisches Portfolio-Hedge-Adjustment	685	1 199	- 514	- 42,9
Rückstellungen	3 140	3 133	7	0,2
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	915	0	915	100,0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	58	200	- 142	- 71,0
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	169	170	- 1	- 0,6
Sonstige Passiva	756	698	58	8,3
Nachrangkapital	7 103	9 715	- 2 612	- 26,9
Eigenkapital	13 403	10 333	3 070	29,7
Stammkapital	3 484	2 584	900	34,8
Kapitalrücklage	8 240	6 910	1 330	19,2
Gewinnrücklage	1 223	782	441	56,4
Sonstiges Ergebnis	104	- 363	467	-
Bilanzgewinn/-verlust	343	399	- 56	- 14,0
Nicht beherrschende Anteile	9	21	- 12	- 57,1
Summe der Passiva	**273 523**	**336 337**	**- 62 814**	**- 18,7**
Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen	5 933	6 464	- 531	- 8,2
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21 582	22 381	- 799	- 3,6
Geschäftsvolumen	**301 038**	**365 182**	**- 64 144**	**- 17,6**

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Entwicklung der Konzernbilanzsumme im Einklang mit den EU-Vorgaben weiter rückläufig.

Die Bilanzsumme war gegenüber dem Jahresende 2012 um – 62,8 Mrd. EUR bzw. – 18,7 % auf 273,5 Mrd. EUR deutlich zurückgegangen.

Daneben waren sowohl die unwiderruflichen Kreditzusagen als auch die Bürgschafts- und Gewährleistungsverpflichtungen rückläufig, sodass sich das Geschäftsvolumen um – 64,1 Mrd. EUR bzw. – 17,6 % auf 301,0 Mrd. EUR reduzierte.

Aktivgeschäft.

Die Barreserve lag zum Stichtag mit 2,2 Mrd. EUR um – 0,8 Mrd. EUR, insbesondere durch den Abbau von Guthaben bei Zentralnotenbanken, unter dem Jahresendwert 2012.

Der Bestand an Forderungen gegenüber Kreditinstituten verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um – 2,5 Mrd. EUR auf 47,6 Mrd. EUR und war im Wesentlichen auf den Rückgang von Kreditforderungen mit öffentlich-rechtlichem Hintergrund i. H. v. rund – 5,2 Mrd. EUR und fälligen Schuldscheindarlehen i. H. v. – 0,4 Mrd. EUR zurückzuführen. Eine Ausweitung des Geschäftsumfangs mit Kreditinstituten war dagegen im Wesentlichen mit Wertpapierpensionsgeschäften i. H. v. rund 2,6 Mrd. EUR zu verzeichnen.

Die Forderungen an Kunden reduzierten sich um – 8,1 Mrd. EUR auf 109,1 Mrd. EUR. Die Entwicklung wurde im Wesentlichen durch die verhaltene Kreditnachfrage beeinflusst und zeigte sich v. a. im Rückgang von Kreditforderungen an Unternehmen mit öffentlich-rechtlichem Hintergrund (– 2,3 Mrd. EUR). Daneben waren auch die Bestände an Kontokorrentkrediten (– 0,8 Mrd. EUR), Hypothekendarlehen (– 2,4 Mrd. EUR) und anderen Kreditforderungen (– 3,4 Mrd. EUR) rückläufig.

Der Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte ging von 110,5 Mrd. EUR um – 39,1 Mrd. EUR deutlich auf 71,4 Mrd. EUR zurück und trug damit maßgeblich zur massiven Reduktion der Bilanzsumme bei. Dabei überstiegen die Fälligkeiten im Bereich von Geldmarktgeschäften, die neben den Zinsderivaten einen wesentlichen Anteil des Handelsbestands darstellten, das Neugeschäft um rund – 7,0 Mrd. EUR. Im laufenden Jahr wurden Derivate mit sich auf Portfolioebene ausgleichenden Marktwerten bezogen auf das Jahresende 2012 i. H. v. – 11,7 Mrd. EUR geschlossen. Des Weiteren wurden bis zum Berichtszeitpunkt Derivate auf einen zentralen Abwickler übertragen und anschließend aufgerechnet. Infolge der Aufrechnung erhöhte sich der die Bilanz verkürzende Bestand (Netting) um 1,0 Mrd. EUR. Ein leichter Anstieg bei den Zinsen führte zu einem weiteren Rückgang der Marktwerte insbesondere bei Zinsderivaten. Bei Anleihen und Schuldverschreibungen ließ sich trotz Fälligkeiten ein Anstieg des Bestands um rund 1,8 Mrd. EUR feststellen.

Der Bestand an Finanzanlagen und Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen reduzierte sich insgesamt um – 12,1 Mrd. EUR auf 41,0 Mrd. EUR und resultierte im Wesentlichen aus dem verstärkten Abbau von Portfolios im Segment Credit Investment sowie aus Fälligkeiten und Verkauf von Wertpapieren aus dem Bankbuch. Der Bestand an at Equity bilanzierten Unternehmen blieb dagegen nahezu unverändert.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 beinhaltete der Bilanzposten zur Veräußerung gehaltener langfristiger Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen die Vermögenswerte einer gemäß IFRS 5 zu bilanzierenden Tochtergesellschaft.

Der Posten Sonstige Aktiva ging im Berichtjahr von 1,4 Mrd. EUR um – 0,7 Mrd. EUR auf 0,6 Mrd. EUR zurück. Im Wesentlichen trugen zu der Reduzierung getätigte Verkäufe von Projektentwicklungen der LBBW Immobilien GmbH sowie die verstärkte Hinterlegung von Wertpapieren als Initial Margins für Derivate bei.

Refinanzierung.

Auf der Passivseite verminderten sich im Berichtsjahr die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um – 6,2 Mrd. EUR auf 58,0 Mrd. EUR. Im Wesentlichen waren fällige Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe i. H. v. – 3,5 Mrd. EUR für den Bestandsrückgang verantwortlich. Zusätzlich reduzierte sich der Umfang an Wertpapierpensionsgeschäften zum Stichtag um – 1,1 Mrd. EUR und insgesamt bei Tages- und Termingeldern sowie Kontokorrentkrediten um weitere – 1,2 Mrd. EUR.

Der Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ging um – 3,3 Mrd. EUR auf 82,0 Mrd. EUR zurück. Ursächlich für die Reduktion waren u. a. Fälligkeiten bei Namenspfandbriefen und Schuldscheindarlehen i. H. v. – 4,5 Mrd. EUR und ein geringerer Geschäftsumfang im Wertpapierpensionsgeschäft i. H. v. – 1,6 Mrd. EUR. Dagegen erhöhten sich die Kontokorrentverbindlichkeiten deutlich um 3,3 Mrd. EUR.

Ein deutlicher Rückgang im Berichtsjahr war bezüglich des Bestands an verbrieften Verbindlichkeiten zu verzeichnen, diese verminderten sich um – 12,0 Mrd. EUR auf 49,6 Mrd. EUR. Maßgeblich hierfür waren fällige Schuldverschreibungen und Pfandbriefe i. H. v. rund – 13,1 Mrd. EUR. Aufgrund der verhaltenen Kreditnachfrage im Aktivgeschäft stand den Fälligkeiten lediglich ein Neuemissionsvolumen im Berichtsjahr von insgesamt rund 7,1 Mrd. EUR gegenüber. Speziell bei den öffentlichen Pfandbriefen wurden die Abgänge endfälliger Papiere i. H. v. – 6,0 Mrd. EUR, u. a. aus zwei in 2013 endfälligen Jumbo-Emissionen i. H. v. – 2,8 Mrd. EUR, nur in geringem Umfang ersetzt.

Die Erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Verpflichtungen i. H. v. 99,7 Mrd. EUR reduzierten sich deutlich um – 42,1 Mrd. EUR auf 57,7 Mrd. EUR. Die Entwicklung verlief dabei korrespondierend zur Aktivseite und war im Wesentlichen auf die gleichen Ursachen zurückzuführen.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 beinhaltete der Bilanzposten Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen die Vermögenswerte einer gemäß IFRS 5 zu bilanzierenden Tochtergesellschaft.

Eigenkapital.

Das Eigenkapital des LBBW-Konzerns hatte sich im Berichtsjahr um 3,1 Mrd. EUR auf 13,4 Mrd. EUR erhöht. Dem Anstieg des Stammkapitals sowie der Kapitalrücklage i. H. v. 2,2 Mrd. EUR stand ein damit verbundener Rückgang der Stillen Einlagen im Nachrangkapital i. H. v. 2,3 Mrd. EUR durch die zum 1. Januar 2013 vollzogenen Wandlung gegenüber.

Die Veränderung der Neubewertungsrücklage um insgesamt 475 Mio. EUR, die in der Position Sonstiges Ergebnis enthalten ist, war sowohl auf den Bestandsabbau als auch auf Kurserholungen von Wertpapieren zurückzuführen (521 Mio. EUR). Dem stand ein Rückgang aus Verkäufen bzw. aus Bewertung von Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen i. H. v. – 46 Mio. EUR gegenüber.

Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Der Konzern achtet dabei insgesamt auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage des Konzerns war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die LBBW war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Über die Liquiditätskennzahl LiqV wurde nur auf Ebene des Instituts berichtet: Diese lag per 31. Dezember 2013 bei 1,47 (Vorjahr: 1,64).

Risiko- und Chancenbericht.

Grundlagen.

Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit und der durch den Vorstand festgelegten Strategie. Risiken sollen im Rahmen der internen Kontrollverfahren und aufgrund der damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale bewusst und kontrolliert eingegangen werden.

Die internen Kontrollverfahren bilden damit einen Kernbestandteil des konzernweiten Systems zur risikoorientierten Gesamtbanksteuerung und bestehen insbesondere aus Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozessen sowie der Internen Revision.

Risikostrategie.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Risikoausschuss festgelegt.

In der konzernweit und risikoartenübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden die risikostrategischen Vorgaben gemäß der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zusammengeführt. Sie ist durch die Festlegung von risikostrategischen Grundbedingungen, strategischen Limits, der Liquiditätsrisikotoleranz und der Leitsätze für das Risikomanagement definiert und bei allen Geschäftsaktivitäten einzuhalten.

Die risikostrategischen Grundbedingungen spiegeln die in der Geschäftsstrategie festgelegte konservative Risikopolitik wider:

- Nachhaltige Einhaltung der Risikotragfähigkeit, auch unter Stressbedingungen
- Jederzeitige Zahlungsfähigkeit und Einhaltung der Liquiditätsrisikotoleranz
- Nachhaltige Einhaltung der EBA-Stresstest-Anforderungen und der regulatorischen Mindestquoten

Das strategische Limitsystem operationalisiert die in der Geschäftsstrategie definierten Maßgaben und Ziele für alle wesentlichen in der Risikotragfähigkeit erfassten Risikoarten. Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) wurde durch den Gesamtvorstand unter Berücksichtigung der obengenannten risikostrategischen Grundbedingungen sowie unter Beachtung der ÖKap-Prognose für die kommenden 5 Jahre für das Jahr 2014 festgelegt und auf die wesentlichen Risikoarten allokiert. Weitere Details sind im Kapitel Risikolage LBBW-Konzern aufgeführt.

Die Liquiditätsrisikotoleranz limitiert das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, d. h. das Risiko der Zahlungsunfähigkeit. Weitere Informationen sind im Kapitel Liquiditätsrisiken enthalten.

Die Risikoleitsätze stellen zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb der LBBW dar. Sie tragen zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei und bilden – unter Materialitätsgrundsätzen – den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements. Es sind sowohl allgemeingültige Risikoleitsätze zu den Themenbereichen MaRisk, Steuerung, Neue Produkte und Märkte und Outsourcing sowie risikoartenspezifische Risikoleitsätze formuliert.

Die für jede wesentliche Risikoart verabschiedeten spezifischen Risikostrategien dokumentieren darüber hinaus das aktuelle und das angestrebte Risikoprofil der LBBW, machen kunden-, produkt- und marktspezifische Vorgaben und bilden damit gemeinsam mit der Geschäftsstrategie den Rahmen der Mittelfristplanung.

Die operative Umsetzung dieser Vorgaben wird durch Soll/Ist-Vergleiche, Geschäftsfeld-Dialoge, monatliche Ergebnisanalysen sowie strategische und operative Limitsysteme überwacht.

Risikomanagementsysteme.
Risikokapitalmanagement.

Risikoarten.

Das Gesamtrisikoprofil der LBBW wird jährlich anhand der Konzernrisikoinventur durch das Konzernrisikocontrolling erhoben und dem Vorstand in Form einer Risikolandkarte zur Kenntnis gebracht. Die Risikomessung hinsichtlich der wesentlichen Tochterunternehmen erfolgt nach dem Transparenzprinzip, d. h. die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten werden in die konzernweite Risikomessung der jeweiligen Risikoart integriert. Gesellschaften, deren Risiken als unwesentlich eingestuft werden, bildet die LBBW über das Beteiligungsrisiko ab.

Für das Jahr 2013 wurden folgende wesentliche Risikoarten identifiziert:

Risikoarten.

Risikoart	Beschreibt mögliche ...
Adressenausfallrisiken	... Wertverluste durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern. ... Ausfälle von staatlichen Kreditnehmern sowie Zahlungsverkehrsbeschränkungen. ... Verluste durch Mindererlöse aus Sicherheitenverwertungen.
Marktpreisrisiken	... Wertverluste durch Veränderungen der Zinssätze, Credit Spreads, Aktienkurse, Devisen-, Rohwarenkurse, Volatilitäten.
Liquiditätsrisiken	... Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nachzukommen oder größere Marktpositionen kurzfristig zum Marktwert schließen zu können.
Operationelle Risiken	... Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten, inkl. Rechtsrisiken.
Beteiligungsrisiken	... Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o.g. Risikokategorien enthalten.
Reputationsrisiken	... Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der Bank.
Geschäftsrisiken	... Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet oder aus strategischen Fehlentscheidungen, sofern sie nicht die o. g. banktypischen Risiken betreffen.
Pensionsrisiken	... Erhöhungen von Pensionsrückstellungen.
Immobilienrisiken	... Wertverluste im Immobilienbestand des Konzerns.
Developmentrisiken	... Wertverluste, die insbesondere aus potenziellen Planabweichungen im Projektentwicklungsgeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH resultieren.

Ökonomisches Kapital und Risikodeckungsmasse.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikoarten und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung (RTF) nach dem sogenannten Liquidationsprinzip durchgeführt. Die interne Überwachung dieser Kennzahl stellt die Angemessenheit der ökonomischen Kapitalausstattung im LBBW-Konzern sicher.

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial lt. MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Konzerneigenkapital nach IFRS inkl. Neubewertungsrücklagen werden Nachrangkapitalien und realisiertes GuV-Ergebnis nach IFRS als Bestandteile einbezogen. Zusätzlich werden aufgrund aufsichtlicher Vorgaben umfangreiche konservative Abzugspositionen berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der Ökonomische Kapitalbedarf berechnet. Dieser ist als der Betrag an Ökonomischem Kapital zu verstehen, der benötigt wird, um die aus den Geschäftsaktivitäten resultierenden Risiken abzudecken. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es also das aus Sicht der LBBW ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird. Es wird für Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Develop-

ment-, Beteiligungs- und operationelle Risiken als Value-at-Risk (VaR) auf dem Konfidenzniveau 99,93% und einem Jahr Haltedauer sowie für sonstige Risiken über vereinfachte Verfahren quantifiziert.

Die Liquiditätsrisiken werden abweichend hiervon durch die in der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten quantitativen und prozessualen Regelungen gesteuert und limitiert.

Das oberste Risikolimit für Ökonomisches Kapital (ÖKap-Limit) stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für sämtliche relevanten, quantifizierten Risikoarten dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme des LBBW-Konzerns wider. Es wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie der Risikotoleranz deutlich unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt und bietet damit Raum für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen. Ausgehend vom obersten ÖKap-Limit werden ÖKap-Limite für die verschiedenen direkt quantifizierten Risikoarten und für die nicht im Rahmen eines Modellansatzes quantifizierten sonstigen Risiken abgeleitet. Die Risikotragfähigkeit wird über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht. Die jeweiligen Ampelschwellen sind mit dem Sanierungsplan gemäß der Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) verbunden und mit Handlungsoptionen verknüpft. Die Darstellung der Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns erfolgt vor möglichen Maßnahmen zur Risikobegrenzung (sog. Bruttobetrachtung).

Zusätzlich zur Steuerung über die Risikoarten hinweg ist eine ökonomische Risikosteuerung auf Geschäftsfeldebene implementiert. Darüber hinaus umfasst das Risikokapitalmanagement der LBBW auch die Steuerung des regulatorischen Eigenkapitals. Weitere Details hierzu sind in den Notes abgebildet.

Stresstests.

Neben den letztlich vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind Stressszenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren im Vorhinein die Wirkung möglicher konjunktureller Schwankungen und krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die LBBW auch für Extremsituationen gerüstet ist.

Stresstests sind daher ein integraler Bestandteil des Risikomanagements der LBBW. Die Stressszenarien werden so ausgestaltet, dass außergewöhnliche, aber plausible Ereignisse unterschiedlicher Schweregrade auf die ökonomische und regulatorische Kapitalausstattung sowie auf die Liquiditätssituation berücksichtigt werden.

Dabei werden unterschiedliche Methoden, von der einfachen Sensitivitätsanalyse bis hin zu komplexen risikoartenübergreifenden makroökonomischen Szenarien, verwendet. Auch wird regelmäßig ein sogenanntes inverses Stresstesting durchgeführt, um zu untersuchen, welche Szenarien zu einer existenziellen Gefährdung des LBBW-Konzerns führen könnten.

Um die Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten auch im Stressfall sicherstellen zu können, werden für die verschiedenen Risikoarten sogenannte RTF-Stressszenarien definiert. Diese Stressszenarien sind volkswirtschaftlich ausgerichtete, risikoartenübergreifende Szenarien, deren Definition besonders auf die Risikokonzentrationen der LBBW fokussiert wurde. Ergänzend zur Betrachtung der ökonomischen und regulatorischen Kapitalausstattung im Status quo erfolgt auf Basis dieser Szenarien eine Überwachung der Stressresistenz des Konzerns. Überschreitungen werden über ein Ampelverfahren durch das Konzernrisikocontrolling überwacht und eskaliert.

Risikolage LBBW-Konzern.

Die Risikotragfähigkeit im Konzern war während des gesamten Geschäftsjahres 2013 jederzeit uneingeschränkt gegeben. Gegenüber dem Jahresende 2012 hat sich die Risikotragfähigkeit nochmals deutlich verbessert. Hiermit verbunden war auch eine deutliche Erhöhung der Stressresistenz.

Die Auslastung der Risikodeckungsmasse lag per 31. Dezember 2013 bei 53 %.

Risikotragfähigkeit LBBW-Konzern.

	31.12.2013		31.12.2012	
	Absolut[1]	Auslastung	Absolut[1]	Auslastung
Risikodeckungsmasse	16 859	53 %	17 141	60 %
Ökonomisches Kapitallimit[2]	12 800	70 %	13 600	75 %
Ökonomische Kapitalbindung	8 923		10 249	
davon:				
Diversifikationseffekte	– 535		– 738	
Adressenausfallrisiko	4 304		5 622	
Marktpreisrisiko	2 297		2 661	
Beteiligungsrisiko	171		192	
Operationelles Risiko	1 119		900	
Developmentrisiko	60		163	
Immobilienrisiko	262		267	
Sonstige Risiken[3]	1 245		1 182	

1) Konfidenzniveau 99,93 %/1 Jahr Haltedauer.
2) Die einzelnen Risikoarten sind über ÖKap-Limite limitiert.
3) Sonstige Risiken (insbesondere Reputations-, Geschäfts- und Pensionsrisiken).

Ursächlich für die Verbesserung waren insbesondere der konsequente Abbau des Nicht-Kerngeschäftsportfolios, die Reduzierung von Risikokonzentrationen sowie die positive Marktlage bei den Credit Spreads und Volatilitäten. Gegenläufig führte die Reduzierung des IFRS-Rechnungszinssatzes zu einem Anstieg der Pensionsrisiken. Zudem führten Änderungen bei der Quantifizierung der Adressenausfall- und Marktpreisrisiken zu einer Erhöhung des Ökonomischen Kapitals, die jedoch durch Risikoabbau deutlich überkompensiert wurden. Im Jahr 2013 erhöhte sich das Operationelle Risiko insbesondere durch eine methodische Anpassung im Bereich seltener, aber hoher Schadensfälle. Des Weiteren stiegen die aus externen Quellen ermittelten Eintrittswahrscheinlichkeiten seltener Schadensfälle an. Das Developmentrisiko verringerte sich deutlich durch den Abschluss und Verkauf größerer Immobilienentwicklungsprojekte.

Die Risikodeckungsmasse profitierte zum einen von der positiven Ergebnisentwicklung sowie der Beschaffung von Nachrangkapital, wurde zum anderen jedoch durch die bereits jetzt berücksichtigte, für das kommende Jahr geplante Rückführung von Hybridkapital sowie durch präzisierte aufsichtliche Anforderungen belastet.

Chancen.

Die für die Berechnung der Risikotragfähigkeit relevante Risikodeckungsmasse (RDM) ist als jeweils niedrigste RDM der folgenden zwölf Monate (rollierende 12-Monats-Minimum-Betrachtung) definiert. Chancen ergeben sich somit für die RDM, wenn die tatsächliche RDM die prognostizierte Entwicklung übertrifft, oder wenn sich die RDM-Prognose infolge einer positiven Entwicklung verbessert. Dies ist insbesondere der Fall bei Marktentwicklungen (v. a. Credit Spreads, Zinsen) mit positiver Wirkung auf Ergebnis- und Kapitalgrößen, bei aufgrund der konjunkturellen Entwicklung verminderter Risikovorsorge oder bei besser als erwarteter Geschäftsentwicklung. Neben markt- und geschäftsinduzierten

Verbesserungen kann die RDM aktiv durch Maßnahmen wie die Emission von Nachrangkapital gestärkt werden.

Die Risikotragfähigkeitssituation wird neben der Risikodeckungsmasse vom Ökonomischen Kapital beeinflusst. Die Entwicklung des ÖKap ist von einer Vielzahl an Einflussfaktoren abhängig. Eine positive Marktlage bei den Credit Spreads, Zinsen und Volatilitäten sowie der weitere konsequente Abbau des Nicht-Kerngeschäftsportfolios können ebenso zu einer Verringerung des ÖKaps beitragen, wie eine z. B. konjunkturbedingte Verbesserung der Portfolioqualität.

Prozesse und Reporting im Risikomanagement.

Risikomanagement und Überwachung.

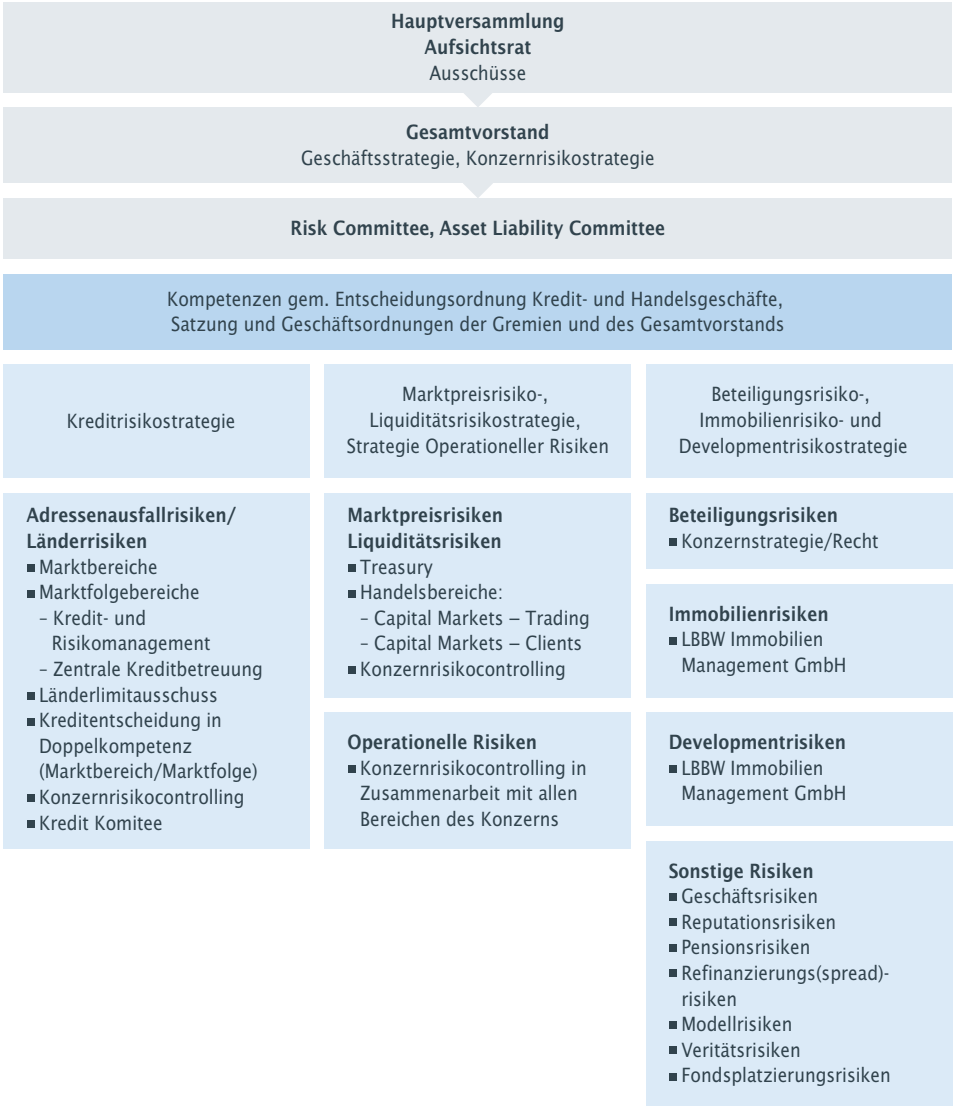
Das Risikomanagement der LBBW und die Überwachung der Risiken basieren auf den Leitlinien der Risikostrategie sowie den definierten Limiten bzw. Kompetenzen.

In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen sowie der Leitlinien der Risikostrategie eingegangen werden. Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikoartenspezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. Konzentrationen entstehen zum einen durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer Risikoart. Zum anderen können sie auch durch gemeinsame Risikofaktoren oder durch Interaktionen verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten entstehen. In der LBBW werden Konzentrationsrisiken mittels geeigneter Verfahren identifiziert und entsprechend bewusst gesteuert. Bestandsgefährdende Risiken sind auszuschließen. Es bestehen differenzierte Überwachungsprozesse (z. B. Bericht über Risikokonzentrationen, Stresstests) und Limite (z. B. Branchen- und Länderlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen.

Die Struktur sowie die einzelnen Elemente des Risikomanagementsystems der LBBW sind in nachfolgender Grafik im Überblick dargestellt:

Risikomanagementstruktur.



Gremien und Reporting.

Die Mitglieder des Gesamtvorstands werden bei Entscheidungen durch Gremien und ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen unterstützt.

Das Risk Committee setzt sich zusammen aus den für Financial Markets, Operations/IT/Services, Finanzen/Controlling/Beteiligungen sowie Risiko/Marktfolge verantwortlichen Dezernenten sowie Bereichsleitern, u. a. aus Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Treasury. Als beratender Ausschuss arbeitet es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der Risikoüberwachung, Risikomethodik und Risikostrategie für den Gesamtkonzern sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen.

Das Asset Liability Committee (ALCo) hat ebenfalls eine beratende Funktion und beschließt über Vorschläge zur Entscheidung durch den Gesamtvorstand. Fokus des Asset Liability Committee ist die

strategische Ressourcensteuerung für den Gesamtkonzern. Es unterstützt den Vorstand u. a. bei der Bilanzstruktursteuerung, Kapitalsteuerung, Liquiditätssteuerung und Refinanzierung sowie der Marktpreisrisikosteuerung. Das Committee setzt sich zusammen aus dem Vorstandsvorsitzenden, dem für Finanzen/Controlling/Beteiligungen zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, u. a. aus Treasury, Konzernrisikocontrolling, Finanzcontrolling und Finanzen.

Neue-Produkte-Prozess.

Neuartige Produkte durchlaufen in der LBBW einen Neue-Produkte-Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Konzernrisikocontrollings, aber auch die Abbildung möglicher rechtlicher Konsequenzen sicherstellt.

Dies betrifft Handels- und Kreditprodukte. Schwerpunktmäßig sind Produkte des Handels betroffen. Wenn die vollständige Abbildung der Produkte nicht sofort umgesetzt werden kann, findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur stark reglementiert stattfindet.

Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Konzernrevision überwacht prozessunabhängig die Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Konzernrevision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Konzernrevision überwacht zudem die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

Die Prüfungstätigkeit der Konzernrevision richtet sich grundsätzlich nach einer vom Vorstand genehmigten jährlichen Prüfungsplanung, die auf Basis einer langfristigen, risikoorientierten Planung erstellt wird. Dabei sind unter Berücksichtigung der Risikogewichtung in einem angemessenen Zeitraum, grundsätzlich innerhalb von drei Jahren, alle Aktivitäten und Prozesse des LBBW-Konzerns zu erfassen.

Regulatorische Entwicklungen.

MaRisk.

Die LBBW unterliegt den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Am 14. Dezember 2012 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit der 4. MaRisk-Novelle die Mindestanforderungen konkretisiert und erweitert. Grund hierfür waren verschiedene europäische Regulierungsvorhaben wie die CRD IV, die EBA Guidelines on Internal Governance sowie die CEBS Guidelines on Liquidity Cost Benefit Allocation.

Durch die Neufassung der MaRisk wurden v. a. die Anforderungen zur Risikotragfähigkeit und zum Kapitalplanungsprozess, zur Risikofrüherkennung, zur Risikocontrolling- und Compliance-Funktion sowie zum Verrechnungssystem für Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken geschärft und ausgebaut.

Die neuen Mindestanforderungen waren grundsätzlich bis zum 31. Dezember 2013 umzusetzen. Die Themen wurden überwiegend bis zum Jahresende abgearbeitet. Noch ausstehende Restthemen werden in Übereinstimmung mit dem Umsetzungszeitplan der MaRisk Anfang 2014 umgesetzt.

Basel III.

Am 27. Juni 2013 wurde das CRD IV-/CRR-Legislativpaket im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Damit ist das Basel III-Regelwerk in europäisches Recht überführt. Die Regularien sind zum 1. Januar 2014 erstmals anzuwenden.

Als Baustein des sog. Single Rule Book zielen die Vorgaben auf die Verbesserung der Verlustabsorptionsfähigkeit des Eigenkapitals, die Erweiterung der Risikomessung und die Verschärfung der Risikogewichtung für spezifische Vermögenswerte, wie z. B. Derivate oder Kredite an Kreditinstitute. Zukünftig sollen die Banken daher zur Deckung ihrer risikogewichteten Aktiva signifikant mehr Eigenkapital vorhalten. Operationalisiert wird dies durch höhere Mindestquoten und zusätzliche Kapitalpuffer, die zu einem Teil unmittelbar gesetzlich festgelegt werden, zum anderen Teil jedoch nach gesetzlichen Vorgaben in nationalem Ermessen stehen, wie z. B. ein systemischer und ein antizyklischer Kapitalpuffer.

Diese regulatorischen Neuerungen haben Implikationen auf die Geschäftsstrategie, die Ausrichtung der Geschäftsfelder, die Steuerungsmetrik sowie die technische Meldefähigkeit. Die Interdependenzen zwischen den regulatorischen Neuerungen und der Geschäftsstrategie erfordern eine integrierte Betrachtung.

Die LBBW hat die Umsetzung im Geschäftsjahr intensiv mit einem Implementierungsprojekt vorbereitet, die Anforderungen an die Unternehmenssteuerung systematisch identifiziert und die Auswirkungen im strategischen und operativen Planungsprozess berücksichtigt.

Die Fortentwicklung der Rechtsnormen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene hat die LBBW durch die Mitwirkung in den Konsultationsverfahren begleitet.

MaSan.

Auf internationaler Ebene hat das Financial Stability Board (FSB) bereits im November 2011 Standards (sog. Key Attributes) zur geordneten Sanierung und Abwicklung von Finanzinstituten vorgelegt. Im Juni 2012 wurde von der EU-Kommission zudem eine Richtlinie zum Krisenmanagement veröffentlicht, welche die Umsetzung der Key Attributes auf europäischer Ebene bis ins Jahr 2015 vorsieht. Daraufhin stellte die BaFin im November 2012 die Mindestanforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen (MaSan) zur Konsultation. In diesem Zusammenhang hat die BaFin von potenziell national systemrelevanten Banken bereits bis Ende 2013 Sanierungspläne angefordert.

Die LBBW hat den Sanierungsplan erstellt und bei der Aufsicht eingereicht.

In der strategischen Analyse wurden die Unternehmensstruktur, die Geschäftsaktivitäten und deren Vernetzung dargestellt. Ferner wurde beurteilt, welche Geschäftsaktivitäten wesentlich für die LBBW sind und ob eine Kritikalität bei Wegfall einer Geschäftsaktivität für den Gesamtmarkt bestünde. Im Abschnitt Handlungsoptionen wurden geeignete Handlungsoptionen im Krisenfall analysiert. Hierbei wurde die Umsetzbarkeit der Handlungsoption und deren Auswirkungen auf die Zielgrößen Kapital, Risiko, Liquidität und Ertrag im Normalfall und in Belastungssituationen untersucht. Im Abschnitt Sanierungsindikatoren wurden in Einklang mit der Gesamtbanksteuerung und den MaRisk über eine Ampelsystematik Sanierungsschwellen festgelegt.

Eine jährliche Aktualisierung des Sanierungsplans ist vorgesehen.

EMIR.

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise haben sich die G20-Staaten auf dem Gipfeltreffen in Pittsburgh 2009 zu einer umfassenden Neuordnung des Marktes für außerbörslich gehandelte Derivate (OTC-Derivate) beschlossen. Die angestrebten Veränderungen sollen zu einer Verbesserung der Markttransparenz führen, systemische Risiken eindämmen und den Schutz vor Marktmissbrauch verbessern.

Folgende Veränderungen des Derivatemarktes wurden angestrebt, um die gesetzten Ziele zu erreichen:

- Alle standardisierten OTC-Derivate sollen an Börsen oder elektronischen Handelsplätzen gehandelt und über einen zentralen Kontrahenten (CCP) abgerechnet werden.
- Nicht zentral abgerechnete OTC-Derivatekontrakte sollen höheren Eigenkapital- und Besicherungsanforderungen unterliegen. Dies soll Risiken aus diesen Geschäften reduzieren und zentrales Clearing fördern.
- Alle Derivatekontrakte sollen in zentralen Meldedepots (Transaktionsregister) registriert werden. Diese Anforderung erstreckt sich auf börslich und außerbörslich gehandelte Derivate.

In der EU wurden die Vorgaben der G20 mit dem Inkrafttreten der Verordnung European Market Infrastructure Regulation (EMIR) am 16. August 2012 umgesetzt. Detaillierte Ausführungen wurden oder werden in naher Zukunft durch die zuständige europäische Marktaufsichtsbehörde (ESMA) in technischen Regulierungsstandards dargelegt und von den EU-Gremien verabschiedet. In den USA wurden die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen am 21. Juli 2010 im Title VII des Dodd-Frank Act gefasst.

Erste Anforderungen aus EMIR sind seit März bzw. September 2013 einzuhalten, weitere gewichtige Anforderungen folgen im Frühjahr 2014, bspw. die Anforderungen zur Transaktionsregistermeldung. Das vollständige Wirksamwerden der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfolgt sukzessive bis Anfang 2015.

In der LBBW wurde die Herstellung aufsichtsrechtlicher Compliance mit der EU-Derivateregulierung EMIR und dem Dodd-Frank Act Title VII ab Herbst 2012 in einem im Projektbündel zusammengefasst. Die LBBW hatte zudem bereits ab 2010 begonnen, die Clearingpflicht für Zinsderivate umzusetzen und für ihre Kunden einen entsprechenden Clearing Service anzubieten. Ziel der Projekte ist es, Prozesse und Systeme der LBBW derart aufzusetzen, dass die regulatorischen Anforderungen im Geschäft mit Derivaten zu jeder Zeit eingehalten werden können. Die ersten regulatorischen Meilensteine wurden im Jahr 2013 erreicht.

Risikoarten.[1)]
Adressenausfallrisiko.

Definition.

Mit dem übergeordneten Begriff Adressenausfallrisiko wird das Verlustpotenzial bezeichnet, das daraus resultiert, dass Geschäftspartner zukünftig eventuell nicht mehr in der Lage sind, vollumfänglich ihren vertraglich vereinbarten Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Adressenausfallrisiko kann sowohl über direkte Vertragsbeziehungen (z. B. Kreditgewährung, Kauf eines Wertpapiers) als auch indirekt z. B. über Absicherungsverpflichtungen (insbesondere Garantiegewährung, Verkauf von Absicherung über ein Kreditderivat) entstehen.

Die wesentlichen Ausprägungen dieses Risikos werden nachfolgend definiert und kurz erläutert.

Kreditrisiko.

Der oft auch synonym zu Adressenausfallrisiko verwendete Begriff Kreditrisiko bezeichnet hier das Adressenausfallrisiko aus dem Kreditgeschäft, d. h. aus der Gewährung von Krediten und der Absicherung der Kreditvergabe Dritter (z. B. über Garantien).

Emittentenrisiko.

Unter dem Begriff Emittentenrisiko wird Adressenausfallrisiko gefasst, das aus Wertpapieren resultiert. Einbezogen in die Betrachtung sind sowohl der direkt gehaltene Wertpapierbestand als auch über Derivate referenzierte Wertpapiere (insbesondere über Kreditderivate).

Kontrahentenrisiko.

Kontrahentenrisiko bezeichnet Adressenausfallrisiko aus Finanztransaktionen (insbesondere derivativen Geschäften), das dadurch entsteht, dass der Vertragspartner (Kontrahent) nicht mehr in der Lage ist, seine vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen. In dieser Situation können zum einen beim Schließen der dadurch offen geworden Position Kosten anfallen (sog. Wiedereindeckungsrisiko), zum anderen besteht die Gefahr, dass gegenüber dem Kontrahent Vorleistungen erbracht wurden, ohne dass der Kontrahent die entsprechende Gegenleistung erbringt (sog. Vorleistungs-, Erfüllungs- bzw. Settlementrisiko).

Länderrisiko.

Als Länderrisiko wird Adressenausfallrisiko bezeichnet, das dadurch entsteht, dass aufgrund von kritischen politischen oder ökonomischen Entwicklungen in einem Land (oder einer ganzen Region) der Devisentransfer nicht oder nur noch in eingeschränktem Umfang möglich ist.

Sicherheitenrisiko.

Das Sicherheitenrisiko ist kein direktes Adressenausfallrisiko, sondern bezeichnet das Potenzial, dass zur Reduktion von Adressausfallrisiko erhaltene Sicherheiten an Wert verlieren, insbesondere dann, wenn dies systematisch geschieht (z. B. durch Verwerfungen auf Immobilienmärkten).

1) Informationen zur ökonomischen Kapitalbindung der einzelnen Risikoarten sind im Kapitel Risikomanagementsystem/Risikolage LBBW-Konzern enthalten.

Adressenausfallrisikomanagement.

Das Management zur Begrenzung des Adressenausfallrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt und kann in die drei Hauptbestandteile Risikomessung, Risikoüberwachung und -reporting sowie Risikosteuerung eingeteilt werden:

Bestandteile des Adressenausfallrisikomanagements.

Risikomessung	■ Risikoklassifizierungsverfahren (PD) ■ Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls (EaD) ■ Verwertungs- und Einbringungsquoten (LGD) ■ Erwartete Verluste ■ Credit Value-at-Risk (CVaR) ■ Risikokonzentrationen ■ Stresstests
Risikoüberwachung und -reporting	■ Einzelengagementebene, Frühwarnindikatoren ■ Intensivbetreuung problembehafteter Engagements ■ Portfolioebene ■ Wertberichtigungen ■ Ad-hoc-Informationen zur Risikolage
Risikosteuerung	■ Risiko- und eigenkapitaladäquate Bepreisung ■ Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostrategie auf Einzelengagementsebene ■ Maßnahmen zur Einhaltung diverser Portfoliolimitierungen ■ Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostrategie auf Portfolioebene ■ Aktives Management der Kreditrisiken

Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden permanent weiterentwickelt.

Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsaktivitäten hat die LBBW spezifische Rating- und Risikoklassifizierungsverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Qualität der im Einsatz befindlichen Risikoklassifizierungsverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren werden bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege dieser Verfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Beteiligung der Landesbanken) bzw. der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH (Tochtergesellschaft des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands) durchgeführt.

Der überwiegende Teil des Portfolios wird mit internen Ratingverfahren beurteilt, die von der Bankenaufsicht die Zulassung für den Internal Rating Based Approach (IRBA) erhalten haben.

Damit werden die Ratingnoten nicht nur zur internen Steuerung, sondern auch zur Bemessung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen verwendet.

Exposure.

Während zu Reportingzwecken ein stichtagsbezogener Exposurebegriff verwendet wird, wird für die Credit-Value-at-Risk-Ermittlung (CVaR) und für die Linienanrechnung, z. B. bei Derivaten oder Fremdwährungsgeschäften, ein potenzielles zukünftiges Exposure (Potential Future Exposure) kalkuliert. Dieses wird überwiegend auf Basis von Marktwerten und entsprechenden Add-ons ermittelt. In der Add-on-Berechnung werden neben der Restlaufzeit die Produktart und Marktfaktoren (Zins, Währung etc.) berücksichtigt. Nettingvereinbarungen und Collateral Agreements werden zur Risikoreduzierung eingesetzt. Für Kreditderivate des Handelsbuchs werden für die Bestimmung der Anrechnungsbeträge auf das jeweilige Limit die Ausgleichszahlungen sowie die tatsächlichen Marktwertverluste eines potenziellen Ausfalls berücksichtigt (Jump-to-Default-Methode). Für Emittenten- bzw. Referenzschuldnerrisiken aus Wertpapieren und Beständen des Anlagebuchs werden die (modifizierten) Nominalwerte verwendet.

Sicherheitenbewertung.

Ausgangspunkt für die Sicherheitenbewertung ist der Marktwert, der turnusgemäß sowie anlassbezogen überprüft und bei Änderung bewertungsrelevanter Faktoren angepasst wird. Aufbauend auf der individuellen Sicherheitenbewertung erfolgt die Schätzung der Verlusthöhe bei Ausfall. Diesbezüglich werden differenzierte Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Pooldaten.

Erwartete Verluste.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. In der Portfoliobetrachtung kann mit dieser Kennzahl (Standardrisikokosten in Basispunkten) eine Aussage zum erwarteten Risikogehalt eines Portfolios getroffen werden. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den eingetretenen Verlust (incurred loss) zu schätzen, der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde.

Der Marktpreis des Kontrahentenrisikos von zum Fair Value bilanzierten OTC-Derivaten und Geldmarktkrediten wird mit dem sog. Credit Value Adjustment (CVA) gemessen. Dieses geht als Bewertungsanpassung in die GuV der LBBW ein. Hierbei wird sowohl die Bonität des Kontrahenten als auch die Bonität der LBBW berücksichtigt.

Credit Value-at-Risk.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer durch die Parametrisierung der Risikotragfähigkeit vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihres Ratings, sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden unter Zuhilfenahme von internen und externen Daten so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern angemessen berücksichtigt und Konzentrationen auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene abgebildet werden. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Die Maßzahl CVaR wird als Ökonomisches Kapital für Adressenausfallrisiken in der RTF-Analyse und in der Steuerung der LBBW verwendet.

Risikokonzentrationen und Stresstests.

Die Vermeidung von Risikokonzentrationen aus Einzel-Engagements sowie auf Portfolioebene ist eine der Hauptaufgaben des Adressenausfallrisikomanagements. Zu diesem Zweck existieren differenzierte Limitsysteme, die das Eingehen von Engagements auf Kreditnehmer-, Branchen- und Länderebene einschränken. Konzentrationsrisiken im Adressenausfallrisiko werden klar identifiziert und durch die Berücksichtigung im CVaR in der Risikotragfähigkeit erfasst und überwacht.

Darüber hinaus werden auf Ebene des LBBW-Konzerns, speziell auch im Hinblick auf mögliche Konzentrationsrisiken, umfangreiche Stressszenarien gerechnet, die mögliche Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) oder des Marktumfelds analysieren. Die Adressenausfallrisiken sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Szenarien eingebunden.

Risikoüberwachung und -reporting.

Einzelengagementebene.

Zur Risikofrüherkennung existiert ein System aus prozessualen Regelungen und systemgenerierten Signalen, deren Zielsetzung insgesamt das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen ist.

Im Rahmen der Risikoüberwachung kontrollieren die zuständigen Risikomanager laufend die Einhaltung der eingeräumten Linien sowie die Entwicklung bonitätsrelevanter Informationen. Hierzu gehören die Überwachung von Auffälligkeiten im Kontoverhalten, Bewertung von Unternehmensnachrichten sowie das Beobachten von makroökonomischen und branchenspezifischen Trends. Sofern für ein Unternehmen Marktdaten beobachtbar sind, kommt zusätzlich ein marktdatenbasiertes System zum Einsatz.

Durch das frühzeitige Erkennen von Bonitätsverschlechterungen können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen, wie z. B. Erhöhung der Sicherheiten oder präventive Umstrukturierung, eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und in den

zuständigen Abteilungen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und operativen Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. Hier sind die Zuständigkeiten für die Angemessenheit der Ratingverfahren, die Adressenausfallrisikokomessung, die Überwachung der Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt. Im monatlichen Gesamtrisikobericht werden die jeweilige Auslastung der gesetzten Exposure- und CVaR-Limite dargestellt.

- Die Einhaltung der Länderlimite wird täglich mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert.
- Das Portfolio der Finanzinstitute ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert.

Branchenrisiken aus dem Unternehmens-Portfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst. So werden bspw. Maschinenbaufirmen, deren Produkte überwiegend an Kunden aus der Automobilbranche verkauft werden, ebenfalls der Automobilbranche zugeordnet.

Wertberichtigungen bei Problemengagements.

Die für Adressenausfallrisiken erforderliche Risikovorsorge wird nach konzernweit einheitlichen Maßstäben gebildet und regelmäßig bzw. ad hoc auf Angemessenheit hin überprüft. Risikovorsorge wird gebildet oder erhöht, wenn objektive Hinweise auf eine (erhöhte) Wertminderung finanzieller Vermögenswerte schließen lassen. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind bereits eingetretene Ausfallereignisse wie:

- Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage,
- Unwahrscheinliche Rückzahlung (aus Zweifel an der Bonität),
- Bonitätsbedingte Restrukturierung/Umschuldung oder
- Insolvenz(antrag).

Zusätzlich kann durch Forebearance (definiert als Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt werden würden) ein Hinweis auf eine Wertminderung gegeben sein. Dies wird jeweils im Einzelfall geprüft.

Reporting.

Zur Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Als wichtigste turnusmäßige Berichte sind zu benennen:

- Der monatlich im Risk Committee vorgestellte Gesamtrisikobericht mit Angaben zur Risikolage auf Portfolioebene, über die Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostrategie sowie über die Einhaltung der wesentlichen Limitierungen. Im Kontext von Portfolioanalysen wird ergänzend z. B. über die Risikosituation einzelner Branchen sowie über Risikokonzentrationen berichtet.
- Der pro Quartal erstellte ausführliche Kreditrisikobericht als Anlage zum Gesamtrisikobericht. Dieser enthält zusätzliche Detailinformationen bezüglich der Entwicklung der Risikovorsorge, Ratingverteilungen, Größenklassen, Produktarten, Restlaufzeiten, Neugeschäft und Risikokonzentrationen aus Einzelengagements.
- Der pro Quartal erscheinende Geschäftsfeldbericht mit relevanten Informationen zur Gesamtbanksteuerung (Kapital-, Risiko- und Ertragskennzahlen) für jedes definierte Geschäftsfeld.
- Halbjährlicher ausführlicher Branchenbericht mit detaillierten Angaben zur Branchensituation, Portfoliostruktur und den TOP-Kunden je Branche.

Risikosteuerung.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostrategie, durch die ÖKap-Allokation auf Sub-Portfolios mithilfe des CVaR sowie die Überwachung von Konzentrationsrisiken auf Branchen-, Länder- und Einzelkontrahentenebene.

Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzelengagements sind die Marktfolgebereiche zuständig. Grundsätzlich werden die Obergrenzen individuell durch den jeweils zuständigen Kompetenzträger festgelegt. Auf diese Obergrenze werden alle risikorelevanten Geschäfte eines Kunden bzw. einer Kreditnehmereinheit angerechnet. Wesentlicher Bestandteil der Einzelgeschäftssteuerung ist die Einhaltung der Vorgaben der Kreditrisikostrategie. Hier werden auf Basis der Geschäftsstrategie sowie unter Berücksichtigung der Konzernrisikostrategie die Rahmenbedingungen festgelegt, innerhalb derer sich das Kreditgeschäft in der LBBW bewegen soll. Auf der Vermeidung von Konzentrationsrisiken liegt dabei ein besonderes Augenmerk.

Aus ökonomischer Sicht ist der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss, weshalb die Pflicht zur Vorkalkulation aller Einzelgeschäfte besteht. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz und der Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Risikospanne (Deckung erwarteter Verlust) und die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals zur Deckung des unerwarteten Verlustes). Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Kunden-Ebene.

Teil-Portfolioebene.

Maßnahmen zur Risikosteuerung unterscheiden sich in Abhängigkeit der jeweiligen Teil-Portfolioebene:

- Länderlimite werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimit-Ausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länderlimit-Auslastung erfolgt eine Warnmitteilung an die tangierten Markt- und Marktfolgebereiche, bei einer Überziehung wird ein Geschäftsstopp verhängt und damit der Überziehung entgegengesteuert. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite

reduziert und/oder Geschäftsstopps ausgesprochen. Des Weiteren existieren für besonders im Fokus stehende Länder Abbauziele.

- Die Limitierung des Portfolios der Finanzinstitute sowie der Unternehmensbranchen löst bei Überschreiten definierter Schwellenwerte steuernde Maßnahmen wie z. B. Abschluss risikomindernder Sicherungsgeschäfte, Neugeschäftsstopp etc. aus.
- Auf Ebene der Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch Maßnahmen zur Einhaltung der quantitativen Vorgaben der Kreditrisikostrategie u. a. in Bezug auf Obergrenzen, Ratingstrukturen und die Portfolioqualität.

Gesamt-Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das Ökonomische Kapital für Adressenausfallrisiken auf Basis des CVaR überwacht. Hohe Limitauslastungen werden frühzeitig durch ein Ampelsystem angezeigt und es werden entsprechend risikoreduzierende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell existenzgefährdende Risikokonstellationen, die ggf. risikoreduzierende Maßnahmen notwendig machen.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Vorbemerkung.

Die quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Die Risikolage der LBBW wird somit auf Basis der Zahlen dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung an den Vorstand und die Gremien erfolgen. Der Managementansatz weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Ursachen hierfür sind insbesondere die Darstellung unter Risikogesichtspunkten sowie Abweichungen vom bilanziellen Konsolidierungskreis nach IFRS. In der internen Risikosteuerung sind als Tochterunternehmen die SüdLeasing Gruppe und die LBBW Luxemburg S.A. konsolidiert abgebildet.

Die Unterschiede zwischen den Größen der internen Risikosteuerung einerseits und der externen Rechnungslegung andererseits lassen sich wie folgt quantifizieren:

Überleitung Bilanzansatz auf Managementansatz.

Mio. EUR per 31.12.2013	Bilanzansatz	Überleitung			Management-Ansatz
		Konsolidierungskreis	Bewertung	Sonstige	
Barreserve	2 156	– 2	215	0	2 369
Forderungen	156 627	– 375	26 771	– 1 464	181 560
Finanzanlage (LaR)	19 209	– 3 456	365	42	16 160
Finanzanlage (AfS)	21 451	2 104	– 2 214	– 77	21 265
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 399	– 9	1 501	0	4 891
Handelsaktiva (HfT)	66 687	3 108	28 871	33	98 699
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 316	– 263	– 292	1	761
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	727	– 669	0	0	58

Entwicklung des Exposures.

Das Brutto-Exposure ist als Marktwert bzw. Inanspruchnahme zuzüglich externer offener Kreditzusagen definiert. Im Netto-Exposure werden zusätzlich risikoreduzierende Wirkungen berücksichtigt, wie z. B. Netting- und Collateral-Vereinbarungen, Sicherungswirkung durch Kreditderivate oder Anrechnung klassischer Kreditsicherheiten wie z. B. Grundpfandrechte, finanzielle Sicherheiten, Garantien oder Bürgschaften.

Bedingt durch eine in 2013 eingeführte stärkere Differenzierung in der Exposuredarstellung kommt es gegenüber dem Geschäftsbericht 2012 zu einem veränderten Ausweis. Hiervon ist im Wesentlichen das Brutto-Exposure betroffen, bei dem die Berücksichtigung von Collateral bei Repo-/Leihe-Geschäften modifiziert wurde. Das Netto-Exposure ändert sich nur geringfügig.

Die eingegangenen Kreditrisiken standen 2013 durchweg im Einklang mit der RTF des LBBW-Konzerns.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der beiden Exposuregrößen sowie der risikoreduzierenden Wirkungen im Vergleich zum 31. Dezember 2012. Die Angaben zum Stichtag 31. Dezember 2012 (alt) enthalten die Wertangaben vor der methodischen Anpassung.

Entwicklung des Exposures.

Mio. EUR	31.12.2013 (neu)	31.12.2012 (neu)	31.12.2012 (alt)
Brutto-Exposure	**374 643**	**451 583**	**426 582**
Netting/Collateral	68 502	101 436	77 002
Kreditderivate (Protection Buy)	20 550	29 338	29 338
Klassische Kreditsicherheiten	42 781	42 730	42 677
Netto-Exposure	**242 810**	**278 079**	**277 565**

Im Folgenden wird für den Stichtag 31. Dezember 2013 auf die neue Exposuredefinition abgestellt. Das Brutto-Exposure betrug zum 31. Dezember 2013 rund 375 Mrd. EUR und damit 77 Mrd. EUR bzw. 17,0% weniger als zum Jahresende 2012 (neue Basis). Die Veränderung resultierte aus dem Abbau des Nicht-Kerngeschäftsportfolios, aus Marktwertentwicklungen bei Zinsderivaten sowie aus dem Schließen von gegenläufigen Derivatepositionen. Der vollzogene Portfolioabbau zeigt sich insbesondere auch im Rückgang des Netto-Exposures, das um 35 Mrd. EUR bzw. 12,7% auf rund 243 Mrd. EUR sinkt.

Die folgenden Darstellungen zu Portfolioqualität, Branchen, Regionen und Größenklassen geben einen Überblick über die relevanten Aspekte zur Risikolage der LBBW. Dabei wird überwiegend auf das Netto-Exposure abgestellt.

Portfolioqualität.

Die Darstellung des Portfolios nach internen Ratingklassen zeigt die Entwicklung der Portfolioqualität im Vergleich zum 31. Dezember 2012.

Portfolioqualität.

Netto-Exposure	Mio. EUR 31.12.2013	in % 31.12.2013	Mio. EUR 31.12.2012	in % 31.12.2012
1(AAAA)	59614	24,6%	68927	24,8%
1(AAA) – 1(A–)	111322	45,8%	122044	44,0%
2 – 5	43023	17,7%	46568	16,8%
6 – 8	13823	5,7%	22708	8,2%
9 – 10	6102	2,5%	5731	2,1%
11 – 15	2911	1,2%	4613	1,7%
16 – 18 (Default)[1)]	3768	1,6%	4501	1,6%
Sonstige	2246	0,9%	2473	0,9%
Summe	**242810**	**100,0%**	**277565**	**100,0%**

1) Als »Default« werden Engagements ausgewiesen, für die ein Ausfallereignis gemäß § 125 SolvV eingetreten ist, wie z. B. 90-Tage-Verzug, Unwahrscheinlichkeit der Rückzahlung oder gebildete Wertberichtigungen. Das Exposure wird vor Berücksichtigung von Risikovorsorge/Impairments dargestellt.

Unverändert zum Vorjahr ist ca. ein Viertel des Netto-Exposures mit der besten Ratingklasse 1(AAAA) bewertet. Hierin enthalten sind insbesondere inländische Gebietskörperschaften. Die Anteile der weiteren sehr guten bis guten Bonitäten (Ratings 1(AAA) bis 5) erhöhte sich von 60,8% auf 63,6%, womit der Anteil des gesamten Portfolios mit Investmentgrade Rating (1(AAAA) bis 5) nun 88,1% beträgt (zum Vergleich 31. Dezember 2012: 85,6%). Durch Abwicklung bzw. Veräußerung von Engagements bedingt, reduzierte sich das Netto-Exposure in den Default-Ratingklassen (16 – 18) um ca. 0,7 Mrd. EUR.

Branchen.

Die Darstellung nach Netto-Exposure, Credit Value-at-Risk (CVaR) und Default-Bestand gibt gleichermaßen Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit und die Risikolage in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung der folgenden Betrachtung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels.

Branchen.

Mio. EUR	Netto-Exposure 31.12.2013	CVaR 31.12.2013	Default 31.12.2013	Netto-Exposure 31.12.2012	CVaR 31.12.2012	Default 31.12.2012
Financials	**114560**	**982**	**364**	**129865**	**1360**	**506**
davon Geschäfte unter besonderer staatlicher Haftung[1)]	41583	60	130	54751	119	284
Unternehmen	**73891**	**2549**	**3215**	**81047**	**2963**	**3798**
Automobil	9331	420	305	10734	539	332
Bauwirtschaft	5811	213	304	5697	292	387
Gewerbliche Immobilienwirtschaft (CRE)	8082	458	959	10377	561	1395
Versorger	6170	153	28	6610	247	20
Wohnungswirtschaft	4314	262	150	4442	200	149
Sonstige Branchen[2)]	40183	1043	1467	43187	1124	1515
Öffentliche Haushalte	**47799**	**586**	**2**	**59089**	**1079**	**1**
Privatpersonen	**6560**	**187**	**186**	**7563**	**221**	**195**
Summe	**242810**	**4304**	**3768**	**277565**	**5622**	**4501**

1) Ausgewiesen werden hier Geschäfte unter Gewährträgerhaftung, Geschäfte, die im Rahmen der Risikoimmunisierung mit einer Garantie des Landes Baden Württemberg versehen sind oder Geschäfte, die mit einer Garantie der SoFFin ausgestattet sind. Des Weiteren sind hier Zentralbanken und Banken mit staatlichem Hintergrund enthalten.
2) In »Sonstige Branchen« sind Branchen zusammengefasst, auf die per 31.12.2013 jeweils ein Netto-Exposure unter 5 % des Unternehmensportfolios entfiel.

Financials stellen mit einem Netto-Exposure von 115 Mrd. EUR die größte der vier Hauptbranchen (Financials, Unternehmen, öffentliche Haushalte und Privatpersonen) dar. Die Reduzierung im Vergleich zum Vorjahr um rund 15 Mrd. EUR resultiert zu ca. 13 Mrd. EUR aus ausgelaufene Geschäften unter Gewährträgerhaftung. Die deutliche CVaR-Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang im Netto-Exposure und aus Marktdatenänderungen. Bei den im Default befindlichen Geschäften handelt es sich überwiegend um Verbriefungspositionen für die die LBBW einen Selbstanteil aus der mit dem Land Baden Württemberg abgeschlossenen Risikoabschirmung trägt (Details siehe Notes).

Engagements gegenüber Unternehmen haben sich im Netto-Exposure im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um 8,8% bzw. knapp 7 Mrd. EUR auf 74 Mrd. EUR reduziert. Der deutliche Rückgang des CVaR (– 14,0%) ist auf zahlreiche Einzeleffekte zurückzuführen (wie z. B. Ratingverbesserungen und Reduzierungen bei Non-Investmentgrade-Adressen sowie Marktdatenänderungen) und wird hierbei maßgeblich durch die Top 5 Unternehmensbranchen induziert. Wie im Vorjahr tragen die Unternehmensbranchen mehr als die Hälfte zum CVaR bei (53% bzw. 59% per 31. Dezember 2012). Ähnlich stellt sich die CVaR-Verteilung nach Geschäftssegmenten dar, auch hier entfällt auf das Segment Corporates mit 59% (zum Vergleich 31. Dezember 2012: 53%) der größte CVaR-Anteil.

In obiger Darstellung sind Unternehmensbranchen, deren Netto-Exposure-Anteil mindestens 5% des Unternehmensportfolios beträgt, separat ausgewiesen. Analog zum Vorjahr stellten die Branchen Automobil und gewerbliche Immobilienwirtschaft die aus Portfoliosicht bedeutendsten Unternehmensbranchen dar. Sie werden daher weiterhin intensiv unter dem Aspekt der Steuerung von Branchenkonzentrationen überwacht. In der Position Sonstige Branchen sind weitere 25 Unternehmensbranchen enthalten, die besonders zur Diversifikation im Unternehmensportfolio beitragen.

Das Netto-Exposure bei öffentlichen Haushalten verringerte sich um rund 11 Mrd. EUR auf 48 Mrd. EUR. Der Abbau erfolgte überwiegend in Deutschland und Südwesteuropa.

Bei Privatpersonen haben sich das Netto-Exposure und der CVaR ebenfalls rückläufig entwickelt. Dieses Portfolio zeichnet sich durch eine besonders hohe Granularität aus.

Regionen.

Der Anteil des inländischen Geschäfts am Netto-Exposure ist kaum verändert und beträgt ca. 75%. Die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft, die Funktion als Sparkassenzentralbank und der Abbau bei ausländischen Finanzinstituten sowie öffentlichen Haushalten werden weiterhin zu einem hohen Deutschland-Anteil beitragen.

Die Auslandsengagements verteilten sich insbesondere auf Westeuropa und Nordamerika. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und gegenüber supranationalen Institutionen sind von untergeordneter Bedeutung und resultieren überwiegend aus Exportfinanzierungen.

Regionen.

Netto-Exposure in %	Anteil 31.12.2013	Anteil 31.12.2012
Deutschland	74,6%	74,7%
Westeuropa (ohne Deutschland)	17,0%	17,9%
Nordamerika	5,2%	4,5%
Asien/Pazifik	1,3%	1,2%
Osteuropa	1,1%	1,1%
Lateinamerika	0,8%	0,6%
Afrika	0,0%	0,0%
Supranationale	0,0%	0,0%
Summe	**100,0%**	**100,0%**

Die europäische Staatsschuldenkrise hat sich im Jahr 2013 abgeschwächt, dennoch geht von ihr weiterhin ein negativer Einfluss auf die Portfolioqualität des LBBW-Konzerns aus. Durch Verkäufe wurden insbesondere im 1. Halbjahr 2013 Engagements in den Ländern Spanien, Italien und Portugal reduziert. Details zu diesen und ergänzend zu dem Engagement in Irland sind im Konzernanhang (Notes) dargestellt. In Summe besteht gegenüber diesen Ländern ein Engagement i. H. v. 5,4 Mrd. EUR (zum Vergleich 31. Dezember 2012: 10,9 Mrd. EUR; jeweils IFRS-Bilanzwerte). Griechische Engagements haben unverändert gegenüber 31. Dezember 2012 keinen bedeutsamen Einfluss mehr auf die Risikolage der LBBW.

Unter verstärkter Beobachtung hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage standen Länder wie Zypern, Ungarn und Slowenien. Aufgrund der politischen Lage fand eine intensivere Risikoüberwachung insbesondere beim Land Ägypten statt. Von diesen Ländern gingen aber wegen der wenig bedeutsamen Engagementshöhen materiell keine Gefahren für die Risikolage des LBBW-Konzerns aus.

Größenklassen.

Die nachfolgende Darstellung der Größenklassen erfolgt, sofern eine Konzerneinbindung vorliegt, auf Ebene der Kreditnehmereinheit, andernfalls auf Kundenebene.

Größenklassen.

Netto-Exposure	Anzahl 31.12.2013	Netto-Exposure in % 31.12.2013	Anzahl 31.12.2012	Netto-Exposure in % 31.12.2012
bis 10 Mio. EUR	733 788	11,1%	746 662	10,8%
bis 50 Mio. EUR	1 234	11,3%	1 444	11,7%
bis 100 Mio. EUR	222	6,6%	218	5,6%
bis 500 Mio. EUR	253	23,0%	274	21,5%
bis 1 Mrd. EUR	54	15,9%	60	15,5%
über 1 Mrd. EUR	33	32,1%	38	34,9%
Summe	**735 584**	**100,0%**	**748 696**	**100,0%**

Auf die Größenklassen bis 100 Mio. EUR Netto-Exposure entfallen 29,0% des Portfolios nach Netto-Exposure. Die hohe Kundenanzahl resultierte hier insbesondere aus dem Retailportfolio.

In den beiden Größenklassen 100 bis 500 Mio. EUR bzw. 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR Netto-Exposure dominierten mit einem Anteil von jeweils über 99,2 % die sehr guten bis guten Bonitäten (Rating 1(AAAA) bis 5).

Der Portfolioanteil der Engagements mit > 1 Mrd. EUR Netto-Exposure verringerte sich auf Jahressicht relativ gesehen um ca. drei Prozentpunkte auf 32,1 %, absolut gesehen ging das Exposure in dieser Größenklasse um 18 Mrd. EUR zurück. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 waren in dieser Größenklasse zu 31 % Landesbanken und Sparkassen (davon mehr als zwei Drittel unter Gewährträgerhaftung) und weitere 41 % öffentliche Haushalte (insbesondere inländische Gebietskörperschaften) enthalten. Die restlichen 28 % verteilten sich auf Banken und Unternehmen mit fast ausschließlich sehr guter bis guter Bonität. Durch sukzessiven Abbau bei einzelnen Großengagements wird auch zukünftig eine weitere Reduzierung der Größenklasse > 1 Mrd. EUR Netto-Exposure verfolgt.

Chancen.

Die Kerngeschäftstätigkeit der LBBW ist mit dem Eingehen von Adressenausfallrisiken verbunden. Gemäß den Vorgaben der Kreditrisikostrategie werden Kredite risikoadjustiert bepreist. Durch die Selektion von Geschäften mit einem vorteilhaften Risk-/Return-Verhältnis ergeben sich besondere Gewinnchancen. Ferner kann sich aus einer positiven Entwicklung der wirtschaftlichen Lage die Chance auf eine verbesserte Portfolioqualität und damit einhergehend einem geringeren Wertberichtigungsbedarf ergeben.

Marktpreisrisiken.

Definition.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW potenzielle Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren. Marktpreisrisiken werden in die Kategorien Aktien, Zins und Währung/Rohwaren untergliedert.

Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW:

Aktienrisiko.

Das Aktienrisiko ist zurückzuführen auf Aktien- bzw. Indexkursbewegungen und ggf. Aktien- bzw. Indexvolatilitäten.

Zinsrisiko.

Das Zinsrisiko beruht etwa auf Änderungen von Marktzinsen, Zinsspreads, Credit Spreads oder auch Zinsvolatilitäten.

Währungs-/Rohwarenrisiko.

Währungs-/Rohwarenrisiken werden im LBBW-Konzern unter der Risikoart FX-Risiko zusammengefasst und abgebildet. Das Währungsrisiko beruht auf der Entwicklung von Wechselkursen. Das Rohwarenrisiko basiert auf der Änderung von Edelmetallkursen und Rohwarenpreisen.

Marktpreisrisikomanagement.

Risikomessung	■ Aufsichtsrechtlich zugelassenes internes Risikomodell ■ Tägliche Value-at-Risk-Berechnung ■ Stresstests, StressVaR-Ermittlung, Backtesting-Analyse ■ Sensitivitäten
Risikoüberwachung und -reporting	■ Überwachung und Einhaltung der Limite durch Portfolioverantwortliche im Konzernrisikocontrolling ■ Tägliches, wöchentliches und monatliches Reporting
Risikosteuerung	■ Vorgaben durch die Marktpreisrisikostrategie und Portfoliosteckbriefe ■ VaR Limitierung bis auf Portfolioebene ■ Verlustgrenze pro Portfolio durch Loss-Warning-Trigger ■ Limitierung der Sensitivitäten

Risikomessung.

Risikomodell.

Im Finanzsektor wird das Marktrisiko der Handels- und Bankportfolios über Value-at-Risk-Prognosen abgebildet. Der Value-at-Risk (VaR) lässt sich im Rahmen eines stochastisch-mathematischen Modells bestimmen. Dieses leitet aus einer Verteilung der Marktfaktoren, einer darauf aufbauenden Bewertung und ggf. entsprechenden Vereinfachungen eine Portfoliowertverteilung ab. Hieraus wird der VaR als größtmöglicher Verlust unter dem vorgegebenen Konfidenzniveau bestimmt.

In der LBBW erfolgt die Messung mit einem eigenentwickelten Verfahren, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. Dabei werden marktinduzierte Wertschwankungen von komplexen Geschäften teilweise genähert. Darüber hinaus gehen die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gleichgewichtet in die Schätzung der Kovarianzmatrix mit ein. Mithilfe von Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt.

Das Risikomodell wird für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der regulatorischen Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken des Handelsbuchs[1)] verwendet. In die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals geht das Gesamtrisiko ein.

Die LBBW ermittelt für aufsichtsrechtliche Zwecke den VaR aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95 % und ein Tag Haltedauer verwendet. Für die Abbildung im Rahmen der Risikotragfähigkeit erfolgt eine Skalierung des Maximums aus StandardVaR (Kovarianzmatrix über 250 Handelstage) und Long Term-VaR auf ein dem Ökonomischen Kapital angepasstes Niveau bei Konfidenzniveau und Haltedauer. Aufgrund regulatorischer Vorgaben wird mit dem Long Term-VaR eine längere Beobachtungsperiode zugrunde gelegt, um auch volatilere Marktphasen zu berücksichtigen. Sowohl im Handelsbuch als auch im Anlagebuch werden die Marktpreisrisiken nach der gleichen Methodik abgebildet.

1) Handelsbuch ohne Fonds, die nicht transparent abgebildet werden.

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs.

Die Credit-Spread-Risiken haben einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW. Die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und Anlagebuchs werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads einzelner Adressen berechnet. Für die Credit-Spread-Risiken aus Kreditderivaten werden Referenzschuldnern CDS-Sektorkurven zugeordnet. Darüber hinaus wird für die Ermittlung des Ökonomischen Kapitals ein Aufschlag für das Credit-Spread-Risiko aus dem marktfähigen Kreditgeschäft angesetzt.

Vervollständigt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stressszenarien für das Handels- und Anlagebuch. Mittels Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kursverläufe und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (d. h. synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen wie z. B. einzelne oder kombinierte Zins-Shifts oder Credit-Spread-Shifts. Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert. Alle Szenarien dienen dazu, extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt. Diese Wertänderungen aus der Stresssimulation sind außerdem in die risikoartenübergreifenden Stressszenarien eingebunden und damit für die Risikotragfähigkeit relevant.

Für die StressVaR-Rechnungen wird statt der letzten 250 Handelstage ein Beobachtungszeitraum zugrunde gelegt, der einen signifikanten Stresszeitraum umfasst. Wöchentlich wird der StressVaR unter Berücksichtigung der relevanten Beobachtungsperiode für das in der aufsichtlichen Meldung erforderliche Portfolio (Handelsbuch ohne Fonds) berechnet. Eine zweite Rechnung simuliert auf der für den Konzern relevanten Periode die Risikoerhöhung unter Stress. Dieser Wert wird auch in die risikoartenübergreifenden Szenarien eingebunden und ist damit für die Risikotragfähigkeit relevant. Der relevante Beobachtungszeitraum wird vierteljährlich für das SolvV-Portfolio sowie den Konzern ermittelt.

Neue Produkte und Weiterentwicklung des Risikomodells.

Neben der Einführung neuer Produkte bereitete die Bank im Jahr 2013 im Zuge der regelmäßigen Weiterentwicklung des Marktrisikomodells folgende Modellanpassungen vor:

- Umstellung des Modells der Volatilitäten für Zinsoptionen
- Verwendung eines geänderten Aggregationsverfahrens zur Ermittlung des SolvV-Risikobetrags

Die Bank befindet sich bezüglich der genannten Punkte im Abnahmeverfahren mit der Aufsicht.

Im Sinne einer regelmäßigen Qualitätssicherung und Validierung werden neben den Bewertungen auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Generell gilt jedoch, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind. Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen Modellrisiken begegnet die LBBW durch weiterführende Analysen und Limitierungen sowie ggf. durch Bewertungsabschläge. Für Modellrisiken wird außerdem zusätzlich ein angemessener Betrag in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Speziell werden hier die Rückläufer aus Micro-Emissionen sowie Produkte mit vereinfachter Abbildung in Risiko und Backtesting berücksichtigt.

Validierung des Risikomodells.

Die Güte der resultierenden VaR-Prognosen ist aufsichtsrechtlich im Rahmen eines regelmäßigen Validierungsprozesses von einer eigenständigen Organisationseinheit zu überprüfen. Am Beginn dieses Prozesses stehen die Überprüfung des Modelldesigns und die Identifizierung möglicher Modellrisiken. In der Folge werden durch maßgeschneiderte Validierungsanalysen die Materialitäten der Modellrisiken sowohl isoliert als auch in ihrer Kombination quantifiziert. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Backtesting-Analyse zu, d. h. dem statistischen Rückvergleich der tatsächlich eingetretenen Portfoliowertänderung mit den korrespondierenden VaR-Prognosen. Für diese Portfoliowertänderungen werden die reinen Bewertungsänderungen des Bestands ohne Neugeschäfte und Intraday-Ergebnisse (sog. CleanPL) herangezogen.

Aufgrund aufsichtlicher Vorgaben erfolgt ein zusätzliches Backtesting auf Basis der sog. DirtyPL. Die DirtyPL ist die tatsächliche Wertveränderung ohne Provisionen und Gebühren. Sie wird auf Basis des ökonomischen Ergebnisses ermittelt.

Risikoüberwachung und Reporting.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der u. a. in den Portfoliosteckbriefen detaillierten Risikostrategie werden durch den jeweiligen Portfolioverantwortlichen im Konzernrisikocontrolling überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Berichterstattung umfasst im Einzelnen:

- Tagesbericht mit der Übersicht über die Ergebnis- und Risikoentwicklung.
- Stresstestbericht, der wöchentlich die Auswirkungen der Stressszenarien enthält.
- Gesamtrisikobericht, der monatlich erstellt wird und detaillierte Informationen über Risiko- und Ertragsentwicklung, StressVaR, ökonomisches Kapital und Überwachung des ÖKap-Limits beinhaltet.

Risikosteuerung.

Der strategische Rahmen der quantitativen Marktpreisrisikosteuerung im LBBW-Konzern ist durch die Festlegung des ÖKap-Limits für Marktpreisrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit durch den Vorstand gesetzt. Der Loss-Warning-Trigger dient als Indikator für Marktwertverluste der ökonomischen P&L und damit einhergehend einer Reduktion der Risikodeckungsmasse. Die Loss-Warning-Trigger auf Bereichs- bzw. Segmentebene werden mindestens jährlich unter Berücksichtigung der Risikotoleranz durch den Vorstand vorgegeben. Die Verteilung auf die darunter liegenden Portfolios wird durch die zuständigen Kompetenzträger im Handel vorgenommen.

Für die strategische Steuerung und die monatliche Anrechnung auf das ÖKap-Limit im strategischen Limitsystem erfolgt die Ermittlung des relevanten VaR-Betrags. Soweit eine vollständige Quantifizierung der Risiken nicht möglich ist, werden entsprechende Puffer oder Reserven angesetzt.

An das ÖKap-Limit gekoppelt sind differenzierte VaR-Portfoliolimite. Zusammen mit den Loss-Warning-Triggern legen diese gemeinsam mit den Teilstrategien den risikobezogenen Handlungsrahmen der Bereiche, Abteilungen und Gruppen des Dezernats Corporate Center/Financial Markets, des Bereichs Credit Investment Portfolio sowie der Tochterunternehmen fest. Die Verantwortlichkeiten für die Steuerung der Marktpreisrisiken im LBBW-Konzern sind über die Escalation Policy festgelegt.

Die operative Steuerung (Intra Day und End of Day) in den Handelsbüchern der LBBW erfolgt mittels Sensitivitätenlimiten. Die vom Konzernrisikocontrolling überwachten End of Day-Portfoliolimite sind einzuhalten. Außerdem sind verschiedene Sonderlimite und Einschränkungen (z. B. aus dem Neue Produkte Prozess) verabschiedet. Diese werden vom Konzernrisikocontrolling überwacht und ggf. an das Risk Committee eskaliert.

Zur detaillierten Risikosteuerung der Marktpreisrisiken werden zwischen den Handelseinheiten interne Geschäfte abgeschlossen, die in die Marktrisikoberechnung einfließen.

Die Vorgaben zur aktiven Steuerung der wesentlichen Portfolios der LBBW sind, anknüpfend an die Marktpreisrisikostrategie, in Portfoliosteckbriefen dokumentiert.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

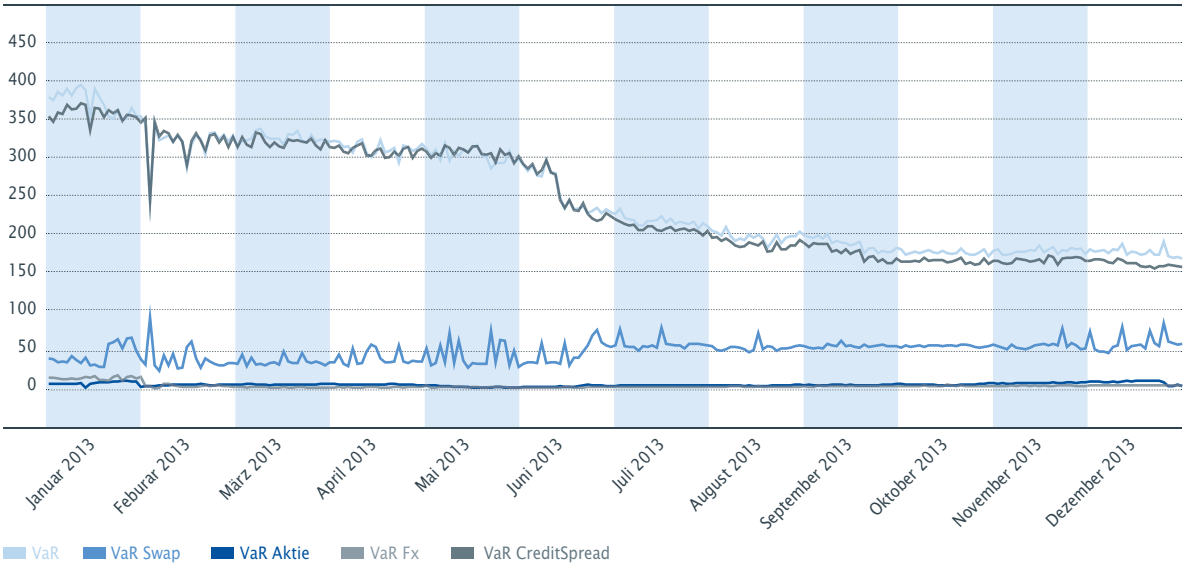
Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2013 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Auch für die einzelnen Konzerneinheiten wurde im Jahr 2013 das Risikolimit nicht überschritten. Gleiches gilt für die Limite der entsprechenden Bereichs- und Abteilungsportfolios. Der Loss-Warning-Trigger wurde im Jahr 2013 ebenfalls für kein wesentliches Portfolio überschritten.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und den darin enthaltenen Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei von den Positionen im Anlagebuch dominiert. Das Anlagebuch des LBBW-Konzerns setzt sich größtenteils aus den Portfolios Credit Investment (Nicht Kerngeschäftsportfolio) und Treasury (Zins- und Liquiditätssteuerung sowie Deckungsstock) zusammen. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen einzelnen europäischen Staaten bzw. Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft. Weniger bedeutsam als Zins- und Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie die Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen. Rohwarenrisiken sind in den Währungsrisiken enthalten.

Die folgende Grafik stellt stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken des LBBW-Konzerns dar.

Risikoverlauf LBBW-Konzern in Mio. EUR (99 %/10 Tage).



Im Jahr 2013 hat sich das Marktpreisrisiko des LBBW-Konzerns deutlich verringert. Hauptursache war der Positionsabbau im Credit Investment Portfolio. Weiterhin wirkte sich die allgemeine Credit Spread-Einengung auf die Portfolios der Bank risikoreduzierend aus.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99%/10 Tage) nach Risikoarten auf Ebene des LBBW-Konzerns:

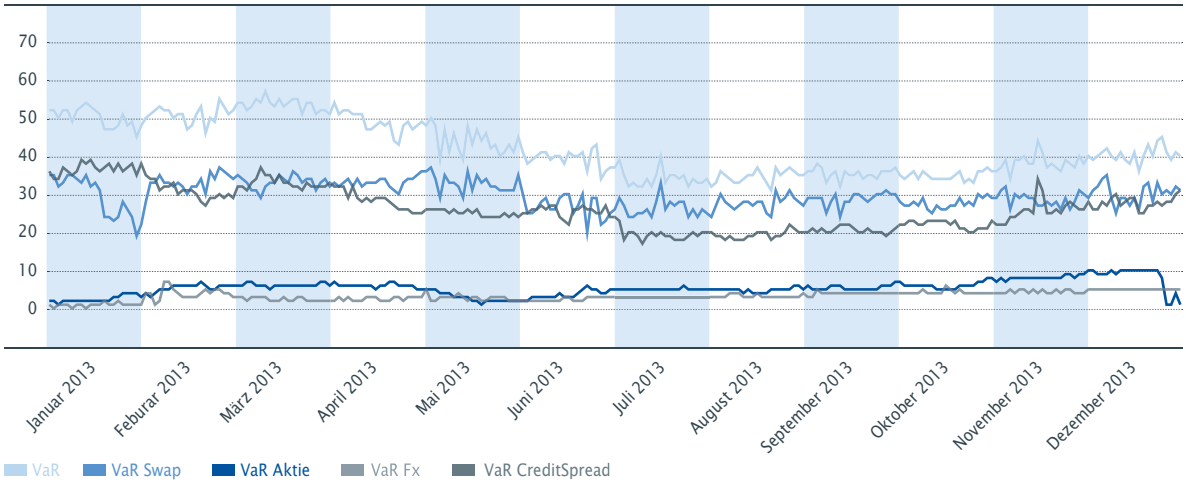
VaR 99%/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2013[1)]	28.12.2012
LBBW-Konzern	**254**	**397**	**171**	**171**	**381**
Swap-Risiko	50	94	25	60	41
Credit-Spread-Risiko	246	373	158	160	356
Aktienrisiken	7	12	3	5	8
Währungsrisiken	5	19	2	6	16

1) Im Geschäftsjahr 2013 war der 30. Dezember 2013 der letzte Reportingtag.

Für die Tradingpositionen zeigt sich folgende Entwicklung des VaR im Jahr 2013:

Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR (99 %/10 Tage).



VaR 99 %/10 Tage.

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2013[1)]	28.12.2012
LBBW (Bank) Tradingpositionen	**43**	**58**	**32**	**41**	**53**
Swap-Risiko	31	38	20	32	36
Credit-Spread-Risiko	27	40	18	32	37
Aktienrisiken	6	11	2	2	3
Währungsrisiken	4	8	1	6	2

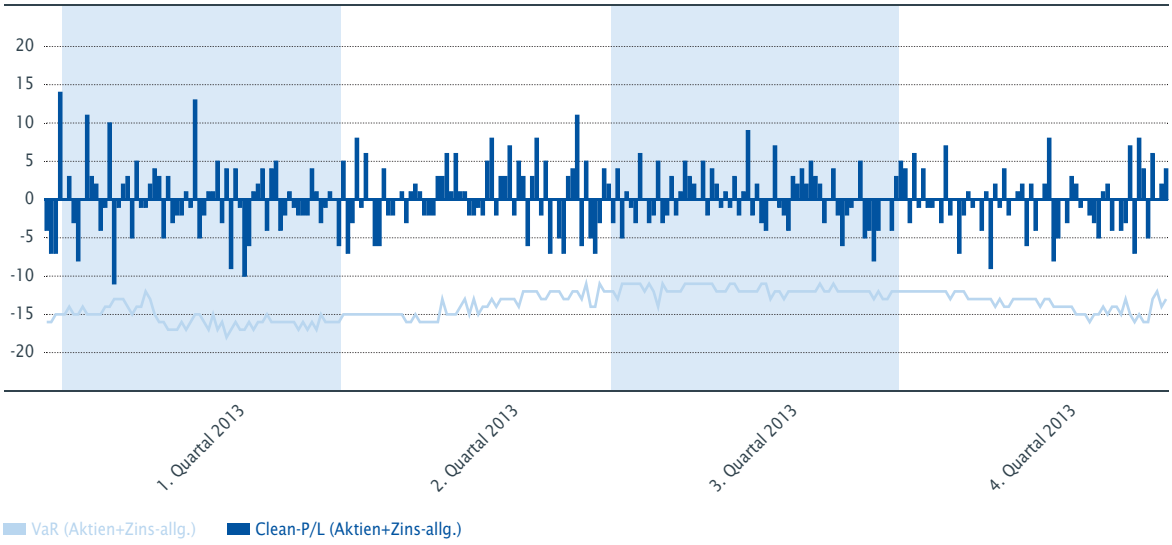
1) Im Geschäftsjahr 2013 war der 30. Dezember 2013 der letzte Reportingtag.

Das Handelsbuch der LBBW beinhaltet die Positionen des Segments Financial Markets und Positionen des Treasury, die der kurzfristigen Liquiditätssteuerung dienen. Der Risikorückgang ist hauptsächlich auf die Bondportfolios zurückzuführen, in denen sich die gesunkenen Credit Spreads auswirkten.

Ergebnis Backtesting.

Backtesting SolvV-Portfolio für den Zeitraum 20. Dezember 2012 – 30. Dezember 2013.

VaR-Parameter: 99 % Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Bis einschließlich des letzten Reportingtags 30. Dezember 2013 weist das interne Risikomodell für die zurückliegenden 250 Handelstage im SolvV-Portfolio für die Clean-P/L keine Ausnahme auf.

Durch die starken Marktbewegungen (Ausweitung in Bond- und CDS-Spreads, Swapsätze) waren für die zurückliegenden 250 Handelstage für den LBBW-Konzern zwei Ausnahmen und für Strategische Bankpositionen drei Ausnahmen zu verzeichnen. Das Handelsbuch weist dagegen keine Ausnahmen auf.

Auf Basis der Dirty-P/L waren für das Jahr 2013 sowohl für das SolvV-Portfolio als auch für das Handelsbuch zwei Ausnahmen zu verzeichnen. Ursache beider Ausnahmen waren aperiodische Ergebniskomponenten, die keiner Risikokomponente des internen Modells zuzuordnen sind. Ein Rückschluss auf mangelnde Prognosequalität des internen Modells kann daher nicht gezogen werden.

Aufsichtsrechtlich muss daher kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden. Da erst ab fünf Ausnahmen eine Auswirkung auf den Gewichtungsfaktor des internen Modells möglich ist, bleibt dieser unverändert.

Stresstest.

Im Adverse Case-Szenario – ein Szenario, das den historischen Anstieg der Bond- und CDS-Spreads im Segment Government und Financials im Zeitraum April bis August 2011 widerspiegelt – sind die Stresstest Werte deutlich zurückgegangen. Wesentlich dazu beigetragen hat der Abbau von Beständen im Credit-Investment-Portfolio.

Im Rahmen der Durchführung der Stresstests werden auch die Auswirkungen eines Zinsschocks auf die Strategische Bankposition ermittelt. Hierzu werden die Zinskurven um +/– 200 BP verschoben. Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben fordern hierzu, dass das Ergebnis einen Anteil von 20 % des haftenden Eigenkapitals nicht überschreitet. Dieses Limit war im Jahr 2013 stets eingehalten.

Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Marktpreise auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert.

Das Marktliquiditätsrisiko wird für Anleihen, Kreditderivate, Aktien und Swaps ermittelt. Es erfolgt eine Aufteilung in exogenes und endogenes Risiko. Das exogene Marktliquiditätsrisiko resultiert aus der Tatsache, dass die Bewertung der Marktrisikopositionen auf Mid-Werten basiert, bei einer Glattstellung von Positionen jedoch Bid- oder Ask-Preise erzielt werden. Bei der Berechnung des exogenen Risikos wird auch die Volatilität des Bid-Ask-Spreads berücksichtigt. Das endogene Marktliquiditätsrisiko tritt in den Fällen auf, in denen die eigene Position relativ zur Marktkapazität nicht mehr vernachlässigt werden kann. Hier besteht das Risiko, mit der Liquidierung bzw. Glattstellung der Position eine zusätzliche, aus Sicht der LBBW ungünstige Veränderung des Bid-Ask-Spreads zu verursachen.

Seit Februar 2013 wird das Marktliquiditätsrisiko über ein neues Modell ermittelt, welches Bonds, Kreditderivate, Swaps und Aktien beinhaltet. Per 30. Dezember 2013 lag das über dieses Modell ermittelte Marktliquiditätsrisiko bei 363 Mio. EUR. Im Geschäftsjahr war das Marktliquiditätsrisiko deutlich rückläufig. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Reduzierung der Bestände im Credit-Investment-Portfolio.

Chancen.

Die Portfolios des LBBW-Konzerns sind stark von der Zins- und Credit-Spread-Entwicklung abhängig. Ein Rückgang der Zinsen oder die Verringerung der relevanten Credit Spreads wirkt sich aus heutiger Sicht positiv für den LBBW-Konzern aus. Die Höhe der Auswirkung ist abhängig von der Entwicklung der Bestände im LBBW-Konzern.

Liquiditätsrisiken.

Definition.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

Liquiditätsrisikomanagement.

Risikomessung	■ Tägliche Ermittlung der Liquiditäts-Gaps und des Refinanzierungspotenzials über Notenbanken ■ Monatliche Erstellung einer Liquiditätsablaufbilanz zur Beurteilung der strukturellen Liquidität ■ Regelmäßige Quantifizierung aller wesentlichen Abrufrisiken ■ Stresstests
Risikoüberwachung und -reporting	■ Täglich detaillierte Berichte der Liquiditäts-Gaps pro Standort und Währung und der Liquiditätsreserven ■ Monatliche Berichte zu allen Aspekten des Liquiditäts- und Refinanzierungsrisikos im Risk Committee und im ALCo
Risikosteuerung	■ Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz in Form von Gap-Limiten und Survival Times ■ Festgelegte Eskalationswege bei Nichteinhaltung der Vorgaben ■ Steuerung der Aktiv- und Passivseite der Bilanz über ein Funds Transfer Pricing

Risikomessung.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko im Sinne einer jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel ist kein Ergebnisrisiko. Folglich kann es durch die Ermittlung eines potenziellen Vermögensschadens als Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb in der LBBW über quantitative Vorgaben und Limite gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz der Geschäftsleitung festgelegt werden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst u. a.:

- Tägliche Erstellung von taggenauen Liquiditäts-Gaps in allen Währungen für die LBBW (Bank) und zweimal wöchentliche Erstellung taggenauer Liquiditäts-Gaps für den LBBW-Konzern.
- Tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei den Notenbanken EZB und FED per Stichtag und im Zeitablauf.
- Monatliche Erstellung von Liquiditätsablaufbilanzen zur Beurteilung der strukturellen Gesamt-Liquidität, sowie der USD-Liquidität.
- Erstellung von in Hautwährungen separierte Investorenliste, anhand derer etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Beobachtung, Analyse und regelmäßige Quantifizierung aller wesentlichen Abrufrisiken.
- Durchführung wöchentlicher und monatlicher sowie anlassbezogener Stresstests. Laufende Überprüfung und ggf. Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein Survival-Period-Konzept definiert, d. h. es werden durch die Geschäftsleitung Zeitspannen vorgegeben, über welche die LBBW auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll.

Die bei der regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung dieser Vorgaben insbesondere im Rahmen von Stresstests zu treffenden Annahmen werden kontinuierlich daraufhin überprüft, ob sie unter den

aktuellen Marktgegebenheiten noch angemessen sind. Besteht infolge aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarf, wird dieser über das Risk Committee an die Geschäftsleitung berichtet und führt nach entsprechender Genehmigung zu zeitnahen Adjustierungen. Daneben besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand über diverse Zeithorizonte.

Zur frühzeitigen Identifikation neu hinzukommender Abrufrisiken oder einer Erhöhung des Risikos aus bekannten aber bisher immateriellen Abrufrisiken dienen u. a. die folgenden Maßnahmen:

- Permanente Analyse des dokumentierten Geschäftsbetriebs (Gesamtrisikobericht, ALCo-Unterlagen, Neue Produkte Prozesse) auf neue oder an Bedeutung zunehmenden Abrufrisiken.
- Beobachtung der täglichen Liquiditätsflüsse über das EZB-Konto unter dem Aspekt, ob große Zahlungsflüsse auftreten, die nicht aus fälligen Geschäften oder den sonstigen bekannten Ursachen für Zahlungsbewegungen resultieren.

Alle gemäß Risikoinventur wesentlichen Tochtergesellschaften und alle Conduits/SIVs sind in die regelmäßige Berichterstattung der Liquiditätsrisiken nach LBBW-Vorgaben eingebunden. Die Liquiditätsrisiken bei Töchtern und Beteiligungen werden gleich beurteilt und berichtet wie Liquiditätsrisiken auf der Bilanz.

Risikoüberwachung und Reporting.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW verantwortlich. Auf operativer Ebene erfolgt die tägliche Überwachung durch das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos, wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet. Zur laufenden Überwachung werden täglich diverse Berichte erstellt, die unterschiedliche Teilaspekte der Liquidität und des Liquiditätsrisikos – wie bspw. eine Disaggregation der Liquiditäts-Gaps nach Währungen – detailliert darstellen und an Empfänger im Konzernrisikocontrolling und Treasury verteilt.

Risikosteuerung.

Das zentrale Gremium für die Steuerung der Liquidität und der Refinanzierung ist das monatlich tagende Asset Liability Committee (ALCo). Das AlCo erstellt im Auftrag des Gesamtvorstands die Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie und überwacht die Umsetzung von Beschlüssen. Die Entscheidungen des Asset Liability Committees werden vom Bereich Treasury unter der Zielsetzung einer aktiven Ertrags- und Risikooptimierung bei Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit und Einhaltung der Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz vorbereitet. Das ALCo ist auch für die Festlegung der Strategie zur Ermittlung der internen Verrechnungssätze (Funds Transfer Pricing) und die Überprüfung der Steuerungswirkungen der Funds Transfer Prices auf die Geschäftsbereiche und die Liquiditäts- und Refinanzierungslage des Konzerns verantwortlich.

Die operative Steuerung über laufend an die Marktgegebenheiten anzupassende markt- und risikogerechte interne Verrechungspreise erfolgt durch das Treasury und ist ein elementarer Bestandteil des Managements der Aktiv- und Passivseite der Bilanz.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2013 bildeten Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding. Pfandbriefe stellen weiterhin eine wesentliche Refinanzierungsquelle dar.

Für die Sicherstellung der Intraday-Liquidität ist das Treasury zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Liquiditätsbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine detaillierte Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Die Notfallplanung wird mindestens jährlich überprüft und durch den Vorstand neu in Kraft gesetzt.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Im Jahr 2013 war die Liquiditätssituation des LBBW-Konzerns stets komfortabel. Zur guten Liquiditätssituation haben erneut beigetragen:

- Die konsequente Umsetzung der Fundingplanung für die mittleren und langen Laufzeiten.
- Das stabile Kundeneinlagengeschäft der BW-Bank.
- Die Freisetzung von Liquidität durch den Abbau des Kreditersatzgeschäfts.

Der Refinanzierungsbedarf des LBBW-Konzerns aus dem Geschäftsbestand betrug per 31. Dezember 2013 auf Sicht von drei Monaten 12,9 Mrd. EUR. Als potenzieller zusätzlicher Bedarf aufgrund eintretender Abrufrisiken wurden 10,4 Mrd. EUR ermittelt. Dem stand ein Volumen freier notenbankfähiger Sicherheiten i. H. v. 21,0 Mrd. EUR gegenüber.

Auf Jahressicht bestand ein Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand i. H. v. 1,0 Mrd. EUR, die Abrufrisiken wurden mit 23,5 Mrd. EUR quantifiziert. Die freien Liquiditätsreserven betrugen unter Berücksichtigung der nicht für den Erhalt des aktuellen Pfandbriefratings erforderlichen Überdeckung aus den Deckungsregistern 33,3 Mrd. EUR.

Übersicht Refinanzierungsbedarf und Liquiditätsreserven.

Mrd. EUR per 31.12.2013	3 Monate	12 Monate
Refinanzierungsbedarf aus dem Geschäftsbestand (deterministischer Cashflow)	12,9	1,0
Wesentliche Abrufrisiken (stochastischer Cashflow)	10,4	23,5
Freie Liquiditätsreserven	21,0	33,3

Die Zahlungsfähigkeit des LBBW-Konzerns war auf Sicht von drei Monaten auch unter den Annahmen von schwerwiegenden Stressszenarien jederzeit sichergestellt. So zeigen die gemäß den Vorgaben des BTR 3.2 MaRisk gestalteten Liquiditätsrisiko-Stressszenarien Ratingdowngrade, Finanzmarktkrise und Marktkrise mit Downgrade, dass das verbleibende Refinanzierungspotenzial über den Markt zuzüglich den freien Liquiditätsreserven den möglichen Refinanzierungsbedarf unter Stressbedingungen für diesen Zeitraum übersteigt.

Ergebnisse der ökonomischen Stressszenarien.

Szenario Mrd. EUR per 31.12.2013	Refinanzierungsbedarf	Refinanzieurngspotenzial (Notenbanken und Markt)
Ratingdowngrade	28,4	38,1
Finanzmarktkrise	27,9	39,1
Marktkrise mit Downgrade	27,7	38,2

Alle Limite und sonstigen Vorgaben gemäß Liquiditätsrisikotoleranz waren im Jahr 2013 stets eingehalten. Die Liquiditätsreserven waren durchgängig ausreichend bemessen, um auch eventuelle hohe, kurzfristig eintretende Liquiditätsabflüsse ausgleichen zu können. Im Jahr 2013 musste zur Deckung des Refinanzierungsbedarfs nicht auf Liquiditätsfazilitäten von Zentralbanken zurückgegriffen werden.

Die Anforderungen des Standardansatzes der Liquiditätsverordnung wurden im Berichtsjahr jederzeit deutlich übertroffen. Die Liquiditätskennzahl für das LBBW-Institut lag per 31. Dezember 2013 bei 1,47 (31. Dezember 2012 1,64). Eine entsprechende Kennzahl auf Gruppenebene liegt nicht vor, da die aufsichtliche Meldung dieser Kennzahl auf Einzelinstitutsebene erfolgt.

Chancen.

Die breite und gut diversifizierte Refinanzierungsbasis würde es der LBBW ermöglichen, deutlich mehr Passivmittel aufzunehmen. Für die weitere Entwicklung des LBBW-Konzerns sind derzeit keine Restriktionen von der Refinanzierungsseite der Bilanz erkennbar.

Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Zur Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) wurde ein differenziertes Limitsystem eingerichtet. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Der Vorstand und das Risk Committee werden vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

Operationelle Risiken.

Definition.

Operationelle Risiken sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. In jeder dieser genannten Risikokategorien können Rechtsrisiken zu Verlusten führen. Dies liegt darin begründet, dass die LBBW in jeder Kategorie Gegenstand von Rechtsansprüchen, Klagen oder Verfahren wegen behaupteter Nichteinhaltung gesetzlicher Vorschriften und Rahmenbedingungen werden kann.

Kreditrisiken im Zusammenhang mit Operationellen Risiken werden analog der aufsichtsrechtlichen Vorgaben ebenfalls betrachtet. Die Effekte hierzu sind in den Angaben zum Adressenausfallrisiko enthalten.

Management operationeller Risiken.

Risikomessung	■ Säule I: Standardansatz ■ Säule II: OpVaR
Risikoüberwachung, -reporting und -steuerung	■ Instrumente zur Identifizierung und Beurteilung der Risiken ■ Interne Steuerung: Festlegung Strategie ■ Verantwortlichkeiten ■ Risikoüberwachung ■ Maßnahmenmanagement ■ Berichtswesen ■ Informationen zur Risikolage

Risikomessung.

In der LBBW wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns wird für die interne ökonomische Steuerung ein Operational Value-at-Risk (OpVaR)-Modell verwendet.

Das Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeldspezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle sowie Szenario-Analysen einbezogen. Das Modell wird stetig weiterentwickelt.

Für die Ermittlung des OpVaR im Rahmen der RTF wird ein Konfidenzniveau von 99,93 % sowie ein Zeithorizont von einem Jahr verwendet.

Risikoüberwachung, Reporting und Risikosteuerung.

Für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling zuständig. Die Durchführung der implementierten Prozesse für das Management der operationellen Risiken fällt im LBBW-Konzern in die primäre Verantwortung der Bereiche und Tochterunternehmen. In diesem Zusammenhang haben die dezentralen Operational Risk Manager eine bedeutende Stellung. Sie unterstützen die Bereichsleitungen bzw. Geschäftsführungen bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente und dem Berichtswesen, sind Ansprechpartner zu operationellen Risiken für die Mitarbeiter und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu minimieren. Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Instrumente eingesetzt.

Neben der internen und externen Schadensfallsammlung wird jährlich eine Risikoinventur mit Self Assessments und Szenario-Analysen durchgeführt. In den Self Assessments werden die individuellen Risiken der einzelnen Bereiche des LBBW-Konzerns erhoben. Die bereichsspezifische Analyse dieser Risiken wurde im vergangenen Jahr ausgebaut, um den Bereichen umfangreichere steuerungsrelevante Informationen zur Verfügung zu stellen. Die größten im Rahmen der Self Assessments erkannten Risiken werden in der Szenario-Analyse mithilfe von Standardszenarien aggregiert, umfassend analysiert und es werden Reduzierungsmaßnahmen erhoben. Die Methodik wurde in allen Geschäftsfeldern sowie wesentlichen Tochtergesellschaften der LBBW ausgerollt. Die Ergebnisse der Szenario-Analyse werden im OpVaR-Modell verwendet. Des Weiteren wurden neue Risikoindikatoren (segmentspezifisch und segmentübergreifend) in die Erhebung aufgenommen und das Reporting erweitert.

Das OpRisk-Maßnahmenmanagement spielt eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Des Weiteren wird der Vorstand durch das Risk Committee bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion unterstützt.

Im abgelaufenen Jahr wurde die Software zur Erfassung und Steuerung operationeller Risiken weiterentwickelt. Neue Funktionalitäten sorgen für eine Verbesserung bei der Auswertung der Daten. Zusätzlich konnten Arbeitsabläufe und Prozesse optimiert werden, sodass u. a. die Reportingerstellung erleichtert wird.

Das für die interne Steuerung verwendete OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Es bestehen ökonomische Stressszenarien, welche die Risikoparameter Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle des OpVaR-Modells variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt. Die Stressszenarien des operationellen Risikos fließen auch in die übergreifenden Stressszenarien in der RTF ein.

Risikolage des LBBW-Konzerns.

Die eingegangenen operationellen Risiken standen 2013 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns. Vorausschauend werden keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

Nachfolgend werden Rechtsrisiken, IT-Risiken und Personalrisiken erläutert, da sie zentrale Bereiche des operationellen Risikos darstellen.

Rechtsrisiken.

Die Definition der operationellen Risiken umfasst auch die Rechtsrisiken. Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen bspw. durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dies gilt auch bei fehlen-

dem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folgen von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene.

Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für den Konzern tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Rechtsabteilungen eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die LBBW auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverlag bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden soweit möglich anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie in Kooperation mit den zuständigen Bereichen neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen des Konzerns.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb des Konzerns in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

Aufgrund neuerer höchst- und obergerichtlicher Rechtsprechung bleibt die Bankenlandschaft weiterhin mit nicht unerheblichen Rechtsrisiken aus Kundentransaktionen in komplexen Derivaten konfrontiert. Der LBBW ist es im abgelaufenen Geschäftsjahr gelungen, hieraus folgende Risiken, welche insbesondere aus Beständen der ehemaligen Sachsen LB resultierten, signifikant abzubauen. Die angesprochene Entwicklung der Rechtssprechung bleibt jedoch auch für die LBBW relevant, zumal sich hierzu noch keine einheitliche Rechtsprechung heraus gebildet hat. Auf Basis der vom Vorstand der LBBW initiierten rechtlichen Bestandsanalyse wurden die Risikoprozesse weiterentwickelt. Diese tragen u. a. den weiterhin in Veränderung befindlichen aktuellen verbraucherrechtlichen Entwicklungen auch durch kontinuierliche Rechtsbeobachtung Rechnung. Nach heutigem Kenntnisstand wurde ausreichend Vorsorge zur Abdeckung dieser Risiken getroffen, wobei der künftigen Entwicklung von Rechtsprechung und Rechtsstreitigkeiten wesentliche Bedeutung zukommt.

IT-Risiken.

Die wesentlichen Geschäftsprozesse der Bank sind heute maßgeblich durch IT unterstützt oder abhängig von IT-Lösungen. In diesem Zuge gewinnt auch die IT-Sicherheit zunehmend an Bedeutung. Einhergehend mit dieser wachsenden Bedeutung betreibt die LBBW ein Information Security Management System (ISMS) basierend auf dem Internationalen Standard ISO 27001 und entwickelt dieses

ISMS kontinuierlich weiter. Bedrohungen und Risiken durch Cyberkriminalität werden mit vielfältigen Sicherheitsmaßnahmen begegnet um diese auf ein akzeptables Potential zu reduzieren.

Mit der Auslagerung des IT-Produktionsbetriebes sowie einem Teil der Anwendungsentwicklung an einen professionellen, auf Finanzinstitute spezialisierten Dienstleister, schaffte die LBBW die Ausgangsposition für eine zukunftsfähige IT. Die LBBW setzt hierbei auf risikoreduzierende Vorteile wie die konsequente Nutzung von Standardisierung, Steigerung der Kosteneffizienz sowie Erhaltung der Innovationsfähigkeit.

Insbesondere vor dem Hintergrund der externen Leistungserbringung wurden Kontroll- und Überwachungsprozesse etabliert und diese personell ausgestattet. Die Überprüfung der Einhaltung der externen und internen Richtlinien sowie die angemessene Positionierung dieser Funktionen sind in der Aufbauorganisation etabliert und werden laufend überprüft und adjustiert.

Die geplante Migration auf die OS-Plus-Plattform erfüllt im besonderen Maße das Kriterium der Standardisierung. Aber auch die Reduzierung der Systemvielfalt aus den Fusionen der LBBW verringern Betriebsrisiken nachhaltig und sind im Zielkorridor der Standardisierungsstrategie der LBBW IT.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von IT-Systemen sicherzustellen, ist ein IT-Krisenstab implementiert der nach definierten Prozessen im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch mit den IT-Dienstleistern, gewährleistet. Die Vorgehensweise und die organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement Handbuch beschrieben. Für den Notbetrieb der IT-Systeme halten die IT-Dienstleister Notfallpläne vor, die durch regelmäßige Übungen überprüft werden. Im Rahmen des übergeordneten Business Continuity Management der LBBW erfolgt ein Abgleich der IT-Notfallpläne mit den Anforderungen aus den Geschäftsfortführungsplänen der Fachbereiche.

Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten, wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten, zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen, wie bspw. Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräfteschulungen), gemessen.

Im Risikofeld Austrittsrisiko werden bspw. ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeberin zu äußern.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht ein eigener Bereich mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

Durch freiwillige Maßnahmen wurden im Rahmen der Restrukturierung Personalaustritte von mehr als 2700 Vollzeitstellen vereinbart. Da der Abbauprozess kontrolliert erfolgte und nur ausgewählte Funktionsgruppen vom Abbau betroffen waren, wird das Risiko durch unerwünschte Austritte von Mitarbeitern als gering und sehr gut beherrschbar eingeschätzt.

Chancen.

In der LBBW werden die Schnittstellen der Bereiche mit Bezug zu operationellen Risiken (z. B. Risikocontrolling, Compliance, Revision, BCM) laufend ausgebaut und optimiert. Zusätzlich findet u. a. über verschiedene Gremien ein regelmäßiger Austausch statt. Dies leistet einen Beitrag zur Vermeidung von potenziellen Schadensfällen. Des Weiteren werden die Prozesse bzgl. Rechtsrisiken, Neue Produkte oder zu Auslagerungen laufend überwacht und weiterentwickelt. Durch die Erweiterung der Erhebung von Risikoindikatoren und des Reportings ist eine schnellere Reaktion auf Fehlentwicklungen möglich. Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Risikosituation stetig zu verbessern.

Weitere wesentliche Risiken.

Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich im Konzernverbund an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochterunternehmen aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

In Abhängigkeit der Einflussnahmemöglichkeiten der LBBW erfolgt die Steuerung der Tochterunternehmen und Beteiligungen über definierte Maßnahmen und Prozesse (u. a. Quartals-Jour-Fixe mit ausgewählten Tochterunternehmen, Plausibilisierung der Mehrjahresplanungen, diverse Berichte an den Vorstand und Gremien der LBBW sowie Gremien der Tochterunternehmen).

Für die Beteiligungssteuerung ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochterunternehmen und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Insbesondere bei den geschäftspolitisch wesentlichen Tochterunternehmen dienen diesem Ziel regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und des Tochterunternehmens. Auf Ebene dieser Tochterunternehmen erfolgt die Steuerung und Kontrolle über institutionalisierte Aufsichtsräte oder vergleichbare Gremien. Auf Ebene des Konzerns erfolgt die Steuerung und Kontrolle durch die Einbindung von Stabs-, Betriebs- und Marktbereichen in den Entscheidungsprozess.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW (direkt und über Holdinggesellschaften gehaltene Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW) zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

Wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist oder ein Beherrschungsverhältnis i. S. d. § 290 Abs. 2 Nr. 1– 3 HGB vorliegt und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikoarten Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, Operationelles Risiko, Immobilienrisiko und Developmentrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.

Nicht wesentliche Tochterunternehmen, d. h. Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist oder ein Beherrschungsverhältnis i. S. d. § 290 Abs. 2 Nr. 1– 3 HGB vorliegt, aber deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist, oder Minderheitsbeteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin und mangels eines Beherrschungsverhältnisses aus Konzernsicht keine vergleichbare Stellung wie bei Mehrheitsbeteiligungen hat.

Wesentliche Tochterunternehmen werden grundsätzlich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risikoarten nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene des LBBW-Konzerns in eine aggregierte Betrachtung einbezogen. Dies gilt im Einzelnen für die Risikoarten Kredit-, Marktpreis-, Immobilien- und Developmentrisiko.

Bei nicht wesentlichen Tochterunternehmen sowie wesentlichen Tochterunternehmen, bei denen ausschließlich die Risikoarten Liquiditäts- und/oder Operationelles Risiko wesentlich sind, wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte durch eine integrierte Rechnung mit dem Kreditportfolio des LBBW-Konzerns quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz inklusive Stresstesting-Funktionalität herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die Geschäfts- und Risikoentwicklung in den Portfolios der nicht wesentlichen Tochterunternehmen der LBBW spiegelt sich in der Regel in dem für die Berechnung des Beteiligungsrisikos herangezogenen Beteiligungswert wider.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Gesellschaften wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell, etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird u. a. darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Gesellschaft beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW werden jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss erfolgt eine Werthaltigkeitsprüfung der Buchwertansätze unter Berücksichtigung gegebenenfalls vorliegender Planfortschreibungen

der Tochterunternehmen und Beteiligungen. Bei ausgewählten Tochterunternehmen und Beteiligungen erfolgt zudem jeweils zum 31. März und 30. September eine Plausibilisierung der Wertansätze.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertrisiko korrespondiert. Haupttreiber sind hierbei die großen strategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Zudem ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Tochterunternehmen Patronatserklärungen abgegeben. Des Weiteren bestehen bei ehemaligen Beteiligungen an öffentlich rechtlichen Unternehmen seitens der LBBW weiterhin Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Tochterunternehmen und Beteiligungen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Bei der Reduzierung des Beteiligungsportfolios verzeichnet die LBBW weiterhin gute Fortschritte: 2013 wurden unter anderem die Anteile an der Württembergischen Lebensversicherung AG und der Börse Düsseldorf AG verkauft. Anfang Januar 2014 wurden zudem die Verträge zur Veräußerung der LBBW Bank CZ a.s. unterzeichnet. Die Anzahl der kleineren Beteiligungen wurde entsprechend der neuen Geschäftsstrategie weiter reduziert. Im Rahmen der Neuausrichtung sollen auch in 2014 weitere Beteiligungen veräußert werden.

Chancen.

Grundsätzlich besteht über die bankstrategischen Tochterunternehmen und Beteiligungen der LBBW die Chance auf eine optimale Ausschöpfung von Marktpotenzialen und damit eine Stärkung der Marktstellung der LBBW bei den Zielkunden und Kernmärkten sowie die Chance der optimalen Ausschöpfung bestehender Wertpotenziale und einer angemessenen Kapitalverzinsung (Dividenden/Ausschüttungen).

Im Rahmen der Neuausrichtung wird das Beteiligungsportfolio reduziert. Durch den Verkauf von Tochterunternehmen und Beteiligungen auf Konzernebene können in Abhängigkeit von der jeweiligen Marktsituation sowie entsprechender Investorennachfrage Erträge für die LBBW generiert werden. Zudem erfolgt durch den Verkauf eine Bereinigung des Beteiligungsportfolios und eine damit einhergehend Komplexitätsreduktion.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Pensionsrisiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der LBBW bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des

operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem operationellen Risiko oder anderen Risikoarten verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation/Marketing/Vorstandssekretariat insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Zur Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik definiert die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit Standards für alle Geschäftsbereiche. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche, insbesondere im Rahmen des Neue-Produkte-Prozesses (NPP) und des Kreditantragsprozesses. Der Bereich Compliance und die Abteilung Corporate Sustainability und Gesundheit unterstützen die relevanten Marktbereiche im täglichen Geschäft bei der Identifizierung und Bewertung von Reputationsrisiken. Bei OTC-Derivaten für Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement ist dem NPP ein Produkt-Zertifizierungs-Prozess vorgeschaltet.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikoarten haben.

Es kann u. a. durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Auch verringerte Erträge aufgrund von möglichen strategischen Fehlentscheidungen können ursächlich für das Geschäftsrisiko sein. Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt. Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

Das Pensionsrisiko ist die potenzielle Notwendigkeit zur Erhöhung der Pensionsrückstellungen aufgrund gestiegener Pensionsausgaben und insbesondere bewertungstechnischer Auswirkungen. Ursächlich hierfür ist insbesondere die Zins-, Renten- und Gehaltsentwicklung. Die Pensionsrisiken werden über Szenario-Analysen auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens quantifiziert. Im aktuellen Umfeld ergibt sich für die LBBW bei steigenden Zinsen die Chance auf rückläufige Pensionsrückstellungen und entsprechend geringere Pensionsrisiken.

Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und Pensionsrisiken werden im Rahmen der RTF berücksichtigt. Die Quantifizierung erfolgt durch expertenbasierte Approximationsverfahren und szenariobasierte Ermittlungen.

Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobilienmarktsituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Markteinflüsse, Planungsgegebenheiten oder sonstige öffentlich rechtliche Anforderungen, etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft,

die eine eigene Risikokategorie bilden, sowie Risiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Letztere werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Immobilienrisiken können sowohl in den eigengenutzten Beständen (Büroimmobilien) als auch in den fremdgenutzten Gewerbebeständen auftreten. Das Management der Immobilien erfolgt durch die LBBW Immobilien-Gruppe.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf positive Wertveränderungen und die Generierung weiterer Erträge (höhere Mieten, Mietvertragsverlängerungen, Vermietbarkeit schwieriger Flächen etc.). In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein Immobilien-Value-at-Risk (IVaR)-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung der im Asset, Property und Facility Management tätigen operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien-Gruppe erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienspezifischer Steuerungsgrößen, wie z. B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair-Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement sorgt dafür, dass Chancen und Risiken innerhalb des Portfolios in einem ausgewogenen Verhältnis stehen.

Das Gewerbeportfolio ist diversifiziert nach Nutzungsarten, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen. Die makrostandortspezifische Diversifikation ist begrenzt, da der Gewerbebestand überwiegend am Standort Stuttgart gelegen ist. Dieser zeichnet sich jedoch insgesamt durch einen stabilen Markt mit relativ geringen Mietschwankungen aus. Die Objekte der LBBW Immobilien befinden sich zudem überwiegend in Top-Lagen mit geringem Vermietungsrisiko und sind an Mieter guter Bonität vermietet. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge mit möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt.

Die Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie z. B. Kosten-/Ertragssituation, Risikoaspekten, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld Eigengenutzte Immobilien ist die LBBW. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Das Zielportfolio wird den Nutzungsanforderungen des LBBW-Konzerns laufend angepasst und sieht weiterhin eine Flächenreduzierung an allen Zentralstandorten der LBBW vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der LBBW und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

Developmentrisiken.

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Projektentwicklungen typischerweise auftreten. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen im Planungs- und Genehmigungsbereich, den geplanten Baukosten und Terminen sowie insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus zusätzliche Risiken, z. B. Bonitätsrisiko des Partners oder die Durchsetzung von Entscheidungen gegenüber dem Partner. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall nicht mehr zurückerhalten wird oder Eigenkapital nachgeschossen werden muss, sofern es sich nicht um Non-Recourse-Finanzierungen handelt.

Bei einer positiven Veränderung der Marktbedingungen ergeben sich umgekehrt Chancen auf höhere Exiterlöse getrieben von höheren Vermietungsergebnissen sowie von höheren Vervielfältigern. Gleichzeitig erschwert eine positive Marktentwicklung jedoch den preisgünstigen Erwerb geeigneter Developmentgrundstücke.

Der regionale Fokus liegt auf den Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Rhein-Main-Gebiet und München. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien-Gruppe als Investor und Dienstleister in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf. Die Abarbeitung der vorhandenen Projekte außerhalb dieser Zielmärkte ist im Geschäftsjahr 2013 weiter vorangeschritten. Die Neuprojekte verlaufen planmäßig, wesentliche Risiken hieraus sind derzeit nicht zu erkennen.

Zur Messung der Developmentrisiken wird von der LBBW Immobilien-Gruppe ein mit Unterstützung einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiertes Risikomodell eingesetzt. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftige Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation im sog. Real Case angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien-Gruppe. Die Einbeziehung in die RTF-Betrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen.

Nachtragsbericht.

Seit dem 1. Januar 2014 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die LBBW einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW erwartet.

IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

In der LBBW wird das Interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) als umfassendes System verstanden, das sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) anlehnt. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens, einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das IKS im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie die Lageberichterstattung dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW (Bank) und des LBBW-Konzerns.

Wesentliches Ziel ist sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass die im Konsolidierungskreis befindlichen Gesellschaften so in die Abläufe einbezogen werden, dass eine frist- und sachgerechte Erstellung des Konzernabschlusses gewährleistet ist.

Das rechnungslegungsbezogene IKS ist integraler Bestandteil des IKS der Gesamtbanksteuerung.

Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation trägt der Vorstand der LBBW. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen Einheiten bei der Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen aller Konzerngesellschaften entsprechen den an sie gestellten quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelm-äßig und umfassend geschult.

Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Einzel- bzw. Konzernabschlusses sowie des Lageberichts im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften bzw. den International Financial Reporting Standards (IFRS) erfolgt und die ordnungsgemäße und fristgerechte interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das im Vordergrund stehende Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und die Kompetenzordnung unter Berücksichtigung der bestehenden Entscheidungsordnungen, die so auch Eingang in die in den jeweiligen Konzerngesellschaften getroffenen Regelungen gefunden haben.

Die Kontrollfunktionen werden konzernweit in den jeweiligen Fachabteilungen ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Sowohl die Erstellung des Einzelabschlusses der Bank als auch die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt – unter Einbindung der Fachbereiche –durch den Bereich Finanzen bei der LBBW (Bank) zentral.

Für die Einzel- und Konzernabschlusserstellung (Monats-, Quartals-, Halbjahres- und Jahresabschluss) liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und automatisiert gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen wird das Vier-Augen-Prinzip angewendet, die Kompetenzordnung beachtet und die Funktionstrennung berücksichtigt.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften verfügen über systemtechnisch unterstützte Prozesse bei der Abschlusserstellung nach lokalem Recht, die in der Lieferung der abgestimmten und geprüften Reporting Packages als Basis für die Konzernabschlusserstellung münden. Die Geschäftsführung der jeweiligen Konzerngesellschaft trägt die Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der an die Gruppe Konzernabschluss übermittelten Ergebnisdaten.

Die Erstellung des Konzernabschlusses erfolgt auf Grundlage der IFRS und unter Berücksichtigung der im Konzernhandbuch niedergelegten einheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsregeln.

Die Bewertung von Finanzinstrumenten in der LBBW (Bank und Konzern), die zum beizulegenden Zeitwert bzw. Fair Value bewertet werden, erfolgt entweder auf der Basis von Preisnotierungen im Falle aktiver Märkte (Börsen, Broker, Preisserviceagenturen, etc.) oder auf Basis anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, deren Inputdaten öffentlich zugänglich sind (z. B. Zinskurven, Volatilitäten, Spreads). In den Fällen, bei denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Für die handelsunabhängige Überprüfung und Validierung der für Bilanzierungszwecke benutzten Preise sorgt die separate Organisationseinheit Independent Price Verification im Konzernrisikocontrolling.

Die übergeordnete Steuerung und Koordination des bereichsübergreifenden Erstellungsprozesses für den Lagebericht der LBBW erfolgt zentral durch den Bereich Konzernkommunikation unter fachlicher Gesamtverantwortung durch den Bereich Finanzen. Der Erstellungsprozess ist in die Termin- und Ablaufpläne für den Halbjahres- und Jahresabschluss integriert. Die Lageberichtsteile werden unter Einhaltung des Vier-Augen-Prinzips dezentral in den Fachbereichen erstellt und durch die Bereichsleiter freigegeben. Der Bereich Konzernkommunikation (interne Evidenzzentrale) überprüft die inhaltliche Konsistenz des gesamten Lageberichts.

Information und Kommunikation.

Die Risikoleitsätze des LBBW-Konzerns, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen IKS sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW (Bank) veröffentlicht werden. Das gilt analog für das Konzernhandbuch, in dem die Bewertungs- und Bilanzierungsvorgaben für die Erstellung des Konzernabschlusses enthalten sind. Dieses wird, unter Berücksichtigung der aktuellen IFRS-Regelungen, regelmäßig aktualisiert und an die Konzerngesellschaften versandt.

Die Gruppe Grundsatzfragen/NPP (Neue-Produkte-Prozess) identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und Tochtergesellschaften und initiiert die Umsetzung.

Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess der Bank und in den Konzerngesellschaften auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft. Werden bei neuartigen Produkten von Konzerngesellschaften die Systeme und/oder Prozesse der Konzernzentrale benötigt, erfolgt die Einstufung der handelsrechtlichen Behandlung durch die Gruppe Grundsatzfragen/NPP.

Die Gruppe Konzernabschluss erstellt auf Basis der Zulieferungen der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzerngesellschaften das Zahlenwerk des Konzernabschlusses unter der Verwendung einer standardisierten Konsolidierungssoftware. Die Datenkonsistenz der Zulieferungen durch die Konzerngesellschaften wird hier nochmals durch implementierte Prüfregeln und umfangreiche Validierungen geprüft. Die Erstellung des Konzernanhangs erfolgt ebenfalls unter Verwendung von Standardsoftware. Die Gruppe Konzernabschluss stellt die Vollständigkeit und Richtigkeit der relevanten Anhangangaben auf Basis der von den Konzerngesellschaften zugelieferten Informationen sicher.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erstellte und an externe Interessenten bzw. Adressaten versendete Finanzberichte durchlaufen vor Versendung eine Konsistenzprüfung durch eine interne Evidenzzentrale.

Darüber hinaus hat der Vorstand Regelungen erlassen, nach denen er unverzüglich zu informieren ist, wenn in einzelnen Bereichen oder Konzerngesellschaften Zweifel an der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation aufkommen (»Ad-hoc-Informationspflicht«). Das trifft auch für die Rechnungs-

legung zu. Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen sind diese vom Konzernvorstand unverzüglich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats weiterzuleiten.

Monitoring.

Das derzeitige IKS der LBBW zeichnet sich aus durch eine stark dezentrale Verantwortung der Fachbereiche für wesentliche rechnungslegungsrelevante Prozesse. Im Rahmen des Projekts »Stärkung des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems« wurde im Rechnungswesen eine IKS-Evidenzstelle eingerichtet, die die zentrale Überwachungsfähigkeit des IKS gewährleistet.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen IKS werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden. Eine Form des Monitorings findet laufend während der Erstellung des Konzernjahres-/Halbjahresabschlusses statt.

In regelmäßigen Abständen finden zwischen den am Erstellungsprozess für den Jahres- und Konzernabschluss sowie den Lagebericht beteiligten Mitarbeitern bi- und multilaterale Abstimmungsgespräche statt, im Rahmen derer aufgetretene Probleme thematisiert und analysiert werden. Es werden adäquate Maßnahmen abgeleitet, die Eingang in die fortlaufenden Prozesse finden.

Sowohl der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats als auch die Konzernrevision fungieren als übergeordnete Monitoring-Organe. Die Konzernrevision ist für die prozessunabhängige Überprüfung des Geschäftsbetriebs zuständig und als solche Instrument der gesamten Geschäftsleitung. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Abschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

Prognosebericht.

Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Aussichten für das Jahr 2014 sind insgesamt gut. Erwartet wird eine deutliche weltweite Beschleunigung der wirtschaftlichen Dynamik. Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte um 3,8% im Vergleich zum Jahr 2013 zulegen. Eine Belebung wird in allen wichtigen Regionen außer in China erwartet. Die konjunkturellen Frühindikatoren sind in den letzten Monaten überwiegend gestiegen und deuten in ihrer Mehrheit auf anhaltendes bzw. beschleunigtes Wachstum.

In den USA wird das BIP-Wachstum nach Ansicht der LBBW von 1,9% auf 3,0% beschleunigen. Dabei hilft der Konjunktur, dass die Belastung der rückläufigen Staatsausgaben wegfällt. Die Wohnungsbauinvestitionen dürften zudem mit zweistelliger Wachstumsrate zulegen, die Ausrüstungsinvestitionen mit einer Rate im hohen einstelligen Prozentbereich steigen. Schließlich sollten die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit mehr als 2,5% wachsen können.

Im Euroraum wird die Konjunktur zwar noch nicht wieder an die Werte der Zeit vor der Krise anknüpfen können. Aber immerhin: Nachdem 2013 noch ein leicht rückläufiges BIP zu verbuchen war, rechnet die LBBW für 2014 mit einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,0%. Dabei sollte der Euroraum von der weltweiten Konjunkturerholung profitieren können. Auch die Investitionen dürften allmählich wieder anziehen, wobei sie vom anhaltend niedrigen Zinsumfeld profitieren. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass sich die Bankenbranche des Euroraums in ihrer Gesamtheit erholen kann.

Für Deutschland sind die Aussichten als günstig zu bewerten. Die Konjunktur profitiert dabei nach Einschätzung der LBBW von der Binnennachfrage. Hier ist vor allem der Konsum zu nennen, der durch die gute Lage am Arbeitsmarkt belebt wird, sowie die Investitionen und hier vor allem die Wohnungsbauinvestitionen, die von den niedrigen Zinsen und den steigenden Preisen für Wohneigentum begünstigt werden. Auch die Ausrüstungsinvestitionen sollten nach dem verhaltenen Jahr 2013 zulegen. Vor allem die erhebliche Entspannung der Schuldenkrise im Euroraum hat die Unsicherheit über den Bestand der Währungsunion reduzieren können, welche die Unternehmen im abgelaufenen Jahr zur Zurückhaltung veranlasst haben dürfte.

Ein Abgleiten der Konjunktur in eine Deflationsspirale ähnlich wie in Japan in den Neunzigerjahren erwartet die LBBW für den Euroraum nicht. Zwar ist der Preisauftrieb, bedingt durch eine gewisse Entspannung der Energiepreise und angesichts der schwachen Konjunktur, gedämpft gewesen – im Euroraum lag die Inflation bei 1,4%, in Deutschland bei 1,5% –, aber im Laufe des Jahres dürfte mit der Konjunkturbelebung auch der Preisüberwälzungsspielraum der Unternehmen wieder zunehmen. Voraussichtlich wird die Inflationsrate in Deutschland auch im kommenden Jahr bei 1,5% liegen. Im Euroraum wird der Preisauftrieb nach Einschätzung der LBBW mit 1,2% etwas geringer ausfallen.

In dem erwarteten Konjunkturumfeld dürften die Zinsen allmählich steigen. Bedingt durch die weiterhin expansive Ausrichtung der Europäischen Zentralbank (EZB), die ihren Hauptrefinanzierungszins 2014 voraussichtlich unverändert bei 0,25% belassen dürfte, sollte das Niveau allerdings, gemessen an der Vergangenheit, auf moderatem Niveau bleiben. Die LBBW rechnet für die 10jährigen Bundesanleihen mit einem Niveau von 2,30% zum Jahresende 2014.

Branchen- und Wettbewerbssituation.

Die LBBW erwartet für 2014 ein weiterhin wettbewerbsintensives Marktumfeld am deutschen Bankenmarkt. Das Zinsniveau dürfte auch 2014 einen Belastungsfaktor für die deutschen Banken darstellen. Die robuste Einkommens- und Beschäftigungssituation in Deutschland und die voraussichtlich höhere konjunkturelle Dynamik der Wirtschaft im Jahr 2014 dürfte die Entwicklung der Kreditwirtschaft dagegen unterstützen. Ein Unsicherheitsfaktor geht für die Branche weiterhin von Rechtsrisiken und Risiken aus der noch nicht überwundenen Schuldenkrise aus. Vor allem aber erwartet die LBBW eine fortgesetzte Unsicherheit und Belastung für die Branche aus regulatorischen Maßnahmen und sich verändernder Rechtsprechung. Der grundlegende Wandel der Branche, insbesondere der Deleveraging-Prozess, dürfte vor diesem Hintergrund anhalten.

Neben der schrittweisen Einführung der erhöhten Kapital- und Liquiditätsanforderungen von Basel III ab 1. Januar 2014 gehören aktuell vor allem das neue Aufsichts- und Abwicklungsregime und die zukünftigen Anforderungen an die Einlagensicherung auf europäischer Ebene zu den zentralen regulatorischen Projekten für die Branche. Aktuell ist für die Branche bei der Leverage Ratio im Rahmen von Basel III, die ab 2018 gelten soll, von einer Mindesthöhe von 3% auszugehen. Eine finale Festlegung soll allerdings erst 2017 erfolgen. Die mit der Übernahme der gemeinsamen Aufsicht durch die Europäische Zentralbank im Herbst 2014 verbundenen Anforderungen und insbesondere das Balance Sheet Assessment werden bei den hiervon betroffenen Instituten 2014 weiter Ressourcen binden. Hinzu kommen zusätzliche Anforderungen für die deutschen Institute aus der laufenden Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens. Die von der Europäischen Kommission, dem Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament Ende 2013 nach langen Verhandlungen erzielte Einigung über die Neufassung der europäischen Einlagensicherungsrichtlinie und die sich abzeichnenden Eckpunkte der zukünftigen Regelungen zur Sanierung und Abwicklung von Banken werden die Kostenbelastung der Branche in den kommenden Jahren wahrscheinlich erheblich erhöhen. Wesentlich für den deutschen Bankenmarkt hinsichtlich der Einlagensicherung ist, dass die sowohl bei den Instituten des genossenschaftlichen Sektors als auch bei der Sparkassenfinanzgruppe bestehenden Institutssicherungssysteme auch zukünftig fortgeführt und im Rahmen von Präventionsmaßnahmen eingesetzt werden dürfen. Unklarheit besteht weiterhin über die konkrete Ausgestaltung und den Zeitpunkt des Inkrafttretens der angestrebten Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie eines europäischen Trennbankengesetzes. Bei Letzterem deutet sich zu Beginn des Jahres eine im Vergleich zum Liikanen-Bericht engere Definition der verbotenen Geschäfte und eine Entscheidungskompetenz der Aufsichtsbehörden über eine mögliche Abtrennung hochriskanter Handelsaktivitäten ab. Die Entwicklung im weiteren Gesetzgebungsprozess bleibt abzuwarten. Dagegen wurde das US-Trennbankengesetz, die Volcker Rule, im Dezember 2013 verabschiedet. Weitere Herausforderungen für die Branche zeichnen sich zudem aus der Überarbeitung der Finanzmarktrichtlinie (MiFID II) ab, die erhöhte Anforderungen im technischen und verbraucherschutzrechtlichen Bereich stellt und voraussichtlich ab 2016/2017 zur Anwendung kommen wird, sowie aus der grundlegenden Überarbeitung der Handelsbuchvorschriften durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht.

Unternehmensprognose.

Vorbemerkungen.

Basis für die nachfolgenden Prognoseaussagen ist die Ende 2013 erstellte Planung der LBBW. Neben einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage wurde hierbei von einem weiterhin niedrigen Zinsniveau im Prognosezeitraum ausgegangen. Daneben liegt die Annahme zugrunde, dass sich die Credit Spreads insbesondere bei Staaten im Jahr 2014 stabil auf dem Niveau von Herbst 2013 entwickeln.

Ausblick der LBBW.

Die LBBW wird auch 2014 den bereits eingeschlagenen Weg im Rahmen ihres Geschäftsmodells konsequent weitergehen, seriöse Produktwelten für ihre Kunden anbieten und dabei einen besonderen Fokus auf Qualität in Service und Beratung richten. Das Augenmerk liegt auf dem Aufbau langlebiger und verlässlicher Kundenbeziehungen sowie weiterhin auf risikobewusstem Wachstum.

Die für die LBBW bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren werden sich auf Konzernebene im Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Nachdem die Risikoaktiva auf Konzernebene auch im Jahr 2013 weiter konsequent abgebaut wurden, konnte zum Jahresende eine komfortable harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung der vollständigen Anforderungen von Basel III (»fully loaded«) von 12,6% ausgewiesen werden. Diese liegt signifikant über den künftigen Vorgaben der Aufsicht, wie sie zum jetzigen Zeitpunkt bekannt sind. Auch im Planjahr 2014 wird mit einer harten Kernkapitalquote nach Basel III (»fully loaded«) gerechnet, die die aufsichtsrechtlichen Anforderungen deutlich übertrifft. Dabei wurde für 2014 eine konservative Planung der Risikoaktiva vorgenommen, die erheblich oberhalb des Werts im Geschäftsjahr liegt und Reserven für weitere regulatorische Verschärfungen sowie unerwartete Entwicklungen berücksichtigt.

Die LBBW geht unverändert davon aus, dass sie im Jahr 2014 Hybridkapital in Höhe von 1 Mrd. EUR zurückzahlen wird – vorbehaltlich der Zustimmung der Finanzaufsicht. Diese Rückführung hat jedoch keine Auswirkung auf die vorgenannte harte Kernkapitalquote.

Im Zuge des weiteren Abbaus von nicht als Kerngeschäft definierten Aktivitäten wurde die Bilanzsumme im Geschäftsjahr 2013 bereits deutlich auf 274 Mrd. EUR reduziert. Die LBBW strebt an, das Nicht-Kerngeschäft sukzessive vollständig zurückzuführen. Gegenläufig wirkt sich der geplante Ausbau der Kernaktivitäten aus, sodass zum Jahresende 2014 für den LBBW-Konzern mit einer Bilanzsumme nach IFRS gerechnet wird, die auf dem Niveau des Jahres 2013 verbleiben dürfte.

Im Geschäftsjahr 2013 konnte das Konzernergebnis vor Steuern nach IFRS des LBBW-Konzerns beachtlich auf 471 Mio. EUR gesteigert werden. Für 2014 wird ein Wert auf Vorjahresniveau antizipiert, sofern nicht unvorhergesehene Marktturbulenzen oder ein unerwartet starker konjunktureller Einbruch eintreten. Hierbei wird von einer Entwicklung der Erträge auf Vorjahresniveau sowie einem konservativ geplanten, spürbaren Anstieg der Risikovorsorge ausgegangen.

Der vorgesehenen Fortführung von Kostenreduzierungen stehen steigende Belastungen aus weiteren regulatorischen Anforderungen gegenüber, sodass sich die Verwaltungsaufwendungen 2014 nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändern sollten. Entsprechend der geschilderten Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen geht der LBBW-Konzern für das Planjahr 2014 von einer Cost Income Ratio auf dem Niveau des Vorjahres aus.

Wesentliche Risiken für das prognostizierte Ergebnis der LBBW im Geschäftsjahr 2014 bestehen darin, dass sich die in der Planung getroffenen Annahmen im Verlauf des Jahres nicht tatsächlich bestätigen. So könnte eine unerwartete Entwicklung der Marktparameter eintreten, wie ein noch weiter sinkendes Zinsniveau oder eine erneute Ausweitung der Credit Spreads. Auch ein massiver Wettbewerbsdruck könnte zu niedrigeren Margen als geplant und damit verbundenen Ertragseinbußen führen. Aufgrund der Fokussierung auf kundennahes Geschäft könnte zudem eine gesamtwirtschaftliche Eintrübung zu einem noch über Plan liegenden Anstieg der Risikovorsorge und damit zu negativen Abweichungen von der prognostizierten Entwicklung der LBBW führen. Unverändert stellen zudem unvorgesehene regulatorische oder rechtliche Maßnahmen und die noch nicht vollständig überwundene Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum ein Risiko für die Erreichung der geplanten Zielgrößen dar. Falls es im Geschäftsverlauf 2014 insbesondere im Segment Corporates zu größeren negativen Planabweichungen kommen sollte, könnte dies eine Goodwill-Abschreibung in diesem Segment zur Folge haben.

Andererseits ergeben sich für die LBBW im Geschäftsjahr 2014 Chancen auf ein Übertreffen des geplanten Ergebnisses, wenn sich die zukünftige Lage als abweichend von den in der Planung getroffenen Annahmen erweist. So könnte eine unerwartete Entwicklung von Marktparametern eintreten, wie ein möglicher Anstieg des Zinsniveaus oder eine weitere Einengung der Credit Spreads. Die gute Marktposition der LBBW und deren Ausbau könnten bewirken, dass sich die LBBW besser als angenommen gegen die Mitbewerber durchsetzen und entsprechend höhere Erträge als geplant erzielen kann. Eine anhaltende konjunkturelle Erholung könnte zu einer niedriger als angenommenen Risikovorsorge sowie zu einer unter Plan verbleibenden Risikoaktiva führen. Sollten die regulatorischen Anforderungen geringer ausfallen als erwartet, könnte dies ebenfalls zu positiven Abweichungen von der prognostizierten Entwicklung der LBBW führen. Schließlich stellt eine nachhaltige Lösung der Schulden- und Vertrauenskrise im Euroraum eine Chance auf eine Übererfüllung der geplanten Werte dar.

Auf Ebene der Segmente geht die LBBW für das Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr von den im Folgenden dargestellten Entwicklungen aus. Während für die operativen Segmente mit einem positiven Ergebnisbeitrag gerechnet wird, wird für das Segment Credit Investment erneut ein negatives Ergebnis antizipiert.

Im Segment Corporates erwartet die LBBW im genannten Zeitraum im Zuge des vorgesehenen Ausbaus des Segments ein spürbares Wachstum der Bilanzsumme. Korrespondierend hierzu – und unter selektiver, risikoorientierter Auswahl von Engagements – wird mit einem lediglich moderaten Anstieg der risikogewichteten Aktiva nach Basel III (»fully loaded«) gerechnet. Das prognostizierte Konzernergebnis vor Steuern sollte im Jahr 2014 leicht unter dem Wert des Vorjahres verbleiben. Hierbei wirkt der Abbau von risikobehafteten und damit ertragsstarken Großengagements im Vorjahr zunächst belastend und wird erst sukzessive durch den erwarteten Geschäftsaufbau in 2014 kompensiert werden können.

Daher geht die LBBW für das laufende Jahr von Erträgen auf Vorjahresniveau aus. Daneben tragen im Geschäftsjahr 2014 eine konservativ geplante Risikovorsorge, die spürbar über dem Vorjahreswert kalkuliert wurde, sowie voraussichtlich geringfügig steigende Verwaltungsaufwendungen aus Wachstumsinitiativen zur Ergebnisentwicklung bei. Somit ergibt sich für das Segment im Jahr 2014 eine erwartete Cost Income Ratio, die auf dem Niveau des Vorjahres liegen dürfte.

Für die Bilanzsumme des Segments Retail/Sparkassen wird im Vergleich zum Vorjahr mit einem geringfügigen Anstieg im Jahr 2014 gerechnet. Aufgrund der angestrebten Zulassung weiterer interner Ratingverfahren antizipiert das Segment dagegen einen deutlichen Rückgang der risikogewichteten Aktiva nach Basel III (»fully loaded«). Für das Konzernergebnis vor Steuern ist im gleichen Zeitraum ein beträchtlich niedrigeres Niveau geplant als 2013. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen bedingt durch moderat steigende Verwaltungsaufwendungen, insbesondere aus Einmalaufwänden für die Konsolidierung von Kernbanksystemen, sowie durch eine erhöhte Risikovorsorge. In der Folge ergibt sich für das laufende Jahr eine erwartete Cost Income Ratio, die leicht über dem entsprechenden Vorjahreswert liegen sollte.

Im Segment Financial Markets rechnet die LBBW für das Geschäftsjahr 2014 – im Kontext mit erwarteten leicht steigenden Erträgen – im Vergleich zum Vorjahr mit einer moderaten Zunahme der Bilanzsumme. Für die risikogewichteten Aktiva nach Basel III (»fully loaded«) wird zum Jahresende 2014 mit Blick auf mögliche weitere regulatorische Verschärfungen von einer deutlichen Ausweitung ausgegangen. Das Konzernergebnis vor Steuern sollte insbesondere aufgrund voraussichtlich leicht steigender Verwaltungsaufwendungen geringfügig unter dem Wert des Jahres 2013 liegen. Folglich wird für 2014 eine Cost Income Ratio auf Vorjahresniveau erwartet.

Im Zuge des fortschreitenden Portfolioabbaus ist im Segment Credit Investment zum Jahresende 2014 erneut ein deutlicher Rückgang der Bilanzsumme geplant. Haupttreiber sind die garantierten Portfolios (Garantieportfolio und Sealink), die keine nennenswerten Risikoaktiva binden. Auf die Entwicklung der Risikoaktiva hat der Rückgang der Bilanzsumme somit nur geringe Auswirkung. Auf Segmentebene wird im Geschäftsjahr 2014 wiederum mit einem negativen Konzernergebnis vor Steuern gerechnet, das merklich unter dem Vorjahresniveau verbleiben dürfte. Aus der fortgeführten Portfolioreduktion ergeben sich gegenläufige Ergebniseffekte. So erwartet die LBBW, dass beträchtlich geringere Erträge teilweise durch eine deutlich rückläufige Gebühr für die Garantie des Landes Baden-Württemberg kompensiert werden.

Die positive Ergebnisentwicklung im Geschäftsjahr 2013 der LBBW (Bank) nach HGB reichte erwartungsgemäß aus, um die verbliebenen Zinsnachholungen – entsprechend den jeweiligen Vertragsbedingungen – für die in den Vorjahren ausgefallenen Zinszahlungen auf Hybridkapital abzuschließen. Für das Gesamtjahr 2014 rechnet die LBBW (Bank) nach Berücksichtigung der Bedienung von Hybridkapital mit einem Jahresergebnis vor Steuern nach HGB, das beträchtlich über dem Vorjahresvergleichswert liegen sollte.

Insgesamt ist es der LBBW gelungen, ein tragfähiges Geschäftsmodell in Form einer reinen Kundenbank zu etablieren und dieses zu stärken. Die erreichte Stabilität stellt in Verbindung mit der ordentlichen Kapitalausstattung eine gute Ausgangsposition für einen erfolgreichen Wettbewerb dar. So wird die LBBW auch in Zukunft den Ausbau ihres großen, stabilen Kundenstamms fortsetzen und diesem als verlässlicher Partner zur Seite stehen.

Erläuterungen zum Jahresabschluss der LBBW (Bank).

Bericht zur Ertrags-, Vermögens und Finanzlage.
Geschäftsverlauf 2013.

Die LBBW (Bank) setzte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013, trotz wettbewerbsintensiver Märkte, verhaltener Kreditnachfrage und steigender regulatorischer Anforderungen, ihre positive Entwicklung fort.

Der Bank gelang es im vierten Jahr in Folge mit einem positiven Ergebnis abzuschließen. Das **Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung** erreichte dabei mit 531 Mio. EUR das Niveau des Vorjahres (Vorjahr: 535 Mio. EUR; vgl. Tabelle 2). Der Umbau zu einer kundenfokussierten Bank sowie die Umsetzung der Verpflichtungen aus der in 2009 gestarteten Restrukturierung konnten in 2013 in allen wesentlichen Punkten erfolgreich beendet werden. Trotz deutlich reduzierter Bilanzsumme konnte die LBBW auf ein leicht steigendes Nettoergebnis (vor Risikovorsorge) in den Kerngeschäftsfeldern zurückblicken. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft blieb moderat, erhöhte sich jedoch gegenüber dem Vorjahr merklich. Das Nicht-Kernbankgeschäft wurde weiterhin konsequent abgebaut. Die vergleichsweise gute wirtschaftliche Lage in den Kernmärkten, insbesondere in Deutschland, sowie das Ausbleiben größerer Belastungen aus Finanzmarktturbulenzen hat diese Entwicklung positiv unterstützt.

Für das abgelaufene Geschäftsjahr 2013 wird die Bank dank diesem guten Ergebnis die verbliebenen Zinsnachholungen sowie die laufende Verzinsung für Hybridkapital – entsprechend den jeweiligen Vertragsbedingungen – bedienen können.

Gegenüber dem **Plan** wurde im Geschäftsjahr 2013 ein um rund 60 Mio. EUR niedrigeres Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung erzielt. Bedingt durch risikoreduzierende Maßnahmen, ein anhaltend niedriges Zinsniveau, Rückführung einzelner Großengagements sowie einer verhalteneren Kreditnachfrage verblieben die Erträge spürbar unter dem Plan. Dagegen entwickelte sich die Risikovorsorge aufgrund der guten Konjunkturlage erheblich besser als geplant. Die Verwaltungsaufwendungen lagen hingegen auf Planniveau.

Die Steuerung des Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis von IFRS-Kennzahlen. Die Bank wird als wesentlicher Bestandteil des Konzerns nach diesen Kennziffern gesteuert.

Das **Geschäftsvolumen** der LBBW (Bank) reduzierte sich im Geschäftsjahr um – 17,4% bzw. – 67,2 Mrd. EUR auf 319,6 Mrd. EUR. Die Bank kam hierbei dem Umbau zu einer reinen Kundenbank

ein großes Stück näher, was sich nicht zuletzt auch im weiteren Abbau der **Risikoaktiva** zeigte; diese reduzierten sich um – 16,2% bzw. – 14,9 Mrd. EUR auf 77,0 Mrd. EUR.

Durch diesen Risikoabbau verbesserte sich nach aktuellem Aufsichtsrecht gemäß SolvV die **Kernkapitalquote** um 3,3%-Punkte auf 19,9% (Vorjahr: 16,7%) und die **Gesamtkennziffer** um 2,9%-Punkte auf 24,4% (Vorjahr: 21,5%).

Die **Finanzlage** der Bank war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die Bank war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2013 bei 1,47 (Vorjahr: 1,64) und damit signifikant über der geforderten Mindestgröße von 1,0.

Ertragslage.

Tabelle 1: Ertragslage auf Basis RechKredV-Schema (inkl. Hybridbedienung und Nachholung)

	01.01.2013 – 31.12.2013 Mio. EUR	01.01.2012 – 31.12.2012 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss	1 635	1 740	– 105	– 6,0
davon laufende Hybridbedienung	– 31	– 136	104	– 76,9
davon nachzuholende Hybridbedienung	– 59	– 208	149	– 71,8
Provisionsüberschuss	177	149	28	19,1
Provisionsergebnis ohne Garantieprovision	470	446	24	5,3
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	– 293	– 297	5	– 1,6
Nettoergebnis des Handelsbestands	276	– 133	409	-
Verwaltungsaufwendungen	– 1 474	– 1 500	27	– 1,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	– 127	130	-
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	**617**	**128**	**489**	**> 100**
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	– 199	85	– 284	-
Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	**419**	**213**	**205**	**96,3**
Außerordentliches Ergebnis	23	– 21	44	-
Teilgewinnabführung	– 293	– 243	– 50	20,6
davon laufende Hybridbedienung	– 112	– 118	6	– 5,2
davon nachzuholende Hybridbedienung	– 181	– 125	– 56	45,1
Jahresergebnis vor Steuern	**149**	**– 51**	**199**	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	– 77	51	– 128	-
Jahresergebnis nach Steuern	**72**	**0**	**72**	**> 100**
Bilanzgewinn	**72**	**0**	**72**	**> 100**

Aus rechnerischen Gründen können in dieser und den nachfolgenden Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

Tabelle 2: Ertragslage (vor Hybridbedienung und Nachholung)

	01.01.2013 – 31.12.2013 Mio. EUR	01.01.2012 – 31.12.2012 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Zinsüberschuss	1 725	2 083	– 358	– 17,2
Provisionsüberschuss	177	149	28	19,1
Provisionsergebnis ohne Garantieprovision	470	446	24	5,3
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	– 293	– 297	5	– 1,6
Nettoergebnis des Handelsbestands	276	– 133	409	-
Verwaltungsaufwendungen	– 1 474	– 1 500	27	– 1,8
Sonstiges betriebliches Ergebnis	3	– 127	130	-
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/ Bewertungsergebnis	**707**	**471**	**236**	**50,1**
Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	– 199	85	– 284	-
Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)	**509**	**557**	**– 48**	**– 8,6**
Außerordentliches Ergebnis	23	– 21	44	-
Jahresergebnis vor Steuern und vor Hybridbedienung	**531**	**535**	**– 4**	**– 0,8**
Steuern vom Einkommen und Ertrag	– 77	51	– 128	-
Jahresergebnis nach Steuern und vor Hybridbedienung	**454**	**586**	**– 132**	**– 22,5**
Nachholung Hybridkapital	– 239	– 333	93	– 28,1
Laufende Bedienung Hybridkapital	– 143	– 254	110	– 43,5
Bilanzgewinn	**72**	**0**	**72**	-

Die nachfolgenden Kommentierungen basieren auf Tabelle 2.

Der **Zinsüberschuss** ging gegenüber dem Vorjahreswert um – 358 Mio. EUR auf 1 725 Mio. EUR zurück. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf einen deutlich reduzierten Bestand zinstragender Vermögenswerte, ein anhaltend niedriges Zinsumfeld sowie auf rückläufige Einmaleffekte zurückzuführen. Hierbei trug eine spürbar verhaltene Kreditnachfrage, der gezielte Abbau von Nichtkernbankaktivitäten sowie die Rückführung einzelner Großengagements zu der Ergebnisentwicklung bei. Zudem verminderte sich das Zinsergebnis im laufenden Jahr durch die geringere Ausschüttung von Beteiligungserträgen.

Der **Provisionsüberschuss** verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 28 Mio. EUR auf 177 Mio. EUR (Vorjahr: 149 Mio. EUR). Dabei zeigten die einzelnen Provisionsarten ein differenziertes Bild. Auf der einen Seite ein deutlicher Anstieg im Provisionsergebnis, bezogen auf das Wertpapier- und Depotgeschäft (19 Mio. EUR; u. a. aus transaktionsbezogenen Geschäften mit Kunden und Sparkassen) und auf gestiegene Ergebnisse aus Vermittlungstätigkeiten (15 Mio. EUR), u. a. aus Einmaleffekten. Darüber hinaus verminderten sich die Aufwendungen für die an das Land Baden-Württemberg zu entrichtende Garantieprovision (5 Mio. EUR) aufgrund des reduzierten Garantieportfolios. Dem stand auf der anderen Seite infolge der verhaltenen Kreditnachfrage ein niedrigeres Provisionsergebnis im Kredit-/Treuhand- und Avalgeschäft (– 22 Mio. EUR) gegenüber.

Das **Nettoergebnis des Handelsbestands** verbesserte sich von – 133 Mio. EUR im Vorjahr auf 276 Mio. EUR im laufenden Jahr. Das positive Ergebnis resultiert insbesondere aus dem kundenbezogenen Wertpapier- und Derivatehandel. Das Vorjahr war durch Bewertungsanpassungen (u. a. für Marktparameter, Kontrahentenrisiken und Rechtsrisiken) belastet. Aufgrund der positiven Ergebnis-

entwicklung wurde dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken im Berichtszeitraum ein Betrag i. H. v. 30 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) aus dem gesetzlich zu bildenden Risikoabschlag für den Handelsbestand zugeführt.

Die **Verwaltungsaufwendungen** ermäßigten sich gegenüber dem Vorjahreswert i. H. v. – 1 500 Mio. EUR um 27 Mio. EUR auf insgesamt – 1 474 Mio. EUR. Bedingt durch das zum 01. September 2013 gestartete Outsourcing von Aktivitäten im IT-Umfeld ergaben sich strukturelle Verschiebungen im Verwaltungsaufwand. Im Rahmen des Outsourcings lagerte die Bank das Rechenzentrum sowie Teile der Anwendungsentwicklung aus. Insgesamt gingen die Personalaufwendungen um 22 Mio. EUR zurück. Darin sind bereits gestiegene Aufwendungen für Beihilferückstellungen aufgrund von Anpassungen der Bewertungsmethodik enthalten. Auch die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte verbesserten sich um 16 Mio. EUR. Dem gegenüber zeigte der andere Verwaltungsaufwand, auch aufgrund erhöhter regulatorischer Anforderungen, einen Anstieg um 11 Mio. EUR. Im anderen Verwaltungsaufwand enthalten war u. a. die Bankenabgabe mit einer Belastung im Jahr 2013 i. H. v. 67 Mio. EUR.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** verbesserte sich durch eine Vielzahl an Einzeleffekten um 130 Mio. EUR auf 3 Mio. EUR. Im Gegensatz zum Vorjahr glichen sich die Zuführungen und Auflösungen zu Rückstellungen für Rechts- und Prozessrisiken nahezu aus.

Das **Risikovorsorge/Bewertungsergebnis** verschlechterte sich in Summe gegenüber dem Vorjahr um – 284 Mio. EUR auf – 199 Mio. EUR (Vorjahr: 85 Mio. EUR).

- Das **Bewertungsergebnis aus Wertpapieren, Schuldscheindarlehen und Derivaten der Liquiditätsreserve** verringerte sich um – 12 Mio. EUR auf 12 Mio. EUR. Das Ergebnis war u. a. beeinflusst durch den weiteren Volumen- und Risikoabbau in den nicht mehr zum Kerngeschäftsfeld gehörenden Portfolios (Kreditersatzgeschäft). Hierbei verringerte sich aufgrund von Tilgungen und Verkäufen das Exposure gegenüber einzelnen im Fokus stehenden südeuropäischen Ländern.
- Das **Bewertungsergebnis der Wertpapiere des Anlagevermögens** verschlechterte sich um – 51 Mio. EUR auf 39 Mio. EUR. Der Rückgang resultierte im Wesentlichen aus einer Erhöhung von Wertberichtigungen bei Wertpapieren des Nicht-Kernbankportfolios gegenüber dem Vorjahr. Des Weiteren wurde auch hier der gezielte Abbau von Positionen als Teil der weiterführenden risikoreduzierenden Maßnahmen vorangetrieben. Positiv trugen Rückführungen einzelner Großengagements zur Ergebnisentwicklung bei.
- Das **Bewertungsergebnis aus Beteiligungen und verbundenen Unternehmen** sank um – 83 Mio. EUR auf – 19 Mio. EUR. Im Wesentlichen ist dies auf geringere Zuschreibungen sowie erhöhte Aufwendungen für Verlustübernahmen zurückzuführen.
- Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** stieg gegenüber dem Vorjahr um – 138 Mio. EUR auf – 230 Mio. EUR an, blieb aber nach wie vor unter dem langjährigen Durchschnitt.

Das **außerordentliche Ergebnis** verbesserte sich um 44 Mio. EUR auf 23 Mio. EUR. Dies war im Wesentlichen auf die Auflösung von nicht mehr benötigten Restrukturierungsrückstellungen i. H. v. 52 Mio. EUR zurückzuführen.

Für das Geschäftsjahr 2013 ergab sich ein **Jahresüberschuss vor Steuern und vor Hybridbedienung** i. H. v. 531 Mio. EUR (Vorjahr: 535 Mio. EUR).

Die **Steuern vom Einkommen und Ertrag** beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf – 77 Mio. EUR (Vorjahr: 51 Mio. EUR). Dabei betrugen die laufenden Ertragsteuern – 18 Mio. EUR, frühere Jahre

betreffende Ertragsteuern – 59 Mio. EUR. Im Vorjahr war ein Steuerertrag aus der Auflösung gebildeter Rückstellungen im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Abschluss einer steuerlichen Auseinandersetzung im Ausland zu verzeichnen.

Das **Jahresergebnis nach Steuern und vor Hybridbedienung** lag damit bei 454 Mio. EUR (Vorjahr: 586 Mio. EUR). Trotz der Nachholung der Bank für die noch restlich ausstehenden Zinsen auf Hybridkapital für die Jahre 2009 – 2011 sowie der laufenden Bedienung für das Jahr 2013 wurde insgesamt ein Bilanzgewinn i. H. v. 72 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) erzielt.

Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2013 Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Barreserve	2 101	2 666	– 565	– 21,2
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	52	43	9	20,9
Forderungen an Kreditinstitute	48 412	51 083	– 2 671	– 5,2
Forderungen an Kunden	109 049	121 319	– 12 270	– 10,1
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	44 163	53 304	– 9 141	– 17,1
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	326	480	– 154	– 32,1
Handelsbestand	71 254	108 849	– 37 595	– 34,5
Beteiligungen	598	615	– 17	– 2,8
Anteile an verbundenen Unternehmen	2 761	3 242	– 481	– 14,8
Treuhandvermögen	886	883	3	0,3
Immaterielle Anlagewerte	85	72	13	18,1
Sachanlagen	399	448	– 49	– 10,9
Sonstige Vermögensgegenstände	1 829	1 039	790	76,0
Rechnungsabgrenzungsposten	1 481	1 903	– 422	– 22,2
Summe der Aktiva	**283 396**	**345 944**	**– 62 548**	**– 18,1**

Passiva	31.12.2013 Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59 089	65 378	– 6 289	– 9,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	86 613	92 865	– 6 252	– 6,7
Verbriefte Verbindlichkeiten	60 444	72 982	– 12 538	– 17,2
Handelsbestand	50 388	87 542	– 37 154	– 42,4
Treuhandverbindlichkeiten	886	883	3	0,3
Sonstige Verbindlichkeiten	1 023	1 181	– 158	– 13,4
Rechnungsabgrenzungsposten	1 531	1 767	– 236	– 13,4
Rückstellungen	2 359	2 380	– 21	– 0,9
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 360	4 209	151	3,6
Genussrechtskapital	584	914	– 330	– 36,1
Fonds für allgemeine Bankrisiken	513	483	30	6,2
Eigenkapital	15 606	15 360	246	1,6
Summe der Passiva	**283 396**	**345 944**	**– 62 548**	**– 18,1**
Eventualverbindlichkeiten	13 747	17 016	– 3 269	– 19,2
Andere Verpflichtungen	22 422	23 837	– 1 415	– 5,9
Geschäftsvolumen[1)]	**319 565**	**386 797**	**– 67 232**	**– 17,4**

1) Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.
Differenzen i. H. v. +/– einer Einheit sind rundungsbedingt.

Geschäftsvolumen.

Die Bilanzsumme war im Geschäftsjahr um – 62,5 Mrd. EUR bzw. – 18,1 % auf 283,4 Mrd. EUR deutlich zurückgegangen.

Daneben trugen die rückläufigen Volumina sowohl in den Eventualverbindlichkeiten (aus Bürgschaften und Gewährleistungen) mit rund –3,3 Mrd. EUR als auch in den anderen Verpflichtungen (aus unwiderruflichen Kreditzusagen) mit rund – 1,4 Mrd. EUR zu dem Rückgang bei, sodass sich das Geschäftsvolumen um – 67,2 Mrd. EUR bzw. – 17,4 % auf 319,6 Mrd. EUR reduzierte.

Aktivgeschäft.

Die Barreserve lag zum Stichtag 31. Dezember 2013 mit 2,1 Mrd. EUR um – 0,6 Mrd. EUR unter dem Wert zum Jahresende 2012.

Die Forderungen an Kreditinstitute gingen gegenüber dem Jahresende um – 2,7 Mrd. EUR auf 48,4 Mrd. EUR zurück. Der Rückgang war im Wesentlichen durch Kreditforderungen mit öffentlich-rechtlichem Hintergrund i. H. v. – 5,1 Mrd. EUR getrieben. Dagegen erhöhte sich der Bestand an besicherten Wertpapierpensionsgeschäften.

Zum Stichtag 31. Dezember 2013 lag der Bestand von Forderungen an Kunden mit 109,0 Mrd. EUR um – 12,3 Mrd. EUR niedriger als noch zum Jahresende 2012. Von den verminderten Beständen waren nahezu alle Kreditarten betroffen, unter anderem auch Kommunalkredite und Hypothekendarlehen. Insgesamt waren im Berichtsjahr die Kreditforderungen mit Kunden außerhalb der Bundesrepublik deutlich gesenkt worden.

Im Berichtszeitraum ging der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 53,3 Mrd. EUR um – 9,1 Mrd. EUR auf 44,2 Mrd. EUR zurück. Die Verringerung war sowohl auf den verstärkten Abbau des Credit-Investment-Portfolios als auch auf den Verkauf und Fälligkeiten von Wertpapieren aus dem Bankbuch zurückzuführen.

Der Bilanzposten Handelsaktiva verminderte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um – 37,6 Mrd. EUR auf nur mehr 71,3 Mrd. EUR. Im laufenden Jahr wurden Derivate mit sich auf Portfolioebene ausgleichenden Marktwerten, bezogen auf das Jahresende 2012, i. H. v. rund – 11,7 Mrd. EUR geschlossen. Daneben wurden bis zum Berichtszeitpunkt Derivate auf einen zentralen Abwickler übertragen und anschließend aufgerechnet. Infolge der Aufrechnung erhöhte sich der die Bilanz verkürzende Bestand (Netting) um 0,7 Mrd. EUR. Darüber hinaus trug das leicht gestiegene Zinsniveau insbesondere zur Verringerung der Marktwerte von Zinsderivaten bei. Weiterhin war ein deutlicher Abbau der Geldhandelsgeschäfte i. H. v. – 7,2 Mrd. EUR zu verzeichnen.

Refinanzierung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich im Vergleich zum Jahresende um – 6,3 Mrd. EUR auf 59,1 Mrd. EUR. Neben fällig gewordenen Schuldverschreibungen in Form von Namenspfandbriefen und Schuldscheindarlehen trugen zur Reduktion des Bestands auch rückläufige Geschäftsvolumina bei Geldhandels- sowie Wertpapierpensionsgeschäften bei.

Die Verringerung des Bestands an Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von 92,9 Mrd. EUR zum Jahresende um – 6,3 Mrd. EUR auf 86,6 Mrd. EUR war im Wesentlichen auf fällige Schuldscheindarle-

hen und Namenspfandbriefe sowie rückläufige Wertpapierpensionsgeschäfte zurückzuführen. Dem stand ein Anstieg bei den Giroverbindlichkeiten gegenüber.

Im Jahresverlauf reduzierte sich der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten merklich um – 12,5 Mrd. EUR auf 60,4 Mrd. EUR. Vor dem Hintergrund eines rückläufigen Aktivgeschäfts war nur teilweise ein Ersatz von fälligen Pfandbriefen sowie Schuldverschreibungen notwendig. Die fälligen Pfandbriefe sowie Schuldverschreibungen verringerten sich hierbei i. H. v. rund – 11,0 Mrd. EUR und die Geldmarktgeschäfte um rund – 1,5 Mrd. EUR.

Die Handelspassiva gingen korrespondierend zur Aktivseite gegenüber dem Vorjahr deutlich um –37,2 Mrd. EUR auf 50,4 Mrd. EUR zurück.

Eigenkapital.

Das Eigenkapital der Bank hat sich im Berichtsjahr leicht um 0,2 Mrd. EUR auf 15,6 Mrd. EUR erhöht. Dem Anstieg des Stammkapitals sowie der Kapitalrücklage i. H. v. 2,2 Mrd. EUR stand ein damit verbundener Rückgang der Stillen Einlagen i. H. v. 2,1 Mrd. EUR infolge der zum 1. Januar 2013 vollzogenen Wandlung gegenüber.

Finanzlage.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW wird im Asset Liability Committee (ALCo) festgelegt. Die Bank achtet dabei auf eine ausgeglichene Struktur in Bezug auf die verwendeten Produkt- und Investorengruppen. Die Finanzlage der Bank war im gesamten Berichtsjahr aufgrund der guten Liquiditätsausstattung geordnet. Die Bank war zu jeder Zeit in der Lage, im gewünschten Umfang Refinanzierungsmittel zu beschaffen. Die Liquiditätskennzahl nach LiqV lag per 31. Dezember 2013 bei 1,47 (Vorjahr: 1,64).

Konzern-abschluss.

INHALT

Gewinn- und Verlustrechnung 119
Gesamtergebnisrechnung 120
Bilanz 122
Eigenkapitalveränderungsrechnung 124
Kapitalflussrechnung 126
Anhang (Notes) 129
Grundlagen der Aufstellung. 129
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. 129
1. Grundsätze. 129
2. Änderungen und Schätzungen. 129
3. Konsolidierungskreis. 134
4. Konsolidierungsgrundsätze. 135
5. Währungsumrechnung. 135
6. Finanzinstrumente. 136
7. Aufrechnung. 145
8. Barreserve. 145
9. Risikovorsorge. 145
10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen. 146
11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen. 146
12. Immaterielle Vermögenswerte. 146
13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. 148
14. Sachanlagen. 149
15. Leasinggeschäft. 149
16. Ertragsteuern. 150
17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva. 151
18. Vorräte. 151
19. Rückstellungen. 151
20. Nachrangkapital. 154
21. Eigenkapital. 155
Segmentberichterstattung. 156
Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung. 163
22. Zinsergebnis. 163
23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft. 164
24. Provisionsergebnis. 164
25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten. 164
26. Ergebnis aus Finanzanlagen. 166
27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen. 166
28. Sonstiges betriebliches Ergebnis. 167
29. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien. 167
30. Verwaltungsaufwendungen. 168
31. Restrukturierungsergebnis. 169
32. Ertragsteuern. 169
Angaben zur Bilanz. 171
33. Barreserve. 171
34. Forderungen an Kreditinstitute. 171
35. Forderungen an Kunden. 171
36. Risikovorsorge. 172
37. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte. 172
38. Finanzanlagen. 174
39. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen. 176

40. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen. 177
41. Immaterielle Vermögenswerte..... 178
42. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien. 180
43. Sachanlagen..... 181
44. Ertragsteueransprüche. 182
45. Sonstige Aktiva. 182
46. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten..... 182
47. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden..... 183
48. Verbriefte Verbindlichkeiten. 183
49. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen. 183
50. Rückstellungen. 184
51. Ertragsteuerverpflichtungen. 188
52. Sonstige Passiva..... 189
53. Nachrangkapital..... 189
54. Eigenkapital. 192
Angaben zu Finanzinstrumenten. 193
55. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente..... 193
56. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten..... 193
57. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte..... 193
58. Fair Value von Finanzinstrumenten. 194
59. Fair-Value-Hierarchie. 196
60. Buchwertüberleitung auf Kategorien. 207
61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten..... 208
62. Fälligkeitsanalyse. 208
63. Umkategorisierungen. 209
64. Angaben zum Derivatevolumen..... 210
65. Übertragung finanzieller Vermögenswerte. 212
66. Sicherheiten. 213
67. Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen. . 213
68. Angaben zur Emissionstätigkeit. 215
Sonstige Angaben. 216
69. Leasingverhältnisse. 216
70. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. 217
71. Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen. 218
72. PIIS Exposure. 220
73. Kreditportfolio. 222
74. Kapitalmanagement. 224
75. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag. 226
76. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures. 226
77. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 235
78. Organe und deren Mandate. 236

Die Aufstellung des Konzernabschlusses der Landesbank Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr 2013 erfolgte in Übereinstimmung mit den in der Europäischen Union anerkannten Rechnungslegungsvorschriften, den International Financial Reporting Standards (IFRS), und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften.

Gewinn- und Verlustrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2013	01.01. – 31.12.2012[1)]
Zinserträge	22	22 823	40 613
Zinsaufwendungen	22	– 21 029	– 38 556
Zinsergebnis	22	1 794	2 057
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	23	– 310	– 143
Provisionserträge	24	644	656
Provisionsaufwendungen	24	– 122	– 142
Provisionsergebnis	24	522	514
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	25	373	24
Ergebnis aus Finanzanlagen	26	10	80
Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen	27	6	55
Sonstiges betriebliches Ergebnis	28	76	– 78
Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	29	29	45
Verwaltungsaufwendungen	30	– 1 774	– 1 860
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	6	– 300	– 305
Wertminderung Goodwill	41	– 3	0
Restrukturierungsergebnis	31	48	10
Konzernergebnis vor Steuern		**471**	**399**
Ertragsteuern	32	– 134	– 1
Konzernergebnis		**337**	**398**
davon Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		– 6	– 1
davon Ergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		343	399

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2, Ausweisänderung).

Gesamtergebnisrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013.

Mio. EUR	Notes	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012[1)]
Konzernergebnis		**337**	**398**
Erfolgsneutrales Konzernergebnis			
Sachverhalte, die nicht nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Gewinnrücklage			
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste vor Steuern	50	89	– 511
Ertragsteuern	32	– 27	155
Sachverhalte, die unter bestimmten Bedingungen nachträglich in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden			
Neubewertungsrücklage			
Gewinne/Verluste aus AfS-Finanzinstrumenten vor Steuern	21, 54	693	1 140
Umgliederung in die Gewinn- und Verlustrechnung	21, 54	– 64	– 129
Ertragsteuern	32	– 153	– 194
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen			
Veränderungen vor Steuern	21, 54	– 3	– 35
Gewinne und Verluste aus der Bewertung Cashflow Hedges			
Fair-Value-Änderungen vor Steuern	21, 54	1	– 5
Ertragsteuern	32	0	1
Währungsumrechnungsdifferenzen			
Veränderungen vor Steuern	21, 54	– 9	4
Summe erfolgsneutrales Konzernergebnis		**527**	**426**
davon aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen		– 8	– 25
Konzerngesamtergebnis		**864**	**824**
davon Gesamtergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern		– 6	– 1
davon Gesamtergebnisanteil Anteilseigner nach Steuern		870	825

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Bilanz

zum 31. Dezember 2013.

Aktiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2013	31.12.2012[1)]
Barreserve	8, 33	2 156	2 909
Forderungen an Kreditinstitute	9, 34	47 577	50 080
Forderungen an Kunden	9, 15, 35, 69	109 050	117 172
Risikovorsorge	9, 36	– 2 179	– 2 505
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	6, 37	71 402	110 464
Finanzanlagen	6, 38	40 660	52 771
Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen	3, 10, 39	297	303
Aktivisches Portfolio Hedge Adjustment	6	355	580
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	11, 40	727	23
Immaterielle Vermögenswerte	12, 41	494	502
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	13, 42	506	516
Sachanlagen	14, 15, 43, 69	625	710
Laufende Ertragsteueransprüche	16, 44	179	182
Latente Ertragsteueransprüche	16, 44	1 058	1 266
Sonstige Aktiva	17, 18, 45	616	1 364
Summe der Aktiva		**273 523**	**336 337**

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Passiva.

Mio. EUR	Notes	31.12.2013	31.12.2012[1)]
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6, 46	58 030	64 236
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6, 47	82 049	85 332
Verbriefte Verbindlichkeiten	6, 48	49 561	61 589
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	6, 49	57 654	99 732
Passivisches Portfolio Hedge Adjustment	6	685	1 199
Rückstellungen	19, 50	3 140	3 133
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	11, 40	915	0
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	16, 51	58	200
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	16, 51	169	170
Sonstige Passiva	17, 52	756	698
Nachrangkapital	20, 53	7 103	9 715
Eigenkapital	21, 54	**13 403**	**10 333**
Stammkapital		3 484	2 584
Kapitalrücklage		8 240	6 910
Gewinnrücklage		1 223	782
Sonstiges Ergebnis		104	- 363
Bilanzgewinn/-verlust		343	399
Eigenkapital der Anteilseigner		**13 394**	**10 312**
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile		9	21
Summe der Passiva		**273 523**	**336 337**

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Eigenkapitalveränderungs-rechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013.

Mio. EUR	Stamm-kapital	Kapital-rücklage	Gewinn-rücklage[1)]
Eigenkapital zum 31. Dezember 2011	2 584	6 910	1 067
Korrektur Vorjahreswerte	0	0	11
Angepasstes Eigenkapital zum 1. Januar 2012	**2 584**	**6 910**	**1 078**
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	67
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	– 356
Bewertungsänderungen in AfS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	– 2
Gewinne/Verluste aus der Bewertung von Cashflow Hedges	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	**0**	**0**	**– 358**
Konzernergebnis	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	**0**	**0**	**– 358**
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	– 5
Eigenkapital zum 1. Januar 2013	**2 584**	**6 910**	**782**
Einstellung in die Gewinnrücklage	0	0	399
Kapitalerhöhung/Kapitalherabsetzung	900	1 330	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	– 7
Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste	0	0	62
Bewertungsänderungen in AfS-Finanzinstrumenten	0	0	0
Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	0	0	– 3
Gewinne/Verluste aus der Bewertung von Cashflow Hedges	0	0	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0
Erfolgsneutrales Ergebnis	**0**	**0**	**59**
Konzernergebnis	0	0	0
Konzerngesamtergebnis	**0**	**0**	**59**
Sonstige Kapitalveränderungen	0	0	– 10
Eigenkapital zum 31. Dezember 2013	**3 484**	**8 240**	**1 223**

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals wird in Note 21 und 54 erläutert.

	Neubewertungs-rücklage	Bewertungs-ergebnis at Equity bewertete Unternehmen	Bewertungs-ergebnis aus Cashflow Hedges	Rücklage aus der Währungs-umrechnung	Bilanzgewinn/ -verlust	Eigenkapital der Anteilseigner[1)]	Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	Insgesamt[1)]
	– 1 279	139	1	– 8	67	9 481	19	9 500
	0	0	0	0	0	11	0	11
	– 1 279	**139**	**1**	**– 8**	**67**	**9 492**	**19**	**9 511**
	0	0	0	0	– 67	0	0	0
	0	0	0	0	0	– 356	0	– 356
	817	0	0	0	0	817	0	817
	0	– 33	0	0	0	– 35	0	– 35
	0	0	– 4	0	0	– 4	0	– 4
	0	0	0	4	0	4	0	4
	817	**– 33**	**– 4**	**4**	**0**	**426**	**0**	**426**
	0	0	0	0	399	399	– 1	398
	817	**– 33**	**– 4**	**4**	**399**	**825**	**– 1**	**824**
	0	0	0	0	0	– 5	3	– 2
	– 462	**106**	**– 3**	**– 4**	**399**	**10 312**	**21**	**10 333**
	0	0	0	0	– 399	0	0	0
	0	0	0	0	0	2 230	0	2 230
	– 1	0	0	0	0	– 8	0	– 8
	0	0	0	0	0	62	0	62
	476	0	0	0	0	476	0	476
	0	0	0	0	0	– 3	0	– 3
	0	0	1	0	0	1	0	1
	0	0	0	– 9	0	– 9	0	– 9
	476	**0**	**1**	**– 9**	**0**	**527**	**0**	**527**
	0	0	0	0	343	343	– 6	337
	476	**0**	**1**	**– 9**	**343**	**870**	**– 6**	**864**
	0	0	0	0	0	– 10	– 6	– 16
	13	**106**	**– 2**	**– 13**	**343**	**13 394**	**9**	**13 403**

Kapitalflussrechnung

für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013.

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2013	01.01. – 31.12.2012
Konzernergebnis		**337**	**398**
Im Konzernergebnis enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen		484	392
Zunahme der Rückstellungen		144	225
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen		– 941	– 564
Gewinn aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen		– 36	– 146
Sonstige Anpassungen		– 1 585	– 2 083
		– 1 597	**– 1 778**
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus laufender Geschäftstätigkeit			
Forderungen an Kreditinstitute		2 360	9 277
Forderungen an Kunden		7 659	6 508
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte		32 743	5 573
Finanzanlagen		12 856	11 156
Andere Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit		– 54	– 62
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		– 6 095	– 13 109
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		– 3 009	5 229
Verbriefte Verbindlichkeiten		– 11 836	– 9 843
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		– 35 572	– 16 750
Andere Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit		920	– 716
Erhaltene Dividenden		98	103
Erhaltene Zinsen		27 268	42 227
Gezahlte Zinsen		– 25 716	– 40 112
Ertragsteuerzahlungen		– 348	53
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit	74	**– 323**	**– 2 244**
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Beteiligungen		64	329
Sachanlagen		3	13
Immateriellen Vermögenswerten		2	1
Auszahlungen aus dem Erwerb von			
Beteiligungen		– 9	– 27
Sachanlagen		– 18	– 30
Immateriellen Vermögenswerten		– 52	– 44
Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen		0	595
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	74	**– 10**	**837**

Mio. EUR	Notes	01.01. – 31.12.2013	01.01. – 31.12.2012
Mittelveränderungen aus Sonstigem Kapital		– 420	– 1 532
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	74	**– 420**	**– 1 532**
Zahlungsmittelbestand am Anfang der Periode		**2 909**	**5 848**
Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit		– 323	– 2 244
Cashflow aus der Investitionstätigkeit		– 10	837
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit		– 420	– 1 532
Zahlungsmittelbestand am Ende der Periode	33, 74	**2 156**	**2 909**

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestands durch die Zahlungsströme aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit während des Geschäftsjahres.

Der Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve des LBBW-Konzerns und umfasst den Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie refinanzierungsfähige Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel.

Der Cashflow aus der operativen Geschäftstätigkeit wird nach der indirekten Methode aus dem Konzernergebnis ermittelt. Ihm werden die Zahlungsströme zugeordnet, die in erster Linie im Zusammenhang mit den erlöswirksamen Tätigkeiten des LBBW-Konzerns stehen oder aus Aktivitäten resultieren, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zugeordnet werden können.

Im Cashflow aus Investitionstätigkeit werden Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von langfristigen Vermögenswerten dargestellt.

Dem Cashflow aus Finanzierungstätigkeit werden sämtliche Ein- und Auszahlungen aus Transaktionen im Zusammenhang mit dem Eigenkapital sowie mit dem Nachrangkapital, dem Genussrechtskapital und den typisch Stillen Einlagen zugerechnet.

Anhang (Notes)

für das Geschäftsjahr 2013.

Grundlagen der Aufstellung.

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW (Bank)) als Mutterunternehmen der Unternehmensgruppe (LBBW) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

Die Aufstellung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr 2013 erfolgt gemäß § 315a Abs. 1 HGB und der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 (IAS-Verordnung) in Übereinstimmung mit den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen anzuwenden, die zum Zeitpunkt der Abschlusserstellung veröffentlicht, von der Europäischen Union übernommen und für den Konzern relevant und verpflichtend waren.

Der Konzernabschluss der LBBW wurde am 11. März 2014 durch den Vorstand zur Veröffentlichung genehmigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

1. Grundsätze.

Der Konzernabschluss basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung.

Die Rechnungslegung im LBBW-Konzern erfolgt gemäß IAS 27.24 und IAS 28.26 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Diese wurden stetig auf die dargestellten Berichtsperioden angewandt, sofern nichts anderes angegeben ist. Die Jahresabschlüsse der konsolidierten bzw. at Equity bewerteten Gesellschaften werden grundsätzlich auf den Stichtag des Konzernabschlusses der LBBW aufgestellt. Nur in einem Ausnahmefall liegt ein abweichender Abschlussstichtag vor. Auch in diesem Fall erfolgt die Berücksichtigung im vorliegenden Konzernabschluss mit den Werten zum 31. Dezember 2013.

Die Berichtswährung ist der Euro (EUR). Die Beträge im vorliegenden Konzernabschluss sind i. d. R. auf Mio. EUR kaufmännisch gerundet. Hierdurch können sich bei der Bildung von Summen geringfügige Abweichungen ergeben, die keine Einschränkungen der Berichtsqualität darstellen. Das Berichtsjahr ist das Kalenderjahr.

Der Konzernabschluss wird auf Basis historischer bzw. fortgeführter Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie des beizulegenden Zeitwerts (Fair Value) erstellt. Der Fair Value wird für die als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Finanzanlagen der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale – AfS) und die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, welche erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert angesetzt sind, verwendet.

Die Abgrenzung der Erträge und Aufwendungen erfolgt zeitanteilig. Zinserträge und Zinsaufwendungen werden entsprechend der Effektivzinsmethode dargestellt.

Fremdkapitalkosten für qualifizierte Vermögenswerte (Vorräte, Anlagevermögen) werden aktiviert. Ein qualifizierter Vermögenswert ist ein nicht finanzieller Vermögenswert, für den ein beträchtlicher Zeitraum erforderlich ist, um ihn in seinen beabsichtigten Gebrauchs- oder Verkaufszustand zu versetzen.

Im Konzern bestehen langfristige Fertigungsaufträge. Aufgrund der Unwesentlichkeit dieser Geschäfte werden jedoch keine weiteren Angaben dargestellt.

2. Änderungen und Schätzungen.

Erstmals angewendete IFRS.

Im Geschäftsjahr 2013 waren die folgenden IFRS erstmalig anzuwenden:

IFRS 13 Fair Value Measurement.

Dieser Standard enthält Vorgaben zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts und erweitert die Berichtspflichten zum beizulegenden Zeitwert.

Im Zuge der Erstanwendung des IFRS 13 kam es zu einer Ausweisänderung: Rechtsrisiken aus Nebenpflichten mit Derivaten werden nun als Rückstellungen abgebildet und nicht mehr in den beizulegenden Zeitwert des Derivats eingepreist. Zudem wurde die Klassenbildung überarbeitet. Die zusätzlichen Angabepflichten wurden in Note 59 aufgenommen.

IAS 19 Employee Benefits.

Dieser Standard ändert die Erfassung und Bewertung leistungsorientierter Pensionspläne und Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie die Vorgaben für die Angabepflichten. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste sind sofort bei Entstehung vollständig erfolgsneutral im Sonstigen Ergebnis des Eigenkapitals zu erfassen. Zudem ist künftig für das Planvermögen eine Verzinsung in Höhe des Diskontierungszinssatzes anzunehmen, welcher für die Bewertung der dazugehörigen Pensionsverpflichtung verwendet wird. Infolge der in IAS 19 geänderten Definition für Leistung aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses sind die Aufstockungsbeträge im Rahmen von Altersteilzeitvereinbarungen nunmehr ratierlich anzusammeln.

Aus der erstmaligen Anwendung ergaben sich, bis auf erweiterte Notesangaben (siehe Note 50), keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW. Aus diesem Grund wurde auf eine Anpassung der Vorjahreswerte verzichtet.

Presentation of Items of Other Comprehensive Income – Amendments to IAS 1.

Dieser Standard führt zu einer Ausweisänderung der Posten im Sonstigen Ergebnis innerhalb der Gesamtergebnisrechnung. Posten, die zu einem späteren Zeitpunkt noch Erfolgswirkungen entfalten, sind gesondert von den anderen Posten des Sonstigen Ergebnisses darzustellen.

Aus der erstmaligen Anwendung resultierten neben der dargelegten Ausweisänderung keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

Annual Improvements to IFRS (2009–2011 Cycle).

Dieser im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedete Sammelstandard ist ein Instrument des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Aus der erstmaligen Anwendung resultierten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities – Amendments to IFRS 7.

Dieser Standard erweitert die Angabepflichten im Zusammenhang mit der Saldierung von Finanzinstrumenten.

Aus der erstmaligen Anwendung resultierten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW. Die zusätzlichen Berichtspflichten wurden in die Note 67 aufgenommen.

Deferred Tax: Recovery of Underlying Assets – Amendments to IAS 12.

Dieser Standard ergänzt IAS 12 um eine Ausnahme zur Bewertung latenter Steuerschulden oder -ansprüche im Zusammenhang mit als Finanzinvestitionen gehaltenen Immobilien, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.

Aus der erstmaligen Anwendung resultierten keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

Recoverable Amount Disclosures for Non-Financial Assets – Amendments to IAS 36.

Dieser Standard korrigiert eine bei den Berichtspflichten zu weit gefasste Folgeänderung aus der Verabschiedung des IFRS 13 und wird im Konzernabschluss der LBBW freiwillig vorzeitig angewendet.

Government Loans – Amendments to IFRS 1, Severe Hyperinflation and Removal of Fixed Dates for First-time Adopters – Amendments to IFRS 1, IFRIC 20 Stripping Costs in the Production Phase of a Surface Mine.

Diese IFRS sind für die Aufstellung des Konzerabschlusses der LBBW nicht relevant und entfalten damit keine Folgewirkungen.

Zukünftig anzuwendende IFRS.

Die folgenden IFRS waren bis zum 31. Dezember 2013 noch nicht in Kraft getreten. Sofern nicht anders vermerkt, ist bei diesen IFRS eine Anerkennung in europäisches Recht bereits erfolgt und keine freiwillige vorzeitige Anwendung durch die LBBW beabsichtigt:

IFRS 10 Consolidated Financial Statements.

Dieser Standard beinhaltet die neuen Regeln zur Konsolidierung und ersetzt die korrespondierenden Vorschriften in IAS 27 »Konzern- und Einzelabschlüsse« und SIC-12 »Konsolidierung – Zweckgesellschaften«. Kern der Änderungen ist die Neudefinition des Mutter-Tochter-Verhältnisses und somit die Abgrenzung des Konsolidierungskreises. Eine Vollkonsolidierung wird künftig ausgelöst, wenn die folgenden drei Merkmale kumulativ erfüllt sind:

- Die LBBW besitzt direkt oder indirekt die Entscheidungsgewalt, um die für den wirtschaftlichen Erfolg eines Unternehmens wesentlichen Geschäftsaktivitäten zu bestimmen.
- Sie ist variablen Rückflüssen aus diesem Unternehmen ausgesetzt, wobei diese Rückflüsse sowohl positiv als auch negativ sein können.
- Es ist ihr möglich, mittels ihrer Entscheidungsgewalt auf die Höhe dieser variablen Rückflüsse des Unternehmens einzuwirken.

IFRS 10 ist erstmalig im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden.

IFRS 10 kann Auswirkungen auf den IFRS Konsolidierungskreis haben. Die Anwendung dieses neuen Standards kann dazu führen, dass bisher gem. IAS 27/SIC-12 einbezogene Tochterunternehmen oder Zweckgesellschaften nicht mehr zu konsolidieren sind, bzw. bisher gemäß der Altregelung nicht einbezogene Tochterunternehmen/Zweckgesellschaften neu zu konsolidieren sind.

Auf Grundlage der Erkenntnisse unserer bisherigen Analysen, der bestehenden Interpretationen des Standards sowie in Abhängigkeit von Wesentlichkeitsgesichtspunkten erwarten wir aus der Erstanwendung des IFRS 10 die Konsolidierungspflicht zweier zusätzlicher Verbriefungsgesellschaften. Die Auswirkungen auf die aktuelle Bilanzsumme liegen dabei voraussichtlich unter 1%. Die unwiderruflichen Kreditzusagen werden sich durch die Konsolidierung dieser Gesellschaften voraussichtlich um ca. 7% verringern. Wesentliche Auswirkungen auf die Ertragslage werden nicht erwartet.

Aufgrund derzeit noch nicht abgeschlossener fachlicher Entscheidungen, können sich Änderungen im Hinblick auf die getroffenen Aussagen ergeben.

IFRS 11 Joint Arrangements.

Dieser Standard enthält die neuen Vorschriften zur Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen und gemeinschaftlichen Tätigkeiten und ersetzt IAS 31 »Anteile an Gemeinschaftsunternehmen« sowie SIC-13 »Gemeinschaftlich geführte Unternehmen – Nicht monetäre Einlagen durch Partnerunternehmen«. Der neue IFRS unterscheidet Gemeinschaftsunternehmen und gemeinschaftliche Tätigkeiten. Gemeinschaftsunternehmen dürfen künftig nur noch nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden und nicht mehr wahlweise nach der Quotenkonsolidierung. Im Gegensatz hierzu sind bei gemeinschaftlichen Tätigkeiten die dem Investor zuzurechnenden Vermögenswerte und Schulden sowie Aufwendungen und Erträge anteilmäßig in den Konzernabschluss zu übernehmen.

IFRS 11 ist im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW erwartet.

IFRS 12 Disclosure of Interests in Other Entities.

In diesem Standard wurden die Angabepflichten zu IFRS 10, IFRS 11 und IAS 28 aufgenommen. Konkret sind Informationen zu veröffentlichen, die einen Einblick in die Risiken und deren finanzielle Auswirkungen erlauben, die mit Tochterunternehmen, gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen verbunden sind. Darüber hinaus verlangt IFRS 12 Angaben zu strukturierten Unternehmen, die nicht beherrscht werden. Strukturierte Unternehmen liegen immer dann vor, wenn der Inhaber von Stimmrechten oder vergleichbaren Rechten das Unternehmen nicht beherrschen kann.

IFRS 12 ist erstmalig im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden und führt zu einer Ausweitung der Berichtspflichten in den Notes, insbesondere im Zusammenhang mit strukturierten Unternehmen.

IAS 27 Separate Financial Statements.

Dieser Standard ersetzt den bisherigen IAS 27 »Konzern- und Einzelabschlüsse«. Sein Anwendungsbereich erstreckt sich ausschließlich auf die Aufstellung von Einzelabschlüssen.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden und haben keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

IAS 28 Investments in Associates and Joint Ventures.

Dieser Standard beinhaltet im Wesentlichen die Definition eines assoziierten Unternehmens sowie Vorgaben zur Anwendung der Equity-Methode für assoziierte Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen und ersetzt künftig IAS 28 »Anteile an assoziierten Unternehmen«.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden und haben keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW.

Consolidated Financial Statements, Joint Arrangements and Disclosure of Interests in Other Entities – Transition Guidance – Amendments to IFRS 10, IFRS 11 and IFRS 12.

Dieser Standard gewährt v. a. Erleichterungen beim Übergang auf IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12. Insbesondere wurde die verpflichtende Angabe von Vergleichszahlen auf das Vorjahr beschränkt. Zudem sind bei nicht beherrschten strukturierten Einheiten Vergleichsangaben nicht mehr erforderlich.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden.

Investment Entities – Amendments to IFRS 10, IFRS 11 and IAS 27.

Dieser Standard sieht für bestimmte Mutterunternehmen eine Ausnahme von der Konsolidierungspflicht von Tochterunternehmen nach IFRS 10 vor. Betroffen sind Mutterunternehmen, die die Voraussetzungen einer Investmentgesellschaft im Sinne dieses Standards erfüllen.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2014 anzuwenden. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW erwartet.

Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities – Amendments to IAS 32.

Dieser Standard enthält eine Klarstellung zu den Voraussetzungen einer Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten.

Diese Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2014 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der LBBW erwartet.

Novation of Derivatives and Continuation of Hedge Accounting – Amendments to IAS 39.

Dieser Standard erweitert den Kreis der Anwendungsfälle, die bei einer Novation von Sicherungsinstrumenten einen Verzicht auf die Auflösung von Sicherungsbeziehungen ermöglichen. Unter bestimmten Voraussetzungen ist es künftig möglich, dass Novationen von Sicherungsinstrumenten auf eine zentrale Gegenpartei nicht mehr zu einer Auflösung von Sicherungsbeziehungen führen.

Die Änderungen sind ab dem Geschäftsjahr 2014 zu berücksichtigen. Anwendungsfälle sind insbesondere Überführungen von außerbörslich abgeschlossenen Sicherungsderivaten auf eine zentrale Gegenpartei im Zusammenhang mit der European Market Infrastructure Regulation (EMIR). Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzernabschluss erwartet.

Annual Improvements to IFRS 2010–2012 Cycle, Annual Improvements to IFRS 2011–2013 Cycle.

Diese im Rahmen der jährlichen Verbesserungsprojekte verabschiedeten Sammelstandards sind Instrumente des IASB zur Durchführung von zwar notwendigen, aber nicht dringenden Änderungen am bestehenden Regelwerk der IFRS. Die Änderungen können rein redaktioneller Natur sein, sie können aber auch Auswirkungen auf den Ansatz, den Ausweis oder die Bewertung von Vermögenswerten und Schulden sowie den Umfang der Erläuterungspflichten haben.

Die Änderungen aus dem Standard »Annual Improvements to IFRS 2010–2012 Cycle« sind teilweise ab dem 1. Juli 2014 zu berücksichtigen, teilweise aber auch erst im Geschäftsjahr 2015. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzerabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

Die Änderungen aus dem Standard »Annual Improvements to IFRS 2011–2013 Cycle« sind erstmalig im Geschäftsjahr 2015 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung werden keine wesentlichen Auswirkungen auf den Konzerabschluss erwartet. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

IFRIC 21 Levies.

Diese Interpretation regelt die Bilanzierung von öffentlichen Abgaben. Sie stellt klar, wann und in welcher Höhe diese Abgaben zu erfassen sind. In ihren Anwendungsbereich fällt auch die von der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung erhobene Bankenabgabe.

IFRIC 21 ist voraussichtlich erstmalig im Geschäftsjahr 2014 zu berücksichtigen. Aus der erstmaligen Anwendung ergeben sich keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

Defined Benefit Plans: Employee Contributions – Amendments to IAS 19.

Dieser Standard stellt klar, wie Beiträge, die die Mitarbeiter (oder dritte Parteien) selbst für die Leistungsbausteine entrichten, durch das zusagende Unternehmen zu bilanzieren sind.

Die Änderungen sind erstmalig im Geschäftsjahr 2015 anzuwenden. Die Auswirkungen aus der erstmaligen Anwendung auf den Konzernabschluss werden noch geprüft. Eine Anerkennung in europäisches Recht war bis zum Bilanzstichtag noch nicht erfolgt.

IFRS 9 Financial Instruments (2009), IFRS 9 Financial Instruments (2010), Mandatory Effective Date and Transition Disclosures – Amendments to IFRS 9 and IFRS 7, IFRS 9 Financial Instruments – Hedge Accounting and amendments to IFRS 9, IFRS 7 and IAS 39.

IFRS 9 soll mittelfristig IAS 39 ersetzen. Die Arbeiten an IFRS 9 sind noch nicht abgeschlossen. Auf Basis des bisherigen Kenntnisstandes werden die folgenden zentralen Änderungen erwartet: Für die Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten werden in Zukunft das zugrundeliegende Geschäftsmodell und die Produkteigenschaften im Hinblick auf Zahlungsströme ausschlaggebend sein. Die Risikovorsorge wird sich nicht mehr nur auf bereits eingetretene Verluste beschränken, sondern auch die noch erwarteten Verluste umfassen und das Hedge Accounting wird sich enger am Risikomanagement orientieren.

Als verpflichtender Erstanwendungszeitpunkt ist nach den aktuellen Diskussionen im IASB der 1. Januar 2018 zu erwarten. Die bislang vom IASB verabschiedeten Regeln wurden noch nicht als europäisches Recht anerkannt. Konkrete Aussagen über die erwarteten Auswirkungen auf den Konzernabschluss aus der erstmaligen Anwendung sind aufgrund des sich erst aktuell abzeichnenden finalen Regelwerks nicht möglich.

Ausweisänderungen.
Im aktuellen Berichtsjahr wurde die Zuordnung für die in den Notes ausgewiesene Produktgliederung geändert. Dies betrifft die Posten Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, die Risikovorsorge sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Darüber hinaus wurden die ökonomischen Sicherungsderivate, die sich nicht für eine Hedgebeziehung nach IAS 39 qualifizierten und bisher in den der Fair-Value-Option zugeordneten Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen waren, in die Handelsaktiva bzw. -passiva umgegliedert. Zur besseren Übersichtlichkeit und Klarheit wurden die relevanten Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Die genannten Änderungen wirken sich lediglich auf die jeweiligen Notes-Angaben aus und haben keine Auswirkung auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Zur Herstellung einer konzerneinheitlichen Bilanzierung von Leasinggeschäften wurde der Ausweis der im Zinsergebnis enthaltenen Erträge und Aufwendungen eines vollkonsolidierten Tochterunternehmens von brutto auf netto umgestellt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Eine Auswirkung auf die Höhe des Zinsergebnisses ergibt sich hierbei nicht.

Anpassungen.
Für die Ermittlung der im Konzernabschluss angesetzten Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen wurden in Übereinstimmung mit den betreffenden Rechnungslegungsstandards Schätzungen vorgenommen und Annahmen getroffen. Diese beruhen auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren wie Planungen und – nach heutigem Ermessen – wahrscheinlichen Erwartungen und Prognosen zukünftiger Ereignisse. Solche wesentlichen Einschätzungen können sich von Zeit zu Zeit ändern und sich erheblich auf die Vermögens- und Finanzlage auswirken bzw. die Ertragslage beeinflussen.

Darüber hinaus wurden bei der Abschlusserstellung Ermessensentscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises, der Klassifizierung der Finanzinstrumente, der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, der Leasingverhältnisse und der Zuordnung zu den Leveln nach IFRS 13 getroffen.

Im Wesentlichen beziehen sich Schätzungen und Annahmen auf die Ermittlung des Fair Values von Finanzinstrumenten und als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien, die Werthaltigkeit von Vermögenswerten und die Ermittlung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie die Bilanzierung und Bewertung von Nachrangkapital, Rückstellungen und latenten Steuern. Des Weiteren werden Schätzungen und Annahmen hinsichtlich bestimmter

Cashflows vorgenommen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang und/oder komplexe Beurteilungen erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten ausgeführt.

Die Schätzungen und Annahmen basieren auf dem jeweils aktuell verfügbaren Kenntnisstand hinsichtlich der erwarteten künftigen Geschäftsentwicklung und der Entwicklung des globalen und branchenbezogenen Umfelds. Kommt es zu Abweichungen zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Schätzwerten, werden die zugrunde gelegten Annahmen und – falls erforderlich – die Buchwerte der betreffenden Vermögenswerte und Schulden entsprechend prospektiv angepasst.

Im Geschäftsjahr wurden entsprechend IAS 8.39 folgende Schätzungsänderungen prospektiv vorgenommen:

- Im Berichtsjahr wurden Modellanpassungen bei der Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeiten und der Verlustquoten für die CVA Berechnung von OTC Derivaten durchgeführt, die zu einer Reduzierung der Bewertungsabschläge i. H. v. 11,3 Mio. EUR führten.
- Die Schätzung zur Bewertung von Beihilferückstellungen basiert auf neu in der Praxis etablierten finanzmathematischen Verfahren. Die Erhöhung dieser Rückstellungen um 39 Mio. EUR erfolgte insbesondere über die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im Eigenkapital. Hiervon sind 37 Mio. EUR auf die Verfeinerung der Schätzungsmethode zurückzuführen.

Im Geschäftsjahr wurde gemäß IAS 8.42 folgender Sachverhalt retrospektiv korrigiert:

Im Geschäftsjahr wurden 15,5 Mio. EUR Provisionserträge vereinnahmt, die der Periode 2012 zuzuordnen wären. Da dieses Vorgehen auch in den Vorperioden zur Anwendung kam und die Beträge nachweislich einer ähnlichen Größenordnung entsprachen, liegt in den Vergleichsperioden jeweils ein parallel gelagerter Sachverhalt vor. Die Korrektur erfolgt somit rückwirkend ab dem Geschäftsjahr 2012 im Eigenkapital sowie in den Forderungen an Kreditinstitute (+14 Mio. EUR), den Forderungen an Kunden (+2 Mio. EUR) sowie in den latenten Ertragsteueransprüchen (– 5 Mio. EUR).

3. Konsolidierungskreis.

In den Konzernabschluss wurden insgesamt – neben der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen – 111 Tochterunternehmen (Vorjahr: 106 Tochterunternehmen) sowie 15 Zweckgesellschaften (Vorjahr: 17 Zweckgesellschaften) einbezogen.

Tochtergesellschaften sind Unternehmen, über welche das Mutterunternehmen beherrschenden Einfluss ausübt. Beherrschungsmöglichkeiten bestehen, wenn das Mutterunternehmen direkt oder indirekt über die Mehrheit der Stimmrechte an dem Unternehmen verfügt oder faktische Einflussmöglichkeiten besitzt. Eine Beherrschung von Zweckgesellschaften wird dann angenommen, wenn eines der folgenden Kriterien bei wirtschaftlicher Betrachtung erfüllt ist: (I) die Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft wird zugunsten des Konzerns entsprechend seiner besonderen Geschäftsbedürfnisse geführt, sodass der LBBW-Konzern hieraus einen Nutzen zieht; (II) der Konzern verfügt direkt oder indirekt über die Entscheidungsmacht, den überwiegenden Teil des Nutzens aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen; (III) der Konzern verfügt über das Recht, die Mehrheit des Nutzens aus der Zweckgesellschaft zu ziehen und ist deshalb unter Umständen Risiken ausgesetzt, die mit der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft verbunden sind; (IV) der Konzern behält den überwiegenden Teil der mit der Zweckgesellschaft oder ihren Vermögenswerten verbundenen Residual- oder Eigentumsrisiken, um Nutzen aus der Geschäftstätigkeit der Zweckgesellschaft zu ziehen.

Die Einbeziehung von Zweckgesellschaften in den Konzernabschluss ist nicht von der Höhe der Kapitalbeteiligung bzw. der Stimmrechtsquote abhängig.

Mit der Konsolidierung der Zweckgesellschaften werden alle wesentlichen Risiken aus derartigen Einheiten im Konzernabschluss der LBBW abgebildet.

Folgende Tochterunternehmen wurden im Berichtszeitraum entkonsolidiert:

- SüdLeasing Finance-Holding GmbH
- Einkaufszentrum Stachus München GmbH (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)
- HIRP Housing Initiative Rheinland-Pfalz Management- und Entwicklungsgesellschaft mbH i. L. (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)

Weiterhin sind die folgenden Zweckgesellschaften aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden:

- BWInvest-TR6-Fonds
- LBBW EuroLiquid

Aus den genannten Entkonsolidierungen entstand ein unwesentliches Entkonsolidierungsergebnis.

Die folgenden Tochterunternehmen wurden 2013 erstmalig konsolidiert:

- BW Capital Markets Inc. (Einbeziehung als Teilkonzern inkl. vier weiterer Gesellschaften)
- John Deere Leasing GmbH
- EAST Portfolio s.r.o.
- Rheinpromenade Mainz GmbH & Co. KG (Teilkonzern LBBW Immobilien Management GmbH)

Es werden vier Gemeinschaftsunternehmen (31. Dezember 2012: sechs Gemeinschaftsunternehmen) und unverändert sieben assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

Gemeinschaftsunternehmen (Joint Ventures) bestehen aus zwei oder mehreren Vertragsparteien, die entweder gemeinsame Tätigkeiten durchführen oder Vermögenswerte unter gemeinschaftlicher Führung oder gemeinschaftlich geführte Einheiten verwalten. Ein assoziiertes Unternehmen ist ein Unternehmen, bei welchem der LBBW-Konzern über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Als assoziierte Unternehmen gelten Konzernunternehmen mit einem Stimmrechtsanteil der LBBW zwischen 20% und 50% (widerlegbare Assoziierungsvermutung).

Auf die Einbeziehung von 176 (Vorjahr: 181) Tochterunternehmen und Zweckgesellschaften, deren Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns einzeln und insgesamt von nur untergeordneter Bedeutung ist, wurde verzichtet. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Objekt- und Vorratsgesellschaften sowie um Start-up-Finanzierungen aus dem Beteiligungsbereich. Die Anteile an diesen Unternehmen werden entweder zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen, Zweckgesellschaften, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen sowie die aufgrund von Unwesentlichkeit nicht einbezogenen Unternehmen und Beteiligungen können der im Geschäftsbericht ausgewiesenen Anteilsbesitzliste entnommen werden (siehe Note 76).

4. Konsolidierungsgrundsätze.

Die Konsolidierung der Tochtergesellschaften und Zweckgesellschaften erfolgt nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.18 in Verbindung mit IFRS 3. Danach werden alle aus der Sicht des Erwerbers anzusetzenden Vermögenswerte und Verpflichtungen des Tochterunternehmens im Erwerbszeitpunkt bzw. zum Zeitpunkt der Erlangung des beherrschenden Einflusses mit ihren Fair Values angesetzt. Die neubewerteten Vermögenswerte und Schulden werden unter Berücksichtigung latenter Steuern in die Konzernbilanz übernommen und in den Folgeperioden entsprechend den anzuwendenden Standards behandelt.

Ein sich bei Ersterwerb aus der Verrechnung der Anschaffungskosten für den Unternehmenszusammenschluss mit dem Fair Value der Vermögenswerte und Verpflichtungen ergebender aktivischer Unterschiedsbetrag wird als Goodwill (beteiligungsproportionaler Goodwill) unter den immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen. Der nicht den Anteilseignern zustehende Anteil am Eigenkapital bzw. am Ergebnis der vollkonsolidierten Gesellschaften des LBBW-Konzerns wird im Posten »Nicht beherrschende Anteile« gesondert im Eigenkapital bzw. im Posten »Ergebnisanteil nicht beherrschender Anteile nach Steuern« in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen, Erträge und Zwischenergebnisse werden im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung gemäß IAS 27.20 f. bzw. der Zwischenergebniseliminierung bereinigt.

Joint Ventures und assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen, sofern sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des LBBW-Konzerns nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Das anteilige Ergebnis der at Equity bewerteten Unternehmen wird zeitgleich im Konzernabschluss erfasst. Die Bewertung der Anteile an den at Equity bewerteten Unternehmen erfolgt mit dem anteiligen Eigenkapital zuzüglich Goodwill.

5. Währungsumrechnung.

Die Währungsumrechnung im Konzern erfolgt nach den Vorschriften des IAS 21. Jede Konzerngesellschaft der LBBW legt ihre funktionale Währung fest. Die im Abschluss des jeweiligen Konzernunternehmens enthaltenen Posten werden unter Verwendung dieser funktionalen Währung bewertet und in die Berichtswährung (Euro) umgerechnet.

Ein Fremdwährungsgeschäft ist beim erstmaligen Ansatz zum Kassamittelkurs zwischen der funktionalen Währung und der Fremdwährung zum Zeitpunkt des Geschäftsvorfalls anzusetzen. Nicht auf Euro lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden grundsätzlich zum Stichtagskurs in Euro umgerechnet. Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem historischen Kurs am Tag des Geschäftsvorfalls umgerechnet. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs am Tag der Fair-Value-Bewertung (Stichtagskurs) umgerechnet.

Umrechnungsdifferenzen werden grundsätzlich erfolgswirksam in der Periode ihres Entstehens angesetzt. Ausnahmen bilden nicht monetäre Posten, deren Fair-Value-Änderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Hieraus resultierende Umrechnungsdifferenzen werden in der Neubewertungsrücklage erfasst.

Im Konzernabschluss sind die Bilanzposten der konsolidierten Unternehmen, soweit sie nicht in Euro bilanzieren, mit dem Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Für die Umrechnung der Aufwendungen und Erträge dieser Unternehmen werden Jahresdurchschnittskurse verwendet. Die Umrechnung des Eigenkapitals erfolgt zu historischen Kursen. Alle daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden im Sonstigen Ergebnis (Rücklage aus Währungsumrechnung) angesetzt.

Die zum Abschlussstichtag verwendeten Umrechnungskurse für die bedeutendsten Währungen im LBBW-Konzern lauten wie folgt:

Betrag in Währung für 1 Euro	31.12.2013	31.12.2012
USD	1,3814	1,3180
GBP	0,8358	0,8178
SGD	1,7506	1,6120
JPY	145,07	113,51
CHF	1,2245	1,2083

6. Finanzinstrumente.

Der erstmalige Ansatz von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt, wenn das Unternehmen Vertragspartei durch den Eintritt in die vertraglichen Regelungen des Finanzinstruments wird. Der Ansatz erfolgt bei Kassageschäften von nicht derivativen Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag und bei derivativen Finanzinstrumenten zum Handelstag.

Die Ausbuchung eines finanziellen Vermögenswerts erfolgt, wenn die vertraglich vereinbarten Rechte auf Cashflows aus den finanziellen Vermögenswerten auslaufen oder diese auf Dritte übertragen wurden und keine substanziellen Chancen und Risiken aus den finanziellen Vermögenswerten verbleiben.

Im Fall von Transaktionen, bei denen alle wesentlichen Chancen und Risiken, die mit dem Eigentum an dem finanziellen Vermögenswert verbunden sind, weder zurückbehalten noch übertragen werden, wird der übertragene Vermögenswert ausgebucht, wenn die Verfügungsmacht, d. h. die Fähigkeit, den Vermögenswert zu verkaufen, über diesen Vermögenswert aufgegeben wird. Die im Rahmen der Übertragung zurückbehaltenen Ansprüche und Verpflichtungen werden getrennt als Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfasst. Bleibt die Verfügungsmacht über den besagten Vermögenswert erhalten, wird der Vermögenswert dem Umfang des anhaltenden Engagements entsprechend weiterhin ausgewiesen. Dieser Umfang bestimmt sich nach dem Ausmaß der Wertschwankungen des übertragenen Vermögenswerts, denen der Konzern weiterhin ausgesetzt bleibt.

Finanzielle Verpflichtungen werden bei erfolgter Tilgung ausgebucht.

Fair-Value-Ermittlung.

Der Fair Value ist gemäß IFRS 13 der Preis, zu dem ein Vermögenswert oder eine Verbindlichkeit im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern am Bemessungsstichtag ausgetauscht werden könnte.

Bei der Bestimmung des Fair Values hat ein Unternehmen darüber hinaus den für den Vermögenswert oder die Verbindlichkeit vorrangigen, d. h. den Hauptmarkt oder, falls ein solcher nicht vorliegt, den vorteilhaftesten Markt festzulegen. Unter einem Hauptmarkt versteht die LBBW den Markt mit dem größten Handelsvolumen und der höchsten Marktaktivität für das Bewertungsobjekt. Dabei muss es sich nicht zwingend um denjenigen Markt handeln, auf dem die LBBW die höchste Handelsaktivität entfaltet. Unter dem vorteilhaftesten Markt versteht die LBBW hingegen denjenigen Markt auf dem – unter Berücksichtigung von Transaktions- und Transportkosten – beim Verkauf eines Vermögenswerts der maximale Erlös erzielt werden kann bzw. bei Übertragung einer Verbindlichkeit der geringste Betrag zu zahlen ist.

Im LBBW-Konzern werden bei der Fair-Value-Ermittlung – wenn vorhanden – notierte Preise des Hauptmarktes herangezogen, sofern diese im Rahmen von regelmäßigen und aktuellen Transaktionen verwendete Preise darstellen. Dies wird anhand der folgenden Kriterien überprüft: zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen.

Sofern keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, werden Bewertungsverfahren, Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf aktiven Märkten, Preise für identische oder ähnliche Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten auf nicht aktiven Märkten verwendet. Für Bewertungsverfahren verwendete Eingangsparameter beruhen, soweit vorhanden, auf an Märkten beobachtbaren Parametern. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordert Annahmen und Einschätzungen seitens des Managements, deren Umfang von der Preistransparenz in Bezug auf das Finanzinstrument und dessen Markt sowie von der Komplexi-

tät des Instruments abhängt. Insbesondere dann, wenn keine an Märkten beobachtbaren Parameter verfügbar sind, ist hier ein signifikantes Maß an subjektiver Einschätzung notwendig.

Ziel der Anwendung der Bewertungsmethoden ist es, den Preis festzulegen, zu dem zum Stichtag eine Transaktion für einen finanziellen Vermögenswert oder eine finanzielle Verbindlichkeit unter sachverständigen Dritten zustande kommen könnte. Bewertungsmethoden müssen daher alle Faktoren einbeziehen, die Marktteilnehmer bei der Preisbildung berücksichtigen würden.

Die Fair Values der zum Fair Value bewerteten Bestände unterliegen den internen Kontrollen und Verfahren des LBBW-Konzerns, in denen die Standards für die unabhängige Prüfung oder Validierung von Fair Values festgelegt sind. Diese Kontrollen und Verfahren werden von der Organisationseinheit »Independent Price Verification (IPV)« innerhalb des Bereichs Risikocontrolling überwacht. Die Modelle, die einfließenden Daten und die daraus resultierenden Fair Values werden regelmäßig von der Abteilung »Risikomethodik« überprüft.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der für Finanzinstrumente verwendeten Bewertungsmodelle:

Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	Wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, Replikations- und Copula-basierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie Libor-Marktmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatiltitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen, Mean-Reversion
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Local-Volatility-Modell	Aktienkurse, Aktienvolas, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	FX-Kurse, Zinskurven, FX-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (modifizierte Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell, Kredit-Korrelationsmodell	Credit Spreads, Zinskurven und für die Copula-Modelle noch Indextranchen-Preise, Korrelationen
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapierpensionsgeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads, Zinskurven
Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Credit Spreads, Zinskurven
Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen	Barwertmethode	Zinskurven, Own Credit Spread
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallsraten, Verlustschwere

Die genannten Finanzinstrumente sind den Hauptklassen wie folgt zugeordnet:

Klasse	Finanzinstrumente
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte	
Handelsaktiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Commodity-Optionen, Termingeschäfte, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen
Der Fair Value Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte, Schuldscheindarlehen, Kredite
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Finanzanlagen AfS	Verbriefungen, Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte, Geldmarktgeschäfte
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte	
Forderungen an Kreditinstitute	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden	Kredite, Schuldscheindarlehen, Wertpapierpensionsgeschäfte, Termingelder, Geldmarktgeschäfte
Forderungen an Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Finanzanlagen LaR	Wertpapiere, Wertpapiertermingeschäfte
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten	
Handelspassiva	Devisen-Optionen, Zinsswaps und Zinsoptionen, Kreditderivate, Aktien-/Index-Optionen, Commodity-Optionen, Geldmarktgeschäfte, Termingeschäfte
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	Zinsswaps und Zinswährungsswaps
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – davon Finance Lease	Finanzierungsleasingvereinbarungen
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	Darlehen, Schuldscheindarlehen, Termingelder, Geldmarktgeschäfte, Wertpapierpensionsgeschäfte
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – davon Finance Lease	Finanzierungs-Leasing-Vereinbarungen
Verbriefte Verbindlichkeiten	Eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	Finanzierungs-Leasing-Vereinbarungen
Nachrangkapital	Anleihen, Genussscheine
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	Entsprechend den jeweiligen Bilanzposten
Unwiderrufliche Kreditzusagen	Linienvereinbarungen

Soweit möglich, werden die Wertpapiere des Handelbestands über Börsenkurse oder liquide Kurse des relevanten OTC-Markts bewertet. Liegt kein aktueller Kurs von aktiven Märkten vor, erfolgt die Bewertung verzinslicher Wertpapiere anhand von Kursen aus inaktiven Märkten, die um Bewertungsanpassungen korrigiert werden, oder mittels der Discounted-Cashflow-Methode anhand rating- und sektorabhängiger Zinskurven und Credit Spreads, die aus Marktdaten abgeleitet werden.

Börsengehandelte Derivate werden über Börsenkurse bewertet, sofern ein aktueller Kurs vorliegt. Ist dies nicht der Fall, erfolgt eine Bewertung über anerkannte Bewertungsmodelle (z. B. Black-Scholes).

Der Fair Value von OTC-Derivaten wird über Bewertungsmodelle ermittelt. Dabei wird zwischen einfachen, auf liquiden Märkten gehandelten Derivaten (beispielsweise Zinsswaps, Zinswährungsswaps und Devisen-Optionen) und komplexen Derivaten, die auf illiquiden Märkten gehandelt werden, unterschieden.

Einfache, auf aktiven Märkten gehandelte Derivate werden über anerkannte Bewertungsmethoden bewertet, die höchstens in unwesentlichem Umfang auf unbeobachtbare Parameter zurückgreifen.

Für einen Teil der komplexen Zinsderivate beruhen die für die Bewertung anhand von Options-Preismodellen benötigten Zins-Zins-Korrelationen auf Expertenschätzungen, die zum Teil auf historischen Beobachtungen, zum Teil auf aus Marktpreisen abgeleiteten Korrelationen basieren. Der Parameter »Korrelation« wird hier als unbeobachtbar eingestuft und es wird eine Day One Reserve für diese komplexen Zinsderivate gebildet.

Darüber hinaus wird ein Teil der komplexen Kreditderivate mithilfe von Korrelationen bezüglich Ausfallwahrscheinlichkeiten bewertet, die monatlich aus Konsensus-Preisen für Standard-Geschäfte einer Preis-Service-Agentur ermittelt werden. Diese Korrelationen werden als unbeobachtbar eingestuft und für die so bewerteten Kreditderivate wird eine Day One Reserve eingestellt.

Für Verbriefungen, für die Marktpreise von Marktdienstanbieter vorliegen, erfolgt die Fair-Value-Bewertung auf Basis dieser Preise und die Einstufung in das Level II (siehe Fair-Value-Hierarchie). Für impairte Verbriefungen oder solche, für die keine hinreichend aktuellen Marktpreise vorliegen (Level III), werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt. Hierbei handelt es sich um marktgängige Modelle, die auf der Discounted-Cashflow-Methode beruhen. Diese Modelle verwenden Parameter, die teilweise nicht an Märkten beobachtbar sind. In diesem Fall wird der Fair Value von den durch die LBBW zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen beeinflusst. Die Annahmen werden dabei durch den Bereich Marktfolge des LBBW-Konzerns mit größter Sorgfalt gewählt. Bei den zu ermittelnden Parametern handelt es sich um Ausfälle, Wiedereinbringungsquoten und vorzeitige Rückzahlungsquoten. Diese werden pro Assetklasse ermittelt. Zur Ermittlung dieser Parameter wird auf Research von Investmentbanken und Ratingagenturen, aber auch auf eigene Beobachtungen bzw. Ableitungen aus den Transaktionen zurückgegriffen. Die Projektionen werden auf Basis der Erwartungen bezüglich des makroökonomischen Umfelds unter Berücksichtigung der verfügbaren historischen Daten ermittelt.

Sofern der über Bewertungsmethoden ermittelte Fair Value eines Finanzinstruments Faktoren wie Geld-Brief-Spannen bzw. Glattstellungskosten, Liquidität, Modell-, Kredit- und/oder Kontrahentenausfallrisiken nicht in angemessener Weise berücksichtigt, ermittelt die Bank Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments). Die angewendeten Verfahren berücksichtigen dabei teilweise nicht am Markt beobachtbare Parameter. Im LBBW-Konzern wurden aktuell insbesondere für folgende Sachverhalte Bewertungsanpassungen vorgenommen:

- Berücksichtigung von Kreditrisiken bei Forderungen und Kontrahentenausfallrisiken bei OTC-Derivaten (Credit Valuation Adjustment).
- Anpassung von auf Mid-Kursen basierenden Bewertungen auf die Verwendung von Bid-/Ask-Preisen, bspw. in Form von Close-Out Valuation Adjustments für OTC-Zins- und Kreditderivate.
- Schwächen der verwendeten Modelle und/oder Parameter, bspw. als sog. Model Valuation Adjustments für bestimmte Zins- und Kreditderivate.
- Day One Profit or Loss bei bestimmten komplexen Derivaten.
- Anpassungen bei Verwendung von Marktpreisen aus nicht aktiven Märkten (Level II/Level III) bei verzinslichen Wertpapieren.

Bei der Fair-Value-Ermittlung von börsennotierten Beteiligungen, die der Kategorie Available for Sale zugeordnet sind, werden – soweit vorhanden – auf aktiven Märkten notierte Preise herangezogen. Für nicht börsennotierte Beteiligungen oder wenn keine in aktiven Märkten notierten Preise verfügbar sind, wird der Fair Value über Bewertungsverfahren ermittelt. Im LBBW-Konzern erfolgt die Fair-Value-Ermittlung in diesen Fällen im Wesentlichen mit dem Ertragswert-, dem Discounted Cashflow- oder dem Net-Asset-Value-Verfahren. Die Auswahl des Bewertungsverfahrens erfolgt anhand eines festgelegten Entscheidungsbaumes. Der Fair Value von Immobilien-Leasing-Objektgesellschaften wird grundsätzlich auf Basis des DCF-Verfahrens ermittelt. Eine Bewertung nach dem Ertragswertverfahren wird grundsätzlich für alle anderen wesentlichen Beteiligungen vorgenommen. Ist die Anwendung des Ertragswertverfahrens mit hohen Unsicherheiten verbunden oder aufgrund fehlender Datengrundlage nicht verlässlich möglich, erfolgt die Bewertung mittels des Net-Asset-Value-Verfahrens, sofern bei den Beteiligungen ein stabiler Zustand der Geschäftstätigkeit vorliegt.

Die Ermittlung des Fair Values von zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Forderungen und Verbindlichkeiten erfolgt durch Abzinsung der zukünftigen Cashflows unter Berücksichtigung ratingabhängiger Spreads (Ausnahme: Repo-Geschäfte). Sofern ratingabhängige Spreads aus extern bezogenen Rating-Informationen abgeleitet werden, erfolgt die Einstufung in Level II. Intern ermittelte Rating-Informationen bedingen eine Einstufung in Level III. Für Forderungen mit einem Ausfallrating erfolgt die Bestimmung der beizulegenden Zeitwerte auf Basis der erwarteten zukünftigen Cashflows. Für kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten (z. B. Kontokorrentforderungen/-verbindlichkeiten) wird der Buchwert als Fair Value angegeben.

Fair-Value-Hierarchie.

Die bei der Bewertung von Finanzinstrumenten zur Anwendung kommenden Fair Values sind unter Berücksichtigung der zur Bewertung verwendeten Bewertungsmethoden bzw. der Parameter in eine dreistufige Fair-Value-Hierarchie zu klassifizieren. Werden bei der Fair-Value-Ermittlung Parameter aus verschiedenen Leveln verwendet, wird der sich ergebende Fair Value dem niedrigsten Level zugeordnet, dessen Parameter einen wesentlichen Einfluss auf die Fair-Value-Bewertung hat.

Die dreistufige Fair-Value-Hierarchie mit der in IFRS 13 vorgesehenen Terminologie Level I, Level II und Level III wird im LBBW-Konzern wie folgt definiert:

- Alle Finanzinstrumente mit auf aktiven Märkten notierten Preisen sind der ersten Stufe (Level I) zugeordnet.
- Modellbewertete OTC-Derivate, handelbare Kredite, strukturierte, zur Fair-Value-Bewertung designierte Schuldtitel des Konzerns, Investmentfonds-Anteile sowie bestimmte Corporate-/Financial- und Government-Bonds mit automatisierten Zulieferungen aus Marktinformationssystemen (beobachtbare Parameter) sowie liquide Asset-Backed Securities sind der zweiten Stufe (Level II) zugeordnet.
- Die dritte Stufe (Level III) umfasst Finanzinstrumente, bei denen ein oder mehrere Parameter nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen und diese einen mehr als unwesentlichen Effekt auf den Fair Value eines Instruments haben. Hierzu gehören komplexe OTC-Derivate, bestimmte Private Equity Investments, der überwiegende Teil der Kredite sowie bestimmte hochgradig strukturierte Anleihen einschließlich illiquider Asset-Backed Securities und strukturierter Verbriefungen.

Die standardisierte Zuordnung der Finanzinstrumente erfolgt für börsengehandelte Derivate und Eigenkapitaltitel sowie Schuldverschreibungen, die in sehr liquiden Märkten gehandelt werden, in die erste Stufe (Level I). Außerbörslich gehandelte Derivate, sowie weniger liquide Schuldverschreibungen und Eigenkapitaltitel werden der zweiten Stufe zugeordnet (Level II). Derivate, deren Wert durch Korrelationen beeinflusst wird, werden der dritten Stufe (Level III) zugeordnet.

Sollten sich in der Folge die zur Fair-Value-Bewertung herangezogenen, wesentlichen Parameter ändern, wird die Einstufung in die Fair-Value-Hierarchie ebenfalls angepasst. Die notwendigen Umgliederungen zwischen den Leveln der Stufen I–III werden zum Ende der Berichtsperiode anhand von durch das Risikocontrolling definierten Qualitätskriterien für die in der Bewertung verwendeten Marktdaten vorgenommen. Dabei spielen insbesondere die zeitnahe Verfügbarkeit, Anzahl, Ausführbarkeit und Geld-Brief-Spannen der verwendeten Marktdaten eine Rolle.

Sensitivitätsanalyse.
Basiert der Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Die als unbeobachtbar eingestuften Zins-Zins-Korrelationen werden im Stressszenario +10%/– 20% parallel ausgelenkt (relativ). Die als unbeobachtbar eingestuften Korrelationen für Kreditderivate werden im Stressszenario um +10% bzw. – 30% (absolut) geändert. Die als unbeobachtbar eingestuften Korrelationen für Equity-Derivate werden im Stressszenario um +15% bzw. – 25% (absolut) geändert.

Bei den meisten der dem Level III zugeordneten Wertpapieren fließt nur ein unbeobachtbarer Parameter in die Fair-Value-Ermittlung ein, sodass es zu keinen Wechselwirkungen zwischen den Level-III-Parametern kommen kann. Die Gesamtsensitivität der Produkte, bei denen mehrere unbeobachtbare Parameter in die Fair-Value-Berechnung einfließen, ist unwesentlich, sodass auf die Berechnung einer Wechselwirkung dieser Parameter untereinander verzichtet wurde.

Für die Beteiligungen, die dem Level III zugeordnet sind, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten im Wesentlichen durch Up-/Down-Shifts der individuellen Betafaktoren. Sofern keine Betafaktoren bei der Bewertung verwendet wurden, erfolgte die Berechnung der Sensitivitäten auf Basis der durchschnittlichen prozentualen Fair-Value-Veränderung. Diese basiert auf dem Up-/Down-Shift der Beteiligungen, deren Bewertung ein Betafaktor zugrunde liegt.

Werden zur Bewertung von Finanzinstrumenten nicht beobachtbare Parameter herangezogen, kann es zu Differenzen zwischen Transaktionspreis und Fair Value kommen. Diese Abweichung wird als »Day One Profit or Loss« bezeichnet, welcher erfolgswirksam über die Laufzeit des Finanzinstruments verteilt wird.

Finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden.
Innerhalb dieser IAS 39-Kategorie werden Finanzinstrumente unterschieden, die entweder als zu Handelszwecken gehalten (Held for Trading – HfT) zu klassifizieren sind oder im Zugangszeitpunkt unwiderruflich als erfolgswirksam zum Fair Value bewertet eingestuft werden (Designated at Fair Value/Fair-Value-Option – FVO). Finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen dieser Kategorie werden erfolgswirksam zum Fair Value bewertet.

Als zu Handelszwecken gehalten werden derivative Finanzinstrumente, Geldmarktgeschäfte, Wertpapiere und Schuldscheindarlehen klassifiziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Dieser Unterkategorie sind diejenigen derivativen Finanzinstrumente (unterteilt in Handelsderivate und ökonomische Hedgingderivate) zugeordnet, welche zu Handelszwecken eingesetzt werden oder in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen stehen und nicht den IAS 39-Anforderungen aus dem Hedge Accounting genügen. Finanzinstrumente der Kategorie Held for Trading werden unter den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen ausgewiesen. Der Ausweis der nicht realisierten Bewertungsergebnisse sowie der realisierten Gewinne und Verluste erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

In der Unterkategorie Fair-Value-Option werden solche Finanzinstrumente ausgewiesen, die nicht mit Handelsabsicht erworben bzw. gehalten, aber erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden. Der Fair-Value-Option zugeordnet sind Finanzinstrumente mit trennungspflichtigen, eingebetteten Derivaten, bei denen auf eine Abspaltung verzichtet wird. Außerdem wird die Fair-Value-Option verwendet, um Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Erfassung von Finanzinstrumenten zu beseitigen oder erheblich zu verringern. Bei den zusammengesetzten Finanzinstrumenten handelt es sich überwiegend um eigene Inhaberschuldverschreibungen und begebene Schuldscheindarlehen, die mit Derivaten der Assetklassen Zins, Kredit, Aktien und/oder Devisen strukturiert sind. Bei zur Beseitigung von Bewertungsinkongruenzen der Fair-Value-Option zugeordneten Finanzinstrumenten handelt es sich um Wertpapiere und damit in Zusammenhang stehenden Verbindlichkeiten, die ansonsten anderen Bewertungskonventionen als die damit in Zusammenhang stehenden Derivate unterlegen hätten. Finanzinstrumente, die beim erstmaligen Ansatz der Unterkategorie Fair-Value-Option zugeordnet wurden, werden in den Bilanzposten Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten ausgewiesen. Der Ausweis der Effekte aus Fair-Value-Änderungen der designierten Finanzinstrumente erfolgt im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Die laufenden Erträge der als zu Handelszwecken gehaltenen und der als erfolgswirksam zum Fair Value eingestuften Finanzinstrumente sind im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available for Sale).

Die Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte beinhaltet alle nicht derivativen Finanzinstrumente, die nicht bereits anderen Kategorien zugeordnet wurden. Finanzinstrumente der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden im Posten Finanzanlagen erfasst. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Das Bewertungsergebnis wird im Sonstigen Ergebnis in der Unterposition Neubewertungsrücklage für Finanzinstrumente Availabel for Sale (AfS) ausgewiesen. Beim Eintritt einer Wertminderung (Impairment) bzw. bei der Realisierung von Bewertungsergebnissen erfolgt eine Erfassung in der Gewinn- und Verlustrechnung. Wertaufholungen bei Schuldtiteln werden in der Gewinn- und Verlustrechnung (bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten), Wertaufholungen bei Eigenkapitalinstrumenten hingegen im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Für Fremdkapitalinstrumente wird zu jedem Bilanzstichtag bzw. beim Eintritt besonderer Ereignisse überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung auf einzelne finanzielle Vermögenswerte vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch, erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners. Für Wertpapiere, die keine Verbriefungen darstellen, erfolgt die Identifikation über Ratingklassen (Default-Rating).

Das gesamte Verbriefungsportfolio der LBBW wird einer regelmäßigen – zur Zeit vierteljährlichen – Überprüfung unterzogen. Die Impairment-Feststellung erfolgt im Rahmen dieses sog. Clusterings. Ziel des Clusterings ist es, die Performance aller ABS-Transaktionen des Portfolios zu überwachen und diejenigen Transaktionen zu identifizieren, für die Impairments gebildet werden müssen. Das Clustering selbst ist ein Prozess, der auf dem Bestehen bestimmter Cashflow-Modell-Szenarien, der Einschätzung bestimmter Kennziffern und Transaktionsdetails, einer Analysteneinschätzung hinsichtlich transaktionsspezifischer Merkmale, sowie eventuell vorhandenen Garantien eines Monoliners oder eines anderen Garantiegebers beruht. Die aufgrund dieser Kriterien identifizierten potenziell wertzumindernden Fremdkapitalinstrumente werden daraufhin überprüft, ob der aktuelle Fair Value die Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Tilgungen und Amortisationen unterschreitet. Der Betrag aus Anschaffungskosten abzüglich aktuellem Fair Value (unter Berücksichtigung etwaiger, bereits früher erfolgswirksam erfasster Wertminderungen) entspricht dem erfassten Impairment der Periode.

Für Eigenkapitalinstrumente liegt ein Impairment vor, wenn der Fair Value aufgrund einer signifikanten oder nachhaltigen Wertminderung unter die Anschaffungskosten fällt. Bei zur Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten wird eine signifikante Wertminderung angenommen, wenn der Fair Value zum Bewertungsstichtag um mindestens 20% unter den Anschaffungskosten liegt. Eine nachhaltige Wertminderung ist gegeben, wenn der Fair Value in einem Zeitraum von zwölf Monaten dauerhaft die Anschaffungskosten um mehr als 5% unterschreitet.

Erträge oder Aufwendungen aus der Währungsumrechnung sind bei Fremdkapitalinstrumenten (z. B. Anleihen, Schuldverschreibungen) im Devisenergebnis und bei Eigenkapitalinstrumenten (z. B. Aktien, Beteiligungen, Anteile an Unternehmen) in der Neubewertungsrücklage im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Beim Abgang eines Finanzinstruments sowie bei einem Impairment wird der in der Neubewertungsrücklage aufgelaufene Wertänderungsbetrag in das Ergebnis aus Finanzanlagen umgebucht.

Stille Einlagen mit Verlustpartizipation werden ebenfalls als Finanzanlagen Available for Sale (AfS) kategorisiert und entsprechend zum Fair Value bewertet.

Derivate.

Im LBBW-Konzern werden derivative Finanzinstrumente zur Sicherung von bilanzwirksamen und/oder bilanzunwirksamen Positionen im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung, zur Absicherung von Wertschwankungen von z. B. festverzinslichen Wertpapieren gegen eine Änderung des Marktzinses sowie zur Sicherung von Credit Spreads bei Unternehmensanleihen eingesetzt. Derivative Finanzinstrumente dienen zusätzlich zur Deckung von Zins- oder sonstigen Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte als Handelsgeschäfte getätigt.

Zum Abschlussstichtag hat der LBBW-Konzern folgende Arten von Derivaten im bilanziellen Bestand:

- Forwards und Futures sind vertragliche Vereinbarungen über den Kauf oder Verkauf eines bestimmten Finanzinstruments zu einem bestimmten Preis und Zeitpunkt in der Zukunft. Forwards stellen nicht standardisierte Verträge dar, die auf dem OTC-Markt gehandelt werden. Futures sind Verträge über standardisierte Mengen und werden an Börsen gehandelt.
- Swaps sind vertragliche Vereinbarungen zwischen zwei Parteien, um Veränderungen von Zinsen und/oder Währungen auszutauschen und Zahlungen auf Basis von Nominalwerten bei bestimmten Ereignissen zu leisten.
- Kreditderivate (siehe Note 64).
- Optionen sind vertragliche Vereinbarungen, die dem Käufer das Recht auf Kauf bzw. Verkauf von einem Finanzinstrument in einer bestimmten Menge zu einem bestimmten Preis und einem bestimmten Zeitpunkt oder Zeitraum gewähren.

Sicherungsgeschäfte im Sinne des IAS 39 (Hedge Accounting) werden unter den erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten (positive Marktwerte auf der Aktivseite) bzw. Verpflichtungen (negative Marktwerte auf der Passivseite) ausgewiesen.

Eingebettete Derivate.

Strukturierte Produkte sind Finanzinstrumente, die sich aus einem Basisvertrag und einem oder mehreren derivativen Finanzinstrumenten zusammensetzen, wobei die eingebetteten Derivate einen Vertragsbestandteil darstellen und nicht separat gehandelt werden. Gemäß IAS 39 sind eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke unter folgenden (kumulativ zu erfüllenden) Bedingungen vom Basisvertrag zu trennen und als eigenständige Derivate zu bilanzieren:

- Das strukturierte Finanzinstrument wird nicht bereits erfolgswirksam zum Fair Value bewertet,
- die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats sind nicht eng mit denen des Basisvertrags verbunden,
- die Vertragsnormen des eingebetteten Derivats würden die Voraussetzungen eines Derivats erfüllen.

Wird das strukturierte Produkt für Bilanzierungszwecke getrennt, sind der Basisvertrag entsprechend seiner Kategorie und das eingebettete Derivat gesondert in der Kategorie Held for Trading auszuweisen. Die Bewertung des Basisvertrags ist gemäß der Kategorie, der dieser Basisvertrag zugeordnet würde, vorzunehmen. Die Bewertung des herausgetrennten eingebetteten Derivats erfolgt zum Fair Value, wobei die Wertänderung erfolgswirksam erfasst wird. Sind die Kriterien für eine Trennung der eingebetteten Derivate nicht erfüllt, sind der Basisvertrag und das eingebettete Derivat als ein Vermögenswert bzw. eine Verpflichtung zu bilanzieren und zu bewerten.

Hedge Accounting.

Zum Zeitpunkt der Designation einer Hedge-Beziehung wird der Sicherungszusammenhang dokumentiert. Die Dokumentation umfasst die eindeutige Benennung und Zuordnung von Grund- und Sicherungsgeschäft, die Definition des abgesicherten Risikos, die Beschreibung der Sicherungsstrategie und der Risikomanagementzielsetzung und die Bestimmung der Methode zur Effektivitätsmessung. Gemäß den Regelungen des IAS 39 muss zu Beginn sowie während der gesamten Laufzeit erwartet werden, dass die Sicherungsbeziehung hoch effektiv ist. Zusätzlich hat regelmäßig eine retrospektive Überprüfung der Effektivität zu erfolgen. Eine Hedge-Beziehung gilt dann als effektiv, wenn die Wertänderungen aus Sicherungsgeschäft und dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts in einem Verhältnis stehen, das zwischen 80 % und 125 % liegt. Eine ineffektive Sicherungsbeziehung muss aufgelöst werden. Eine aufgelöste Sicherungsbeziehung kann für die restliche Laufzeit wieder neu designiert werden, wenn die Effektivitätsvermutung für die restliche Laufzeit gegeben ist (prospektiver Test).

Sind die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39.71 ff. erfüllt, wird bei der bilanziellen Behandlung unterschieden, ob es sich bei der Sicherungsbeziehung um die Absicherung des Fair Values oder um die Absicherung des Cashflows handelt. Fair Value Hedges dienen der Absicherung von Marktpreisrisiken und den damit verbundenen Marktwertänderungen. Sie existieren in Form von Mikro Fair Value Hedges und Portfolio Fair Value Hedges.

Beim Mikro Fair Value Hedge ist der Buchwert des gesicherten Grundgeschäfts erfolgswirksam um die Marktwertänderung des gesicherten Risikos anzupassen. Das gilt sowohl für die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente, als auch für die zum Fair Value bewerteten Grundgeschäfte, deren Wertänderungen im Sonstigen Ergebnis erfasst werden. Die Änderungen des Fair Values des Grundgeschäfts, die nicht dem abgesicherten Risiko zuzurechnen sind, werden entsprechend den Regeln der zugehörigen Bewertungskategorie behandelt.

Die LBBW wendet den Portfolio Fair Value Hedge auf Zinsrisiken im Sinne des IAS 39 an. Die Vorschriften des Fair Value Hedges von Zinsänderungsrisiken auf Portfoliobasis ermöglichen es, das bankinterne Risikomanagement von Zinsänderungsrisiken nachzubilden. Die Portfolios enthalten sowohl Forderungen als auch Verbindlichkeiten, die in einem dynamischen Hedge-Accounting-Zyklus in regelmäßigen Abständen prospektiven und retrospektiven Effektivitätsmessungen unterzogen werden. Die Einstellung der Cashflows in die zugehörigen Laufzeitbänder erfolgt für jedes Finanzinstrument entsprechend der erwarteten Fälligkeit.

Beim Portfolio Fair Value Hedge wird ein eigener Bilanzposten (Aktivisches bzw. Passivisches Portfolio Hedge Adjustment) gebildet, um die Bewertungseffekte der Grundgeschäfte, bezogen auf das gesicherte Risiko, zu erfassen.

Die aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts resultierenden Bewertungsgewinne und -verluste kompensieren i. d. R. den Bewertungseffekt aus den abgesicherten Grundgeschäften, die dem gesicherten Risiko zuzurechnen sind. Sie werden im Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten erfasst.

Der im Konzern in geringem Volumen eingesetzte Cashflow Hedge sichert das Risiko zukünftiger Zahlungsströme ab. Das Sicherungsgeschäft ist mit dem Fair Value in der Bilanz angesetzt. Die sich hieraus ergebenden Fair-Value-Änderungen werden im Sonstigen Ergebnis in der Neubewertungsrücklage ausgewiesen.

Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grund- oder Sicherungsgeschäft ausläuft, veräußert, vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt wurde, bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Wird ein Finanzinstrument zur Absicherung von Fair-Value-Änderungen eines Grundgeschäfts vorzeitig beendet oder anderen Zwecken zugeführt, wird die im Buchwert des Grundgeschäfts enthaltene zinsbezogene Fair-Value-Anpassung über dessen Restlaufzeit amortisiert und mit den Zinserträgen oder -aufwendungen verrechnet. Bei Veräußerung oder vorzeitiger Rückführung der gesicherten Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten werden die Fair-Value-Anpassungen des Grundgeschäfts bei der Ermittlung des realisierten Gewinns oder Verlusts aus der Veräußerung bzw. Rückführung berücksichtigt.

Wertpapierpensions- und Leihegeschäfte.

Der LBBW-Konzern tätigt sowohl Wertpapierpensions- als auch Leihegeschäfte.

Echte Pensionsgeschäfte (Repo-Geschäfte) sind Verträge, durch die Wertpapiere gegen Zahlung eines Betrags übertragen werden und in denen gleichzeitig vereinbart wird, dass die Wertpapiere zu einem späteren Zeitpunkt gegen Entrichtung eines im Voraus vereinbarten Betrags an den Pensionsgeber zurück übertragen werden müssen.

Der LBBW-Konzern bilanziert als Pensionsgeber weiterhin die in Pension gegebenen Vermögenswerte und passiviert gleichzeitig in Höhe der erhaltenen Liquidität eine Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer.

Als Pensionsnehmer aktiviert der LBBW-Konzern lediglich eine entsprechende Forderung an den Pensionsgeber.

Die Bewertung erfolgt jeweils entsprechend der zugrunde liegenden IAS 39-Kategorien. Zinszahlungen im Rahmen eines Pensionsgeschäfts werden als Zinserträge bzw. -aufwendungen erfasst. Enthaltene abzugrenzende Agien/Disagien (bzw. Unterschiedsbeträge zwischen dem bei Übertragung erhaltenen und bei Rückübertragung zu leistenden Betrag) sind innerhalb des jeweiligen Bilanzpostens erfasst. Auflösungsbeträge von Agien/Disagien werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Derzeit werden im Konzern der LBBW nur echte Pensionsgeschäfte getätigt.

Unter dem Begriff der Leihe werden Sachdarlehensgeschäfte verstanden, bei denen Wertpapiere oder andere Sachgüter (Rohstoffe) mit der Verpflichtung übereignet werden, dass der Entleiher nach Ablauf der vereinbarten Zeit Papiere bzw. Sachwerte gleicher Art, Güte und Menge zurück überträgt und für die Dauer der Leihe ein Entgelt entrichtet. Der LBBW-Konzern weist als Entleiher die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter nicht aus. Sofern die entliehenen Wertpapiere/Sachgüter an Dritte veräußert werden, wird ein Veräußerungserlös aktiviert und gleichzeitig eine Rückgabeverpflichtung unter den Handelspassiva bilanziert. Das vom Entleiher entrichtete Entgelt wird entsprechend der IAS 39-Kategorie des Wertpapiers/Sachguts im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Vereinnahmung von Zinsen oder Dividenden hängt von der Vertragsausgestaltung ab und kann entweder den Entleiher oder den Verleiher begünstigen. Die Zinsen und Dividenden werden entsprechend im Zinsergebnis ausgewiesen.

Als Verleiher bilanziert der LBBW-Konzern die Wertpapiere und Sachgüter weiterhin nach den für die jeweilige IAS 39-Kategorie geltenden Vorschriften.

Finanzgarantien (Sicherungsgeber).

Verpflichtungen aus von Konzernunternehmen ausgereichten Garantien betreffen Verträge, die zur Leistung von Zahlungen verpflichten, die den Garantienehmer für einen Verlust entschädigen, der entsteht, weil ein bestimmter Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen gemäß den Bedingungen eines Schuldinstruments nicht fristgemäß nachkommt. Diese Verträge erfüllen die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie i. S. d. IAS 39.9 und sind daher nicht als Derivat zu bewerten.

Finanzgarantien werden im Rahmen der Erstbewertung zum Fair Value angesetzt. Der Barwert der ausstehenden Prämienzahlungen wird mit dem Verpflichtungsbarwert der Finanzgarantien saldiert (Nettomethode), bei marktgerechten Konditionen entsprechen sich die beiden Beträge. In der Folgebewertung wird bei Bedarf eine entsprechende Risikovorsorge gebildet.

Wegen der Geringfügigkeit der Beträge wird auf eine Angabe der Fair Values in den Notes verzichtet.

Finanzgarantien (Sicherungsnehmer).
Mit Vertrag vom 26. Juni 2009 hat die LBBW mit dem Land Baden-Württemberg eine Risikoabschirmung in Form einer Garantiestruktur mit Wirkung zum 30. Juni 2009 abgeschlossen. Die GPBW GmbH & Co. KG, ein Unternehmen des Landes Baden-Württemberg (Garantiegesellschaft), hat der LBBW eine Garantie i. H. v. insgesamt ursprünglich 12,7 Mrd. EUR zur Absicherung von Verlustbeträgen bei festgelegten Referenzvermögenswerten gewährt. Durch Tilgungen und Veräußerungen von Referenzvermögenswerten hat sich der Garantiebetrag zum 31. Dezember 2013 auf 10,4 Mrd. EUR reduziert. Die Garantie bezieht sich i. H. v. noch 5,4 Mrd. EUR auf ein ABS-Portfolio der LBBW und verschiedener Konzernunternehmen sowie i. H. v. 5,0 Mrd. EUR auf ein Darlehen (Junior Loan) der LBBW in gleicher Höhe an Sealink Funding Ltd. (Sealink), einer nicht konsolidierten Zweckgesellschaft, in die bestimmte risikobehaftete strukturierte ABS im Rahmen des Erwerbs der ehemaligen Landesbank Sachsen AG ausgelagert wurden. Für Verluste auf Vermögenswerte im ABS-Portfolio besteht zu Lasten der LBBW zum 31. Dezember 2013 ein noch offener Selbstbehalt (First Loss) bis zu einem Betrag von 0,9 Mrd. EUR (ursprünglich 1,9 Mrd. EUR).

Die Garantie erfüllt die Voraussetzungen für eine Finanzgarantie i. S. d. IAS 39.9 und ist daher nicht als Derivat zu bewerten. Bilanziell wird die Sicherungswirkung der Garantie, bezogen auf das Darlehen an Sealink, unmittelbar bei der Darlehensbewertung berücksichtigt (Nettomethode), während die Sicherungswirkung der Garantie, bezogen auf das Verbriefungsportfolio, separat als Erstattungsanspruch in den Finanzanlagen erfasst wird (Bruttobilanzierung), da es sich hier um eine Höchstbetragsgarantie handelt.

Die für die Bereitstellung der Garantiestruktur anfallenden Gebühren werden in dem eigenständigen Posten Garantieprovision Land Baden-Württemberg innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten.
Die fortgeführten Anschaffungskosten eines finanziellen Vermögenswerts oder einer finanziellen Verbindlichkeit ergeben sich aus den Anschaffungskosten im Zugangszeitpunkt unter Berücksichtigung von Tilgungen, zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer etwaigen Differenz zwischen dem ursprünglichen Betrag und dem bei Endfälligkeit rückzahlbaren Betrag unter Anwendung einer der Effektivzinsmethode entsprechenden Vorgehensweise sowie abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Kredite und Forderungen (Loans and Receivables).
Als Kredite und Forderungen (Loans and Receivables – LaR) werden alle nicht derivativen Finanzinstrumente kategorisiert, die mit festen oder bestimmbaren Zahlungen ausgestattet und nicht an einem aktiven Markt notiert sind, es sei denn, sie werden bei Zugang in die Kategorie At Fair Value through profit and loss (aFV) designiert. Kredite und Forderungen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten entsprechend der Effektivzinsmethode bewertet. Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Hinweisen auf potenzielle Wertminderungen werden Kredite und Forderungen auf Werthaltigkeit geprüft. Entsprechend sind ggf. Wertberichtigungen erfolgswirksam zu berücksichtigen (siehe Note 6). Im Falle einer Wertaufholung erfolgt diese über die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Obergrenze für Zuschreibungen bilden die fortgeführten Anschaffungskosten, die sich zum Bewertungszeitpunkt ohne Wertberichtigung ergeben hätten.

Als Kredite und Forderungen werden Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, die nicht der Kategorie Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugeordnet sind, klassifiziert. Unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden werden im Wesentlichen ausgereichte Kredite, Schuldscheindarlehen, Tages- und Termingelder sowie Pensionsnehmergeschäfte bilanziert.

Verbindlichkeiten (Other Liabilities).
Unter diese finanziellen Verbindlichkeiten fallen sämtliche finanzielle Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IAS 39, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Gemäß IAS 39 werden die in der LBBW gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen von den ausgegebenen Schuldverschreibungen abgesetzt. Dabei werden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen mit ihrem jeweiligen Rückkaufswert gegen die fortgeführten Anschaffungskosten der ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet. Die Differenz zwischen Rückkaufspreis und fortgeführten Anschaffungskosten konzerneigener Schuldverschreibungen wird erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity).
Gegenwärtig nutzt der LBBW-Konzern die Kategorie bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held to Maturity – HtM) nicht.

7. Aufrechnung.

Finanzielle Verbindlichkeiten werden mit finanziellen Vermögenswerten bilanziell aufgerechnet, wenn ein durchsetzbarer Rechtsanspruch besteht, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und beabsichtigt wird, entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. In allen anderen Fällen erfolgt ein Bruttoausweis.

Wenn Vermögenswerte und Verpflichtungen, wie zurückgekaufte eigene Emissionen, in der Bilanz saldiert dargestellt werden, sind die dazugehörigen Erträge und Aufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ebenfalls aufzurechnen, es sei denn, eine Aufrechnung ist explizit durch einen anwendbaren Rechnungslegungsstandard untersagt.

8. Barreserve.

Die Barreserve umfasst neben dem Kassenbestand und täglich fälligen Guthaben bei Zentralnotenbanken zusätzlich Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel mit einer Laufzeit von maximal drei Monaten. Alle Bestände sind zum Nennwert ausgewiesen.

9. Risikovorsorge.

Der Posten Risikovorsorge enthält Wertberichtigungen auf Finanzinstrumente, die unter Forderungen ausgewiesen werden. Hierunter fallen sämtliche Kredite, die nicht der Fair-Value-Bewertung unterworfen sind. Offene Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten sind hier nicht berücksichtigt.

Bei den Wertberichtigungen wird nach Einzelwertberichtigungen, pauschalierten Einzelwertberichtigungen sowie Portfoliowertberichtigungen unterschieden. Die Bildung einer Wertberichtigung erfolgt grundsätzlich bei Vorliegen von Hinweisen auf eine Wertminderung. Ist dies der Fall, so werden für signifikante Forderungen Einzelwertberichtigungen und für nicht signifikante Forderungen pauschalierte Einzelwertwertberichtigungen gebildet. Liegen keine entsprechenden Hinweise vor, so werden dennoch Portfoliowertberichtigungen gebildet, da davon auszugehen ist, dass gewisse Risiken bereits eingetreten sind, aber diese noch nicht erkannt wurden. Sofern objektive Hinweise auf Wertminderungen bei signifikanten Forderungen vorliegen, aber keine Einzelwertberichtigung zu bilden ist, da der Barwert der geschätzten Zahlungsströme mindestens dem Buchwert der Forderung entspricht, werden diese Forderungen ebenfalls in die Portfoliowertberichtigungen einbezogen. Bei der kollektiven Bewertung solcher Fälle unterscheidet die LBBW zwei Konstellationen. Forderungen, die aufgrund einer vollumfänglichen Besicherung eine SLLP von null aufweisen, werden auch in der GLLP einer auf Expertenschätzung ermittelten Vorsorgequote von 0 % unterworfen. Alle sonstigen Forderungen werden in der GLLP mit 10 % des Blanko-EaD bevorsorgt. Für die bei Kunden- und Bankenforderungen vorhandenen Bonitäts- und Länderrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Einzelwertberichtigungen (IAS 39.63) gebildet. Dazu wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft, ob objektive Hinweise darauf schließen lassen, dass eine Wertminderung eines einzelnen finanziellen Vermögenswerts oder einer Gruppe von finanziellen Vermögenswerten vorliegt. Objektive Hinweise auf eine Wertminderung sind insbesondere erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Schuldners, Vertragsbruch (Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen), erhöhte Wahrscheinlichkeit der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Eintritt eines sonstigen Sanierungsfalls des Kreditnehmers sowie Forbearance (Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit dessen finanziellen Schwierigkeiten, die ansonsten nicht gewährt würden).

Die Höhe der Wertminderung wird als Differenz zwischen dem Buchwert der Forderung und dem Barwert der geschätzten Zahlungsströme ermittelt. Zur Ermittlung der zukünftigen erwarteten Zahlungsströme werden alle erwarteten Zahlungen aus der Forderung (Zins und Tilgung) sowie etwaige Zahlungen aus der Verwertung von Sicherheiten nach ihrer Höhe und ihrem Zuflusszeitpunkt geschätzt.

Der Zinsertrag aus wertberichtigten Forderungen beinhaltet nicht die vertraglich vereinbarten Zinserträge und die Abgrenzung etwaiger Disagien, sondern ergibt sich nach IFRS aus der Barwertänderung der erwarteten zukünftigen Zahlungsströme (sog. Unwinding) zum nächsten Bilanzstichtag. Der Zufluss erwarteter Zahlungseingänge vermindert sowohl den Forderungsbuchwert als auch die geschätzten Zahlungsströme; unerwartete Zahlungseingänge reduzieren hingegen erfolgswirksam die Risikovorsorge.

Pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen werden als Produkt aus Buchwert (Kapitalsaldo, Rückstände und anteilige Zinsen), der Wahrscheinlichkeit, dass das Engagement innerhalb eines Jahres ausfällt (PD), der individuellen Verlustquote unter Berücksichtigung von Sicherheiten (LGD), sowie bei den aktivisch abgesetzten Portfoliowertberichtigungen einem Faktor, der die Verzugsdauer im Informationsfluss bewertet (LIP), berechnet.

Die Uneinbringlichkeit nicht wertberichtigter Forderungen oder Forderungsteilen führt zu einer direkten Abschreibung (IAS 39.63). Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden erfolgswirksam erfasst.

Forderungen werden ausgebucht, wenn diese uneinbringlich sind, ohne dass ein Surrogat an die Stelle der ausgefallenen Forderung tritt. Dies ist z. B. der Fall bei:

- Insolvenzfällen, wenn die Sicherheiten verwertet wurden oder mit keiner Insolvenzquote zu rechnen ist,
- gekündigten Engagements, wenn die Restforderungen uneinbringlich sind,
- vollständigem oder teilweisem Forderungsverzicht und
- Forderungsverkauf mit Verlust.

Der Gesamtbetrag der Risikovorsorge wird, sofern er sich auf bilanzielle Forderungen bezieht, als eigener Posten offen von den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abgesetzt. Die Risikovorsorge für außerbilanzielle Geschäfte wird hingegen im Posten Rückstellung im Kreditgeschäft gezeigt. Die Rückstellung im Kreditgeschäft wird angesetzt, wenn gegenwärtige Verpflichtungen bestehen und deren Erfüllung erwartungsgemäß mit einem Abfluss von Ressourcen verbunden ist. Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgt in Höhe des Betrags, den die LBBW bei vernünftiger Betrachtung nach den Verhältnissen am Abschlussstichtag zur Erfüllung der Verpflichtung oder zu deren Übertragung an einen Dritten zahlen müsste.

10. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Die at Equity bewerteten Anteile an assoziierten Unternehmen bzw. an Joint Ventures werden im Zeitpunkt der Erlangung eines maßgeblichen Einflusses bzw. bei Gründung zu Anschaffungskosten in der Konzernbilanz angesetzt. Dies umfasst auch den Goodwill aus dem Kauf eines assoziierten Unternehmens bzw. eines Joint Ventures. In den Folgejahren wird der bilanzierte At-Equity-Wert um die anteiligen Eigenkapitalveränderungen des Beteiligungsunternehmens fortgeschrieben. Das anteilige Jahresergebnis des Beteiligungsunternehmens fließt als Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Veränderungen der Neubewertungsrücklage des Beteiligungsunternehmens werden anteilig direkt im Sonstigen Ergebnis erfasst.

Eine Anpassung des Equity-Werts ist ggfs. aufgrund der Beteiligungsbewertung erforderlich. Der Werthaltigkeitstest erfolgt auf der Grundlage des IAS 39 und IAS 36.

Anteile an assoziierten Unternehmen, die aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden, sind unter den Finanzanlagen bilanziert.

11. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der Buchwert langfristiger Vermögenswerte oder Gruppen von Vermögenswerten und Schulden (Veräußerungsgruppen), deren Veräußerung geplant ist, wird überwiegend durch das Veräußerungsgeschäft und nicht durch eine fortgesetzte Nutzung realisiert.

Bei der kumulativen Erfüllung der nachfolgend genannten Bedingungen sind die betroffenen Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten zu klassifizieren und getrennt von den anderen Vermögenswerten bzw. Schulden in der Bilanz auszuweisen. Die Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten setzt voraus, dass die Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen im gegenwärtigen Zustand zu gängigen Bedingungen veräußerbar sind und die Veräußerung höchstwahrscheinlich ist. Eine höchstwahrscheinliche Veräußerung liegt vor, wenn der Plan für den Verkauf beschlossen wurde, die Suche nach einem Käufer und die Durchführung des Plans aktiv begonnen haben, der Vermögenswert oder die Veräußerungsgruppe zu einem Preis aktiv angeboten werden, der in einem angemessenen Verhältnis zum derzeitigen beizulegenden Zeitwert steht, und die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung erfolgt.

Als zur Veräußerung gehalten klassifizierte Vermögenswerte werden mit dem niedrigeren Wert aus Buchwert und beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bewertet. Ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als zur Veräußerung gehalten wird die planmäßige Abschreibung der Vermögenswerte eingestellt. Der Ausweis der als zur Veräußerung gehalten klassifizierten Vermögenswerte bzw. Veräußerungsgruppen erfolgt gesondert in den Bilanzposten Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen.

Das Ergebnis aus der Bewertung sowie das Ergebnis aus der Veräußerung dieser Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen, die nicht zu einem aufgegebenen Geschäftsbereich gehören, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten und werden nicht separiert. Sofern es sich um aufgegebene Geschäftsbereiche handelt, ist das gesamte Ergebnis daraus separat im Posten Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen zu zeigen.

12. Immaterielle Vermögenswerte.

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden im Wesentlichen Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill) sowie erworbene und selbst erstellte Software ausgewiesen.

Der Goodwill ergibt sich dabei als Überschuss des Kaufpreises über das zum Fair Value bewertete (anteilige) Reinvermögen des erworbenen Unternehmens unter Berücksichtigung latenter Steuern und wird den jeweils betroffenen zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordnet. Der LBBW-Konzern hat die Geschäftssegmente bzw. Segmente Corporates I, Corporates II, International Business sowie Financial Markets als zahlungsmittelgenerierende Einheiten definiert.

Im Rahmen der Konzernabschlusserstellung wird mindestens einmal jährlich, sofern Anzeichen (Triggering Events, z. B. Änderungen des relevanten Marktumfeldes, gesetzlicher Rahmenbedingungen, des technischen Umfeldes, des Kapitalisierungszinssatzes sowie längerfristige negative Planergebnisse oder erhebliche Planunterschreitungen) für eine mögliche Wertminderung bestehen auch unterjährig, ein Werthaltigkeitstest (Impairment-Test) durchgeführt.

Dabei wird der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit, welche einen Goodwill ausweist, mit deren Buchwert verglichen. Der Buchwert wird über das der zahlungsmittelgenerierenden Einheit zugeordnete Eigenkapital bestimmt. Der erzielbare Betrag entspricht dem jeweils höheren Wert aus dem Fair Value abzüglich Verkaufskosten und dem Nutzungswert. Der Konzern ermittelt den erzielbaren Betrag auf der Grundlage des Nutzungswerts. Wenn der Nutzungswert den Buchwert der zahlungsmittelgenerierenden Einheit übersteigt, ist der Vermögenswert nicht wertgemindert und es ist nicht erforderlich, den Fair Value abzüglich Verkaufskosten zu schätzen. Der Fair Value eines Geschäftssegments wird neben den Ergebnisprognosen wesentlich von dem Kapitalisierungszinssatz determiniert, der den Ergebnisprognosen zugrunde gelegt wird, sowie in deutlich geringerem Maße von dem langfristigen Wachstumsabschlag. Liegt der erzielbare Betrag der zahlungsmittelgenerierenden Einheit unter ihrem Buchwert, ist ein Wertminderungsaufwand zu erfassen und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter dem Posten Wertminderung Goodwill auszuweisen.

Der Konzern berechnet zur Ermittlung des erzielbaren Betrages zunächst den Nutzungswert der Geschäftssegmente. Der Nutzungswert ist der Barwert der künftigen Cashflows, der voraussichtlich aus den entsprechenden Geschäftssegmenten abgeleitet werden kann.

Zur Ermittlung des Nutzungswerts wird ein konzerneigenes Bewertungsmodell verwendet. Berücksichtigt werden dabei die Besonderheiten des Bankgeschäfts sowie aufsichtsrechtliche Anforderungen. Mithilfe des Modells wird der Barwert der geschätzten zukünftigen Ergebnisse berechnet, der nach Erfüllung der entsprechenden aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen an die Anteilseigner ausgeschüttet werden kann.

Das Discounted-Cashflow-Modell basiert auf Ergebnisprognosen auf der Grundlage von Geschäftsplanungen, die vom Management für einen Fünfjahreszeitraum beschlossen wurden. Die für die Prognosen relevanten Ergebniskomponenten werden im Rahmen eines Top-Down-Verfahrens mit anschließender Bottom-Up-Validierung unter Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Rahmendaten und geschäftsfeldspezifischer Markt- und Wettbewerbsanalysen ermittelt. Weiterhin werden vergangene Erfahrungen bei den Ergebnisprognosen berücksichtigt. Die Bank unterscheidet in der Planung zwischen Kernbankaktivitäten, die fortgeführt werden sollen, sowie Bereichen, die mittelfristig auslaufen bzw. abgewickelt werden sollen. Während für die auslaufenden Teilbereiche sinkende Risikoaktiva und Erlöse prognostiziert werden, wird bei den Kernbankaktivitäten mit mittelfristig steigenden Risikoaktiva und Erlösen gerechnet. In dem Geschäftssegment Financial Markets wird aufgrund einer geplanten Intensivierung des Kundengeschäfts mit steigenden Erlösen bei konstanten Risikoaktiva gerechnet.

Die Ergebnisprognosen bilden die Grundlage zur Ableitung eines nachhaltigen Ergebnisniveaus, welches auf den Berechnungsstichtag anhand des Kapitalisierungszinssatzes abgezinst wird.

Die angewandten Kapitalisierungszinssätze werden auf Basis des Capital Asset Pricing Models ermittelt, das einen risikolosen Basiszins, eine Marktrisikoprämie und einen Faktor für das systematische Risiko (Beta-Faktor) beinhaltet. Folgende externe Informationsquellen kommen zur Anwendung: Die Werte für den risikolosen Basiszins werden anhand der Svensson-Methode aus historischen Marktdaten ermittelt. Die Marktrisikoprämie wird anhand empirischer Daten festgelegt. Die Betafaktoren zur Abbildung der LBBW-spezifischen Risiken werden für jedes Geschäftssegment aus Beta-Faktoren von branchenspezifischen Vergleichsgruppen hergeleitet.

Bei der Validierung der für die Geschäftssegmente ermittelten erzielbaren Beträge werden die wesentlichen Werttreiber jedes Geschäftssegments mindestens jährlich überprüft. Als Belastbarkeitstest der ermittelten erzielbaren Beträge werden die wesentlichen Parameter der Ergebnisprognosen einer Sensitivitätsprüfung unterzogen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten, d. h. abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungen angesetzt. Eigenentwickelte Software wird zu Herstellungskosten aktiviert, sofern die Ansatzkriterien gemäß IAS 38 erfüllt sind. Die aktivierten Kosten enthalten im Wesentlichen Personalaufwendungen und Aufwendungen für externe Leistungen, die bei der Entwicklung angefallen sind. Die selbst erstellte oder erworbene Software wird, wie im Vorjahr, über drei bis zehn Jahre planmäßig linear abgeschrieben. Im Rahmen eines Unternehmenserwerbs wurden ebenfalls Kundenbeziehungen aktiviert, die vertraglich begrenzt nutzbar sind. Diese werden, wie im Vorjahr, planmäßig linear über sechs bis 16 Jahre abgeschrieben. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, ist der erzielbare Betrag zu ermitteln und mit dem Buchwert zu vergleichen. Bei Vorliegen eines Impairments wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des immateriellen Vermögenswerts vorgenommen. Wertminderungen sind erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung zu berücksichtigen. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen für immaterielle Vermögenswerte, ausgenommen Goodwill, werden unter den Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen. Erträge aus Wertaufholungen bei immateriellen Vermögenswerten, ausgenommen Goodwill aufgrund Wertaufholungsverbot, werden unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

Ein immaterieller Vermögenswert wird bei Abgang ausgebucht. Abgangsgewinne und -verluste sind die Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert des Vermögenswerts. Zum Zeitpunkt der Ausbuchung ist der Gewinn- oder Verlust aus dem Abgang des Vermögenswerts erfolgswirksam zu erfassen.

13. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

An Dritte vermietete bzw. zu Renditezwecken erworbene Immobilien werden gemäß IAS 40 gesondert in der Bilanz als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen, sofern sie mit der Absicht gehalten werden, Mieterträge und/oder Wertsteigerungen zu erzielen. Liegen gemischt genutzte Immobilien vor und können die nicht selbst genutzten Teile gesondert verkauft bzw. vermietet werden, so werden diese Teile getrennt bilanziert. Gemischt genutzte Objekte, deren Drittnutzung mehr als 80% der Gesamtnutzung ausmachen, werden konsequent aus den Sachanlagen ausgebucht und in ihrer Gesamtheit als Finanzinvestition gehaltene Immobilien ausgewiesen.

Die Zugangsbewertung von als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter der Einbeziehung von Anschaffungsnebenkosten. Diese können auch die direkten Fremdkapitalkosten beinhalten, sofern es sich bei den jeweiligen Objekten um sog. qualifizierte Vermögenswerte handelt. Die Folgebewertung erfolgt am Abschlussstichtag zum Fair Value. Dieser bestimmt sich in erster Linie aus Modellbewertungen. Zur Validierung des Fair Values aus den Modellbewertungen werden regelmäßig Gutachten für einige Investment Property eingeholt.

In der Bewertung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien ergeben sich die Schätz-Unsicherheiten aus den getroffenen Annahmen zur Berechnung der zukünftigen Zahlungsströme. Veränderungen in Parametern wie Inflationsrate, Zins, erwartete Kostenentwicklung und Vermietung, Marktkonditionen und Leerstand beeinflussen die zukünftigen Zahlungsströme und damit in der Folge die Höhe des Fair Values.

Grundlage der Wertermittlung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien bilden die pro Objekt auf Basis der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Zahlungsmittelüberschüsse. Die so ermittelten Ergebnisbeiträge werden durch Vergleichswerte von Maklerverbänden, Erfahrungswerte aus eigenen Verkäufen sowie Wertgutachten externer Sachverständiger plausibilisiert und verifiziert. Damit die entsprechenden Gutachten zum Zeitpunkt der Erstellung des Abschlusses vorliegen, wird für das jeweilige aktuelle Jahr jeweils im letzten Quartal durch das verantwortliche Management festgelegt, für welche Objekte externe Gutachten in Auftrag gegeben werden. Gemäß internen Vorgaben ist hierbei sicher zu stellen, dass für die wesentlichen Objekte wenigstens alle drei Jahre ein Wertgutachten durch einen unabhängigen Sachverständigen erstellt wird.

Der Fair Value wird nach der Discounted-Cashflow-Methode auf der Grundlage folgender Annahme berechnet. Als Bewertungsobjekt (Cash Generating Unit) dient das Objekt (Gebäude) als selbständige, strategische Geschäftseinheit. Für die Ermittlung der erwarteten Zahlungsmittelüberschüsse pro Bewertungsobjekt wird die Bewirtschaftungsperspektive unterstellt. In einem Planungszeitraum von zehn Jahren werden die Zahlungsmittelüberschüsse als Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Objektbewirtschaftung ermittelt. Für das Ende des Planungszeitraums wird ein Restwert des Bewertungsobjekts prognostiziert, indem die Zahlungsmittelüberschüsse des zehnten Jahres als ewige Rente kapitalisiert werden.

Bei Gewerbeimmobilien wird zur Prognose der künftigen Einnahmen im Planungszeitraum die vertraglich vereinbarte Sollmiete bzw. nach Vertragsauslauf die objektspezifische Marktmiete zugrunde gelegt. Die Ermittlung erfolgt auf der Basis eines Bewertungstools, welches als Grundlage das Discounted-Cashflow-Verfahren verwendet.

Die Ermittlung zukünftiger Ausgaben erfolgt differenziert: Ausgaben für die Verwaltung basieren auf marktüblichen Sätzen. Mietausfallkosten werden in Abhängigkeit der Mieterbonität und Vertriebskosten pauschal auf Basis der Sollmieten ermittelt. Leerstands-, Neuvermietungskosten, Instandhaltungsaufwendungen und Instandhaltungsrückstände werden objektkonkret ermittelt, ggfs. ergänzt um eigene Erfahrungswerte. Sind Erbbauzinsen zu berücksichtigen, werden diese individuell auf Basis bestehender Verträge errechnet.

Die Zahlungsmittelüberschüsse jeder Periode werden unter Anwendung eines marktgerechten, objektspezifischen Diskontierungszinssatzes auf den Bewertungsstichtag abgezinst. Der Diskontierungszinssatz ergibt sich aus dem Kapitalisierungszinssatz zuzüglich eines prozentualen Risikoaufschlags. Der Kapitalisierungszinssatz berücksichtigt u. a. die Objektqualität, den Objekttyp sowie die Makro- und Mikrolage.

Ein Anstieg der zugrunde gelegten Marktmieten würde ceteris paribus zu einem Anstieg der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten Marktmieten zu einem Rückgang der Fair Values führen würde. Ein Anstieg der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben würde ceteris paribus zu einem Rückgang der Fair Values führen, während ein Rückgang der zugrunde gelegten zukünftigen Ausgaben zu einem Anstieg der Fair Values führen würde. Höhere Diskontierungszinssätze würden ceteris paribus zu niedrigeren Fair Values führen, während niedrigere Diskontierungssätze zu entsprechend höheren Fair Values führen würden.

Eine Änderung der Annahmen betreffend die erwartete Marktmiete führt im Allgemeinen zu einer gleichgerichteten Änderung des Abzinsungssatzes und zu einer gegenläufigen Änderung der Leerstandsrate und somit der Leerstandskosten.

14. Sachanlagen.

Unter den Sachanlagen werden betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau sowie Leasinggegenstände aus Finanzierungs- und Operating-Leasingverhältnissen ausgewiesen.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten angesetzt und in der Folge zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, sofern von einer Erhöhung des zukünftigen Nutzenpotenzials ausgegangen werden kann. Alle anderen nachträglichen Ausgaben werden als Aufwand erfasst. Die Sachanlagen werden – entsprechend ihrer voraussichtlichen wirtschaftlichen Nutzungsdauer – hauptsächlich linear, zu Teilen auch degressiv abgeschrieben. Die Bestimmung der Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen physischen Abnutzung, der technischen Alterung sowie rechtlicher und vertraglicher Beschränkungen.

	Voraussichtliche Nutzungsdauer in Jahren	
	31.12.2013	31.12.2012
Gebäude	25 – 50	25 – 50
Technische Anlagen und Maschinen	5 – 10	5 – 10
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 20	1 – 20
Erworbene EDV-Anlagen	3 – 7	3 – 7

Die Festlegung von Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft. Nach Vornahme der planmäßigen Abschreibung einschließlich der Überprüfung der angewandten Abschreibungsmethode, der zugrunde gelegten Nutzungsdauer und des Restwerts (Veräußerungswert eines vergleichbaren Vermögenswerts) des jeweiligen Vermögenswerts wird mindestens zu jedem Bilanzstichtag geprüft, ob Indikatoren für eine Wertminderung (Impairment) vorliegen. Damit wird den Wertminderungen aufgrund von technischer oder wirtschaftlicher Überalterung oder Abnutzung sowie aufgrund eines Verfalls der Marktpreise Rechnung getragen. Soweit Indikatoren für eine Wertminderung vorliegen, wird der erzielbare Betrag (der höhere Betrag aus dem beizulegenden Zeitwert abzüglich der Verkaufskosten oder dem Nutzungswert) ermittelt und mit dem Buchwert verglichen. Wertminderungen werden erfolgswirksam als außerplanmäßige Abschreibung berücksichtigt.

Eine Wertaufholung ist dann vorzunehmen, wenn sich die Ermittlung des erzielbaren Betrages seit der letzten Erfassung einer Wertminderung geändert hat. Die Zuschreibung erfolgt nur bis zu dem Betrag, der sich bei planmäßiger Abschreibung bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hätte und ist im Sonstigen betrieblichen Ergebnis zu erfassen. Bei einem durch eine Wertaufholung erhöhten Buchwert bzw. einem durch Impairment verminderten Buchwert wird eine Anpassung der Abschreibungsbeträge über die Restnutzungsdauer des Vermögenswerts vorgenommen.

Der Gewinn oder Verlust aus dem Abgang einer Sachanlage ist bestimmt als Differenz zwischen dem Nettoveräußerungserlös, sofern vorhanden, und dem Buchwert. Planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen sind im Sonstigen betrieblichen Ergebnis erfasst.

15. Leasinggeschäft.

Grundlage für die Bilanzierung von Leasingverhältnissen gemäß IAS 17 ist deren Klassifizierung als Finance Lease oder Operate Lease. Die Klassifizierung hat zu Beginn eines Leasingverhältnisses zu erfolgen und richtet sich nach der wirtschaftlichen Gesamtbeurteilung der Chancen und Risiken des Leasingnehmers bzw. Leasinggebers. Die zugrunde gelegten Kriterien werden regelmäßig überprüft. Liegt eine Veränderung der Gesamtbeurteilung vor, wird eine erneute Klassifizierung notwendig.

Ein Finance Lease liegt vor, wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an dem Leasinggegenstand verbundenen Chancen und Risiken vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden. Entsprechend der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist unabhängig vom zivilrechtlichen Eigentum allein das wirtschaftliche Eigentum maßgeblich. In allen anderen Konstellationen handelt es sich um ein Operate Lease.

Die Klassifizierung eines Leasingverhältnisses haben der Leasinggeber und der Leasingnehmer getrennt und unabhängig voneinander vorzunehmen. Dies kann zu einer nicht spiegelbildlichen Abbildung des Leasingverhältnisses beim Leasinggeber und Leasingnehmer führen.

Die Finance-Lease-Verträge des LBBW-Konzerns umfassen Vollamortisations-, Teilamortisations- und Mietkaufverträge. Je nach Ausgestaltung des Vertrags handelt es sich um kündbare Verträge oder Verträge mit Andienungsrecht. Die Leasingentgelte bzw. Leasingraten sind i. d. R. im Voraus zu entrichten.

LBBW-Konzern als Leasinggeber.

Soweit im LBBW-Konzern Operate-Lease-Geschäfte betrieben werden, verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an dem Gegenstand des Leasingvertrags bei der Konzerngesellschaft. Die Leasinggegenstände – im Wesentlichen

Gebäude und Grundstücke – werden in der Konzernbilanz als Vermögenswerte aktiviert und unter den Sachanlagen oder Investment Property ausgewiesen. Die Bilanzierung der Leasingobjekte erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die über die wirtschaftliche Nutzungsdauer planmäßig erfolgenden Abschreibungen und/oder aufgrund von dauerhaften Wertminderungen erforderlichen außerplanmäßigen Abschreibungen bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value. Sowohl die Leasingerlöse als auch erhaltene Sonder- und Vorauszahlungen werden über die Vertragslaufzeit vereinnahmt. Der Ausweis der Abschreibungen sowie die Abbildung der vereinnahmten Erträge erfolgt vollständig im Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Rahmen von Finance Lease wird zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Leasinggegenstand (Vermögenswert) ausgebucht und eine Forderung in Höhe des Nettoinvestitionswerts gegenüber dem Leasingnehmer unter den Posten Forderungen an Kunden bzw. Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen. Vereinnahmte Leasingraten werden in einen ertragswirksamen Zinsanteil und einen Tilgungsanteil aufgespalten. Während die Zinserträge auf Basis einer periodengerechten Abgrenzung verteilt vereinnahmt und im Zinsüberschuss ausgewiesen werden, mindert der Tilgungsanteil die bilanzierte Forderung.

Die direkten Kosten, die dem Leasinggeber beim Vertragsabschluss entstehen, werden dem Leasingvertrag zugerechnet. Hierzu wird der dem Leasingverhältnis zugrunde liegende interne Zinssatz so festgelegt, dass die anfänglichen direkten Kosten automatisch in den Leasingforderungen enthalten sind.

LBBW-Konzern als Leasingnehmer.
Bei einer Klassifizierung als Operate Lease werden die Leasingzahlungen über die Laufzeit des Leasingverhältnisses als Verwaltungsaufwand erfasst. Die Verteilung der Leasingzahlungen entspricht dabei dem zeitlichen Nutzenverlauf aus Sicht des LBBW-Konzerns. Weicht der zeitliche Nutzenverlauf der tatsächlichen Zahlungen von dem zu erfassenden Aufwand ab, wird der Differenzbetrag je nach Sachlage aktivisch bzw. passivisch abgesetzt oder abgegrenzt.

Soweit ein Leasingverhältnis als Finance Lease klassifiziert wird, ist der LBBW-Konzern wirtschaftlicher Eigentümer des Leasingobjekts und weist dieses als Vermögenswert in der Konzerbilanz aus. Zum Zugangszeitpunkt wird das Leasingobjekt mit dem beizulegenden Zeitwert oder, sofern dieser Wert niedriger ist, mit dem Barwert der Mindestleasingzahlungen angesetzt und eine Verbindlichkeit in entsprechender Höhe passiviert. Im Rahmen der Folgebewertung wird der aktivierte Vermögenswert gemäß IAS 16 bzw. IAS 38 abgeschrieben bzw. gemäß IAS 40 zum Fair Value bewertet. Ist bei Sachanlagen nicht sichergestellt, dass am Laufzeitende das Objekt von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen (Leasingnehmer) erworben wird, so ist die (kürzere) Laufzeit des Leasingverhältnisses (und nicht die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Leasingobjekts) als Abschreibungszeitraum angesetzt. Bei einer Beteiligung des Leasingnehmers am Restwert der Leasinggegenstände - im Wesentlichen Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung - wird auf diesen Betrag abgeschrieben. Die zu leistenden Finance-Lease-Raten sind in einen Zins- und Tilgungsanteil nach der Effektivzinsmethode aufzuteilen. Der Tilgungsanteil wird erfolgsneutral gegen die Verbindlichkeit gebucht, der Zinsanteil wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst.

Da IAS 17 keine speziellen Vorschriften zur Berücksichtigung von Wertminderungen beinhaltet, sind auch bei Leasingverhältnissen die allgemeinen Regelungen des IAS 36 zur Wertminderung anzuwenden.

16. Ertragsteuern.

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Laufende Ertragsteuerverpflichtungen bzw. -ansprüche werden mit den aktuellen Steuersätzen berechnet und mit dem erwarteten Zahlungs- bzw. Erstattungsbetrag angesetzt.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen gebildet. Die Ermittlung der zu versteuernden und abzugsfähigen temporären Differenzen erfolgt durch den Vergleich der IFRS-Buchwerte und der lokalen Steuerwerte der Vermögenswerte und Schulden (bereinigt um permanente Differenzen). Der Steuerwert ergibt sich nach den steuerlichen Vorschriften des jeweiligen Landes, in dem die Besteuerung des Sachverhalts erfolgen wird. Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden auf Grundlage des Steuersatzes berechnet, der für den Zeitpunkt ihrer Auflösung zu erwarten ist. Die Wirkung von Steuersatzänderungen auf latente Steuern wird in der Periode als Ergebnis gebucht, in welcher die Änderung vom Gesetzgeber beschlossen wurde.

Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu Steuerbelastungen führen, werden passive latente Steuern angesetzt. Sind bei Auflösung von temporären Differenzen Steuerentlastungen zu erwarten und ist deren Nutzung wahrscheinlich, erfolgt der Ansatz aktiver latenter Steuern. Latente Steuern auf erfolgsneutral entstandene temporäre Differenzen werden ebenfalls im Sonstigen Ergebnis in den Unterpositionen Neubewertungs- bzw. Gewinnrücklage erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge werden aktive latente Steuern angesetzt, wenn deren zukünftige Nutzbarkeit nach Maßgabe von Planungsrechnungen wahrscheinlich ist. Nicht angesetzte Verlustvorträge werden entsprechend ihrer Fristigkeit angegeben. Bei der Bilanzierung latenter Ertragsteueransprüche aufgrund entstehender Zinsvorträge werden die gleichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wie für die latenten Ertragsteueransprüche

aus steuerlichen Verlustvorträgen angewandt. Die Werthaltigkeit aktiver latenter Steuern aus temporären Differenzen und Verlustvorträgen wird zu jedem Bilanzstichtag überprüft.

Eine Saldierung aktiver und passiver latenter Steuern wird gemäß IAS 12.74 vorgenommen.

17. Sonstige Aktiva und Sonstige Passiva.

Unter den Sonstigen Aktiva werden Vermögenswerte ausgewiesen, die jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzaktiva sind und die keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können. Hierunter fallen auch Vorräte, die in der nachfolgenden Note beschrieben werden.

Unter den Sonstigen Passiva sind abgegrenzte Schulden (Accruals) sowie Verpflichtungen ausgewiesen, welche jeweils separat betrachtet nicht von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Höhe der Bilanzpassiva sind und keinem anderen Bilanzposten zugeordnet werden können.

Forderungen und Verbindlichkeiten werden innerhalb dieser Posten zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

18. Vorräte.

Unter den Vorräten findet im Wesentlichen die Abbildung der Aktivitäten, die im Zusammenhang mit dem Immobiliengeschäft der LBBW Immobilien Management GmbH stehen, statt. Hierunter fallen hauptsächlich im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zum Verkauf bestimmte Grundstücke und grundstückgleiche Rechte mit fertigen und/oder unfertigen Bauten.

Vorräte sind gemäß IAS 2.9 mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs-/Herstellungskosten und Nettoveräußerungswert bewertet. Die Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgt entsprechend IAS 2.10 ff., die des Nettoveräußerungswerts gemäß IAS 2.28 ff. Dabei werden Anschaffungs- und Herstellungskosten auf Basis des gewichteten Durchschnitts ermittelt. Die Anschaffungs- und Herstellungskosten von Vorräten, die nicht austauschbar sind, und solcher Erzeugnisse, Waren oder Leistungen, die für spezielle Projekte hergestellt und ausgesondert werden, werden durch Einzelzuordnung ihrer individuellen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bestimmt. Die Anschaffungskosten umfassen die direkt zurechnenbaren Erwerbs- und Bereitstellungskosten, die Herstellungskosten beinhalten alle direkt zurechenbaren Kosten sowie Fertigungs- und Materialgemeinkosten. Als Nettoveräußerungswert werden die jeweils am Markt erwarteten, individuell erzielbaren Verkaufserlöse abzüglich geschätzter Kosten für die Fertigstellung und weiterer bis zum Verkauf anfallenden Kosten angesetzt. Die Abbildung der Ergebnisse dieser Geschäftstätigkeit erfolgt unter dem Posten Sonstiges betriebliches Ergebnis, der auch die Wertveränderungen beinhaltet.

Die Aktivierung von Fremdkapitalzinsen auf Basis des IAS 23 ist an die Bedingung gebunden, dass es sich bei dem Objekt um einen qualifizierten Vermögenswert handelt. Bei den angefallenen Fremdkapitalzinsen handelt es sich v. a. um bei der gewerblichen Projektentwicklung angefallene Fremdkapitalkosten, die dem Grundstückserwerb oder der Bauerstellung im Herstellungszeitraum zugerechnet werden können. Im aktuellen Geschäftsjahr wurden keine Fremdkapitalzinsen aktiviert, da die Refinanzierung komplett konzernintern erfolgte.

19. Rückstellungen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Allgemeines.

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen handelt es sich überwiegend um Rückstellungen für Verpflichtungen zur Leistung betrieblicher Ruhegelder, die bei Eintritt biometrischer Risiken (Alter, Invalidität, Tod) aufgrund unmittelbarer Versorgungszusagen zu erbringen sind. Art und Höhe der an die versorgungsberechtigten Mitarbeiter zu leistenden Ruhegelder richten sich nach den Bestimmungen der im Wesentlichen in Abhängigkeit vom Beginn des Beschäftigungsverhältnisses jeweils zur Anwendung kommenden Versorgungsregelung (u. a. Gesamtzusagen und Dienstvereinbarungen). Aufgrund anderer Zusagen bestehen mittelbar weitere Anwartschaften bzw. Ansprüche gegenüber der Zusatzversorgungskasse (ZVK) der LBBW und der Unterstützungskasse LBBW e. V.; beide Einrichtungen sind für den Neuzugang geschlossen. Bei allen vorgenannten Versorgungszusagen handelt es sich um Defined Benefit Plans i.S.v. IAS 19 (leistungsorientierte Pläne).

Daneben wurden für Mitarbeiter aus Vorgängerinstituten Versorgungsansprüche aufgrund mittelbarer Versorgungszusagen, die als Defined Contribution Plans i.S.v. IAS 19 (beitragsorientierte Pläne) erfasst werden, übernommen und fortgeführt. Zur Finanzierung leistet die jeweilige Konzerngesellschaft unter Beteiligung der Mitarbeiter festgelegte Beiträge an externe Versorgungsträger.

Arbeitgeberfinanzierte Versorgungszusagen im Inland.

Zur Fusion der LBBW im Jahr 1999 wurden alle bisher bestehenden Versorgungsordnungen für den Neuzugang geschlossen und für Neueintritte im Wege einer Dienstvereinbarung ein einheitliches Versorgungswerk eingeführt, der sogenannte LBBW-Kapitalkontenplan, der als leistungsorientierter Plan i.S.v. IAS 19 eingestuft und erfasst wird. Die Ruhegelder werden dabei vorrangig in Form von einer Einmalleistung oder als Raten ausgezahlt; daneben besteht eine Verrentungsoption. Die Kapitalleistungen setzen sich aus jährlichen Bausteinen zusammen, die sich durch Multiplikation eines gehaltsabhängigen Beitrags mit einem altersabhängigen Faktor, der eine

Verzinsung und biometrische Risiken berücksichtigt, ergeben. Die Verpflichtung zur Gewährung von Beiträgen ist zeitlich begrenzt und mit einem Dynamisierungsvorbehalt versehen.

Nach Integration der Landesbank Sachsen wurde deren Versorgungsordnung 2006 zum 31. Dezember 2008 per Dienstvereinbarung ebenfalls für den Neuzugang geschlossen und die aktiven Mitarbeiter auf den LBBW-Kapitalkontenplan mit unbeschränkter Beitragszeit übergeleitet. Die bis zum Überleitungszeitpunkt erdienten Anwartschaften wurden dem Basiskonto des LBBW-Kapitalkontenplans als Initialbaustein gutgeschrieben.

Zum 1. Januar 2002 wurden die ZVK-Pflichtversicherten per Dienstvereinbarung in den LBBW-Kapitalkontenplan überführt. Zur Besitzstandswahrung entspricht der Beitrag zum Basiskonto für diesen Mitarbeiterkreis mindestens dem Beitrag, der von der Bank als Umlagebeitrag bei Anwendung des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im jeweiligen Kalenderjahr zu tragen wäre (Mindestbeitrag).

Arbeitgeberfinanzierte Zusagen im Inland aus Vorgängerinstituten, übernommenen Instituten und integrierten Instituten.

Aus den verschiedenen Vorgängerinstituten, übernommenen und integrierten Instituten existieren verschiedene für Neueintritte geschlossene Versorgungsordnungen. Diese reichen von dienstzeit- und entgeltabhängigen, teilweise einzelvertraglichen Gesamtversorgungszusagen (Ruhegeldordnung), Limitierungszusagen und Zusagen mit gespaltener Rentenformel bis hin zu Rentenbausteinplänen. Unter Gesamtversorgungszusagen sind dabei Zusagen zu verstehen, bei denen unter Anrechnung weiterer Versorgungsbezüge (z. B. der gesetzlichen Rente) ein definiertes Versorgungsniveau in Bezug auf die Aktivenbezüge gewährt wird, wogegen bei einer Limitierungszusage das Ruhegeld zusammen mit anrechnungsfähigen Versorgungsbezüge ein definiertes Versorgungsniveau nicht überschreiten darf und ggf. zu begrenzen ist.

Für einige aktive und ehemalige Mitarbeiter besteht ein Anspruch auf Beihilfeleistungen (medizinische Versorgung). Für den Anteil der Mitarbeiter, für den nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses weiterhin Beihilfeansprüche bestehen, wurden diese als leistungsorientierte Pläne erfasst und dafür ebenfalls entsprechende Rückstellungen nach IAS 19 gebildet.

Arbeitnehmerfinanzierte Zusagen im Inland.

Zum Aufbau weiterer Anwartschaften und zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Entgeltumwandlung bietet die LBBW in Anlehnung an das arbeitgeberfinanzierte Basiskonto das sogenannte Aufbaukonto des LBBW-Kapitalkontenplans als unmittelbare Versorgungszusage an. Seit Januar 2012 existiert konzernweit ein einheitliches Modell, bei dem der individuelle Bruttoumwandlungsbetrag des Mitarbeiters durch Multiplikation mit einem marktzinsabhängigen Altersfaktor in einen Versorgungsbaustein umgerechnet wird. Die Altersfaktoren werden jährlich neu festgelegt.

Daneben bestehen arbeitnehmerfinanzierte Anwartschaften aus früheren Entgeltumwandlungszusagen, die im Wesentlichen ähnlich ausgestaltet sind. Teilweise wurden zur Finanzierung der Versorgungsleistungen Rückdeckungsversicherungsverträge abgeschlossen. Für die ebenfalls angebotene Entgeltumwandlungsmöglichkeit über eine Direktversicherung besteht kein Rückstellungsbedarf, da dieser als beitragsorientierter Plan i.S.v. IAS 19 erfasst wird. Direktversicherungsverträge werden mit einem Anbieter aus dem Umfeld der Sparkassen abgeschlossen, bei dem eine nachhaltige Leistungsfähigkeit sichergestellt ist.

Zusagen im Ausland.

In der Niederlassung in London, UK (Landesbank Baden-Württemberg London Branch) wurde den Mitarbeitern eine endgehalts- und dienstjahresabhängige Direktzusage (Pensionsplan) erteilt, die für den Neuzugang geschlossen und für neu eintretende Mitarbeiter durch einen beitragsorientierten Plan i.S.v. IAS 19 ersetzt wurde. Die Pensionsverpflichtungen des Pensionsplans sind mit durch einen Pension Trust verwalteten Planvermögen unterlegt. Der Pensionsplan sowie der Pension Trust unterliegen den Regularien in UK, wonach die Bank und die für den Trust zuständigen Treuhänder (Trustees) eine Funding-Strategie entwickeln und Zuwendungen an den Trust planen müssen. Die Risiken aus dem Pensionsplan trägt die Bank. Dabei handelt es sich u. a. um Kapitalanlagerisiken und demographische Risiken (insbesondere Langlebigkeitsrisiko). In der Vergangenheit wurden zur Risikoabsicherung bei Rentenbeginn der Versorgungsberechtigten teilweise Rentenversicherungsverträge abgeschlossen. Für manche Begünstigte bestehen auch Risikolebensversicherungen zur Absicherung des Todesfallrisikos während der aktiven Dienstzeit. Die verbleibenden Risiken trägt der Pensionsplan.

Die Strategie der Vermögensanlage wird alle drei Jahre durch die Bank und die Trustees überprüft und ggf. angepasst. Im Falle einer Unterdeckung wird ein Zuwendungsplan zur Erreichung des gewünschten Deckungsgrads vereinbart. Ein Teil des Planvermögens, wie etwa die Rentenversicherungsverträge, deckt die erwarteten Zahlungsverpflichtungen kongruent ab (Asset Liability Matching).

Aufgrund von Wesentlichkeitsgesichtspunkten werden die Angaben in Note 50 für die ausländischen Pläne nicht differenziert dargestellt.

Bewertung und Bilanzansatz.

Für die leistungsorientierten Pläne wird nach den Bestimmungen von IAS 19 der Verpflichtungsumfang jährlich durch unabhängige versicherungsmathematische Gutachter berechnet. Dabei wird zu jedem Abschlussstichtag der Barwert der erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation) nach dem Verfahren laufender Einmalprämien (Projected Unit Credit Method/Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei der Berechnung werden neben den am Bilanzstichtag bekannten Renten und Anwartschaften auch die künftig zu erwartenden Steigerungsraten der ruhegeldfähigen Gehälter und Renten (Bezüge- und Rententrend), die zu erwartenden Versorgungsfälle (Alter, Invalidität, Tod) sowie Austritte ohne Versorgungsfall (Fluktuation) berücksichtigt. Ergänzend zum Bezügetrend wird in der Bewertung der Pensionsverpflichtungen unterstellt, dass die Bezügeentwicklung der aktiven Mitarbeiter bis zum 50. Lebensjahr durch Karriereentwicklung leicht oberhalb des allgemeinen Trends liegt. Der Barwert der Pensionsverpflichtung wird auf Basis eines Rechnungszinssatzes ermittelt, der auf dem RATE:Link-Verfahren von Towers Watson basiert. Die Datengrundlage für die Zinsermittlung sind die von Bloomberg für die Eurozone erfassten Unternehmensanleihen mit einem AA-Rating bei wenigstens der Hälfte der Ratingagenturen. Durch finanzmathematische Methoden wird aus dieser Datengrundlage eine Zinsstrukturkurve abgeleitet und hieraus ein mit den Verpflichtungen laufzeitkongruenter Rechnungszinssatz abgeleitet. Die Wahrscheinlichkeiten für Tod, Invalidität und die Ehewahrscheinlichkeiten werden den Richttafeln von Prof. Klaus Heubeck entnommen. Als Rentenbeginnalter wird generell der frühestmögliche Rentenbeginn in der gesetzlichen Rentenversicherung (überwiegend Alter 63) herangezogen. Die beschriebenen Prämissen werden jährlich geprüft und ggf. angepasst.

Abweichungen vom erwarteten Verlauf der Pensionsverpflichtungen sowie Änderungen der Berechnungsparameter (Fluktuationsrate, Gehaltsanstieg, Rentensteigerung oder Rechnungszinssatz) führen zu sogenannten versicherungsmathematischen Gewinnen oder Verlusten. Diese werden im Jahr ihrer Entstehung in voller Höhe direkt in den Gewinnrücklagen bzw. im Sonstigen Ergebnis erfasst und verändern entsprechend das Eigenkapital.

Der als Schuld bzw. Vermögenswert zu erfassende Betrag ergibt sich aus dem Saldo des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung abzüglich (falls vorhanden) des beizulegenden Zeitwerts des Planvermögens zum Bilanzstichtag. Der nachzuverrechnende Dienstzeitaufwand entsteht durch Änderungen im leistungsorientierten Plan, die sich auf den erdienten Anteil von Versorgungsanwartschaften auswirken. Der Zinsaufwand umfasst den Anteil des Anstiegs des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtung bzw. bei vorhandenem Planvermögen der Pensionsrückstellung, der durch das Näherrücken des Zeitpunkts der Leistungserfüllung entsteht. Der Personalaufwand entspricht dem Barwert des jährlichen Zuwachses der erdienten Versorgungsanwartschaft zuzüglich eines eventuellen nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwands.

Es erfolgt eine Saldierung der erwarteten Erträge aus dem Planvermögen mit dem Zinsaufwand. Im Ergebnis wird somit nur der Nettozinsaufwand ausgewiesen. Für die Berechnung des Nettozinsergebnisses wird der Diskontierungszinssatz zugrunde gelegt. Der Ausweis des Dienstzeitaufwands sowie des Nettozinsergebnisses erfolgt im Verwaltungsaufwand.

Risiken und Steuerung.

Bei den leistungsorientierten Plänen ist die jeweilige Konzerngesellschaft verpflichtet, Versorgungsleistungen an frühere Arbeitnehmer und deren Hinterbliebene zu gewähren. Die damit verbundenen Risiken werden von der jeweiligen Konzerngesellschaft getragen, wobei einzelne Konzerngesellschaften von der Konzernmutter für einige Verpflichtungen freigestellt wurden.

Als wesentliche Risiken sind Bilanz-, Liquiditäts- und Kapitalanlagerisiken zu nennen. Bilanzrisiken bestehen nach IAS 19 v. a. in Bezug auf die Auswirkung der Pensionsverpflichtungen auf das Eigenkapital, da die Differenz aus erwarteten und tatsächlichen Pensionsverpflichtungen im Sonstigen Ergebnis erfasst wird und das Eigenkapital verändert. Bilanzrisiken entstehen dem Grunde und der Höhe nach durch die oben beschriebenen versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste. Sie können sowohl be- als auch entlastend wirken. Haupteinflussfaktor bei den auf die Bilanz bezogenen Risiken sind der Rechnungszinssatz, die Rendite auf Planvermögen sowie die sonstigen ökonomischen und demographischen Bewertungsparameter.

Der Rechnungszinssatz spielt bei der Bestimmung des Verpflichtungsumfangs eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt wegen seiner Volatilität. Die allgemeine Absenkung des Zinsniveaus in den letzten Jahren führte zu einem deutlich geringeren Rechnungszinssatz und damit einer starken Erhöhung der Pensionsverpflichtungen. Außerdem wirken sich von den Bewertungsannahmen abweichende Bestands- sowie Marktentwicklungen auf die Verpflichtungshöhe und damit auf die entsprechende Bilanzpositionen aus. Fallen die tatsächlichen Bezüge- und Rentenerhöhungen höher oder niedriger aus als angenommen, ergeben sich entsprechende Verluste oder Gewinne. Bei den Gesamtversorgungs- und Limitierungssystemen haben die Entwicklungen der Anwartschaften und Ansprüche bei externen Versorgungsträgern, wie dem BVV oder der gesetzlichen Rentenversicherung, Einfluss auf die Höhe der von der Konzerngesellschaft zu leistenden Versorgung, was sich insbesondere bei nachhaltigen Trendänderungen relativ stark auf die Pensionsverpflichtungen auswirken kann. Neben den genannten ökonomischen Risiken bestehen auch sogenannte biometrische Risiken. Da ein großer Teil der Pensionsverpflichtungen auf lebenslang zu zahlende Leistungen entfällt, ist dabei besonders das Langlebigkeitsrisiko zu nennen. Weichen die tatsächlich beobachteten Todesfälle von den auf Basis der Richttafeln erwarteten ab, ergeben sich ebenfalls Gewinne oder Verluste.

Für die wesentlichen Parameter wurden Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Neben dem Rechnungszins als wirkungsstärkste Einflussgröße wurden dabei die Wirkungen des Bezüge-, des Renten- und Karrieretrends sowie der Fluktuationswahrscheinlichkeit untersucht. Auf die Verpflichtungen aus den für den Neuzugang offenen Kapitalkonten (Basis- und Aufbaukonto) wirken sich die Sterblichkeit, der Bezüge- und Rententrend sowie die Fluktuation vergleichsweise nur unwesentlich aus, weil i. d. R. keine lebenslangen Leistungen gewährt werden und die Versorgungsanwartschaft für aktive Mitarbeiter nicht dynamisch mit den Bezügen anwächst. Dadurch wird sich das Bilanzrisiko der Konzernunternehmen im Zeitablauf stetig vermindern.

Die Erfüllung der Pensionsverpflichtungen ist mit der Zahlung von Ruhegeldern und damit einem Liquiditätsabfluss verbunden. Abgesehen vom Rechnungszinssatz, der keinen Einfluss auf die Höhe der Versorgungsleistungen hat, wirken sich die beschriebenen Faktoren der Bilanzrisiken auch auf den Liquiditätsbedarf aus. Da für die unmittelbaren Pensionsverpflichtungen kein Planvermögen separiert wurde, sind die Versorgungsleistungen aus dem Vermögen der Konzernunternehmen zu erbringen. Für die mittelbaren Verpflichtungen der Unterstützungskasse und der Zusatzversorgungskasse der LBBW besteht jeweils Planvermögen, aus dem die Ruhegelder erbracht werden können. Im Falle einer Unterdeckung stehen die Trägerunternehmen für Nachschüsse ein. Für das Planvermögen besteht ein Kapitalanlagerisiko, dem durch ein sorgsames Asset Management begegnet wird.

Der gesetzliche Insolvenzschutz der Pensionsverpflichtungen der LBBW erfolgt für Zusagen, die nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 erteilt wurden, über den Pensionssicherungsverein. Alle älteren Pensionszusagen sind über die Gewährträgerhaftung und Anstaltslast insolvenzgesichert.

Sonstige Rückstellungen.

Für ungewisse Verpflichtungen gegenüber Dritten und drohende Verluste aus belastenden Verträgen werden Rückstellungen gebildet. Rückstellungen sind mit dem besten Schätzwert angesetzt. Dieser entspricht dem Betrag, der die gegenwärtige Verpflichtung zum Bilanzstichtag wiedergibt (Betrag, der von der LBBW oder einem konsolidierten Tochterunternehmen bei vernünftiger Betrachtung des Sachverhalts oder bei Übertragung auf einen Dritten zu entrichten wäre) und der die größte Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Dabei hat das Management Erfahrungswerte aus ähnlichen Transaktionen einbezogen und eventuell auf Gutachten von unabhängigen Sachverständigen zurückgegriffen.

Die sonstigen Rückstellungen im Personalbereich enthalten u. a. Jubiläumsrückstellungen, Rückstellungen für Vorruhestand sowie Altersteilzeit.

Nach den Regelungen der Ehrungsordnung wird für eine Betriebszugehörigkeit von 10, 25, 40, 50 Jahren eine Jubiläumszahlung gewährt, deren Höhe sich nach betrieblichen oder tarifvertraglichen Regelungen richtet. Hierfür werden entsprechend Jubiläumsrückstellungen ermittelt und gebildet.

Für abgeschlossene Altersteilzeitvereinbarungen werden ebenfalls Rückstellungen gebildet. Die von Seiten des Gesetzgebers vorgeschriebene Wertsicherung für Wertguthaben bei Altersteilzeit erfolgt im Wege einer doppelseitigen Treuhandvereinbarung. Das in den Depots vorgehaltene und zweckgebundene Vermögen ist in einem Geldmarktfonds investiert und wird mit den entsprechenden Rückstellungen saldiert.

Ebenfalls werden Rückstellungen für abgeschlossene und potenzielle Vorruhestandsvereinbarungen gebildet, wobei potenzielle Rückstellungen gewichtet mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von 30 % angesetzt werden.

Die LBBW bietet Ihren Mitarbeitern in der Bank und einigen Tochtergesellschaften ein Langzeitkonto, das sogenannte LBBW FlexiWertkonto, an. Hierbei haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, Entgeltbestandteile in das FlexiWertkonto einzubringen und in Form von Zeit (Entnahmezeit) wieder zu entnehmen. Zur gesetzlich vorgeschriebenen Absicherung dieser Wertguthaben wurde eine doppelseitige Treuhandvereinbarung eingerichtet. Für die aus diesen Konten entstehenden Verpflichtungen werden Rückstellungen gebildet und mit dem Wertguthaben saldiert.

Für alle sonstigen Rückstellungen bestehen grundsätzlich dieselben Risiken wie für die Altersversorgungsverpflichtungen, allerdings aufgrund der kürzeren Verpflichtungsdauer in weitaus geringerem Umfang.

Rückstellungen für das außerbilanzielle Kreditgeschäft sowie Übrige Rückstellungen, welche Rückstellungen für Restrukturierung und Rechtsstreitigkeiten enthalten, werden angesetzt, sofern der LBBW-Konzern eine rechtliche oder faktische Verpflichtung aus einem Ereignis der Vergangenheit hat, der Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen zur Erfüllung dieser Verpflichtung wahrscheinlich und eine verlässliche Schätzung der Höhe der Verpflichtung möglich ist.

Langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Effekt aus der Abzinsung wesentlich ist.

20. Nachrangkapital.

Unter dem Posten Nachrangkapital weist der LBBW-Konzern nachrangige Verbindlichkeiten (z. B. Schuldscheindarlehen oder Emissionen), Genussrechte sowie typisch Stille Einlagen aus. Das Nachrangkapital besitzt handels- bzw. bankaufsichtsrechtlich sowohl Eigen- als auch Fremdkapitalcharakter. Aufgrund der vertraglich vereinbarten Kapitalrückzahlung sind die nachrangigen Verbindlichkeiten und Genussrechte unter IFRS als Fremdkapital zu

klassifizieren. Die Stillen Einlagen werden nach den Vorschriften des IAS 32 aufgrund des Bestehens eines vertraglichen Kündigungsrechts bzw. der Kapitalrückzahlung an den Investor ebenfalls als Fremdkapital bilanziert. Dies gilt auch für die Stillen Einlagen, die aufsichtsrechtlich und i. S. d. Kreditwesengesetzes (KWG) als haftendes Eigenkapital anerkannt sind.

Der Ansatz des Nachrangkapitals erfolgt grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten. Bei Änderung der Zins- und Tilgungs-Cashflows erfolgt der Bilanzansatz für Genussrechtskapital und Stille Einlagen zum Barwert. Die LBBW geht davon aus, dass in Höhe des Nominalvolumens von 1 Mrd. EUR Stille Einlagen zurückgezahlt werden können und hat dies in den Schätzungen der zukünftigen Zahlungsströme zur Ermittlung des Barwerts berücksichtigt. Die Rückzahlung ist abhängig von der Zustimmung der BaFin, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses noch ausstand.

Die fortgeführten Anschaffungskosten werden um Effekte aus dem Hedge Accounting angepasst. Erläuterungen zum Hedge Accounting können den Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu den Finanzinstrumenten entnommen werden (siehe Note 6).

21. Eigenkapital.

Das Stammkapital ist das von den Trägern der Landesbank Baden-Württemberg (Land Baden-Württemberg, Sparkassenverband Baden-Württemberg, Landeshauptstadt Stuttgart, Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank – sowie Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH) nach § 5 des Gesetzes über die Landesbank Baden-Württemberg in Verbindung mit § 3 der Satzung der Landesbank Baden-Württemberg eingezahlte Kapital.

Die Kapitalrücklage enthält den Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den (rechnerischen) Nennwert hinaus erzielt wird (Ausgabe-Agio).

Die Gewinnrücklagen beinhaltet neben den Einstellungen aus dem Konzernergebnis die Konzernanteile an den Bilanzergebnissen der konsolidierten Tochterunternehmen, soweit sie seit ihrer Zugehörigkeit zum Konzern erwirtschaftet worden sind. Darüber hinaus sind in den anderen Gewinnrücklagen die Effekte aus der IFRS-Erstanwendung – mit Ausnahme der im Sonstigen Ergebnis erfassten – und die versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste inkl. dazugehöriger latenter Steuern im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen ausgewiesen.

Fair-Value-Bewertungseffekte der AfS-Wertpapiere und Beteiligungen sowie erfolgsneutrale Bewertungsänderungen aus at Equity bewerteten Unternehmen sind im Sonstigen Ergebnis unter dem Posten Neubewertungsrücklage, ggf. nach Berücksichtigung latenter Steuern, ausgewiesen. Eine erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst, wenn der Vermögenswert veräußert oder aufgrund einer Wertminderung (Impairment) abgeschrieben wird. Die Neubewertungsrücklage enthält zusätzlich den Gegenposten aus der Bildung aktiver oder passiver latenter Steuern auf erfolgsneutral entstandene Bewertungsdifferenzen. Daneben wird im Sonstigen Ergebnis ebenfalls das Bewertungsergebnis aus Cashflow Hedges bzw. der darin enthaltene erfolgsneutrale Anteil am Gewinn oder Verlust inklusive des Gegenpostens aus der Bildung von aktiven und passiven latenten Steuern auf Cashflow Hedges ausgewiesen. Es werden Cashflows aus variabel verzinslichen Anleihen mit Laufzeiten bis max. fünf Jahre und durchschnittlichen Laufzeiten von ca. 2,5 Jahren abgesichert. Ebenfalls in dieser Position ausgewiesen ist die Währungsumrechnungsrücklage. Hier ist der Saldo der Umrechnungsdifferenzen, die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstanden sind, eingestellt. Die Beträge ergeben sich aus der Umrechnung des Jahresabschlusses einer wirtschaftlich selbständigen Teileinheit in die Konzernberichtswährung.

Die nicht beherrschenden Anteile sind als separater Unterposten im Eigenkapital angegeben, da neben den Anteilseignern des Mutterunternehmens noch weitere Gesellschafter am Eigenkapital einzelner Tochtergesellschaften beteiligt sind.

Segmentberichterstattung.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns wird auch im Geschäftsjahr 2013 gemäß den Vorschriften des IFRS 8 erstellt. Dem »Management Approach« folgend basiert die Segmentberichterstattung damit auf der internen Managementberichterstattung an den Gesamtvorstand, der in seiner Funktion als Hauptentscheidungsträger regelmäßig auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Allokation von Ressourcen und die Leistungsbeurteilung der Segmente trifft.

Abgrenzung der Segmente.

Die im Folgenden dargestellten Segmente werden in Übereinstimmung mit dem internen Managementbericht als – an den internen Organisationsstrukturen orientierten – Produkt- und Kundengruppen definiert. Tochterunternehmen und Beteiligungen sind dabei den einzelnen Segmenten entsprechend ihrer Geschäftsausrichtung zugeordnet.

Die Segmentberichterstattung des LBBW-Konzerns ist in die folgenden Segmente aufgeteilt:

- Das Segment **Corporates** ist ein zusammengefasstes Berichtssegment gem. IFRS 8.12 und beinhaltet die Geschäftssegmente Corporates I, Corporates II und International Business. Hierbei sind als wesentliche Tochterunternehmen die LBBW Immobilien Management GmbH, die Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH, die SüdLeasing GmbH, die MKB Mittelrheinische Bank GmbH und die SüdFactoring GmbH enthalten. Das Segment Corporates umfasst dabei die Geschäftsaktivitäten mit mittelständischen Unternehmenskunden mit Schwerpunkt in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Sachsen und Rheinland-Pfalz sowie Großkunden und das Geschäft mit der öffentlichen Hand. Die angebotenen Lösungen reichen auf der Finanzierungsseite von klassischen über strukturierte bis hin zu Off-Balance-Finanzierungen. Des Weiteren werden Dienstleistungen rund um das internationale Geschäft, Cash-Management, Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagement, Asset- und Pensionsmanagement angeboten. Darüber hinaus werden hier auch Produkte des primären Kapitalmarktgeschäfts für unsere Corporates Kunden und die gewerblichen Immobilienfinanzierungen einbezogen.
- Im Segment **Financial Markets** sind neben den Handelsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Kundengeschäft sämtliche Salesaktivitäten mit Kreditinstituten, Sovereigns, Versicherungen und Pensionskassen enthalten. Im Produktportfolio befinden sich Finanzinstrumente zur Zins-, Währungs-, Kreditrisiko- und Liquiditätssteuerung. Daneben werden Finanzierungslösungen am Primärmarkt im Eigen- und Fremdkapitalbereich sowie Asset-Management-Leistungen angeboten. Ergebnisse aus Finanzmarktgeschäften mit Unternehmenskunden sind im Segment Corporates abgebildet. Als wesentliches Tochterunternehmen ist die LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH dem Segment Financial Markets zugeordnet.
- Das Segment **Retail/Sparkassen** enthält alle Aktivitäten im Privatkundengeschäft mit Privat-, Anlage-, Private Banking- und Wealth-Management-Kunden. Das Produktspektrum reicht dabei vom klassischen Girokonto über Immobilienfinanzierungen und Vermögensberatung bis hin zu speziellen Dienstleistungen - insbesondere für Wealth-Management-Kunden - wie z. B. Financial Planning, Vermögensverwaltung, Depot- und Stiftungsmanagement. Ergänzend sind in diesem Segment die Geschäftsaktivitäten im Rahmen der Sparkassenzentralbankfunktion enthalten.
- Im Segment **Credit Investment** ist im Wesentlichen das Kreditersatzgeschäft des Konzerns gebündelt. Hierbei handelt es sich insbesondere um Eigeninvestments in Plain Vanilla Bonds, strukturierte Verbriefungen und Kreditderivate. Darüber hinaus ist die Finanzierung der Zweckgesellschaft Sealink Funding enthalten.
- Das Segment **Corporate Items** umfasst alle Geschäftsaktivitäten, die nicht in den vorhergehend genannten Segmenten enthalten sind. Dazu zählen neben den Treasury-Aktivitäten (insbesondere das Ergebnis aus der zentralen Anlage der Eigenmittel, die Aktiv-Passiv-Steuerung, IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung sowie das Management der strategischen Anlagen und des Deckungsstocks) vor allem die nicht konsolidierten Beteiligungen, Kosten für strategische Gesamtbankprojekte und Projekte zur Vorbereitung neuer regulatorischer Anforderungen sowie außerordentliche Erträge, die im Zusammenhang mit dem von der EU genehmigten Umstrukturierungsplan stehen (z. B. Restrukturierungsergebnis).
- In der Spalte Überleitung/Konsolidierung werden zum einen reine Konsolidierungssachverhalte erfasst, zum anderen werden die internen Steuerungsgrößen auf die Daten der externen Rechnungslegung übergeleitet.

Bewertungsmethoden.

Grundlage der Segmentinformationen sind die internen betriebswirtschaftlichen Steuerungsdaten des Finanzcontrollings, die sowohl Methoden der externen Rechnungslegung als auch ökonomische Bewertungsmethoden vereinen. Die hieraus resultierenden Bewertungs- und Ausweisunterschiede zu den IFRS-Konzerngrößen werden im Rahmen der Überleitrechnung dargestellt.

Die Erträge und Aufwendungen des LBBW-Konzerns werden grundsätzlich verursachungsgerecht den einzelnen Segmenten zugeordnet. Signifikante Erträge aufgrund von Transaktionen zwischen den Segmenten liegen somit nicht vor.

Die Ermittlung des Zinsergebnisses erfolgt nach der Marktzinsmethode. Hierin ist auch der Capital Benefit, d. h. der Anlagenutzen aus dem Eigenkapital, enthalten.

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entspricht den GuV-Werten und wird verursachungsgerecht den Segmenten zugeordnet.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten umfasst das Handelsergebnis, das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen sowie das Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen wird mit dem Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen und dem Ergebnis aus Ergebnisabführungsverträgen (EAV) in einer Position zusammengefasst und verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.

Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.

Die Verwaltungsaufwendungen eines Segments beinhalten neben den direkten Personal- und Sachkosten auch die auf Basis der internen Leistungsverrechnung zugeordneten Aufwendungen. Dabei wird auch die Bankenabgabe verursachungsgerecht auf die Segmente allokiert. Die Overheadkosten werden anteilig verteilt.

Als Segmentvermögen werden die bilanziellen Aktiva ausgewiesen. Die Zurechnung auf die Segmente erfolgt analog der internen Managementberichterstattung.

Im Vorgriff auf die bevorstehende Umstellung des Aufsichtsrechts von Basel 2.5 auf Basel III ab 1. Januar 2014 hat die LBBW bereits im Geschäftsjahr 2013 die neuen Anforderungen unter Berücksichtigung der vollständigen Umsetzung (»fully loaded«) in die interne Steuerung integriert. Eine rückwirkende Ermittlung der risikogewichteten Aktiva nach Basel III für das Geschäftsjahr 2012 erfolgte nicht. Ergänzend und zur besseren Vergleichbarkeit werden nachrichtlich nochmals die risikogewichteten Aktiva und die damit korrespondierenden Größen gebundenes Eigenkapital sowie Eigenkapitalrentabilität (RoE) nach dem im Geschäftsjahr 2013 noch geltenden Aufsichtsrecht (Basel 2.5) aufgezeigt.

Die Berechnung des durchschnittlich gebundenen Eigenkapitals in den Segmenten erfolgt auf Basis der ermittelten risikogewichteten Aktiva sowie einer kalkulatorischen Kernkapitalunterlegung.

Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) eines Segments errechnet sich aus dem Konzernergebnis vor Steuern bezogen auf das bankaufsichtsrechtlich durchschnittlich gebundene Eigenkapital. Die Cost Income Ratio (CIR) ermittelt sich aus dem Verhältnis von Verwaltungsaufwendungen zur Summe aus dem Zins-, Provisionsergebnis, Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und dem Sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden in der Segmentberichterstattung die Korrekturen der Bilanz aufgrund von Sachverhalten gemäß IAS 8.42 berücksichtigt.

Segmentergebnisse nach Geschäftsfeldern.

01.01. – 31.12.2013 Mio. EUR	Corporates	Financial Markets	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Zinsergebnis	1 300	398	350	– 22	– 232	1 794
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 301	1	– 12	5	– 3	– 310
Provisionsergebnis	321	92	216	– 5	– 102	522
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	36	152	0	186	– 2	373
Finanzanlage-, at-Equity- und EAV-Ergebnis[1]	1	0	0	– 121	137	16
Sonstiges betriebliches Ergebnis[2]	75	46	3	32	– 51	105
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	**1 432**	**690**	**557**	**74**	**– 253**	**2 500**
Verwaltungsaufwendungen	– 706	– 368	– 457	– 64	– 178	– 1 774
Operatives Ergebnis	**726**	**322**	**100**	**10**	**– 431**	**726**
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	0	0	0	– 300	0	– 300
Wertminderung Goodwill	– 3	0	0	0	0	– 3
Restrukturierungsergebnis	0	0	0	– 1	49	48
Konzernergebnis vor Steuern	**722**	**322**	**100**	**– 291**	**– 382**	**471**
Ertragsteuern						– 134
Konzernergebnis						**337**
Segmentvermögen (in Mrd. EUR)[3]	76,6	99,2	33,3	29,8	34,6	273,5
Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR)[4]	49,9	19,1	10,7	3,8	6,3	89,8
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)[4]	5,4	2,1	1,1	0,8	3,6	12,9
RoE (in %)[4]	**13,5**	**15,5**	**8,8**	**< 0**		**3,6**
CIR (in %)	**40,8**	**53,5**	**80,3**	**33,8**		**63,5**

1) Die Ergebnisse aus der Gewinn- und Verlustrechnung aus den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2013 für das Segment Corporates auf 6 Mio. EUR.
2) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.
3) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Jahr 2013 für das Segment Corporates 297 Mio. EUR.
4) Angaben auf Basis zukünftigem Aufsichtsrecht gem. Basel III nach vollständiger Umsetzung.

Nachrichtlich: Risikogewichtete Aktiva und korrespondierende Größe nach derzeitigem Aufsichtsrecht (Basel 2.5) zum Vergleich:

Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR)	49,3	13,8	10,2	2,7	3,3	79,4
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	4,7	1,3	1,0	0,5	5,4	12,9
RoE (in %)	15,2	24,3	10,4	< 0		3,6

01.01. – 31.12.2012 Mio. EUR	Corporates	Financial Markets	Retail/ Sparkassen	Credit Investment	Corporate Items/ Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern[1]
Zinsergebnis	1 427	423	361	– 23	– 132	2 057
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 133	7	– 11	– 2	– 6	– 143
Provisionsergebnis	340	61	212	– 2	– 96	514
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	– 277	181	– 2	419	– 296	24
Finanzanlage-, at-Equity- und EAV-Ergebnis[2]	51	0	– 1	– 115	199	135
Sonstiges betriebliches Ergebnis[3]	207	– 44	– 8	– 8	– 180	– 33
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	**1 615**	**628**	**551**	**270**	**– 511**	**2 554**
Verwaltungsaufwendungen	– 695	– 350	– 453	– 65	– 297	– 1 860
Operatives Ergebnis	**920**	**278**	**98**	**204**	**– 807**	**694**
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	0	0	0	– 305	0	– 305
Restrukturierungsergebnis	– 7	– 1	0	– 5	22	10
Konzernergebnis vor Steuern	**913**	**278**	**98**	**– 105**	**– 785**	**399**
Ertragsteuern						– 1
Konzernergebnis						**398**
Segmentvermögen (in Mrd. EUR)[4]	82,9	125,2	34,5	41,3	52,5	336,3
Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR)[5]						
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)[5]						10,5
RoE (in %)[5]						**3,8**
CIR (in %)	**41,0**	**56,3**	**80,4**	**16,9**		**72,6**

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).
2) Die Ergebnisse aus der Gewinn- und Verlustrechnung aus den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2012 für das Segment Corporates auf 55 Mio. EUR.
3) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.
4) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Jahr 2012 für das Segment Corporates 303 Mio. EUR.
5) Angaben auf Basis zukünftigem Aufsichtsrecht gem. Basel III nach vollständiger Umsetzung.

Nachrichtlich: Risikogewichtete Aktiva und korrespondierende Größe nach derzeitigem Aufsichtsrecht (Basel 2.5) zum Vergleich:

Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR)	56,9	14,9	11,5	7,6	4,9	95,8
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	5,3	1,5	1,1	0,8	1,8	10,5
RoE (in %)	17,2	18,4	9,2	< 0		3,8

Detailangaben Corporate Items, Überleitung und Konsolidierung.

Mio. EUR	Corporate Items 01.01.–31.12.2013	Corporate Items 01.01.–31.12.2012	Überleitung/Konsolidierung 01.01.–31.12.2013	Überleitung/Konsolidierung 01.01.–31.12.2012	Corporate Items/Überleitung/Konsolidierung 01.01.–31.12.2013	Corporate Items/Überleitung/Konsolidierung 01.01.–31.12.2012[1]
Zinsergebnis	– 211	– 30	– 22	– 101	– 232	– 132
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	– 3	– 6	0	0	– 3	– 6
Provisionsergebnis	1	1	– 103	– 98	– 102	– 96
Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten	– 39	– 332	37	35	– 2	– 296
Finanzanlage- at Equity- und EAV-Ergebnis[2]	5	18	133	182	137	199
Sonstiges betriebliches Ergebnis[3]	11	– 53	– 62	– 127	– 51	– 180
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	**– 236**	**– 402**	**– 17**	**– 109**	**– 253**	**– 511**
Verwaltungsaufwendungen	– 178	– 297	0	0	– 178	– 297
Operatives Ergebnis	**– 414**	**– 698**	**– 17**	**– 109**	**– 431**	**– 807**
Restrukturierungsergebnis	49	22	0	0	49	22
Konzernergebnis vor Steuern	**– 365**	**– 676**	**– 17**	**– 109**	**– 382**	**– 785**
Segmentvermögen (in Mrd. EUR)[4]	45,9	66,6	– 11,3	– 14,1	34,6	52,5
Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR)[5]	8,4		– 2,1		6,3	
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)[5]	3,9		– 0,3		3,6	

1) Korrektur Vorjahreswerte (siehe Note 2).
2) Die Ergebnisse aus der Gewinn- und Verlustrechnung aus den Segmenten zugeordneten at Equity bilanzierten Unternehmen belaufen sich im Jahr 2013 für das Segment Corporates auf 6 Mio. EUR (Vorjahr: 55 Mio. EUR).
3) Das Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien wird als Teil des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses ausgewiesen.
4) Die Anteile an at Equity bilanzierten Unternehmen aus den Segmenten zugeordneten Unternehmen betragen im Jahr 2013 für das Segment Corporates 297 Mio. EUR (Vorjahr: 303 Mio. EUR).
5) Angaben auf Basis zukünftigem Aufsichtsrecht gem. Basel III nach vollständiger Umsetzung.

Nachrichtlich: Risikogewichtete Aktiva und korrespondierende Größe nach derzeitigem Aufsichtsrecht (Basel 2.5) zum Vergleich:

Risikogewichtete Aktiva (Stichtag; in Mrd. EUR)	5,4	7,4	– 2,1	– 2,5	3,3	4,9
Gebundenes Eigenkapital (in Mrd. EUR)	5,6	2,1	– 0,3	– 0,2	5,4	1,8

Das Konzernergebnis vor Steuern des LBBW-Konzerns belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 471 Mio. EUR und hat sich gegenüber dem Vorjahr (399 Mio. EUR) um 72 Mio. EUR verbessert. Dabei waren differenzierte Entwicklungen bei den Segmenten zu verzeichnen. Das Konzernergebnis vor Steuern der drei operativen Segmente Corporates, Financial Markets und Retail/Sparkassen lag mit 1 144 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert von 1 289 Mio. EUR. Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Credit Investment verblieb mit – 291 Mio. EUR – insbesondere bedingt durch den konsequent vorangetriebenen Risikoabbau – unter dem Vorjahresergebnis (– 105 Mio. EUR). Gegenläufig entwickelte sich das Segment Corporate Items, welches ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von – 365 Mio. EUR (Vorjahr: – 676 Mio. EUR) auswies.

Bedingt durch die positive Entwicklung sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Kostenseite verbesserte sich die Cost Income Ratio (CIR) des LBBW-Konzerns um 9,1 %-Punkte auf 63,5 %. Die Bilanzsumme des LBBW-Konzerns reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 62,8 Mrd. EUR auf 273,5 Mrd. EUR. Diese Entwicklung spiegelte sich entsprechend im Segmentvermögen der einzelnen Segmente wider. Die risikogewichteten Aktiva (Basel III) des LBBW-Konzerns beliefen sich im Geschäftsjahr 2013 auf 89,8 Mrd. EUR.

Das Segment Corporates wies im Geschäftsjahr 2013 ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 722 Mio. EUR aus und verblieb damit unter dem Vorjahr (913 Mio. EUR). Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen geringere Erträge aus dem Verkauf von Beteiligungen, ein geringeres Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen, der gezielte Abbau von Nichtkernbankaktivitäten sowie die Rückführung von risikobehafteten und damit ertragsstarken Großengagements und eine verhaltene Kreditnachfrage. Diese Entwicklung konnte nahezu vollständig durch geringere Belastungen aus Rechtsrisiken kompensiert werden. Dank der guten wirtschaftlichen Lage in den Kernmärkten blieb die Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Jahr 2013 moderat, erhöhte sich jedoch gegenüber dem niedrigen Vorjahresniveau auf – 301 Mio. EUR. Aufgrund der stabilen Ertrags- und Kostenentwicklung im Segment erreichte die CIR mit rund 41 % das Vorjahresniveau. Durch den Abbau von Nichtkernbankaktivitäten sowie der Rückführung von Großengagements lag das Segmentvermögen mit 76,6 Mrd. EUR deutlich unter dem Vorjahreswert von 82,9 Mrd. EUR. Die risikogewichteten Aktiva (Basel III) betrugen im Geschäftsjahr 2013 49,9 Mrd. EUR.

Das Segment Financial Markets konnte im Jahr 2013 mit einem Konzernergebnis vor Steuern von 322 Mio. EUR das Vorjahresergebnis (278 Mio. EUR) deutlich übertreffen. Das operative Geschäft hat sich ordentlich entwickelt, konnte jedoch nicht wie im Vorjahr von Sondereffekten im Rahmen von Krisenmaßnahmen der Zentralbanken (fallende Zinsen und Einengungen der Credit Spreads für europäische Staaten) profitieren. Positiv wirkten im Geschäftsjahr 2013 Auflösungen von Rückstellungen im Zusammenhang mit Rechtsrisiken, die in den Vorjahren gebildet wurden. Insbesondere aufgrund des Anstiegs der Erträge konnte im Jahr 2013 die CIR auf 53,5 % spürbar verbessert werden. Das Segmentvermögen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (125,2 Mrd. EUR) merklich auf 99,2 Mrd. EUR und ist im Wesentlichen auf die Entwicklung der Marktwerte von Derivaten zurückzuführen. Neben einem zinsbedingten Rückgang wirkten hierbei vor allem das Schließen von gegenläufigen Derivatepositionen sowie die bilanzielle Aufrechnung infolge der Übertragung auf einen zentralen Abwickler reduzierend. Die risikogewichteten Aktiva (Basel III) betrugen im Geschäftsjahr 2013 19,1 Mrd. EUR.

Das Konzernergebnis vor Steuern im Segment Retail/Sparkassen überstieg mit 100 Mio. EUR das Vorjahr (98 Mio. EUR) und wies dabei eine differenzierte Entwicklung auf. Positiv entwickelte sich vor allem das Wertpapiergeschäft und die Vermögensverwaltung. Das Aktivgeschäft verblieb volumensbedingt unter dem Vorjahr. Im Einlagengeschäft konnte trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus ein stabiles Ergebnis erzielt werden. Aufgrund dieser Entwicklung liegt die CIR mit 80,3 % auf dem Niveau des Vorjahres. Das Segmentvermögen verringerte sich leicht auf 33,3 Mrd. EUR. Die risikogewichteten Aktiva (Basel III) für das Segment beliefen sich im Jahr 2013 auf 10,7 Mrd. EUR.

Im Segment Credit Investment lag das Konzernergebnis vor Steuern mit – 291 Mio. EUR unter dem Vorjahr (– 105 Mio. EUR). Folgende Entwicklungen waren hierfür maßgebend. Zum einen konnten im Jahr 2013 durch die positive Marktentwicklung Wertaufholungen bei CDS (Sovereigns und Financials) von rund 135 Mio. EUR verzeichnet werden, die jedoch unter dem Vorjahreswert von 346 Mio. EUR verblieben. Zum anderen führte dagegen der weitere Volumens- und Risikoabbau wie im Vorjahr zu Belastungen im Finanzanlagerergebnis. Zusätzlich belastete die Garantieprovision für den Risikoschirm mit – 300 Mio. EUR (Vorjahr: – 305 Mio. EUR) das Segmentergebnis. Aufgrund der rückläufigen Ertragsentwicklung belief sich die CIR auf 33,8 % nach 16,9 % im Vorjahr. Bedingt durch den konsequent vorangetriebenen Risikoabbau verringerte sich das Segmentvermögen erheblich auf 29,8 Mrd. EUR (Vorjahr: 41,3 Mrd. EUR). Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die risikogewichteten Aktiva (Basel III) für das Segment 3,8 Mrd. EUR.

Das Konzernergebnis vor Steuern des Segments Corporate Items war im Jahr 2013 - wie im Vorjahr - stark durch Sonder- und Einmaleffekte geprägt und betrug – 365 Mio. EUR nach – 676 Mio. EUR im Vorjahr. Positiv wirkten im Segment insbesondere geringere Belastungen aus IFRS-Spezifika im Zusammenhang mit der Refinanzierung, der Rückgang bei den Verwaltungsaufwendungen, der neben einem stringenten Kostenmanagement auch von einer reduzierten Bankenabgabe profitierte, die Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen sowie geringere Zinsaufwendungen durch die Wandlung der Stillen Einlagen. Diese Effekte wurden teilweise kompensiert durch den Wegfall eines positiven Einmaleffekts im Vorjahr, der aus den geänderten Barwerten der erwarteten Zinszahlungen von Hybridkapital resultierte. Insbesondere aufgrund des Rückgangs der Marktwerte von Derivaten verringerte sich das Segmentvermögen gegenüber dem Vorjahr (66,6 Mrd. EUR) signifikant auf 45,9 Mrd. EUR. Im Geschäftsjahr 2013 betrugen die risikogewichteten Aktiva (Basel III) im Segment 8,4 Mrd. EUR.

Überleitung der Segmentergebnisse auf die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns.

Im Geschäftsjahr 2013 beträgt die Summe aus der »Überleitung/ Konsolidierung« auf das Konzernergebnis vor Steuern – 17 Mio. EUR (Vorjahr: – 109 Mio. EUR) und ist im Wesentlichen auf folgende Sachverhalte zurückzuführen:

- In der internen Managementberichterstattung wird das Zinsergebnis auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Differenzen zur Gewinn- und Verlustrechnung ergeben sich somit aus periodenfremden Zinsergebnissen und aus nicht in der internen Managementberichterstattung enthaltenen IFRS-spezifischen Bewertungen (z. B. Aufrechnungsergebnis aus Rückkauf eigener Emissionen).
- Für Teile der Handelsbuchbestände unterscheiden sich in der internen Managementberichterstattung die Bewertungsmethoden von denen der IFRS-Rechnungslegung.
- Effekte aus IFRS-spezifischen Sachverhalten, die im Zusammenhang mit dem Hedge Accounting und der Fair-Value-Option stehen.

Angaben auf Unternehmensebene.

Informationen über Produkte und Dienstleistungen.

Bezüglich der von IFRS 8.32 geforderten Verteilung der Erträge auf Produkte und Dienstleistungen wird auf die Erläuterungen »Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung« in den Notes verwiesen.

Segmentierung nach geografischen Regionen.

Die Zuordnung der Ergebnisse zu geografischen Regionen orientiert sich am Sitz der Niederlassung bzw. des Konzernunternehmens und stellt sich für den LBBW-Konzern wie folgt dar:

31.12.2013 Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 327	43	114	27	- 11	2 500
Konzernergebnis vor Steuern	434	- 41	77	11	- 10	471

31.12.2012 Mio. EUR	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Amerika	Asien	Überleitung/ Konsolidierung	LBBW-Konzern
Nettoergebnis (nach Risikovorsorge)	2 208	267	68	19	- 8	2 554
Konzernergebnis vor Steuern	219	171	11	3	- 4	399

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung.

22. Zinsergebnis.

Die Positionen Zinserträge und Zinsaufwendungen enthalten auch Zins- und Dividendenerträge sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen von Held-for-Trading- sowie Fair-Value-Option-Finanzinstrumenten. Darüber hinaus sind aufgrund der nach IAS 32 zu erfolgenden Klassifizierung von Stillen Einlagen als Fremdkapital die Zahlungen an typisch Stille Gesellschafter im Zinsaufwand enthalten.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Handelsderivate	13 630	26 025
Kredit- und Geldmarktgeschäfte	4 753	5 906
Sicherungsderivate	1 798	5 356
Festverzinsliche Wertpapiere und Schuldverschreibungen	1 316	1 905
Vorfälligkeitsentschädigungen	90	136
Sonstige	695	698
Zinserträge	**22 282**	**40 026**
Leasinggeschäft	443	484
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	66	54
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	24	37
Gewinnabführungsverträge	8	12
Laufende Erträge	**541**	**587**
Zins- und Laufende Erträge	**22 823**	**40 613**
Handelsderivate	– 13 249	– 25 656
Sicherungsderivate	– 2 098	– 5 655
Einlagen	– 2 708	– 3 308
Verbriefte Verbindlichkeiten	– 1 112	– 1 748
Leasinggeschäft	– 75	– 73
Nachrangkapital	– 382	– 297
Verlustübernahme	– 2	– 3
Sonstige	– 1 403	– 1 816
Zinsaufwendungen	**– 21 029**	**– 38 556**
Insgesamt	**1 794**	**2 057**

Der Rückgang der Zinserträge ist im Wesentlichen auf den weiteren Abbau verzinslicher Volumina sowie auf niedrigere Erträge aus Eigenanlagen infolge des weiterhin gesunkenen Zinsniveaus zurückzuführen.

Für wertberichtigte finanzielle Vermögenswerte der Kategorie LaR wurde im Berichtsjahr aus der Barwertveränderung der Forderungen (Unwinding gemäß IAS 39.AG93) ein Zinsertrag i. H. v. 51 Mio. EUR (Vorjahr: 56 Mio. EUR) erfasst.

Aus der Aufrechnung eigener oder konzerninterner Schuldverschreibungen gem. IAS 39.39 ff ergab sich im Geschäftsjahr ein Zinsergebnis i. H. v. 7 Mio. EUR (Vorjahr: – 11 Mio. EUR).

Das Zinsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Zinserträge	6 457	7 721
Zinsaufwendungen	– 5 173	– 6 291
Insgesamt	**1 284**	**1 430**

23. Risikovorsorge im Kreditgeschäft.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Auflösung Risikovorsorge	360	518
Ergebnis aus Rückstellungen im Kreditgeschäft	11	90
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	17	14
Direkte Forderungsabschreibung	– 98	– 79
Zuführung Risikovorsorge	– 592	– 679
Sonstiger Aufwand für das Kreditgeschäft	– 8	– 7
Insgesamt	**– 310**	**– 143**

24. Provisionsergebnis.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Wertpapier- und Depotgeschäft	194	187
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	183	182
Vermittlungsgeschäft	110	113
Kredit-, Treuhand- und Avalgeschäft	84	98
Sonstiges	73	76
Provisionserträge	**644**	**656**
Wertpapier- und Depotgeschäft	– 74	– 89
Zahlungsverkehr und Auslandsgeschäft	– 24	– 21
Kredit-, Treuhand- und Avalgeschäft	– 11	– 10
Vermittlungsgeschäft	– 7	– 10
Leasinggeschäft	– 3	– 3
Sonstiges	– 3	– 9
Provisionsaufwendungen	**– 122**	**– 142**
Insgesamt	**522**	**514**

Im Sonstigen Provisionsergebnis sind vor allem Erträge und Aufwendungen aus der Vermögensverwaltung enthalten.

Das Provisionsergebnis der nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten beträgt 79 Mio. EUR (Vorjahr: 80 Mio. EUR).

25. Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Handelsergebnis	333	305
Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	37	– 260
Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen	3	– 21
Insgesamt	**373**	**24**

Handelsergebnis.

Im Handelsergebnis werden alle Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie Held for Trading ausgewiesen. Darüber hinaus werden hier das Ergebnis aus der Währungsumrechnung der Fremdwährungsposten und die Bewertungsergebnisse aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten gezeigt. Die Zins- und Dividendenerträge dieser Finanzinstrumente sowie die dazugehörigen Refinanzierungsaufwendungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Bonitätsinduzierte Geschäfte	65	305
Aktiengeschäfte	121	129
Devisengeschäfte	29	68
Wirtschaftliche Sicherungsderivate	– 102	80
Zinsgeschäfte	285	– 165
Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten	– 65	– 112
Insgesamt	**333**	**305**

Positive Ergebnisbeiträge ergaben sich insbesondere aus dem Handel im Bereich Zinsderivate, der im Vorjahr aufgrund vorgenommener Bewertungsanpassungen erheblich belastet war. Die anhaltenden Spreadeinengungen bei Bank- und Staatsadressen führten zu Wertaufholungen bei bonitätsinduzierten Geschäften, jedoch waren diese Effekte weniger stark als im Vorjahr.

Das Ergebnis aus Devisen-/Commodityprodukten enthält Gewinne und Verluste aus Devisen-Kassa- und Termingeschäften, Devisen-Optionen und Devisen-Futures. Das Ergebnis aus Devisengeschäften stellt die Effekte aus der Umrechnung von Fremdwährungsvermögenswerten oder Fremdwährungsverbindlichkeiten dar. Der Betrag der im Ergebnis erfassten Währungsumrechungsdifferenzen der nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente beläuft sich auf – 450 Mio. EUR (Vorjahr: 180 Mio. EUR). Demgegenüber stehen erfasste Währungsumrechungsdifferenzen i. H. v. 479 Mio. EUR (Vorjahr: – 121 Mio. EUR) für erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente.

Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option.

Im Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option werden alle realisierten und unrealisierten Ergebnisse aus Vermögenswerten und Verpflichtungen der Fair-Value-Option vereinnahmt. Dividenden und Zinserträge sowie Zinsaufwendungen aus Beständen der Fair-Value-Option werden im Zinsergebnis gezeigt. Die mit Käufen und Verkäufen verbundenen Provisionszahlungen sind im Provisionsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Realisiertes Ergebnis	10	69
Unrealisiertes Ergebnis	27	– 329
Insgesamt	**37**	**– 260**

Im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der verbesserten eigenen Bonität der LBBW ist für die hier zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten im unrealisierten Ergebnis ein Bewertungsverlust i. H. v. – 82 Mio. EUR (Vorjahr: – 144 Mio. EUR) enthalten.

Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen.

Das Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen beinhaltet die Bewertungsergebnisse aus effektiven Sicherungsbeziehungen im Rahmen des Hedge Accountings. Das Ergebnis aus nicht den Effektivitätsanforderungen des IAS 39 genügenden Sicherungsgeschäften wird im Handelsergebnis ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Portfolio Fair Value Hedge	5	– 17
davon Grundgeschäft	– 27	– 176
davon Sicherungsinstrument	32	159
Mikro Fair Value Hedge	– 2	– 4
davon Grundgeschäft	– 250	117
davon Sicherungsinstrument	248	– 121
Insgesamt	**3**	**– 21**

26. Ergebnis aus Finanzanlagen.

Im Ergebnis aus Finanzanlagen werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse (inkl. Wertminderungen) aus Wertpapieren der Kategorien Forderungen und Kredite (LaR) und zur Veräußerung verfügbar (AfS) sowie von Beteiligungen und Anteilen an nicht konsolidierten und an nicht at Equity bewerteten Unternehmen ausgewiesen. Ebenso sind Zuschreibungen auf Fremdkapitalinstrumente nach erfolgter bonitätsbedingter Abschreibung bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Veräußerungsergebnis	102	161
davon Derivatestruktur	0	– 19
davon Wertpapiere	65	8
davon Beteiligungen	37	172
Wertminderungen	– 21	– 30
Zuschreibungen	7	14
Ergebnis aus Finanzanlagen (AfS)	**88**	**145**
Veräußerungsergebnis	– 41	– 9
davon Wertpapiere	– 41	– 9
Wertminderungen	– 30	– 70
Zuschreibungen	49	31
Ergebnis aus Erstattungsansprüchen (Garantie)	– 56	– 17
Ergebnis aus Finanzanlagen (LaR)	**– 78**	**– 65**
Insgesamt	**10**	**80**

Das Ergebnis aus AfS-Finanzanlagen verringerte sich insbesondere aufgrund des gesunkenen Veräußerungsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr. Im Berichtsjahr ergaben sich positive Effekte aus Anleiheverkäufen, während im Vorjahr im Wesentlichen der Abgang von Beteiligungen das Ergebnis beeinflusste.

Der Ergebnisrückgang bei den LaR-Finanzanlagen begründet sich im Wesentlichen in negativen Veräußerungstransaktionen bei Wertpapieren sowie einem gesunkenen Ergebnis aus Erstattungsansprüchen der Landesgarantie. Geringere Wertminderungen wirkten sich positiv auf das LaR-Finanzanlagenergebnis aus.

Das Ergebnis aus Erstattungsansprüchen der Landesgarantie resultiert aus dem mit dem Land Baden-Württemberg vereinbarten Risikoschirm, welcher für ein definiertes Verbriefungsportfolio besteht. Der erhöhte Aufwand aus Erstattungsansprüchen ist auf Wechselkursveränderungen, Tilgungen und Modellpreisverbesserungen zurückzuführen.

27. Ergebnis aus at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Laufende Erträge assoziierte Unternehmen	42	58
Zuschreibungen	12	13
Laufende Erträge Joint Ventures	2	3
Erträge aus at Equity bewerteten Unternehmen	**56**	**74**
Wertminderungen assoziierte Unternehmen	– 37	– 17
Wertminderungen Joint Ventures	– 13	– 2
Aufwendungen aus at Equity bewerteten Unternehmen	**– 50**	**– 19**
Insgesamt	**6**	**55**

Von den Wertminderungen assoziierter Unternehmen entfallen 0 Mio. EUR (Vorjahr: – 9 Mio. EUR) auf Goodwill.

28. Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Veräußerung von Vorräten	945	228
Auflösung von übrigen Rückstellungen	215	50
Wertaufholung von Vorräten	0	30
Umsatzerlöse aus Immobiliendienstleistungen	19	22
Aufwandserstattung Dritter	34	21
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	17	20
Operate-Lease-Verhältnisse	25	20
Sachanlagevermögen und immaterielle Vermögenswerte	5	12
Übrige betriebliche Erträge	133	102
Sonstige betriebliche Erträge	**1 393**	**505**
Veräußerung von Vorräten	– 846	– 216
Zuführung zu übrigen Rückstellungen	– 190	– 161
Wertminderung von Vorräten	– 18	– 9
Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände	– 5	– 5
Operate-Lease-Verhältnisse	– 5	– 3
Übrige betriebliche Aufwendungen	– 253	– 189
Sonstige betriebliche Aufwendungen	**– 1 317**	**– 583**
Insgesamt	**76**	**– 78**

Die Erträge und Aufwendungen aus der Veräußerung von Vorräten bestehen im Wesentlichen aus dem Verkauf von Grundstücken und Gebäuden sowie aus unfertigen Erschließungsmaßnahmen. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus im Berichtsjahr realisierten Projekten.

Die im Berichtsjahr aufgelösten und zugeführten übrigen Rückstellungen beziehen sich hauptsächlich auf Rechtsrisiken.

Die Erträge und Aufwendungen aus der Bewirtschaftung anderer Immobilienbestände betreffen Grundstücke und Gebäude, die zu Verkaufszwecken erschlossen werden und in den Vorräten unter den Sonstigen Aktiva ausgewiesen werden.

In den Übrigen betrieblichen Aufwendungen sind Abschreibungen auf Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen i. H. v. – 30 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) enthalten.

29. Ergebnis aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Mieterträge	35	56
Erträge aus dem Abgang	0	6
Erträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**35**	**62**
Betriebliche Aufwendungen für vermietete Immobilien	– 7	– 15
Sonstige Aufwendungen	0	– 5
Aufwendungen aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	**– 7**	**– 20**
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	1	3
Insgesamt	**29**	**45**

Der Rückgang dieser Ergebnisposition im Geschäftsjahr 2013 steht im Wesentlichen mit dem Verkauf des Teilkonzerns LBBW Immobilien GmbH im ersten Quartal 2012 im Zusammenhang.

30. Verwaltungsaufwendungen.

Die Verwaltungsaufwendungen des LBBW-Konzerns setzen sich aus dem Personalaufwand, den Anderen Verwaltungsaufwendungen sowie den Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte zusammen.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Löhne und Gehälter	– 717	– 763
Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	– 135	– 136
Soziale Abgaben	– 113	– 113
Sonstige Personalaufwendungen	– 50	– 47
Personalaufwand	**– 1 015**	**– 1 059**
EDV-Kosten	– 198	– 146
Aufwendungen für Rechts- und Beratungsdienstleistungen	– 113	– 119
Aufwendungen aus Operate-Lease-Verhältnissen	– 57	– 58
Raumkosten	– 52	– 57
Verbands- und sonstige Beiträge	– 29	– 36
Kosten für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation	– 27	– 28
Honorare des Abschlussprüfers	– 13	– 12
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	– 171	– 214
Andere Verwaltungsaufwendungen	**– 660**	**– 670**
Abschreibungen immaterielle Vermögenswerte[1)]	– 46	– 68
Abschreibungen Sachanlagen[1)]	– 53	– 63
Abschreibungen	**– 99**	**– 131**
Insgesamt	**– 1 774**	**– 1 860**

1) Hier enthalten sind sowohl die planmäßigen als auch die außerplanmäßigen Abschreibungen. Der Teilbetrag der außerplanmäßigen Abschreibungen kann den Notes 41 und 43 entnommen werden.

Die strukturellen Verschiebungen im Verwaltungsaufwand sind bedingt durch das zum 1. September 2013 gestartete Outsourcing von Aktivitäten im IT-Umfeld.

In den Sonstigen Verwaltungsaufwendungen i. H. v. – 171 Mio. EUR (Vorjahr: – 214 Mio. EUR) sind Aufwendungen für die in Deutschland erhobene Bankenabgabe i. H. v. – 67 Mio. EUR (Vorjahr: – 92 Mio. EUR) enthalten. Daneben enthalten die Sonstigen Verwaltungsaufwendungen u. a. Aufwendungen für Büro- und KFZ-Kosten i. H. v. – 17 Mio. EUR (Vorjahr: – 18 Mio. EUR) sowie Porto-, Transport- und Kommunikationskosten i. H. v. – 18 Mio. EUR (Vorjahr: – 19 Mio. EUR).

Nähere Erläuterungen zu den Leasingangaben finden sich in Note 69.

Die Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung enthalten:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Aufwendungen für leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	**– 125**	**– 126**
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	– 75	– 82
Laufender Dienstzeitaufwand	– 52	– 44
Sonstige Erträge und Aufwendungen inkl. Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen	2	0
Andere Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung	**– 6**	**– 7**
Aufwendungen für beitragsorientierte Pensionsverpflichtungen	**– 4**	**– 3**
Insgesamt	**– 135**	**– 136**

Zusätzlich zu den Aufwendungen für Altervorsorge hat das Unternehmen im Geschäftsjahr – 65 Mio. EUR (Vorjahr: – 64 Mio. EUR) für Mitarbeiter in die deutsche Rentenversicherung eingezahlt und unter den sozialen Abgaben ausgewiesen.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers i. H. V. – 13 Mio. EUR (Vorjahr: – 12 Mio. EUR) setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Abschlussprüfungsleistungen	– 8	– 6
Andere Bestätigungsleistungen	– 1	– 1
Sonstige Leistungen	– 4	– 5
Insgesamt	**– 13**	**– 12**

31. Restrukturierungsergebnis.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	51	22
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	– 3	– 6
Laufender Aufwand aus Restrukturierungsmaßnahmen	0	– 6
Insgesamt	**48**	**10**

32. Ertragsteuern.

Der Ertrag bzw. die Aufwendungen aus Ertragsteuern setzen sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Ertragsteuern des Berichtszeitraums	– 50	– 23
Ertragsteuern aus früheren Jahren	– 58	50
Tatsächliche Ertragsteuern	**– 108**	**27**
davon Minderung tatsächlicher Ertragsteueraufwendungen wegen Nutzung von bislang nicht aktivierten Verlustvorträgen und Steuergutschriften	62	3
Latente Ertragsteuern	**– 26**	**– 28**
davon latenter Ertragsteueraufwand/-ertrag wegen Veränderung temporärer Unterschiedsbeträge	50	57
davon latenter Steueraufwand/-ertrag aus Steuersatzänderungen	– 5	– 10
davon latenter Steueraufwand/-ertrag wegen Änderung der Wertberichtigungen	0	– 48
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter temporärer Unterschiede früherer Perioden	13	– 8
davon Minderung latenter Ertragsteueraufwendungen wegen bisher nicht berücksichtigter Verlustvorträge und Steuergutschriften	48	11
Insgesamt	**– 134**	**– 1**

Folgende Überleitungsrechnung stellt den Zusammenhang zwischen ausgewiesenen und rechnerischen Ertragsteuern dar:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Konzernergebnis vor Steuern	**471**	**399**
Anzuwendender Steuersatz	30,34 %	30,34 %
Rechnerische Ertragsteuer	**– 143**	**– 121**
Steuereffekte		
aus nicht abziehbaren Betriebsausgaben	– 92	– 171
aus vorgenommenen Wertkorrekturen	85	– 80
aus im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	– 138	67
aus permanenten Steuereffekten	79	86
aus Steuersatzänderungen	– 4	– 5
aus nicht anrechenbaren Ertragsteuern (Quellensteuern und ausländische Steuern)	0	– 1
aus abweichenden Steuersätzen bei erfolgswirksamen Steuerabgrenzungen	– 7	14
aus sonstigen Unterschieden	– 5	3
aus steuerfreien Erträgen	91	207
Insgesamt	**– 134**	**– 1**

Der für die Überleitung anzuwendende Steuersatz ergibt sich aus dem in Deutschland zum Stichtag geltenden Körperschaftsteuersatz von 15,0% (Vorjahr: 15,0%) zuzüglich dem Solidaritätszuschlag i. H. v. 5,5% (Vorjahr: 5,5%) und dem vom jeweiligen Hebesatz abhängigen Gewerbesteuersatz (Durchschnitt: 14,51%, Vorjahr: 14,51%). Daraus ergibt sich ein gesamter inländischer Ertragsteuersatz für den Konzern von 30,34% (Vorjahr: 30,34%).

Die Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben beinhalten insbesondere Steuereffekte aus Beteiligungsveräußerungen und Wertberichtigungen, aus der Bankenabgabe sowie aus »Interbranch Expenses«.

Die Position Steuereffekte aus vorgenommenen Wertkorrekturen enthält im Wesentlichen Effekte aus der Fortschreibung steuerlicher Verlustvorträge.

Die steuerfreien Erträge beinhalten u. a. Effekte aus der Veräußerung von Konzerngesellschaften sowie steuerfreie Dividendeneinkünfte.

Für folgende Verlustvorträge und temporären Differenzen wurden keine latenten Steuern angesetzt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Nicht angesetzte Verlustvorträge zum Bilanzstichtag	3 724	3 954
davon verfallen 2015 und später	303	329
davon unverfallbar	3 421	3 625
Nicht angesetzte temporäre Differenzen zum Bilanzstichtag	163	229

Aktive latente Steuern bilden die potenziellen Ertragsteuerentlastungen aus zeitlich begrenzten Unterschieden zwischen den Wertansätzen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Konzernbilanz nach IFRS und den nationalen Steuerbilanzwerten ab. Latente Ertragsteuerverpflichtungen stellen die potenziellen Ertragsteuerbelastungen aus temporären Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen in der Bilanz nach IFRS und der Steuerbilanz dar.

Aktive und passive latente Steuern wurden im Zusammenhang mit folgenden Sachverhalten erfasst:

	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
Mio. EUR	2013	2012	2013	2012
Aktivposten				
Forderungen (inkl. Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	924	1 296	– 210	– 272
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	2 860	2 254	– 129	– 380
Finanzanlagen	2 960	2 913	– 206	– 257
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	4	0	0	0
Immaterielle Vermögenswerte	6	5	– 28	– 27
Sachanlagen/Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	28	27	– 189	– 206
Sonstige Aktiva	104	102	– 6	– 9
Passivposten				
Verbindlichkeiten	49	92	– 4 358	– 4 668
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	7	6	– 2 030	– 1 175
Rückstellungen	362	417	– 4	– 2
Sonstige Passiva	156	404	– 20	– 27
Verlust- und Zinsvorträge	613	603	0	0
Saldierung	– 7 011	– 6 853	7 011	6 853
Insgesamt[1)]	**1 062**	**1 266**	**– 169**	**– 170**
davon erfolgswirksame Veränderungen	159	– 274	– 185	242
davon Veränderung im Sonstigen Ergebnis	– 27	– 20	27	– 17
davon sonstige erfolgsneutrale Veränderungen	– 170	– 6	– 7	33
Veränderung des Geschäftsjahres	**– 38**	**– 300**	**– 165**	**258**

1) In den oben dargestellten Werten des Geschäftsjahres 2013 sind aktive und passive latente Steuern aus Veräußerungsgruppen enthalten.

Der Überhang an aktiven über die passiven latenten Steuern beträgt 893 Mio. EUR (Vorjahr: 1 096 Mio. EUR). Die Nutzung dieses Steuervorteils ist durch eine entsprechende Planungsrechnung belegt, welche auf dem stabilen und nachhaltigen Geschäftsmodell der LBBW beruht.

Angaben zur Bilanz.

33. Barreserve.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Guthaben bei Zentralnotenbanken	1 969	2 737
Kassenbestand	135	129
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel	52	43
Insgesamt	**2 156**	**2 909**

In den Guthaben bei Zentralnotenbanken sind Guthaben bei der Deutschen Bundesbank i. H. v. 282 Mio. EUR (Vorjahr: 1 102 Mio. EUR) enthalten.

34. Forderungen an Kreditinstitute.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Kommunalkredite	32 417	37 590
Kontokorrentforderungen	1 518	651
Wertpapierpensionsgeschäfte	7 439	4 826
Andere Kredite	3 190	2 700
Schuldscheindarlehen	1 150	1 590
Tages- und Termingelder	231	474
Hypothekendarlehen	137	214
Sonstige Forderungen	1 495	2 035
Insgesamt	**47 577**	**50 080**
davon an Central Counterparties	**1 561**	**1 509**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Inländische Kreditinstitute	38 924	43 840
Ausländische Kreditinstitute	8 653	6 240
Insgesamt	**47 577**	**50 080**

35. Forderungen an Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Andere Kredite	30 772	34 124
Hypothekendarlehen	30 741	33 134
Kommunalkredite	20 644	22 982
Forderungen aus Finance Lease	5 268	5 464
Weiterleitungsdarlehen	3 250	3 257
Wertpapierpensionsgeschäfte	6 171	5 096
Kontokorrentforderungen	3 595	4 390
Tages- und Termingelder	4 260	4 038
Schuldscheindarlehen	2 533	2 759
Sonstige Forderungen	1 816	1 928
Insgesamt	**109 050**	**117 172**
davon an Central Counterparties	**80**	**704**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Inländische Kunden	79 572	84 036
Ausländische Kunden	29 478	33 136
Insgesamt	**109 050**	**117 172**

In der Position Andere Kredite sind im Wesentlichen Konsortialkredite i. H. v. 10 866 Mio. EUR (Vorjahr: 13 113 Mio. EUR) sowie Baufinanzierungen und unbesicherte Anteile von Hypothekendarlehen und kommunal verbürgten Krediten enthalten.

Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 69.

36. Risikovorsorge.

Die aktivisch abgesetzte Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
Mio. EUR	Forderungen an Kredit-institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit-institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2013	**14**	**2 322**	**175**	**8**	**161**	**29**
Verbrauch	– 2	– 494	– 41	0	0	0
Zuführung	0	474	35	5	108	9
Auflösung	– 10	– 248	– 22	– 6	– 92	– 15
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	– 51	– 2	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	0	– 8	3	0	– 2	4
Stand 31. Dezember 2013	**2**	**1 995**	**148**	**7**	**175**	**27**

	Einzelwertberichtigung/ pauschalierte Einzelwertberichtigung			Portfoliowertberichtigung		
Mio. EUR	Forderungen an Kredit-institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease	Forderungen an Kredit-institute	Forderungen an Kunden	davon aus Finance Lease
Stand 1. Januar 2012	**175**	**2 556**	**170**	**10**	**204**	**17**
Verbrauch	– 171	– 376	– 39	0	0	0
Zuführung	11	561	59	6	101	19
Auflösung	0	– 369	– 16	– 8	– 141	– 4
Zeitablaufbedingte Barwertänderung (Unwinding)	0	– 56	– 2	0	0	0
Wechselkursbedingte und sonstige Veränderung	– 1	6	3	0	– 3	– 3
Stand 31. Dezember 2012	**14**	**2 322**	**175**	**8**	**161**	**29**

Für Rückstellungen im Kreditgeschäft siehe Ausführungen in Note 50 Erläuterungen zu Leasinggeschäften finden sich in Note 69.

37. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Handelsaktiva	66 687	102 542
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 316	1 896
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 399	6 026
Insgesamt	**71 402**	**110 464**

Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte.

	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	21 294	19 523	623	1 067
Geldmarktpapiere	2 346	2 810	0	1
Anleihen und Schuldverschreibungen	18 948	16 713	623	1 066
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	683	454	240	232
Aktien	225	182	10	6
Investmentanteile	458	272	215	219
Sonstige Wertpapiere	0	0	15	7
Sonstige	22 422	28 850	453	597
Schuldscheindarlehen	4 229	3 785	396	513
Sonstige Geldmarktgeschäfte	17 458	23 928	0	0
Sonstige Forderungen/Kredite			57	28
Übrige	735	1 137	0	56
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	22 288	53 715		
Insgesamt	**66 687**	**102 542**	**1 316**	**1 896**

Die Veränderung der Handelsaktiva ergibt sich hauptsächlich aus den derivativen Finanzinstrumenten. Im Wesentlichen resultiert der Rückgang aus Zinsderivaten, der sich vor allem aus dem Closing und aus der Übertragung auf einen zentralen Kontrahenten und anschließender Aufrechnung ergibt.

Diese Position enthält insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. 6 460 Mio. EUR (Vorjahr: 6 987 Mio. EUR).

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Wertpapiere gliedern sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	18 614	16 336	216	533
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	3 363	3 641	641	759
Nicht börsenfähige Wertpapiere	0	0	6	7
Insgesamt	**21 977**	**19 977**	**863**	**1 299**

Die der Handelsaktiva und der Fair-Value-Option zugeordneten Geldmarktpapiere sowie Anleihen und Schuldverschreibungen gliedern sich auf öffentliche und andere Emittenten wie folgt auf:

	Handelsaktiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	
Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Öffentliche Emittenten	5 999	6 104	25	200
Andere Emittenten	15 295	13 419	598	867
Insgesamt	**21 294**	**19 523**	**623**	**1 067**

Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die positiven Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Positive Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 822	4 801
Positive Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	577	1 222
Positive Marktwerte aus Cashflow Hedge	0	3
Insgesamt	**3 399**	**6 026**

Der Rückgang der positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten resultiert maßgeblich aus der Reduzierung des designierten Grundgeschäftsvolumens und dem somit auch reduzierten Volumen der Derivate im Portfolio Fair Value Hedge Accounting.

Die positiven Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten unterteilen sich nach den Grundgeschäften wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	0	2
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	5	6
Kategorie AfS	5	6
Derivative Sicherungsinstrumente auf Sonstige Vermögenswerte	54	0
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	49	90
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	167	422
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	175	434
Derivative Sicherungsinstrumente auf Nachrangige Verbindlichkeiten	127	271
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 822	4 801
Insgesamt	**3 399**	**6 026**

38. Finanzanlagen.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39 246	51 207
Geldmarktpapiere	106	0
Anleihen und Schuldverschreibungen	39 133	51 144
Erstattungsanspruch (Garantie)	7	63
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3	6
Investmentanteile	1	3
Sonstige Wertpapiere	2	3
Beteiligungen	888	971
Anteile an verbundenen Unternehmen	523	587
Insgesamt	**40 660**	**52 771**

Der Rückgang der Finanzanlagen im abgelaufenen Geschäftsjahr resultiert insbesondere aus Fälligkeiten sowie aus Abgängen bei Anleihen und Schuldverschreibungen anderer Emittenten.

Diese Position enthält insgesamt gestellte Sicherheiten mit dem Recht des Sicherungsnehmers zum Weiterverkauf bzw. zur Verpfändung i. H. v. 2 575 Mio. EUR (Vorjahr: 4 076 Mio. EUR).

Die Finanzanlagen enthalten in der Position Anleihen und Schuldverschreibungen das ABS-Portfolio mit einem noch ausstehenden Nominalbetrag von 6,3 Mrd. EUR, welches im Rahmen einer Garantiestruktur mit einer Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg i. H. v. 5,4 Mrd. EUR abgesichert wird. Die Verbriefungen im ABS-Portfolio sind im Wesentlichen der Kategorie LaR und nur in geringem Umfang der Kategorie AfS zugeordnet. Durch eine Konkretisierungsvereinbarung mit der Garantiegesellschaft wurde vertraglich festgelegt, dass Zahlungsausfälle aus strukturierten Wertpapieren im Rahmen des First Loss von der Bank getragen werden. Damit erfüllt die Höchstbetragsgarantie die Voraussetzungen für die Bilanzierung als Finanzgarantie.

Die Höchstbetragsgarantie auf das ABS-Portfolio ist kein integraler Bestandteil der jeweiligen finanziellen Vermögenswerte. Den erwarteten Ausfallrisiken auf die garantierten Referenzvermögenswerte der Kategorie LaR oder AfS wurde durch Bildung von Wertberichtigungen unter Berücksichtigung des bei der Bank liegenden First Loss (ursprünglich 1,9 Mrd. EUR) angemessen Rechnung getragen. In Höhe des den First Loss übersteigenden Impairment-Betrags von 7 Mio. EUR (Vorjahr: 63 Mio. EUR) wurde zum 31. Dezember 2013 ein Erstattungsanspruch aktiviert. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Impairmentbetrag und Erstattungsanspruch im Finanzanlageergebnis ausgewiesen.

Der Bestand an Wertpapieren in den Finanzanlagen gliedert sich nach Börsenfähigkeit und Börsennotierung wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere	34 318	42 728
Börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere	4 930	8 470
Nicht börsenfähige Wertpapiere	1	15
Insgesamt	**39 249**	**51 213**

Der Bestand an Geldmarktpapieren sowie Anleihen und Schuldverschreibungen der Finanzanlagen teilt sich wie folgt auf öffentliche und andere Emittenten auf:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Öffentliche Emittenten	5 669	10 268
Andere Emittenten	33 570	40 876
Insgesamt	**39 239**	**51 144**

Nachfolgend ist die Entwicklung der langfristigen Finanzanlagen in den Geschäftsjahren 2013 und 2012 dargestellt:

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2013	784	630	1 414
Zugänge	8	0	8
Abgänge	– 17	– 28	– 45
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	– 4	0	– 4
Veränderung Konsolidierungskreis	0	– 65	– 65
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 45	0	– 45
Stand 31. Dezember 2013	**726**	**537**	**1 263**
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2013	– 283	– 191	– 474
Abschreibungen des Geschäftsjahres	– 16	– 2	– 18
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	4	0	4
Umbuchungen	1	16	17
Veränderung Konsolidierungskreis	0	19	19
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	8	0	8
Stand 31. Dezember 2013	**– 286**	**– 158**	**– 444**
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2013	470	148	618
Änderungen Fair Value	– 30	5	– 25
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	– 1	0	– 1
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	10	– 6	4
Veränderung Konsolidierungskreis	0	– 3	– 3
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 1	0	– 1
Stand 31. Dezember 2013	**448**	**144**	**592**
Buchwert zum 31. Dezember 2013	**888**	**523**	**1 411**

Mio. EUR	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Gesamt
Historische Anschaffungs- und Herstellungskosten			
Stand 1. Januar 2012	856	671	1 527
Zugänge	8	19	27
Abgänge	– 139	– 91	– 230
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	– 1	0	– 1
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 9	0	– 9
Umbuchung aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	69	31	100
Stand 31. Dezember 2012	**784**	**630**	**1 414**
Abschreibungen			
Stand 1. Januar 2012	– 305	– 173	– 478
Abschreibungen des Geschäftsjahres	– 15	– 12	– 27
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	1	0	1
Umbuchungen	67	2	69
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	4	0	4
Umbuchung aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 35	– 8	– 43
Stand 31. Dezember 2012	**– 283**	**– 191**	**– 474**
Änderungen Fair Value			
Stand 1. Januar 2012	563	120	683
Änderungen Fair Value	43	15	58
Umbuchung in die Gewinn- und Verlustrechnung	– 136	5	– 131
Umbuchung aus Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	8	8
Stand 31. Dezember 2012	**470**	**148**	**618**
Buchwert zum 31. Dezember 2012	**971**	**587**	**1 558**

39. Anteile an at Equity bewerteten Unternehmen.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Assoziierte Unternehmen	274	267
Joint Ventures	23	36
Insgesamt	**297**	**303**

Die zusammengefassten Vermögenswerte, Schulden, Erlöse und Periodengewinne bzw. -verluste der at Equity bewerteten assoziierten Unternehmen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Summe Aktiva	14 882	15 043
Summe Schulden	13 580	13 852
Summe Eigenkapital	1 302	1 191
Erlöse	438	564
Periodengewinn/-verlust	131	186

Für assoziierte Unternehmen, die aufgrund von Unwesentlichkeit nicht nach der Equity-Methode bewertet werden, bestanden im Geschäftsjahr Vermögenswerte i. H. v. 1 868 Mio. EUR (Vorjahr: 2 043 Mio. EUR), Schulden in Höhe von 1 330 Mio. EUR (Vorjahr: 1 381 Mio. EUR) und Periodengewinne i. H. v. 12 Mio. EUR (Vorjahr: 20 Mio. EUR).

Für die at Equity bewerteten Joint Ventures ergeben sich folgende Angaben entsprechend der Beteiligungsquote ogemäß IAS 31.56:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Kurzfristige Vermögenswerte	60	83
Langfristige Vermögenswerte	30	26
Kurzfristige Schulden	42	63
Langfristige Schulden	20	20
Aufwendungen	– 26	– 26
Erträge	28	28

40. Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

Der durch den Vorstand beschlossene Restrukturierungsplan zur Neuausrichtung des LBBW-Konzerns sieht den Verkauf verschiedener Beteiligungen vor. Die Beschlussfassung hierzu erfolgte durch Genehmigung des Umstrukturierungsplans durch den ehemaligen Verwaltungsrat und Mitteilung an die EU-Kommission vom 3. Dezember 2009. Im Rahmen des Restrukturierungsplans wurden im aktuellen Geschäftsjahr Verhandlungen über den Verkauf von langfristigen Vermögenswerten sowie Veräußerungsgruppen aufgenommen oder geführt.

Gegenüber dem 31. Dezember 2012 haben sich in Bezug auf die als zur Veräußerung klassifizierten langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen folgende Änderungen ergeben:

- Im Jahr 2013 erfolgte der Verkauf der als Zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte klassifizierten Beteiligung an der Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart. Bis zu ihrem Verkauf war die Beteiligung dem Segment Corporate Items zugeordnet.
- Eine Beteiligung, die zum Halbjahresabschluss von einer vollkonsolidierten Tochtergesellschaft als zur Veräußerung gehalten klassifiziert wurde und dem Berichtssegment Corporates zugeordnet war, wurde im zweiten Halbjahr verkauft.
- Ebenso erfolgte die Übertragung der im Halbjahresabschluss erstmals als IFRS-5-klassifizierten Auslagerung von Teilen der IT der LBBW im dritten Quartal. Hiervon betroffen waren alle Segmente.
- Im Geschäftsjahr 2013 hat die LBBW die Verhandlungen für den Verkauf einer vollkonsolidierten Tochtergesellschaft, die als Veräußerungsgruppe klassifiziert wurde, aufgenommen. Im Rahmen der Verkaufsgespräche im zweiten Halbjahr 2013 wurde vereinbart, dass ein Teil der Forderungen an Kunden der Tochtergesellschaft beim Verkauf nicht auf den Käufer übergeht, sondern im LBBW-Konzern verbleibt. Dementsprechend erfolgte die Umgliederung dieses Teilportfolios in den Bilanzposten Forderungen an Kunden. Der Verkauf der verbleibenden Veräußerungsgruppe wird im ersten Halbjahr 2014 erwartet. Hiervon betroffen ist das Berichtssegment Corporates.
- Für ein zum Jahresende 2012 als zur Veräußerung klassifiziertes eigengenutztes Gebäude einer Tochtergesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2013 der Verkaufsprozess eingestellt. Folglich wurde der langfristige Vermögenswert zum Stichtag 31. Dezember 2013 zurückgegliedert. Aus der Änderung des Verkaufsplans ergab sich keine Auswirkung auf das Konzernergebnis.

Aus der Umklassifizierung der Veräußerungsgruppen und langfristigen Vermögenswerte gemäß IFRS 5 resultiert eine Wertminderung i. H. v. – 33 Mio. EUR.

Die Hauptgruppen der als Zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden lauten wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Aktiva		
Barreserve	8	0
Forderungen an Kreditinstitute	175	0
Forderungen an Kunden	478	0
Risikovorsorge	– 1	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	5	0
Finanzanlagen	55	16
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	2	0
Sachanlagen	0	7
Ertragsteueransprüche	4	0
Sonstige Vermögenswerte	1	0
Insgesamt	**727**	**23**
Passiva		
Verbindlichkeiten an Kreditinstitute	23	0
Verbindlichkeiten an Kunden	880	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	8	0
Sonstige Verbindlichkeiten	4	0
Insgesamt	**915**	**0**
Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen	118	0

41. Immaterielle Vermögenswerte.

Die Bestandsentwicklung der immateriellen Vermögenswerte kann den folgenden Aufstellungen für 2013 und 2012 entnommen werden:

Mio. EUR	Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2013	662	933	20	44	1	1 660
Veränderung aus Währungsumrechnung	– 1	0	0	– 1	0	– 2
Zugänge	22	0	29	0	1	52
Umbuchungen	8	0	– 16	0	4	– 4
Abgänge	– 19	0	0	0	0	– 19
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 39	0	0	– 12	0	– 51
Stand 31. Dezember 2013	**633**	**933**	**33**	**31**	**6**	**1 636**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2013	– 587	– 534	0	– 37	0	– 1 158
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	0	1	0	1
Planmäßige Abschreibungen	– 43	0	0	– 2	– 1	– 46
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	– 3	0	0	0	– 3
Umbuchungen	3	0	0	0	– 3	0
Abgänge	19	0	0	0	0	19
Umbuchung in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	33	0	0	12	0	45
Stand 31. Dezember 2013	**– 575**	**– 537**	**0**	**– 26**	**– 4**	**– 1 142**
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2013	75	399	20	7	1	502
Stand 31. Dezember 2013	58	396	33	5	2	494

Mio. EUR	Software	Goodwill	Geleistete Anzahlungen und Anschaffungskosten für Entwicklung und Vorbereitung	Sonstige immaterielle Vermögenswerte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten						
Stand 1. Januar 2012	627	969	23	44	0	1 663
Veränderungen im Konsolidierungskreis	– 1	– 36	0	0	0	– 37
Zugänge	28	0	15	0	1	44
Umbuchungen	13	0	– 18	0	0	– 5
Abgänge	– 5	0	0	0	0	– 5
Stand 31. Dezember 2012	**662**	**933**	**20**	**44**	**1**	**1 660**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand 1. Januar 2012	– 526	– 534	0	– 36	0	– 1 096
Veränderungen im Konsolidierungskreis	1	0	0	0	0	1
Planmäßige Abschreibungen	– 66	0	0	– 1	0	– 67
Außerplanmäßige Abschreibungen	– 1	0	0	0	0	– 1
Abgänge	5	0	0	0	0	5
Stand 31. Dezember 2012	**– 587**	**– 534**	**0**	**– 37**	**0**	**– 1 158**
Buchwerte						
Stand 1. Januar 2012	101	435	23	8	0	567
Stand 31. Dezember 2012	75	399	20	7	1	502

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte, sowohl planmäßige, als auch außerplanmäßige, sind – mit Ausnahme des Goodwills (separater Posten der Gewinn- und Verlustrechnung) - in dem Posten Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Immaterielle Vermögenswerte i. H. v. 71 Mio. EUR (Vorjahr: 60 Mio. EUR) besitzen eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

Goodwill.

Bezüglich der Vorgehensweise beim Wertminderungstest nach IAS 36 wird auf die Ausführungen in den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verwiesen. Der Buchwert des Goodwills sowie die Bruttobeträge und die kumulierten Wertminderungen haben sich im Geschäftsjahr in den Geschäftssegmenten Corporates I, Corporates II und International Business sowie dem Segment Financial Markets wie folgt entwickelt:

	Corporates I		Corporates II		International Business		Financial Markets		Insgesamt	
Mio. EUR	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Bestand zum 1. Januar	198	198	185	221	0	0	16	16	399	435
Wertminderungen	– 3	0	0	0	0	0	0	0	– 3	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis/ Sonstige	0	0	0	– 36	0	0	0	0	0	– 36
Bestand zum 31. Dezember	**195**	**198**	**185**	**185**	**0**	**0**	**16**	**16**	**396**	**399**
Bruttobetrag des Goodwill	435	435	449	449	33	33	16	16	933	933
Kumulierte Wertminderungen	– 240	– 237	– 264	– 264	– 33	– 33	0	0	– 537	– 534

In anderen Geschäftssegmenten als den oben dargestellten gibt es keinen Goodwill.

Die Werthaltigkeitsprüfungen des Goodwill für das Geschäftsjahr 2013 führten zu keinen Wertminderungen. Die in der Tabelle ersichtlichen Wertminderungen i. H. v. von – 3 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) sind vollständig darauf zurückzuführen, dass in Bezug auf eine im Veräußerungsprozess befindliche Tochtergesellschaft die Vorschriften des IFRS 5 zum Tragen kamen. Der erzielbare Betrag für jedes Geschäftssegment liegt jedoch über seinem jeweiligen Buchwert.

Für das Geschäftssegment Corporates I liegt den Werthaltigkeitsprüfungen ein Kapitalisierungszinssatz von 10,25% bzw. 8,50% in der ewigen Rente zugrunde. Die entsprechenden Werte für die Geschäftssegmente Corporates II und Financial Markets liegen bei 9,94% und 8,19% bzw. 10,81% und 9,81%.

2012 kam ein Kapitalisierungszinssatz für das Geschäftssegment Corporates I von 10,0% bzw. 8,25% in der ewigen Rente zur Anwendung. Die entsprechenden Werte für die Geschäftssegmente Corporates II und Financial Markets lagen bei 9,70% und 7,95% bzw.10,0% und 9,0%. Bei den dargestellten Kapitalisierungszinssätzen handelt es sich jeweils um Nachsteuersätze. Vorsteuer-Kapitalisierungszinssätze gemäß IAS 36.55 werden retrograd ermittelt.

Für das Geschäftssegment International Business liegt im Jahr 2013 ebenso wie im Vorjahr kein Goodwill vor.

Sensitivitätsüberlegungen in Bezug auf den den zahlungsmittelgenerierenden Einheiten zugeordneten Goodwill wurden durchgeführt. Vor dem Hintergrund, dass der erzielbare Betrag deutlich über dem Buchwert liegt, ist das Management der Auffassung, dass realistische Änderungen der wesentlichen Annahmen für die Ermittlung des erzielbaren Betrags der Goodwill-tragenden Geschäftssegmente Corporates I, Corporates II und Financial Markets über die IFRS-5 induzierte Wertminderung hinaus keine weiteren Wertminderungen zur Folge haben.

42. Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

Die Buchwerte der zum Fair Value bewerteten Immobilien, die als Finanzinvestition gehalten werden, haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

Mio. EUR	2013	2012
Buchwert 1. Januar	**516**	**469**
Zugänge	3	0
Abgänge	- 11	- 12
Veränderung des Konsolidierungskreises	14	0
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte oder Veräußerungsgruppen	- 4	0
Umbuchungen aus/in Vorräte und Sachanlagen	- 14	54
Fair-Value-Änderungen aus Beständen	1	3
Fair-Value-Änderungen aufgrund Abgang, Impairment oder Umbuchung	1	2
Buchwert 31. Dezember	**506**	**516**

Die Umbuchung aus/in Vorräte und Sachanlagen resultiert hauptsächlich aus der Umgliederung eines Objekts der LBBW Immobilien Management GmbH in die Vorräte.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien i. H. v. 506 Mio. EUR (Vorjahr: 516 Mio. EUR) besitzen eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

43. Sachanlagen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens im Berichts- und Vorjahr stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing-gegenstände Finance Lease	Leasing-gegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2013	**702**	**119**	**490**	**4**	**10**	**205**	**1 530**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	1	0	0	1	2
Veränderung aus Währungsumrechnung	– 2	0	– 1	0	0	0	– 3
Zugänge	4	1	11	2	1	0	19
Umbuchungen	– 5	0	5	– 3	0	5	2
Abgänge	– 3	– 4	– 61	0	0	– 1	– 69
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 13	– 19	– 132	0	0	0	– 164
Stand 31. Dezember 2013	**683**	**97**	**313**	**3**	**11**	**210**	**1 317**
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2013	**– 301**	**– 89**	**– 343**	**0**	**– 6**	**– 81**	**– 820**
Planmäßige Abschreibungen	– 23	– 5	– 25	0	– 1	– 4	– 58
Umbuchungen	1	0	0	0	0	– 1	0
Abgänge	3	3	56	0	0	1	63
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	1	15	107	0	0	0	123
Stand 31. Dezember 2013	**– 319**	**– 76**	**– 205**	**0**	**– 7**	**– 85**	**– 692**
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2013	401	30	147	4	4	124	710
Stand 31. Dezember 2013	364	21	108	3	4	125	625

Mio. EUR	Grundstücke und Gebäude	Technische Anlagen und Maschinen	Betriebs- und Geschäfts-ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Leasing-gegenstände Finance Lease	Leasing-gegenstände Operate Lease	Gesamt
Anschaffungs-/ Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2012	**778**	**109**	**495**	**22**	**10**	**140**	**1 554**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	– 2	0	0	0	– 2
Veränderung aus Währungsumrechnung	1	0	1	0	0	0	2
Zugänge	4	7	11	4	0	3	29
Umbuchungen	– 71	4	23	– 21	0	65	0
Abgänge	– 1	– 1	– 38	– 1	0	– 3	– 44
Umbuchungen in Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	– 9	0	0	0	0	0	– 9
Stand 31. Dezember 2012	**702**	**119**	**490**	**4**	**10**	**205**	**1 530**
Ab- und Zuschreibungen							
Stand 1. Januar 2012	**– 287**	**– 83**	**– 344**	**0**	**– 5**	**– 77**	**– 796**
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	2	0	0	0	2
Planmäßige Abschreibungen	– 20	– 7	– 35	0	– 1	– 3	– 66
Umbuchungen	6	0	– 1	0	0	– 3	2
Abgänge	0	1	35	0	0	2	38
Stand 31. Dezember 2012	**– 301**	**– 89**	**– 343**	**0**	**– 6**	**– 81**	**– 820**
Buchwerte							
Stand 1. Januar 2012	491	26	151	22	5	63	758
Stand 31. Dezember 2012	401	30	147	4	4	124	710

Die Abschreibungen, sowohl planmäßige, als auch außerplanmäßige, werden unter dem Posten Abschreibungen auf Sachanlagen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

Sachanlagen i. H. v. 620 Mio. EUR (Vorjahr: 644 Mio. EUR) besitzen eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten.

44. Ertragsteueransprüche.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Ertragsteueransprüche	179	182
davon Inland	167	162
davon Ausland	12	20
Latente Ertragsteueransprüche	1 058	1 266
Insgesamt	**1 237**	**1 448**

Die laufenden Ertragsteueransprüche sind i. H. v. 179 Mio. EUR (Vorjahr: 182 Mio. EUR) innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteueransprüche i. H. v. 1 058 Mio. EUR (Vorjahr: 1 266 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteueransprüchen wird auf die Angaben unter Note 32 verwiesen.

45. Sonstige Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Vorräte	439	1 034
Forderungen an Finanzbehörden	47	13
Forderungen aus phasengleich vereinnahmten Beteiligungserträgen	5	7
Übrige Sonstige Aktiva	125	310
Insgesamt	**616**	**1 364**

In den Sonstigen Aktiva sind Vermögenswerte i. H. v. 35 Mio. EUR (Vorjahr: 36 Mio. EUR) enthalten, die eine Restnutzungsdauer von mehr als 12 Monaten besitzen.

Die Vorräte unterteilen sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit unfertigen Bauten	198	709
Unfertige Leistungen und Erschließungsmaßnahmen	77	107
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit fertigen Bauten	23	102
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	50	26
Sonstiges Vorratsvermögen	91	90
Insgesamt	**439**	**1 034**

Die Veränderung der Vorräte resultiert hauptsächlich aus im Berichtsjahr realisierten Projekten.

Der Buchwert der Vorräte, die zum Fair Value abzüglich Vertriebsaufwendungen angesetzt sind, beträgt 10 Mio. EUR (Vorjahr: 10 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr wurden i. H. v. 3 Mio. EUR (Vorjahr: 7 Mio. EUR) Fremdkapitalkosten für Vorräte aktiviert.

Unter dem Sonstigen Vorratsvermögen werden u. a. Edelmetallbestände ausgewiesen.

46. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Wertpapierpensionsgeschäfte	14 259	15 388
Schuldscheindarlehen	10 067	12 070
Tages- und Termingelder	3 256	3 910
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	2 238	3 815
Kontokorrentverbindlichkeiten	1 972	2 487
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	506	439
Sonstige Verbindlichkeiten	25 732	26 127
Insgesamt	**58 030**	**64 236**
davon gegenüber Central Counterparties	**4 884**	**6 993**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Inländische Kreditinstitute	50 592	58 564
Ausländische Kreditinstitute	7 438	5 672
Insgesamt	**58 030**	**64 236**

47. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Geschäftsartengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Kontokorrentverbindlichkeiten	30 662	27 312
Tages- und Termingelder	18 020	17 005
Schuldscheindarlehen	8 828	10 755
Wertpapierpensionsgeschäfte	8 382	10 001
Begebene öffentliche Namenspfandbriefe	6 785	9 232
Spareinlagen	7 218	7 050
Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	1 062	1 211
Sonstige Verbindlichkeiten	1 092	2 766
Insgesamt	**82 049**	**85 332**
davon gegenüber Central Counterparties	**5 991**	**7 325**

Regionengliederung.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Inländische Kunden	71 195	71 892
Ausländische Kunden	10 854	13 440
Insgesamt	**82 049**	**85 332**

48. Verbriefte Verbindlichkeiten.

Unter den verbrieften Verbindlichkeiten werden in erster Linie begebene Schuldverschreibungen und andere Verbindlichkeiten, die in Form einer übertragbaren Urkunde verbrieft wurden, ausgewiesen.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Begebene Schuldverschreibungen	49 374	59 879
Hypothekenpfandbriefe	4 369	5 906
Öffentliche Pfandbriefe	10 577	17 202
Sonstige Schuldverschreibungen	34 428	36 771
Andere verbriefte Verbindlichkeiten	187	1 710
Insgesamt	**49 561**	**61 589**

Der Rückgang der Verbrieften Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus Fälligkeiten bei öffentlichen Pfandbriefen sowie bei Inhaberschuldverschreibungen.

Für die Angaben zur Emissionstätigkeit verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Note 68.

49. Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Handelspassiva	47 973	85 657
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	5 734	7 184
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 947	6 891
Insgesamt	**57 654**	**99 732**

Handelspassiva und der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten.

	Handelspassiva		Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	
Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten und wirtschaftlichen Hedgingderivaten	19 489	51 875		
Geldmarktgeschäfte	24 975	30 722	53	70
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 864	2 064	2 933	3 757
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	0	615	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	603	958	0	0
Schuldscheindarlehen	41	38	1 431	2 721
Nachrangige Verbindlichkeiten			702	636
Insgesamt	**47 973**	**85 657**	**5 734**	**7 184**

Der Rückgang der Handelspassiva resultiert zum einen aus dem Übertrag von Derivaten auf einen zentralen Kontrahent und der anschließenden Aufrechnung der Bestände analog der Entwicklung auf der Aktivseite. Zum anderen überstiegen die Fälligkeiten das Neugeschäft.

Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

In diesem Posten werden die negativen Marktwerte von Derivaten ausgewiesen, die zur Absicherung von Grundgeschäften gegen das Zinsänderungsrisiko eingesetzt werden. Als Sicherungsinstrumente wurden Zins- und Zinswährungsswaps designiert.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Negative Marktwerte aus Portfolio Fair Value Hedge	2 661	4 941
Negative Marktwerte aus Mikro Fair Value Hedge	1 286	1 945
Negative Marktwerte aus Cashflow Hedge	0	5
Insgesamt	**3 947**	**6 891**

Dem Rückgang der negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten liegt der Sachverhalt analog den Erläuterungen in der Note 37 zugrunde.

Die negativen Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten verteilen sich auf die Grundgeschäfte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Aktivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kreditinstitute	17	35
Derivative Sicherungsinstrumente auf Forderungen an Kunden	285	509
Derivative Sicherungsinstrumente auf Finanzanlagen	916	1 391
Kategorie AfS	915	1 386
Kategorie LaR	1	5
Passivposten		
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10	5
Derivative Sicherungsinstrumente auf Verbriefte Verbindlichkeiten	58	10
Derivative Sicherungsinstrumente auf Portfolio Fair Value Hedge	2 661	4 941
Insgesamt	**3 947**	**6 891**

50. Rückstellungen.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	2 288	2 293
Übrige Rückstellungen	684	613
davon Restrukturierungsrückstellungen	165	254
Rückstellungen im Kreditgeschäft	82	99
Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	86	128
Insgesamt	**3 140**	**3 133**

Es bestehen Rückstellungen i. H. v. 512 Mio. EUR (Vorjahr: 299 Mio. EUR) mit einer Restlaufzeit von kleiner 12 Monaten.

Pensionsrückstellungen.

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung der Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen dar:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Nettozinsergebnis aus Versorgungsplänen	– 75	– 82
Laufender Dienstzeitaufwand inkl. Auflösung von Pensionsrückstellungen	– 50	– 44
Nettozuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**– 125**	**– 126**

Die Entwicklung des Barwerts der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	2013	2012
Stand 1. Januar	2 512	1 947
Anpassung Vorjahreswerte inkl. Veränderung aus Konsolidierungskreis[1)]	101	2
Stand 1. Januar angepasst	**2 613**	**1 949**
In der GuV erfasste Veränderungen	134	134
Zinsaufwand/-ertrag	82	90
Laufender Dienstzeitaufwand	52	44
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	– 88	519
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (–) aus Änderungen der demographischen Annahmen	2	0
Versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (–) aus Änderungen der finanziellen Annahmen	– 157	470
Erfahrungsbedingte versicherungsmathematische Verluste (+)/Gewinne (–)	67	49
Andere Veränderungen	– 130	– 90
Gezahlte Leistungen	– 98	– 87
Zahlungen im Rahmen von Abgeltungen	– 29	– 3
Unternehmenszusammenschlüsse/-veräußerungen	– 3	0
Stand 31. Dezember	**2 529**	**2 512**

1) Im Geschäftsjahr 2013 ist die Anpassung im Wesentlichen durch die Umgliederung der Beihilferückstellung in die Pensionsverpflichtungen bedingt.

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen gliedert sich nach Art der Begünstigten wie folgt:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Barwert der Pensionsverpflichtungen für aktive Arbeitnehmer	826	860
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Anwärter	385	414
Barwert der Pensionsverpflichtungen für Rentner	1 318	1 238
Insgesamt	**2 529**	**2 512**

Die Untergliederung dieses Barwerts nach Art der Leistung ergibt sich wie folgt:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Barwert der angesammelten, aber verfallbare Pensionsverpflichtungen	163	192
Barwert der unverfallbaren Pensionsverpflichtungen	2 366	2 320
Insgesamt	**2 529**	**2 512**

Der Barwert der Pensionsverpflichtungen aus leistungsorientierten Plänen ergibt sich aus den folgenden Zusagen bzw. Leistungen:

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch bedingte Leistungen	3	3
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch künftige Gehaltssteigerungen	161	176
Barwert der Pensionsverpflichtungen begründet durch sonstige Leistungen	2 365	2 333
Insgesamt	**2 529**	**2 512**

Dabei wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen den Berechnungen der Verpflichtungshöhe aus leistungsorientierten Plänen zugrunde gelegt:

in %	31.12.2013	31.12.2012
Fluktuation	4,50	5,50
Abzinsungssatz	3,50	3,25
Erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung	2,00	2,00
Erwartete Rentensteigerung	1,90	1,90
Karrieredynamik	0,50	0,50

Die Sterblichkeit, Verheiratungswahrscheinlichkeit und Invalidität ergibt sich nach den Richttafeln 2005G von Heubeck. Der Eintritt in den Altersruhestand wird entsprechend dem rechnungsmäßigen Pensionierungsalter angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Sensitivität der Pensionsverpflichtung zum Abschlussstichtag hinsichtlich der jeweils isolierten Veränderung wesentlicher Annahmen. Eine Änderung der einzelnen Parameter um 0,5 Prozentpunkte hätte bei ansonsten konstant gehaltenen Annahmen folgende Auswirkungen auf die Versorgungsverpflichtung zum Ende des laufenden Geschäftsjahres:

31.12.2013 Mio. EUR	Zunahme um 0,5 %-Punkte	Abnahme um 0,5 %-Punkte
Leistungszusagen Pensionen		
Änderung des Rechnungszinssatzes	– 169	190
Änderung der erwarteten Einkommensentwicklung	83	– 77
Änderung der erwarteten Rentenentwicklung	37	– 34
Änderung der Karrieredynamik	5	– 5
Änderung der Fluktuation	– 1	1

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um 1 Jahr würde zu einem Anstieg der Leistungszusagen um 91 Mio. EUR führen.

Bei der Ermittlung der Sensitivitäten wurde jeder Parameter c. p. gestresst. Eine Korrelation der Bewertungsannahmen untereinander wurde somit nicht berücksichtigt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens weist zum Jahresende folgende Zusammensetzung auf:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Festgelder und sonstige liquide Mittel	4	4
Level 1 bewertet	3	4
Level 2 bewertet	1	0
Wertpapiere	231	212
Wertpapiere – EK-Instrumente	53	30
EK-Instrumente von Kreditinstituten	39	30
Level 1 bewertet	39	30
EK-Instrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	14	0
Level 2 bewertet	14	0
Wertpapiere – Schuldinstrumente	178	182
Schuldinstrumente von Kreditinstituten	166	182
Level 1 bewertet	166	182
Schuldinstrumente von sonstigen finanziellen Kapitalgesellschaften	12	0
Level 2 bewertet	12	0
Immobilien	2	0
Investmentfonds	4	3
Level 2 bewertet	4	3
Planvermögen	**241**	**219**

Von den vorab aufgeführten Vermögenswerten werden keine direkt im LBBW-Konzern genutzt.

Der beizulegende Zeitwert des Planvermögens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

Mio. EUR	2013	2012
Stand 1. Januar	219	213
Anpassung Vorjahreswerte	27	0
Stand 1. Januar angepasst	246	213
In der GuV erfasste Veränderungen	8	8
Zinserträge/-Zinsaufwendungen	8	8
Im Sonstigen Ergebnis erfasste Veränderungen	1	7
Ertrag/Aufwand aus dem Planvermögen (abzüglich des im Nettozinsergebnis erfassten Ertrags)	1	7
Andere Veränderungen	– 14	– 9
Beiträge des Arbeitgebers	1	1
Gezahlte Leistungen	– 12	– 10
Unternehmenszusammenschlüsse/-veräußerungen	– 3	0
Stand 31. Dezember	**241**	**219**

Der für das kommende Geschäftsjahr geschätzte, einzuzahlende Beitrag des Arbeitgebers zum Planvermögen beläuft sich im Konzern auf 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung und der beizulegende Zeitwert des Planvermögens lassen sich wie folgt zu den in der Bilanz angesetzten Vermögenswerten und Schulden überleiten:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung	2 529	2 512
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ungedeckten Plänen	2 197	2 196
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtung aus ganz oder teilweise gedeckten Plänen	332	316
Beizulegender Zeitwert des Planvermögens	– 241	– 219
Nicht durch Planvermögen gedeckte Verpflichtung	2 288	2 293
Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen	**2 288**	**2 293**

Die für die Bewertung des Planvermögens, der Pensionsverpflichtung sowie von Sensitivitätsanalysen erforderlichen versicherungsmathematischen Gutachten wurden für den Stichtag 31. Dezember 2013 bzw. 31. Dezember 2012 erstellt.

Die gewichtete durchschnittliche Laufzeit der definierten Leistungsverpflichtung beträgt 14,98 Jahre (Vorjahr: 15,69 Jahre).

Sonstige Rückstellungen.

Die Entwicklung der Sonstigen Rückstellungen im Berichtsjahr kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

Mio. EUR	Sonstige Rückstellungen im Personalbereich	Rückstellungen im Kreditgeschäft	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2013	**128**	**99**	**614**	**841**
Verbrauch	– 18	– 5	– 444	– 467
Auflösung	– 6	– 45	– 266	– 317
Zuführung	48	34	241	323
Umbuchungen	– 71	– 4	529	454
Ab- und Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	0	3	1	4
Nicht erfolgswirksame Veränderungen	5	0	0	5
Veränderung aus Währungsumrechnung	0	0	9	9
Stand 31. Dezember 2013	**86**	**82**	**684**	**852**

Die Sonstigen Rückstellungen im Personalbereich beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für Vorruhestand und Altersteilzeit. Die Umbuchung i. H. v. – 71 Mio. EUR bezieht sich auf die Beihilferückstellungen, welche im Geschäftsjahr in die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen umgegliedert wurden.

Für die Verpflichtung von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverträgen ist zum Abschlusstichtag Planvermögen in Höhe von 0 Mio. EUR (Vorjahr: 11 Mio. EUR) gebildet worden. Die Rückstellung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverträgen in Höhe von 0 Mio. EUR (Vorjahr: 14 Mio. EUR) wurde mit dem Planvermögen gemäß IAS 19.128 verrechnet.

Insgesamt wurden Rückstellungen mit einer Laufzeit von über 12 Monaten i. H. v. 342 Mio. EUR (Vorjahr: 543 Mio. EUR) abgezinst.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit bestehen verschiedene Rechtsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren gegen das Unternehmen. Für Risiken, die daraus entstehen, wurden Rückstellungen gebildet, sofern nach Einschätzung des Managements und der Rechtsberater Zahlungen seitens der LBBW wahrscheinlich sowie die Höhe der Beträge abschätzbar sind. Bei anderen Rechtssachen gegen das Unternehmen ist der Vorstand nach Rücksprache mit seinen Rechtsberatern der Auffassung, dass die abschließende Beilegung dieser Streitigkeiten keinen wesentlichen Einfluss auf den dargestellten Konzernabschluss hat.

Die Umbuchung in den übrigen Rückstellungen bezieht sich im Wesentlichen auf die Erstanwendung des IFRS 13 (siehe Note 2).

51. Ertragsteuerverpflichtungen.

Die Ertragsteuerverpflichtungen enthalten zum Bilanzstichtag fällige, aber noch nicht entrichtete Steuerzahlungen für Ertragsteuern aus der laufenden Periode und aus früheren Perioden.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Laufende Ertragsteuerverpflichtungen	58	200
davon Rückstellung für Ertragsteuern	55	195
davon Verbindlichkeiten gegenüber Steuerbehörden aus Ertragsteuern	3	5
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	169	170
Insgesamt	**227**	**370**

Die laufenden Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 58 Mio. EUR (Vorjahr: 200 Mio. EUR) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die latenten Ertragsteuerverpflichtungen i. H. v. 169 Mio. EUR (Vorjahr: 170 Mio. EUR) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

Für detaillierte Erläuterungen zu den Ertragsteuerverpflichtungen wird auf die Angaben unter Note 32 verwiesen.

52. Sonstige Passiva.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten aus		
Sonstigen Steuern	191	205
Beschäftigungsverhältnissen	47	65
Lieferungen und Leistungen	51	51
Fremdanteilen	6	11
Finance Lease	8	11
Erhaltene Anzahlungen	172	153
Übrige Sonstige Passiva	281	202
Insgesamt	**756**	**698**

Die Sonstigen Passiva mit einer Fälligkeit von größer 12 Monaten betragen 39 Mio. EUR (Vorjahr: 53 Mio. EUR).

Erläuterungen zu Leasingangaben finden sich in Note 69.

53. Nachrangkapital.

Das ausgewiesene Nachrangkapital darf im Fall der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Das Nachrangkapital gliedert sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Vermögenseinlagen typisch Stiller Gesellschafter	2 687	5 100
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 027	3 856
Genussrechtskapital	389	759
Insgesamt	**7 103**	**9 715**

Infolge eines negativen Ergebnisses im HGB-Abschluss 2009 wurden die Genussrechte und Stillen Einlagen am Verlust beteiligt. Die Wiederauffüllung des Kapitals der Genussrechte und Stillen Einlagen ist im Jahr 2011 vollständig erfolgt. Im Jahr 2012 konnte die LBBW erstmals die Stillen Einlagen und das Genussrechtskapital wieder bedienen und 40,8 % der ausgefallenen Ausschüttungen nachholen. Im Jahr 2013 konnte die LBBW die noch ausstehenden Verpflichtungen auf Nachholung in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigen. Die Auszahlung der laufenden Ausschüttung und der Nachholung wird je nach Vertrag in den Monaten März bis Juli 2014 erfolgen.

Aufgrund geänderter Schätzungen der Zahlungsströme (Zins, Nachholung und Tilgung) erfolgt der Bilanzausweis für Genussrechtskapital und Stille Einlagen zum Barwert. Bleiben die Zahlungsströme im Vergleich zur Schätzung des Vorjahres gleich, wird der Barwert des Vorjahres lediglich mit dem Effektivzins aufgezinst. Ändern sich dagegen die Zahlungsströme ist der Barwert anhand der neuen Zahlungsströme zu ermitteln und der Unterschiedsbetrag in der Gewinn- und Verlustrechnung zu berücksichtigen (IAS 39 AG8).

Die Wandlung Stiller Einlagen und die Zurückzahlung von Genussrechten und nachrangigen Verbindlichkeiten führten zu einer Reduzierung des Nachrangkapitals i. H. v. 2 727 Mio. EUR (Nominal 2 457 Mio. EUR). Dem standen nachrangige Neuemissionen i. H. v. 331 Mio. EUR gegenüber.

Darüber hinaus hat sich der Barwert des Genussrechtskapitals und der Stillen Einlagen um – 133 Mio. EUR (Vorjahr: 74 Mio. EUR) reduziert. Dabei sind 157 Mio. EUR aus der Aufzinsung auf Basis des Barwerts zum 31. Dezember 2012 und 3 Mio. EUR aus der Bilanzierung zum maßgeblichen Barwert auf Basis neuer Zahlungsströme zu berücksichtigen. Aufgrund Auszahlungen von Zinsen und Nachholungen reduzierte sich der Barwert um 293 Mio. EUR.

Darüber hinaus werden Agien bzw. Disagien und Bewertungen im Nachrangkapital ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten.

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende nachrangige Verbindlichkeiten (inkl. der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) aufgeteilt nach Produktarten.

	31.12.2013			31.12.2012		
Mio. EUR	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt	Kapital	Aufzinsung im Berichtsjahr	Gesamt
Nachrangige DM/EUR-Namenspapiere/Schuldverschreibungen	1 847	28	1 875	1 880	28	1 908
Nachrangige DM/EUR-Schuldscheindarlehen	1 449	16	1 465	1 181	14	1 195
Nachrangige Fremdwährungsanleihen	1 005	15	1 020	1 090	16	1 106
Insgesamt	**4 301**	**59**	**4 360**	**4 151**	**58**	**4 209**

In der obigen Tabelle sind nachrangige Namenspapiere und Emissionen der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 514 Mio. EUR (Vorjahr: 600 Mio. EUR) enthalten.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten (inkl. der nachrangigen Verbindlichkeiten der Fair-Value-Option) beträgt – 188 Mio. EUR (Vorjahr: – 224 Mio. EUR).

Genussrechtskapital.

Das Genussrechtskapital erfüllt die Bedingungen des § 10 Abs. 5 KWG. Abgesehen von den Emissionen mit einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren können alle Verträge als Ergänzungskapital gemäß § 10 Abs. 2b KWG angerechnet werden.

Die Bedingungen wesentlicher Genussrechte (inkl. der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) stellen sich zum Stichtag wie folgt dar:

31.12.2013 Mio. EUR	Emissionsjahr	Nominalbetrag	Zinssatz in % p. a.	Laufzeitende
Inhabergenussrechte				
	2001	85	6,85	2014
	2010	17	4,22	2020
Namensgenussrechte				
	Unternehmen	377	4,77 bis 7,22	bis 2022
	Kreditinstitute	15	4,82 bis 5,85	bis 2020
Gesamtsumme		**494**		

In der obigen Tabelle sind Namensgenussscheine der Kategorie Fair-Value-Option mit einem Nominalkapital i. H. v. 137 Mio. EUR (Vorjahr: 137 Mio. EUR) enthalten.

Das Zinsergebnis für das Genussrechtskapital (inkl. der innerhalb der Fair-Value-Option ausgewiesenen Genussrechte) für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 66 Mio. EUR (Vorjahr: – 28 Mio. EUR). Der Zinsaufwand resultiert zum einen aus der Aufzinsung der Barwerte. Zum anderen wurden für Genussrechte der Fair-Value-Option – 26 Mio. EUR für die laufende Verzinsung des Jahres 2013 und die restliche Nachholung nicht vorgenommener Ausschüttungen berücksichtigt. Im Vorjahr führte die geänderte Schätzung der Zahlungsströme der Genussscheine im Nachrangkapital zu einem gegenläufigen Effekt von 24 Mio. EUR.

Vermögenseinlagen typisch Stiller Gesellschafter.

Die Vermögenseinlagen der Stillen Gesellschafter erfüllen die Bedingungen des § 10 Abs. 4 KWG i. V. mit § 64m KWG. Abgesehen von den Emissionen mit einer Restlaufzeit von weniger als zwei Jahren können alle Verträge als Sonstiges Kapital gemäß § 10 Abs. 2a KWG angerechnet werden.

Zum Geschäftsjahresende bestehen folgende wesentliche Stille Einlagen:

Laufzeit[1]	Ausschüttung in % des Nominal-betrages	Nominalbetrag 31.12.2013 Mio. EUR	Nominalbetrag 31.12.2012 Mio. EUR
30.09.1999 – 31.12.2012[2]		0,0	766,9
31.08.2001 – 31.12.2012 (nominal USD 197,5 Mio.)[2]		0,0	149,8
31.10.2001 – 31.12.2012 (nominal USD 302,5 Mio.)[2]		0,0	229,5
01.10.2001 – 31.12.2012[3]		0,0	384,7
31.10.2001 – 31.12.2012[3]		0,0	525,9
14.07.1999 – 31.12.2013	7,26	16,4	16,4
16.04.1999 – 31.12.2014	6,17 – 6,75	89,0	89,0
31.12.1993 – 31.12.2014 (gekündigt)	1,61	50,8	50,8
15.02.1994 – 31.12.2015[4] (gekündigt)	5,69	6,0	6,0
23.11.1999 – 31.12.2015	7,76	40,0	40,0
08.12.1999 – 31.12.2016	7,8 – 8,0	64,5	64,5
15.11.1999 – 31.12.2019	7,87	10,0	10,0
25.04.1999 – 31.12.2019	5,05	30,0	30,0
05.01.2000 – 31.12.2020	8,25	30,0	30,0
19.05.1999 – 31.12.2024	7,11	20,0	20,0
13.07.2001 – 31.12.2026[5]	2,64	15,0	15,0
01.10.1999 – 31.12.2029	8,03 – 8,20	49,0	49,0
10.03.2000 – 31.12.2030	8,05 – 8,25	10,0	10,0
02.07.2001 – 31.12.2031	8,46	20,0	20,0
Stille Einlagen mit festem Laufzeitende		**450,7**	**2507,5**

Zinsbindungsende	Ausschüttung in % des Nominal-betrages	Nominalbetrag 31.12.2013 Mio. EUR	Nominalbetrag 31.12.2012 Mio. EUR
31.12.2014[6]	4,96	64,7	64,7
31.12.2015[6]	4,69	19,5	19,5
26.06.2017	2,83	200,0	200,0
30.09.2021[7]	3,93	405,3	405,3
28.10.2021[7]	3,92	408,5	408,5
30.10.2021[7]	3,92	275,6	275,6
31.12.2021	5,69	8,9	8,9
31.12.2022	3,74	4,7	4,7
31.12.2023	7,05	222,7	222,7
kein Zinsbindungsende[8]	4,56	300,0	300,0
Stille Einlagen ohne festes Laufzeitende		**1909,9**	**1909,9**
Gesamt		**2360,6**	**4417,4**

1) Rückzahlung erfolgt nach Feststellung des jeweiligen HGB-Jahresabschlusses zu einem vertraglich festgelegten Termin.
2) Wandlung der kompletten Tranche in Eigenkapital zum 1.1.2013.
3) Teilweise Wandlung der Tranche in Eigenkapital zum 1.1.2013. Siehe auch Fußnote 7.
4) Der zukünftige Zinssatz beträgt 1,73 %.
5) Jährliche Zinsanpassung.
6) Teilweise Gegenstand von Kündigungserklärungen: 31.12.2014 = 3,2 Mio. EUR; 31.12.2015 = 3,4 Mio. EUR.
7) Nicht gewandelter Teil der Emission. Siehe auch Fußnote 3.
8) Zinssatz ist fixiert. Lediglich bestimmte Änderungen in der Steuergesetzgebung haben Auswirkung auf Zinssatz.

Der Zinsaufwand für Stille Einlagen für das Geschäftsjahr betrug insgesamt – 128 Mio. EUR (Vorjahr: – 44 Mio. EUR). und resultiert vorwiegend aus der Aufzinsung der Barwerte. Im Vorjahr führte insbesondere der Wegfall von Zins-Zahlungsströmen (Nachholungen) bei den zum 1. Januar 2013 gewandelten Stillen Einlagen zu einem gegenläufigen Effekt von 162 Mio. EUR.

54. Eigenkapital.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Stammkapital	3 484	2 584
Kapitalrücklage	8 240	6 910
Gewinnrücklage	1 223	782
Sonstiges Ergebnis	104	– 363
Bilanzgewinn/-verlust	343	399
Eigenkapital der Anteilseigner	**13 394**	**10 312**
Eigenkapital der nicht beherrschenden Anteile	9	21
Insgesamt	**13 403**	**10 333**

Das voll eingezahlte Stammkapital wurde im Berichtsjahr vom Land Baden-Württemberg mit 25,0% (Vorjahr: 25,0%), von der Stadt Stuttgart mit 19,0% (Vorjahr: 19,0%), vom Sparkassenverband Baden-Württemberg (einschließlich baden-württembergischer Sparkassen) mit 40,5% (Vorjahr: 40,5%), von der Landeskreditbank Baden-Württemberg mit 2,0% (Vorjahr: 2,0%) und von der Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH mit 13,5% (Vorjahr: 13,5%) gehalten.

Das Land Baden-Württemberg, der Sparkassenverband Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart haben – gemäß Beschluss zur Kapitalerhöhung vom 7. Dezember 2012 und unter Einhaltung der Kapitalquoten – der LBBW am 1. Januar 2013 den aus der Rückzahlung der Stillen Einlagen und Währungsswaps erhaltenen Gesamtbetrag durch Einzahlung von Stammkapital i. H. v. 900 Mio. EUR und Kapitalrücklage i. H. v. 1 330 Mio. EUR wieder zu Verfügung gestellt.

Im Posten Eigenkapital sind weiterhin kumulierte versicherungsmathematische Gewinne und Verluste nach Steuern i. H. v. – 295 Mio. EUR (Vorjahr: – 356 Mio. EUR) sowie erfolgsneutral erfasste Steuern i. H. v. insgesamt 195 Mio. EUR (Vorjahr: 376 Mio. EUR) enthalten.

Angaben zu Finanzinstrumenten.

55. Der Fair-Value-Option zugeordnete Finanzinstrumente.

Das max. Ausfallrisiko für Kredite und Forderungen, die in der Kategorie Fair-Value-Option designiert sind, beträgt zum Bilanzstichtag 453 Mio. EUR (Vorjahr: 597 Mio. EUR). Die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen dieser finanziellen Vermögenswerte beliefen sich im Berichtsjahr auf – 1 Mio. EUR (Vorjahr: 5 Mio. EUR), seit Designation auf – 7 Mio. EUR (Vorjahr: – 7 Mio. EUR).

Für finanzielle Verbindlichkeiten der Kategorie Fair-Value-Option betragen die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen im Berichtsjahr – 89 Mio. EUR (Vorjahr: – 262 Mio. EUR), seit Designation 82 Mio. EUR (Vorjahr: 171 Mio. EUR). Davon entfielen – 82 Mio. EUR (Vorjahr: – 144 Mio. EUR) auf Änderungen im Zusammenhang mit der Bewertung der eigenen Bonität.

Für die Ermittlung der bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen werden zwei Werte - einer auf Basis des ursprünglichen Spreads und einer auf Basis des aktuellen Spreads - berechnet. Die bonitätsinduzierte Fair-Value-Änderung ergibt sich implizit aus diesen beiden Bewertungen. Eigene Emissionen mit fremdem Kreditrisiko bestehen in der Fair-Value-Option lediglich im Rahmen wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen mit Kreditderivaten. Die bonitätsinduzierten Fair-Value-Änderungen, die auf fremden Kreditrisiken in eigenen strukturierten Emissionen beruhen, basieren auf den Wertänderungen der zugrunde liegenden Sicherungs-Kreditderivate.

Der vertraglich vereinbarte Rückzahlungsbetrag der begebenen Verbindlichkeiten zum Fälligkeitstermin übersteigt den derzeitigen Fair Value i. H. v. 740 Mio. EUR (Vorjahr: 884 Mio. EUR).

56. Nettogewinne/-verluste aus Finanzinstrumenten.

Die nach IAS 39 Kategorien gegliederten Nettogewinne bzw. -verluste setzen sich zusammen aus Abgangsgewinnen bzw. -verlusten, Änderungen des Fair Values, Wertminderungen, Zuschreibungen sowie nachträglichen Eingängen aus abgeschriebenen Finanzinstrumenten. Enthalten sind außerdem Wertänderungen aus wirtschaftlichen Sicherungsderivaten und das Ergebnis aus Wertänderungen der Grundgeschäfte aus Mikro-Fair-Value-Hedges.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	– 632	26
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	333	305
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten/Vermögenswerte	37	– 260
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	– 162	516
Finanzielle Verbindlichkeiten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	– 318	754

57. Wertminderungsaufwendungen für finanzielle Vermögenswerte.

Mio. EUR	01.01.–31.12.2013	01.01.–31.12.2012
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Finanzanlagen AfS	– 21	– 30
Eigenkapitalinstrumente	– 18	– 27
Wertpapiere	– 3	– 3
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	– 5	– 50
Kommunaldarlehen	0	– 2
Sonstige Forderungen	– 5	– 48
Forderungen an Kunden	– 685	– 708
Kommunaldarlehen	– 12	– 7
Hypothekendarlehen	– 96	– 116
Sonstige Forderungen	– 577	– 585
davon Finance Lease	– 45	– 79
Finanzanlagen LaR	– 30	– 70
Eigenkapitalinstrumente	– 1	0
Verbriefungen	– 29	– 70
Insgesamt	**– 741**	**– 858**

58. Fair Value von Finanzinstrumenten.

In den folgenden Tabellen sind die Buchwerte den Fair Values der Finanzinstrumente gegenübergestellt:

Aktiva.

Mio. EUR	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Fair Value	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012 Fair Value
Barreserve	**2 156**	**2 156**	**2 909**	**2 909**
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	66 687	66 687	102 542	102 542
Derivate	22 288	22 288	53 715	53 715
Währungsbezogene Derivate	2 695	2 695	3 675	3 675
Zinsbezogene Derivate	18 903	18 903	49 191	49 191
Kreditderivate	258	258	489	489
Aktien-/Indexbezogene Derivate	370	370	306	306
Warenbezogene und sonstige Derivate	62	62	54	54
Eigenkapitalinstrumente	683	683	454	454
Wertpapiere	21 294	21 294	19 523	19 523
Forderungen	22 422	22 422	28 850	28 850
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	1 316	1 316	1 896	1 896
Eigenkapitalinstrumente	240	240	232	232
Wertpapiere	623	623	1 067	1 067
Kredite und Forderungen	453	453	597	597
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 399	3 399	6 026	6 026
Zinsderivate	3 296	3 296	5 668	5 668
Zinswährungsswaps	103	103	358	358
Finanzanlagen AfS	21 451	21 451	28 942	28 942
Eigenkapitalinstrumente	1 408	1 408	1 568	1 568
Wertpapiere	20 043	20 043	27 374	27 374
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte				
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	47 568	48 679	50 058	51 994
Kommunaldarlehen	32 415	33 362	37 586	39 151
Wertpapierpensionsgeschäfte	7 439	7 496	4 826	4 825
Sonstige Forderungen	7 714	7 821	7 646	8 018
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	106 880	108 885	114 689	119 321
Kommunaldarlehen	20 621	22 157	22 955	25 546
Hypothekendarlehen	30 442	31 471	32 791	35 872
Wertpapierpensionsgeschäfte	6 171	6 176	5 096	5 264
Sonstige Forderungen	49 646	49 081	53 847	52 639
davon Finance Lease	5 093	5 538	5 260	5 568
Finanzanlagen LaR	19 209	19 173	23 829	23 705
Eigenkapitalinstrumente	6	6	7	7
Verbriefungen	5 526	4 879	9 306	8 362
Staatsanleihen	60	60	77	77
Sonstige Wertpapiere	13 617	14 228	14 439	15 259
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	**720**	**720**	**16**	**16**

Passiva.

Mio. EUR	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Fair Value	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012 Fair Value
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Handelspassiva	47 973	47 973	85 657	85 657
Derivate	19 489	19 489	51 875	51 875
Währungsbezogene Derivate	2 501	2 501	3 588	3 588
Zinsbezogene Derivate	15 995	15 995	46 735	46 735
Kreditderivate	391	391	913	913
Aktien-/Indexbezogene Derivate	561	561	582	582
Warenbezogene und sonstige Derivate	41	41	57	57
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	603	603	958	958
Einlagen	25 016	25 016	30 760	30 760
Verbriefte Verbindlichkeiten	2 864	2 864	2 064	2 064
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	1	1	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	5 734	5 734	7 184	7 184
Einlagen	1 706	1 706	3 427	3 427
Verbriefte Verbindlichkeiten	3 413	3 413	3 757	3 757
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	615	615	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	3 947	3 947	6 891	6 891
Zinsderivate	3 835	3 835	6 714	6 714
Zinswährungsswaps	112	112	177	177
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	58 030	60 156	64 236	59 904
Wertpapierpensionsgeschäfte	14 259	14 256	15 388	14 142
Schuldscheindarlehen	10 067	10 377	12 070	12 671
Sonstige Verbindlichkeiten	33 704	35 523	36 778	33 091
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	82 049	83 738	85 332	88 611
Kontokorrentverbindlichkeiten	30 662	30 656	27 312	27 308
Schuldscheindarlehen	8 828	9 215	10 755	11 532
Namenspfandbriefe	7 847	8 580	10 443	11 632
Wertpapierpensionsgeschäfte	8 382	8 385	10 001	10 185
Sonstige Verbindlichkeiten	26 330	26 902	26 821	27 954
Verbriefte Verbindlichkeiten	49 561	50 447	61 589	63 375
Sonstige Passiva – davon Finance Lease	8	8	11	11
Nachrangkapital	7 103	6 993	9 715	9 298
Nachrangige Verbindlichkeiten	4 027	4 061	3 856	4 071
Genussrechtskapital	389	440	759	836
Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter	2 687	2 492	5 100	4 391
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	**911**	**911**	**0**	**0**

59. Fair-Value-Hierarchie.

Die folgenden Tabellen zeigen den Buchwert der zum Fair Value ausgewiesenen Finanzinstrumente sowie der Invenstment Property aufgeteilt auf die Bewertungsmethoden:

Aktiva.

	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)		Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)		Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)	
Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Barreserve	**135**	**0**	**1 969**	**0**	**52**	**2 909**
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte						
Handelsaktiva	12 801	11 913	53 242	90 627	644	2
Derivate	301	250	21 355	53 463	632	2
Währungsbezogene Derivate	0	0	2 654	3 675	41	0
Zinsbezogene Derivate	0	0	18 337	49 192	566	– 1
Kreditderivate	0	0	255	486	3	3
Aktien-/Indexbezogene Derivate	283	234	65	72	22	0
Warenbezogene und sonstige Derivate	18	16	44	38	0	0
Eigenkapitalinstrumente	225	181	458	273	0	0
Wertpapiere	12 274	11 482	9 020	8 041	0	0
Forderungen	1	0	22 409	28 850	12	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	33	129	1 199	1 547	84	220
Eigenkapitalinstrumente	0	0	199	173	41	59
Wertpapiere	33	129	547	777	43	161
Forderungen	0	0	453	597	0	0
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungs-instrumenten	0	0	3 399	6 026	0	0
Zinsderivate	0	0	3 296	5 668	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	103	358	0	0
Finanzanlagen AfS	15 490	20 447	4 992	7 360	969	1 135
Eigenkapitalinstrumente	458	477	12	25	938	1 066
Wertpapiere	15 032	19 970	4 980	7 335	31	69
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	0	0	4	506	512

Passiva.

Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I) 31.12.2013	31.12.2012	Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II) 31.12.2013	31.12.2012	Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III) 31.12.2013	31.12.2012
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten						
Handelspassiva	999	3 441	46 416	82 160	558	56
Derivate	382	419	18 549	51 400	558	56
Währungsbezogene Derivate	0	2	2 536	3 586	– 35[1)]	0
Zinsbezogene Derivate	0	2	15 446	46 725	549	8
Kreditderivate	0	0	369	865	22	48
Aktien-/Indexbezogene Derivate	350	398	189	184	22	0
Warenbezogene und sonstige Derivate	32	17	9	40	0	0
Lieferverbindlichkeiten aus Wertpapierleerverkäufen	602	958	1	0	0	0
Einlagen	0	0	25 016	30 760	0	0
Verbriefte Verbindlichkeiten	15	2 064	2 849	0	0	0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	1	0	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	5 028	7 072	706	112
Einlagen	0	0	1 548	3 382	158	45
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2 865	3 690	548	67
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0	0	615	0	0	0
Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	0	11	3 947	6 880	0	0
Zinsderivate	0	11	3 835	6 703	0	0
Zinswährungsswaps	0	0	112	177	0	0

1) Hierbei handelt es sich um ein Produkt mit unterschiedlichen Risiken, welche hier getrennt dargestellt werden und gegenläufige Effekte aufweisen.

Die folgenden Tabellen zeigen den Fair Value der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente aufgeteilt auf die Bewertungsmethoden. Darüber hinaus werden hier alle Fair Values der zur Veräußerung gehaltenen relevanten Sachverhalte dargestellt.

Aktiva.

31.12.2013 Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)	Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)	Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte			
Forderungen an Kreditinstitute	2	24 240	24 437
Kommunaldarlehen	0	13 735	19 627
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	7 496	0
Sonstige Forderungen	2	3 009	4 810
Forderungen an Kunden	0	31 208	77 677
Kommunaldarlehen	0	7 126	15 031
Hypothekendarlehen	0	1 346	30 125
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	6 176	0
Sonstige Forderungen	0	16 560	32 521
davon Finance Lease	0	160	5 378
Finanzanlagen LaR	350	16 793	2 030
Eigenkapitalinstrumente	0	2	4
Verbriefungen	0	2 907	1 972
Staatsanleihen	0	10	50
Sonstige Wertpapiere	350	13 874	4
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	**36**	**24**	**652**

Passiva.

31.12.2013 Mio. EUR	Notierte Preise auf aktiven Märkten (Level I)	Bewertungsmethode – auf Basis extern beobachtbarer Parameter (Level II)	Bewertungsmethode – auf Basis nicht extern beobachtbarer Parameter (Level III)
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	56 260	3 896
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	14 256	0
Schuldscheindarlehen	0	10 342	35
Sonstige Verbindlichkeiten	0	31 662	3 861
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	0	82 604	1 134
Kontokorrentverbindlichkeiten	0	30 582	74
Schuldscheindarlehen	0	9 189	26
Namenspfandbriefe	0	8 580	0
Wertpapierpensionsgeschäfte	0	8 385	0
Sonstige Verbindlichkeiten	0	25 868	1 034
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	49 185	1 262
Nachrangkapital	0	6 893	100
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	3 961	100
Genussrechtskapital	0	440	0
Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter	0	2 492	0
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	**0**	**8**	**903**

Level Umbuchungen.

Seit dem letzten Abschlussstichtag ergaben sich folgende Verschiebungen zwischen den Stufen I und II der Fair-Value-Hierarchie:

Aktiva.

Mio. EUR	Umbuchungen aus Level I in Level II 01.01.–31.12.2013	Umbuchungen aus Level I in Level II 01.01.–31.12.2012	Umbuchungen aus Level II in Level I 01.01.–31.12.2013	Umbuchungen aus Level II in Level I 01.01.–31.12.2012
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Handelsaktiva	107	57	82	51
Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	11
Wertpapiere	107	57	82	40
Forderungen	0	0	0	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0	46	13	17
Wertpapiere	0	46	13	17
Finanzanlagen AfS	1 139	2 630	1 377	1 794
Wertpapiere	1 139	2 630	1 377	1 794
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	58	0	0

Im Geschäftsjahr 2013 hat die LBBW für zu Handelszwecken gehaltene sowie AfS-kategorisierte Wertpapiere eine Umgliederung von Level I in Level II vorgenommen, da für diese Wertpapiere keine notierten Marktpreise aus aktiven Märkten vorlagen.

Gegenläufig erfolgten im Geschäftsjahr 2013 Umgliederungen von Wertpapieren, da wieder notierte Marktpreise aus aktiven Märkten verfügbar waren.

Auf der Passivseite hat die LBBW keine Umbuchungen zwischen den Leveln I und II vorgenommen.

Entwicklung Level III.

Die Bestände und Ergebnisse der zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente und der Investment Property, die mithilfe von Bewertungsmodellen ermittelt wurden und wesentliche nicht beobachtbare Parameter enthalten (Level III), entwickelten sich pro Klasse wie folgt:

Aktiva.

	Handelsaktiva				
	Derivate				Forderungen
Mio. EUR	Währungsbezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kreditderivate	Aktien-/Indexbezogene Derivate	
Buchwert zum 31. Dezember 2012	**0**	**– 1**	**3**	**0**	**0**
Anpassung Vorjahreswerte[1]	**154**	**666**	**0**	**3**	**0**
Buchwert zum 1. Januar 2013	**154**	**665**	**3**	**3**	**0**
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	– 113	– 98	0	19	0
davon Zinsergebnis	0	0	– 2	0	0
davon Handelsergebnis	– 113	– 98	2	19	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe/Emissionen	0	0	0	0	12
Abgänge durch Verkäufe	0	0	0	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	– 1	0	0	0
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Veränderungen aus der Währungsumrechnung	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen gem. IFRS 5	0	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2013	**41**	**566**	**3**	**22**	**12**
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	– 113	– 98	0	19	0
davon Zinsergebnis	0	0	– 2	0	0
davon Handelsergebnis	– 113	– 98	2	19	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

1) Die Anpassung der Vorjahreswerte erfolgt, da ab dem Berichtsjahr für die Leveleinstufung eine Bruttobetrachtung von Grund- und Sicherungsgeschäften der Fair-Value-Option sowie Back-to-Back-Geschäften erfolgt. Im Vorjahren waren diese Geschäfte aufgrund des Risikoausgleichs dem Level II zugeordnet.

	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen – AfS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/ Veräußerungsgruppen	Insgesamt
	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
	59	**161**	**1 066**	**69**	**512**	**0**	**1 869**
	0	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**823**
	59	**161**	**1 066**	**69**	**512**	**0**	**2 692**
	– 1	25	– 14	2	1	0	– 179
	– 2	1	0	– 1	0	0	– 4
	0	– 1	0	0	0	0	– 191
	1	25	0	0	0	0	26
	0	0	– 14	3	0	0	– 11
	0	0	0	0	1	0	1
	0	0	– 6	0	0	0	– 6
	0	0	8	2	3	0	25
	– 14	– 7	– 36	– 21	– 9	0	– 87
	– 6	– 87	– 4	– 11	0	0	– 109
	0	0	– 45	0	14	0	– 31
	0	0	– 1	0	0	0	– 1
	3	– 3	0	0	– 14	0	– 14
	0	0	9	0	0	0	9
	0	– 46	– 1	– 10	– 1	– 38	– 96
	0	0	– 38	0	0	38	0
	41	**43**	**938**	**31**	**506**	**0**	**2 203**
	– 1	32	– 14	3	1	0	– 171
	– 2	1	0	0	0	0	– 3
	0	– 1	0	0	0	0	– 191
	1	32	0	0	0	0	33
	0	0	– 14	3	0	0	– 11
	0	0	0	0	1	0	1

	Handelsaktiva				
	Derivate				Forderungen
Mio. EUR	Währungsbezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kreditderivate	Aktien-/Indexbezogene Derivate	
Buchwert zum 31. Dezember 2011	**0**	**0**	**323**	**0**	**0**
Korrektur Vorjahreswerte	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Buchwert zum 1. Januar 2012	**0**	**0**	**323**	**0**	**0**
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	0	– 1	– 79	0	0
davon Zinsergebnis	0	0	0	0	0
davon Handelsergebnis	0	– 1	– 79	0	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0
Alle im Sonstigen Ergebnis erfassten Erträge und Aufwendungen	0	0	0	0	0
Zugänge durch Käufe/Emissionen	0	0	0	0	0
Abgänge durch Verkäufe	0	0	– 58	0	0
Tilgungen/Glattstellungen	0	0	– 183	0	0
Veränderungen des Konsolidierungskreises	0	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0	0
Umbuchungen in Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen aus Level III	0	0	0	0	0
Umbuchungen gem. IFRS 5	0	0	0	0	0
Buchwert zum 31. Dezember 2012	**0**	**– 1**	**3**	**0**	**0**
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	0	– 1	– 79	0	0
davon Zinsergebnis	0	0	0	0	0
davon Handelsergebnis	0	– 1	– 79	0	0
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	0
davon Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
davon andere Ergebnisposten	0	0	0	0	0

	Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte		Finanzanlagen – AfS		Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Zur Veräußerung bestimmte langfristige Vermögenswerte/ Veräußerungsgruppen	Insgesamt
	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere	Eigenkapitalinstrumente	Wertpapiere			
	102	**283**	**900**	**195**	**469**	**140**	**2 412**
	0	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
	102	**283**	**900**	**195**	**469**	**140**	**2 412**
	– 6	51	– 24	7	5	5	– 42
	0	0	0	0	0	0	0
	0	– 1	0	0	0	0	– 81
	– 6	52	0	0	0	0	46
	0	0	– 24	7	0	5	– 12
	0	0	0	0	5	0	5
	0	0	72	0	0	– 15	57
	20	16	4	0	0	0	40
	– 57	– 216	– 25	– 61	– 12	– 70	– 499
	0	– 15	– 82	– 72	0	0	– 352
	0	0	9	0	0	0	9
	0	0	0	0	50	0	50
	0	42	179	0	0	0	221
	0	0	– 1	0	0	– 26	– 27
	0	0	34	0	0	– 34	0
	59	**161**	**1 066**	**69**	**512**	**0**	**1 869**
	– 7	44	– 23	8	3	0	– 55
	0	0	0	0	0	0	0
	0	– 1	0	0	0	0	– 81
	– 7	45	0	0	0	0	38
	0	0	– 23	8	0	0	– 15
	0	0	0	0	3	0	3

Passiva.

Mio. EUR	Handelspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
	Währungsbezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kreditderivate	Aktien-/Indexbezogene Derivate			
Buchwert zum 31. Dezember 2012	**0**	**8**	**48**	**0**	**45**	**67**	**168**
Anpassung Vorjahreswerte[1]	**13**	**595**	**0**	**3**	**111**	**547**	**1 269**
Buchwert zum 1. Januar 2013	**13**	**603**	**48**	**3**	**156**	**614**	**1 437**
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	– 48	– 51	– 18	19	2	– 66	– 162
davon Zinsergebnis	0	7	0	0	0	0	7
davon Handelsergebnis	– 48	– 58	– 18	19	0	0	– 105
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	2	– 66	– 64
Abgänge durch Verkäufe	0	– 3	0	0	0	0	– 3
Tilgungen/Glattstellungen	0	0	– 7	0	0	0	– 7
Umbuchungen aus Level III	0	0	– 1	0	0	0	– 1
Buchwert zum 31. Dezember 2013	**– 35**	**549**	**22**	**22**	**158**	**548**	**1 264**
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	– 47	– 51	– 18	19	2	– 66	– 161
davon Zinsergebnis	0	7	0	0	0	0	7
davon Handelsergebnis	– 47	– 58	– 18	19	0	0	– 104
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	2	– 66	– 64

1) Die Anpassung der Vorjahreswerte erfolgt, da ab dem Berichtsjahr für die Leveleinstufung eine Bruttobetrachtung von Grund- und Sicherungsgeschäften der Fair-Value-Option sowie Back-to-Back-Geschäften erfolgt. Im Vorjahr waren diese Geschäfte aufgrund des Risikoausgleichs dem Level II zugeordnet.

Mio. EUR	Handelspassiva				Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten		Insgesamt
	Derivate				Einlagen	Verbriefte Verbindlichkeiten	
	Währungsbezogene Derivate	Zinsbezogene Derivate	Kreditderivate	Aktien-/Indexbezogene Derivate			
Buchwert zum 1. Januar 2012	**0**	**14**	**455**	**0**	**104**	**87**	**660**
Alle im Konzernergebnis erfassten Gewinne und Verluste	0	– 6	– 76	0	– 59	– 20	– 161
davon Zinsergebnis	0	1	0	0	0	0	1
davon Handelsergebnis	0	– 7	– 76	0	0	0	– 83
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	– 59	– 20	– 79
Abgänge durch Verkäufe	0	0	– 143	0	0	0	– 143
Tilgungen/Glattstellungen	0	0	– 188	0	0	0	– 188
Buchwert zum 31. Dezember 2012	**0**	**8**	**48**	**0**	**45**	**67**	**168**
Davon im Konzernergebnis erfasste unrealisierte Gewinne und Verluste für Finanzinstrumente, die am Stichtag im Bestand sind	0	– 6	– 68	0	– 59	– 20	– 153
davon Zinsergebnis	0	1	0	0	0	0	1
davon Handelsergebnis	0	– 7	– 68	0	0	0	– 75
davon Ergebnis aus Finanzinstrumenten der Fair-Value-Option	0	0	0	0	– 59	– 20	– 79

Die unrealisierten Ergebnisse der Level III Finanzinstrumente basieren sowohl auf beobachtbaren als auch auf nicht beobachtbaren Parametern. Viele dieser Finanzinstrumente sind ökonomisch durch Finanzinstrumente abgesichert, die anderen Hierarchie-Leveln zugeordnet sind.

Sensitivitätsanalyse Level III.

Basiert der Modellwert von Finanzinstrumenten auf nicht beobachtbaren Marktparametern, werden für die Ermittlung der möglichen Schätzungsunsicherheit alternative Parameter verwendet. Die vorliegenden Angaben sollen die möglichen Auswirkungen zeigen, die aus der relativen Unsicherheit in den Fair Values von Finanzinstrumenten resultieren, deren Bewertungen auf nicht beobachtbaren Eingangsparametern basieren.

Aktiva.

31.12.2013 Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	10,8	– 8,0
Derivate	10,6	– 7,8
Zinsbezogene Derivate	9,1	– 6,3
Kreditderivate	0,1	– 0,2
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0,2	– 0,4
Devisenbezogene Derivate	1,2	– 0,9
Forderungen	0,2	– 0,2
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	0,6	– 0,9
Eigenkapitalinstrumente	0,4	– 0,3
Wertpapiere	0,2	– 0,6
Finanzanlagen AfS	30,9	– 29,9
Eigenkapitalinstrumente	30,6	– 28,1
Wertpapiere	0,3	– 1,8
Insgesamt	**42,3**	**– 38,8**

Passiva.

31.12.2013 Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten		
Handelspassiva	8,7	– 10,4
Derivate	8,7	– 10,4
Zinsbezogene Derivate	7,6	– 9,8
Kreditderivate	0,7	– 0,4
Aktien-/Indexbezogene Derivate	0,4	– 0,2
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten	1,1	– 1,3
Verbriefte Verbindlichkeiten	1,1	– 1,3
Insgesamt	**9,8**	**– 11,7**

31.12.2012 Mio. EUR	Positive Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage	Negative Fair-Value-Änderung Ergebnis aus zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumenten und Neubewertungsrücklage
Zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente		
Derivate	5,0	– 5,0
Wertpapiere	6,2	– 6,2
Cash-CDO	4,1	– 4,1
Synthetische CDO	0,1	– 0,1
Bonds	2,0	– 2,0
Finanzanlagen AfS	34,9	– 30,3
Wertpapiere	0,8	– 0,8
Cash-CDO	0,5	– 0,5
Bonds	0,3	– 0,3
Beteiligungen	34,1	– 29,5
Insgesamt	**46,1**	**– 41,5**

Signifikante nicht beobachtbare Parameter Level III.

In den folgenden Tabellen werden die signifikanten nicht beobachtbaren Parameter der zum Fair Value bewerteten und dem Level III zugeordneten Finanzinstrumente und der Investment Property gezeigt:

Aktiva.

31.12.2013 Mio. EUR	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte			
Handelsaktiva			
Derivate			
Zinsderivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	20%– 99%
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	70%– 90%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Volatilitätskorrelation	0%– 5%
Währungsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	43%
Forderungen	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	100– 265
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte			
Eigenkapitalinstrumente	Barwertmethode	Credit Spread (bp)	2 200
Wertpapiere	Kursverfahren	Kurs	5%– 88%
Finanzanlagen AfS			
Eigenkapitalinstrumente	Net-Asset-Value-Methode Discounted-Cash-Flow-Methode Ertragswertverfahren	 Kapitalisierungszinssatz Beta-Faktor	n/a 1,43%– 5,06% 0,49%– 1,23%
Wertpapiere	Kursverfahren	Kurs	0%– 72%
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	Discounted-Cashflow-Methode	Mietdynamisierung ---- Diskontierungszinssatz ---- Kosten Grundinstandhaltung ---- Verwaltungskosten (in % der Sollmiete)	1,5%– 1,6% ---- 6,1%– 8,75% ---- 0– 15 EUR / m^2 ---- 1%– 5%

Passiva.

31.12.2013 Mio. EUR	Bewertungsverfahren	Signifikante nicht beobachtbare Parameter	Spanne
Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten			
Handelspassiva			
Derviate			
Zinsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Zinskorrelation	20%– 99%
Kreditderivate	Korrelationspreismodell	Kreditkorrelation	70%– 90%
Aktien-/Indexbezogene Derivate	Optionspreismodell	Aktien-Devisen-Korrelation	0%– 5%
Währungsbezogene Derivate	Optionspreismodell	Devisenkorrelation	43%
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Verbindlichkeiten			
Einlagen	Optionspreismodell	Zinskorrelation	20%– 99%
Verbriefte Verbindlichkeiten	Optionspreismodell Optionspreismodell	Zinskorrelation Devisenkorrelation	20%– 99% 43%

Day One Profit or Loss.

Die folgende Tabelle stellt die Entwicklung des Day One Profits für die Geschäftsjahre 2013 und 2012 dar:

Mio. EUR	2013	2012
Stand 1. Januar	**5**	**4**
Neue Transaktionen (Zuführungen)	0	2
In der Gewinn- und Verlustrechnung in der Berichtsperiode erfasste Beträge (Auflösungen)	– 3	– 1
Stand 31. Dezember	**2**	**5**

60. Buchwertüberleitung auf Kategorien.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufgliederung der Finanzinstrumente nach Kategorien:

31.12.2013 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair Value Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	47 568					47 568
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	106 880					106 880
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte[1]			66 687	1 316		68 003
Finanzanlagen	19 209	21 451				40 660
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen[1]	652	55	4	0		711
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					58 030	58 030
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					82 049	82 049
Verbriefte Verbindlichkeiten					49 561	49 561
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen[2]			47 973	5 734		53 707
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen[2]			2	0	903	905
Nachrangkapital					7 103	7 103

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.
2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

31.12.2012 Mio. EUR	Loans and Receivables	Available for Sale	Held for Trading	Fair Value Option	Other Liabilities	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute nach Kreditrisikovorsorge	50 058					50 058
Forderungen an Kunden nach Kreditrisikovorsorge	114 689					114 689
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte[1]			102 542	1 896		104 438
Finanzanlagen	23 829	28 942				52 771
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen[1]	0	16	0	0		16
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					64 236	64 236
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					85 332	85 332
Verbriefte Verbindlichkeiten					61 589	61 589
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen[2]			85 657	7 184		92 841
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen[2]			0	0	0	0
Nachrangkapital					9 715	9 715

1) Ohne Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.
2) Ohne Negative Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten.

61. Gliederung von Finanzinstrumenten nach Restlaufzeiten.

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und vertraglich vereinbarter Fälligkeit der Forderung oder Verbindlichkeit bzw. deren Teilzahlungsbeträgen angesehen. Eigenkapitaltitel wurden in das Laufzeitband »bis 3 Monate und unbestimmt« eingestellt. Handelsaktiva bzw. -passiva wurden grundsätzlich nach der vertraglichen Fälligkeit berücksichtigt. Zusätzlich werden die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente gesondert unter Note 64 ausgewiesen.

31.12.2013 Mio. EUR	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	11 365	8 941	18 443	8 828	47 577
Forderungen an Kunden	17 109	14 959	34 880	42 102	109 050
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	25 812	8 966	20 443	16 181	71 402
Finanzanlagen	2 746	15 070	16 624	6 220	40 660
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	251	64	104	294	713
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15 495	8 353	21 970	12 212	58 030
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	50 769	16 014	9 084	6 182	82 049
Verbriefte Verbindlichkeiten	5 309	4 859	34 957	4 436	49 561
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	26 154	5 858	11 200	14 442	57 654
Verbindlichkeiten aus Veräußerungsgruppen	815	36	18	42	911
Nachrangkapital	875	165	2 587	3 476	7 103

31.12.2012 Mio. EUR	bis 3 Monate und unbestimmt	> 3 Monate bis zu 1 Jahr	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre	Gesamt
Forderungen an Kreditinstitute	10 190	7 447	24 347	8 096	50 080
Forderungen an Kunden	21 567	13 439	30 754	51 412	117 172
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	29 689	10 467	28 590	41 718	110 464
Finanzanlagen	3 338	3 771	35 282	10 380	52 771
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	0	16	0	0	16
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12 111	15 638	22 084	14 403	64 236
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48 799	4 916	24 215	7 402	85 332
Verbriefte Verbindlichkeiten	5 300	9 549	41 280	5 460	61 589
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	26 613	11 696	22 403	39 020	99 732
Nachrangkapital	2 200	1 233	2 994	3 288	9 715

62. Fälligkeitsanalyse.

Die folgende Tabelle gliedert die undiskontierten finanziellen Verbindlichkeiten aus derivativen und nicht derivativen Geschäften nach vertraglichen Restlaufzeiten. Da der Ausweis undiskontiert und inkl. Zinszahlungen erfolgt, unterscheiden sich die Werte zum Teil von den in der Bilanz ausgewiesenen Buchwerten.

Zum Stichtag stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Fälligkeitsstrukturen gemäß IFRS 7.39 wie folgt dar:

31.12.2013 Mio. EUR	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	– 48 588	– 12 206	– 23 207	– 76 003	– 25 079
Verbindlichkeiten aus Derivaten	– 47	– 71	– 316	– 639	– 941
Insgesamt	**– 48 635**	**– 12 277**	**– 23 523**	**– 76 642**	**– 26 020**
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale[1)]	– 21 218	0	0	0	0
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	– 37 739	0	0	0	0

1) Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

31.12.2012 Mio. EUR	bis zu 1 Monat	> 1 bis zu 3 Monate	> 3 bis zu 12 Monate	> 1 Jahr bis zu 5 Jahren	> 5 Jahre
Finanzielle Verbindlichkeiten	– 45 041	– 17 278	– 41 260	– 87 712	– 31 913
Verbindlichkeiten aus Derivaten	– 31	21	– 306	– 793	– 1 064
Insgesamt	**– 45 073**	**– 17 258**	**– 41 567**	**– 88 505**	**– 32 977**
Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale[1)]	– 22 997	0	0	0	0
Spar- und Sichteinlagen, Verbindlichkeiten aus Interbankenkonten	– 35 139	0	0	0	0

1) Basis: Für die LiqV relevante Kreditzusagen und Avale ohne konzerninterne Zusagen, da das mit diesen Zusagen verbundene Refinanzierungsrisiko bereits über die Konsolidierung der Mittelzu- und -abflüsse erfasst ist, sowie ohne nicht valutierte Darlehen, soweit diese bereits bei den Mittelzu- und -abflüssen erfasst sind.

Erläuterungen zur Art und Weise, wie die LBBW das Liquiditätsrisiko steuert, finden sich im Liquiditätsrisikoabschnitt des Risikoberichts.

63. Umkategorisierungen.

Im Zuge der Finanzmarktkrise 2008, bei der es zu erheblichen Ergebnisbelastungen aufgrund von Fair-Value-Schwankungen (im Wesentlichen bei Verbriefungsprodukten) kam, wurden vom IASB Änderungen zu IAS 39 und zu IFRS 7 (»Reclassification of Financial Assets«) verabschiedet und von der EU übernommen. Auf dieser Basis konnten bestimmte nicht-derivative Finanzinstrumente rückwirkend zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert werden, was in der Folge zu einer Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten, anstatt zum – in der Regel – niedrigeren aktuellen Marktwert führt.

Im LBBW-Konzern wurden im Einklang mit diesen Änderungen bestimmte Handelsaktiva und als Available-for-Sale-kategorisierte Wertpapiere mit einem Buchwert von insgesamt 28 Mrd. EUR zum 1. Juli 2008 in die Kategorie Loans and Receivables umkategorisiert. Mit der Umkategorisierung wurde auch der Bilanzausweis geändert (Umgliederung).

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und die beizulegenden Zeitwerte der umgegliederten Wertpapiere:

Mio. EUR	31.12.2013 Buchwert	31.12.2013 Fair Value	31.12.2012 Buchwert	31.12.2012 Fair Value	1.7.2008 Nominalwert	1.7.2008 Buchwert
Held for Trading umkategorisiert in Loans and Receivables	**58**	**55**	**113**	**100**	**935**	**913**
davon Verbriefungstransaktionen	31	27	55	43	134	128
davon übrige Wertpapiere	27	28	58	57	801	785
Available for Sale umkategorisiert in Loans and Receivables	**3 727**	**3 320**	**6 534**	**5 898**	**29 023**	**27 373**
davon Verbriefungstransaktionen	3 309	2 893	5 490	4 839	14 643	13 302
davon übrige Wertpapiere	418	427	1 044	1 059	14 380	14 071
Insgesamt	**3 785**	**3 375**	**6 647**	**5 998**	**29 958**	**28 286**

Das Nominalvolumen der umkategorisierten Wertpapiere aus der Kategorie Held for Trading betrug zum 31. Dezember 2013 nominal 65 Mio. EUR (Vorjahr: 120 Mio. EUR). Davon entfielen auf Verbriefungstransaktionen 32 Mio. EUR (Vorjahr: 57 Mio. EUR) und auf übrige Wertpapiere 33 Mio. EUR (Vorjahr: 63 Mio. EUR).

Auf Available-for-Sale-umkategorisierte Wertpapiere entfiel zum 31. Dezember 2013 ein Nominalvolumen von 4 050 Mio. EUR (Vorjahr: 7 091 Mio. EUR). Davon entfielen auf Verbriefungstransaktionen 3 637 Mio. EUR (Vorjahr: 6 047 Mio. EUR) und auf übrige Wertpapiere 413 Mio. EUR (Vorjahr: 1 044 Mio. EUR).

Die rekategorisierten Bestände haben im Geschäftsjahr mit – 45 Mio. EUR (Vorjahr: 49 Mio. EUR) zum Ergebnis beigetragen.

Hätten keine Umkategorisierungen stattgefunden, wäre das Ergebnis zum 31. Dezember 2013 mit 64 Mio. EUR (Vorjahr: 127 Mio. EUR) positiv beeinflusst worden. Bei den erfolgsneutralen Fair-Value-Änderungen der umkategorisierten Available-for-Sale-Wertpapiere wäre eine Entlastung des Sonstigen Ergebnisses i. H. v. 355 Mio. EUR (Vorjahr: 756 Mio. EUR) entstanden.

Im Gesamtjahr wurden aus umkategorisierten Beständen originäre Zinszahlungen i. H. v. 54 Mio. EUR (Vorjahr: 118 Mio. EUR) vereinnahmt.

Zum Zeitpunkt der Umkategorisierung beträgt die Bandbreite der Effektivzinssätze der umgegliederten Handelsaktiva 2,74% bis 9,32%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 935 Mio. EUR. Die Effektivzinssätze der umgegliederten zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten lagen zwischen 0,54% und 19,69%, mit erwarteten erzielbaren Cashflows i. H. v. 28 778 Mio. EUR.

In den folgenden Geschäftsjahren wurden keine weiteren Finanzinstrumente umkategorisiert.

64. Angaben zum Derivatevolumen.

31.12.2013	Nominalwerte – Restlaufzeiten					Fair Value	
Mio. EUR	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	51 414	22 583	10 090	769	84 856	1 536	1 419
Devisenoptionen	976	1 710	536	4	3 226	74	42
Käufe	538	918	263	1	1 720	75	0
Verkäufe	438	792	273	3	1 506	– 1	42
Zins-/Währungsswaps	2 146	7 611	23 088	8 725	41 570	1 192	1 153
Währungsbezogene Derivate	**54 536**	**31 904**	**33 714**	**9 498**	**129 652**	**2 802**	**2 614**
Forward Rate Agreements	1 684	12 675	602	0	14 961	1	3
Zinsswaps	108 888	158 302	336 790	287 388	891 368	19 806	17 146
Zinsoptionen	2 080	6 664	27 066	33 303	69 113	1 853	2 319
Käufe	590	3 110	11 698	13 549	28 947	1 565	132
Verkäufe	1 490	3 554	15 368	19 754	40 166	288	2 187
Caps/Floors/Collars	1 405	4 482	13 244	17 360	36 491	507	324
Börsengehandelte Zinsprodukte	30 154	24 329	14 515	0	68 998	0	0
Sonstige Zinskontrakte	2 385	144	697	0	3 226	33	45
Zinsbezogene Derivate	**146 596**	**206 596**	**392 914**	**338 051**	**1 084 157**	**22 200**	**19 837**
Kreditderivate – Sicherungsgeber	1 966	3 860	15 285	871	21 982	237	104
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	1 704	3 518	13 601	892	19 715	21	287
Kreditderivate	**3 670**	**7 378**	**28 886**	**1 763**	**41 697**	**258**	**391**
Börsengehandelte Produkte	1 101	4 442	5 659	62	11 264	283	350
Aktien-Termingeschäfte	128	0	0	0	128	0	1
Aktienoptionen	577	575	1 146	1 583	3 881	87	210
Käufe	295	285	499	610	1 689	87	0
Verkäufe	282	290	647	973	2 192	0	210
Aktien-/Indexbezogene Derivate	**1 806**	**5 017**	**6 805**	**1 645**	**15 273**	**370**	**561**
Commodites	1 111	1 783	45	0	2 939	62	41
Warenbezogene und sonstige Derivate	**1 111**	**1 783**	**45**	**0**	**2 939**	**62**	**41**
Insgesamt	**207 719**	**252 678**	**462 364**	**350 957**	**1 273 718**	**25 692**	**23 444**

In den obigen Zahlen sind zum 31. Dezember 2013 derivative Finanzinstrumente, die gemäß IFRS 5 zur Veräußerung gehalten werden, mit einem positiven Fair Value von 5 Mio. EUR sowie einem negativen Fair Value von 8 Mio. EUR enthalten.

31.12.2012	Nominalwerte – Restlaufzeiten					Fair Value	
Mio. EUR	bis 3 Monate	> 3 Monate bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Gesamt	Positiv	Negativ
Devisentermingeschäfte	92 568	37 715	14 504	399	145 186	1 872	1 764
Devisenoptionen	1 800	1 562	905	4	4 271	72	40
Käufe	1 026	853	429	1	2 309	72	0
Verkäufe	774	709	476	3	1 962	0	40
Zins-/Währungsswaps	3 926	7 352	28 304	10 217	49 799	2 089	1 961
Währungsbezogene Derivate	**98 294**	**46 629**	**43 713**	**10 620**	**199 256**	**4 033**	**3 765**
Forward Rate Agreements	2 298	84 849	785	0	87 932	33	37
Zinsswaps	136 666	194 741	476 997	411 977	1 220 381	51 699	48 835
Zinsoptionen	5 393	5 996	26 984	32 727	71 100	2 483	4 109
Käufe	2 144	1 999	11 432	13 453	29 028	2 395	89
Verkäufe	3 249	3 997	15 552	19 274	42 072	88	4 020
Caps/Floors/Collars	3 012	10 286	15 909	18 032	47 239	585	355
Börsengehandelte Zinsprodukte	32 661	48 776	12 024	0	93 461	0	0
Sonstige Zinskontrakte	2 105	654	222	0	2 981	59	113
Zinsbezogene Derivate	**182 135**	**345 302**	**532 921**	**462 736**	**1 523 094**	**54 859**	**53 449**
Kreditderivate – Sicherungsgeber	1 060	8 098	20 237	1 223	30 618	247	462
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	937	7 453	17 210	1 174	26 774	242	451
Kreditderivate	**1 997**	**15 551**	**37 447**	**2 397**	**57 392**	**489**	**913**
Börsengehandelte Produkte	751	4 119	4 126	66	9 062	234	398
Aktien-Termingeschäfte	18	0	0	0	18	1	0
Aktienoptionen	84	110 813	1 315	1 668	113 880	71	184
Käufe	32	55 397	584	644	56 657	71	0
Verkäufe	52	55 416	731	1 024	57 223	0	184
Aktien-/Indexbezogene Derivate	**853**	**114 932**	**5 441**	**1 734**	**122 960**	**306**	**582**
Commodites	805	1 680	1 179	0	3 664	54	57
Warenbezogene und Sonstige Derivate	**805**	**1 680**	**1 179**	**0**	**3 664**	**54**	**57**
Insgesamt	**284 084**	**524 094**	**620 701**	**477 487**	**1 906 366**	**59 741**	**58 766**

Die Marktwerte von börsengehandelten Futures sowie von Zinsswaps, deren Clearing über einen zentralen Kontrahenten erfolgt, werden gemäß der Bilanzierung behandelt. Demnach wird eine Verrechnung der geflossenen Variation Margin mit den Marktwerten, welche bereits erfolgswirksam gebucht wurden, durchgeführt.

Die nachstehende Tabelle enthält die positiven und negativen Marktwerte sowie die Nominalwerte der derivativen Geschäfte, aufgegliedert nach den jeweiligen Kontrahenten:

	Nominalwerte		Fair Value			
Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013 Positiv	31.12.2012 Positiv	31.12.2013 Negativ	31.12.2012 Negativ
OECD-Banken	624 269	1 570 048	19 170	49 836	19 119	51 801
Nicht-OECD-Banken	3 762	9 538	66	79	143	379
Öffentliche OECD-Stellen	46 794	48 036	2 927	4 549	1 053	1 912
Sonstige Kontrahenten	598 893	278 744	3 529	5 277	3 129	4 674
Insgesamt	**1 273 718**	**1 906 366**	**25 692**	**59 741**	**23 444**	**58 766**

Derivate mit OECD-Banken sind grundsätzlich durch entsprechend Barsicherheiten abgesichert. Die Nominalwerte dienen als Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen und stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar.

Eine Aufstellung über den Einsatzzweck der zum Stichtag im Bestand befindlichen Derivate gibt folgendes Bild:

Mio. EUR	Fair Value 31.12.2013 Positiv	31.12.2012 Positiv	31.12.2013 Negativ	31.12.2012 Negativ
Für Handelszwecke eingesetzte derivative Finanzinstrumente und ökonomische Hedgingderivate	22 293	53 715	19 491	51 875
Für Fair Value Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	3 399	6 023	3 950	6 886
Für Cashflow Hedge eingesetzte derivative Finanzinstrumente	0	3	3	5
Insgesamt	**25 692**	**59 741**	**23 444**	**58 766**

65. Übertragung finanzieller Vermögenswerte.

Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte.

Bei den übertragenen Vermögenswerten handelt es sich im Wesentlichen um eigene Vermögenswerte, die der LBBW-Konzern im Rahmen von Wertpapierpensions- oder Leihegeschäften übertragen (Repogeber) bzw. verliehen hat. Das Nutzungsrecht an den Wertpapieren erlischt mit der Übertragung, die Gegenparteien der dazugehörigen Verbindlichkeiten greifen nicht exklusiv auf diese Vermögenswerte zurück.

Die übertragenen Vermögenswerte werden weiterhin voll in der Bilanz angesetzt. Daraus kann ggf. ein Kontrahenten-, Ausfall- und/oder Marktpreisrisiko entstehen. Sachverhalte, bei denen trotz der Übertragung weiterhin ein anhaltendes Engagement besteht, existieren zum Abschlussstichtag nicht.

31.12.2013	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
Mio. EUR	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	6 259	5 955
Wertpapiere	6 259	5 955
Finanzanlagen AfS	11 438	3 824
Wertpapiere	11 438	3 824
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	16 733	16 614
Kommunaldarlehen	16 733	16 614
Forderungen an Kunden	5 512	5 473
Kommunaldarlehen	344	342
Hypothekendarlehen	1 796	1 783
Sonstige Forderungen	3 372	3 348
Finanzanlagen LaR	20	0
Sonstige Wertpapiere	20	0

31.12.2012	Übertragene Vermögenswerte werden weiterhin voll angesetzt	
Mio. EUR	Buchwert der übertragenen Vermögenswerte	Buchwert der dazugehörigen Verbindlichkeiten
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Handelsaktiva	7 953	6 219
Wertpapiere	6 608	6 219
Forderungen	1 345	0
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	43	43
Wertpapiere	43	43
Finanzanlagen AfS	14 774	7 576
Wertpapiere	14 774	7 576
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	16 338	15 795
Kommunaldarlehen	16 338	15 795
Forderungen an Kunden	7 165	5 203
Kommunaldarlehen	1 294	325
Hypothekendarlehen	1 935	1 695
Sonstige Forderungen	3 936	3 183
Finanzanlagen LaR	29	29
Sonstige Wertpapiere	29	29

66. Sicherheiten.

Sicherungsgeber.

Übertragene Vermögenswerte dienen ausschließlich als Sicherheit für die Gegenpartei. Die Sicherheiten werden nach Beendigung des zugrundeliegenden Geschäftes zurückgegeben. Gemäß IFRS 7.14 wurden Vermögenswerte i. H. v. 50 329 Mio. EUR (Vorjahr: 58 752 Mio. EUR) als Sicherheiten für Verbindlichkeiten oder Eventualverbindlichkeiten übertragen.

Sicherungsnehmer.

Der Fair Value der als Sicherheiten erhaltenen finanziellen und nicht finanziellen Vermögenswerte, welche der LBBW-Konzern auch bei nicht gegebenem Ausfall des Inhabers der Sicherheiten veräußern oder erneut besichern darf, beläuft sich auf 19 490 Mio. EUR (Vorjahr: 22 928 Mio. EUR). Der Fair Value der zum Berichtsstichtag veräußerten oder weitergereichten Sicherheiten beträgt 2 941 Mio. EUR (Vorjahr: 6 799 Mio. EUR). Von den erhaltenen Sicherheiten ist der LBBW-Konzern bei Sicherheiten mit einem Fair Value von insgesamt 18 586 Mio. EUR (Vorjahr: 22 928 Mio. EUR) zur Rückgabe verpflichtet.

67. Aufrechnung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen.

Der Konzern ist verpflichtet, bestimmte finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen zum Nettowert in der Bilanz auszuweisen. Die nachfolgenden Tabellen enthalten Angaben zu den Aufrechnungseffekten auf die Konzernbilanz sowie die finanziellen Auswirkungen einer Aufrechnung im Fall von Instrumenten, die Gegenstand einer rechtlich durchsetzbaren Netting-Rahmenvereinbarung oder einer ähnlichen Vereinbarung sind:

Aktiva.

31.12.2013				Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen		
Mio. EUR	Bruttobetrag von bilanzierten finanziellen Vermögenswerten	Bruttobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten, die einer bilanziellen Saldierung unterliegen	Nettobetrag bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	erhaltene Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten)	Nettobetrag
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	48 687	– 1 119	47 568	0	0	47 568
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	109 044	– 2 164	106 880	0	0	106 880
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertetet finanzielle Vermögenswerte	81 500	– 10 098	71 402	0	0	71 402
Finanzanlagen	40 660	0	40 660	0	0	40 660
Sonstige Aktiva	616	0	616	0	0	616
Restliche Aktivposten	6 397	0	6 397	0	0	6 397
Insgesamt	**286 904**	**– 13 381**	**273 523**	**0**	**0**	**273 523**

31.12.2012				Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen		
Mio. EUR	Bruttobetrag von bilanzierten finanziellen Vermögenswerten	Bruttobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten, die einer bilanziellen Saldierung unterliegen	Nettobetrag bilanzierter finanzieller Vermögenswerte	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	erhaltene Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten)	Nettobetrag
Forderungen an Kreditinstitute nach Risikovorsorge	51 045	– 987	50 058	0	0	50 058
Forderungen an Kunden nach Risikovorsorge	119 867	– 5 178	114 689	0	0	114 689
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertetet finanzielle Vermögenswerte	119 567	– 9 103	110 464	0	0	110 464
Finanzanlagen	52 771	0	52 771	0	0	52 771
Sonstige Aktiva	1 364	0	1 364	0	0	1 364
Restliche Aktivposten	6 991	0	6 991	0	0	6 991
Insgesamt	**351 605**	**– 15 268**	**336 337**	**0**	**0**	**336 337**

Einer bilanziellen Saldierung unterliegen Wertpapierpensionsgeschäfte i. H. v. 968 Mio. EUR in den Forderungen an Kreditinstitute und in Höhe von 2 121 Mio. EUR in den Forderungen an Kunden. Des Weiteren bestehen aufgerechnete Kontokorrentforderungen i. H. v. 151 Mio. EUR in den Forderungen an Kreditinstitute und i. H. v. 43 Mio. EUR in den Forderungen an Kunden. In den erfolgswirksam zum Fair Value bewerteten finanziellen Vermögenswerten wurden Derivate i. H. v. 10 098 Mio. EUR aufgerechnet.

Passiva.

31.12.2013				Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen		
Mio. EUR	Bruttobetrag von bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten	Bruttobetrag bilanzierter finanzieller Vermögenswerte, die einer bilanziellen Saldierung unterliegen	Nettobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	verpfändete Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten)	Nettobetrag
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	59 149	– 1 119	58 030	0	0	58 030
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	84 213	– 2 164	82 049	0	0	82 049
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertetet finanzielle Verpflichtungen	67 752	– 10 098	57 654	0	0	57 654
Sonstige Passiva	756	0	756	0	0	756
Restliche Passivposten	75 034	0	75 034	0	0	75 034
Insgesamt	**286 904**	**– 13 381**	**273 523**	**0**	**0**	**273 523**

31.12.2012				Beträge, die keiner bilanziellen Saldierung unterliegen		
Mio. EUR	Bruttobetrag von bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten	Bruttobetrag bilanzierter finanzieller Vermögenswerte, die einer bilanziellen Saldierung unterliegen	Nettobetrag bilanzierter finanzieller Verbindlichkeiten	Effekt von Aufrechnungs-Rahmenvereinbarungen	verpfändete Sicherheiten (inkl. Barsicherheiten)	Nettobetrag
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	65 223	– 987	64 236	0	0	64 236
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	90 510	– 5 178	85 332	0	0	85 332
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertetet finanzielle Verpflichtungen	108 835	– 9 103	99 732	0	0	99 732
Sonstige Passiva	698	0	698	0	0	698
Restliche Passivposten	86 339	0	86 339	0	0	86 339
Insgesamt	**351 605**	**– 15 268**	**336 337**	**0**	**0**	**336 337**

Die unter den Aktiva genannten Saldierungseffekte, bezogen auf die Produkte, finden sich gegenläufig auf der Passivseite wieder.

68. Angaben zur Emissionstätigkeit.

31.12.2013 Mio. EUR	Anzahl	Volumen	Erstabsatz[1)]	Tilgungen
Pfandbriefe	47	615	613	7 568
Geldmarktgeschäfte	152	6 087	6 087	7 524
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	5 422	272 274	4 311	7 749
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0	0	483
Insgesamt	**5 621**	**278 976**	**11 011**	**23 324**

1) Im Erstabsatz sind auch Volumina aus den Vorjahren enthalten.

31.12.2012 Mio. EUR	Anzahl	Volumen	Erstabsatz[1)]	Tilgungen
Pfandbriefe	69	3 220	2 936	8 871
Geldmarktgeschäfte	270	12 129	12 129	11 728
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	5 922	305 846	6 755	8 997
Sonstige Schuldverschreibungen	0	0	0	105
Insgesamt	**6 261**	**321 195**	**21 820**	**29 701**

1) Im Erstabsatz sind auch Volumina aus den Vorjahren enthalten.

Gemäß IAS 39 wurden die im Konzern gehaltenen eigenen Schuldverschreibungen i. H. v. nominal 11 366 Mio. EUR (Vorjahr: 11 608 Mio. EUR) mit den ausgegebenen Schuldverschreibungen aufgerechnet.

Sonstige Angaben.

69. Leasingverhältnisse.

Finance Lease – LBBW als Leasinggeber.

Für die in den Forderungen an Kunden enthaltenen Finance Lease-Geschäfte ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Bruttoinvestitionswert	**6 192**	**6 392**
Bis zu 1 Jahr	1 190	1 823
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 919	2 818
Über 5 Jahre	2 083	1 751
./. unrealisierter Finanzertrag	**– 924**	**– 928**
= Nettoinvestitionswert	**5 268**	**5 464**
./. Barwert der nicht garantierten Restwerte	– 123	– 130
= Barwert der Forderungen aus Mindestleasingzahlungen	**5 145**	**5 334**
Bis zu 1 Jahr	1 027	457
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	2 619	2 008
Über 5 Jahre	1 499	2 869

Der Bruttoinvestitionswert ist aus Sicht des Leasinggebers die Summe aus Mindestleasingzahlungen eines Finance-Lease-Verhältnisses und jeglichen, dem Leasinggeber zustehenden, nicht garantierten Restwerten. Die Mindestleasingzahlungen sind dabei diejenigen Zahlungen, welche der Leasingnehmer während der Laufzeit des Leasingverhältnisses zu zahlen hat oder zu denen er herangezogen werden kann, außer bedingte Mietzahlungen, Aufwand für Dienstleistungen und Steuern, die der Leasinggeber zu zahlen hat und die ihm erstattet werden, sowie jegliche garantierte Restwerte. Anfängliche direkte Vertragsanlaufkosten werden in die Forderungen aus Finance-Lease-Verträgen miteinbezogen. Der Nettoinvestitionswert entspricht dem Barwert des Bruttoinvestitionswerts; die Abzinsung erfolgt dabei auf Basis des dem Leasingverhältnis zugrunde liegenden Zinssatz aus Sicht des Leasinggebers.

Die kumulierten Wertberichtigungen für uneinbringlich ausstehende Mindestleasingzahlungen betragen zum Abschlussstichtag –62 Mio. EUR (Vorjahr: –70 Mio. EUR).

Finance Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Die unter den Sachanlagen ausgewiesenen Leasingobjekte aus Finance Lease setzen sich aus folgenden Objektarten zusammen:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Gebäude	2	4
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1	0
Grundstücke	1	0
Finance Lease-Gegenstände insgesamt	**4**	**4**

Der Buchwert der Vermögenswerte aus Finance Lease in den Sachanlagen i. H. v. 4 Mio. EUR (Vorjahr: 4 Mio. EUR) bezieht sich im Wesentlichen auf ein Gebäude mit Grundstück. Es besteht ein Leasingvertrag über ein Verwaltungsgebäude in Mainz zwischen der LBBW als Leasingnehmer und einer Grundstücksverwaltungsgesellschaft als Leasinggeber. Die Mietzeit beträgt 20 Jahre mit dem Konversionszeitpunkt zum 31. August 2020. Es besteht eine Kaufoption zum Ende des 10. und 15. Mietjahres mit der Möglichkeit des Erwerbs zum Barwert der bis zum Ablauf der Mietzeit noch zu leistenden Mieten und Verwaltungskostenbeiträge zuzüglich dem Barwert des Verkehrswerts des Leasingobjekts bei Ablauf der Mietzeit. Die Kaufoption zum Ende der Mietzeit sieht den Erwerb zu dem im Vertrag festgelegten Verkehrswert des Leasingobjekts vor. Für die u. a. in den Sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Finance Lease ergibt sich die folgende Überleitung des Bruttoinvestitionswerts auf den Barwert der Mindestleasingzahlungen:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Künftige Mindestleasingzahlungen	**9**	**12**
Bis zu 1 Jahr	4	11
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	5	1
./. Abzinsungsbetrag	**– 1**	**0**
= Barwert der künftigen Mindestleasingzahlungen	**8**	**12**
Bis zu 1 Jahr	3	11
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	5	1

Operate Lease – LBBW als Leasinggeber.

Die Buchwerte der im Rahmen von Operate Lease angesetzten Vermögenswerten unter den Sachanlagen, bei denen es sich im Wesentlichen um Vereinbarungen über die Vermietung eigener Grundstücke und Gebäude handelt, teilen sich wie folgt auf:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Gebäude	87	88
Grundstücke	38	36
Operate Lease insgesamt	**125**	**124**

Aus den genannten Leasingverhältnissen werden folgende Zahlungen erwartet:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Bis zu 1 Jahr	25	14
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	78	58
Über 5 Jahre	88	77
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	**191**	**149**

Operate Lease – LBBW als Leasingnehmer.

Aus den Leasingverhältnissen, bei welchen die LBBW Leasingnehmer ist, bestehen Zahlungsverpflichtungen i. H. v.:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Bis zu 1 Jahr	41	49
Länger als 1 Jahr und bis zu 5 Jahren	88	81
Über 5 Jahre	245	210
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverträgen	**374**	**340**

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Mindestleasingzahlungen i. H. v. – 57 Mio. EUR (Vorjahr: – 58 Mio. EUR) als Aufwendungen erfasst. Diese Position setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Aufwendungen für Mieten für Geschäftsräume, Kraftfahrzeuge, Kopierer und Faxgeräte. Die Zahlungen aus Untermietverhältnissen betrugen 0 Mio. EUR (Vorjahr: – 1Mio. EUR).

70. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

31.12.2013 Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter-unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute	188	0	228	169	0	0
Forderungen an Kunden	3 475	2	507	110	58	38
Risikovorsorge	0	0	– 43	– 1	– 4	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 110	0	1 333	102	4	0
Finanzanlagen	32	0	89	18	1	12 722
Aktiva Insgesamt	**6 805**	**2**	**2 114**	**398**	**59**	**12 760**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6 515	0	52	131	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	114	4	156	163	9	13 080
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	2 011	0	116	62	0	0
Nachrangkapital	1 249	0	0	8	0	0
Passiva Insgesamt	**9 889**	**4**	**324**	**364**	**9**	**13 080**
Eventualverbindlichkeiten	**0**	**0**	**1**	**12**	**0**	**0**

31.12.2012 Mio. EUR	Anteilseigner	Mitglieder des Vorstands und AR	Nicht konsolidierte Tochter-unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen/ Unternehmen
Forderungen an Kreditinstitute	188	0	81	228	0	0
Forderungen an Kunden	3 501	4	759	231	42	38
Risikovorsorge	0	0	– 38	– 7	– 1	0
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	3 859	0	1 663	161	5	0
Finanzanlagen	33	0	100	17	3	12 722
Aktiva Insgesamt	**7 581**	**4**	**2 565**	**630**	**49**	**12 760**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5 891	0	35	213	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	206	5	255	104	15	12 758
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verpflichtungen	2 360	0	38	94	0	0
Nachrangkapital	3 734	0	100	10	0	0
Passiva Insgesamt	**12 191**	**5**	**428**	**421**	**15**	**12 758**
Eventualverbindlichkeiten	**0**	**0**	**17**	**22**	**0**	**0**

Die Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten, bezogen auf sonstige nahe stehende Personen und Unternehmen, ergeben sich aus der normalen Geschäftstätigkeit.

Natürliche Personen, die gemäß IAS 24 als nahe stehend betrachtet werden, sind die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats einschließlich Angehöriger der LBBW (Bank) als Mutterunternehmen. Vergütungen und Geschäftsvorfälle mit Personen des Key Managements können der Note 78 entnommen werden.

Aufgrund der Unwesentlichkeit der Geschäftsvorfälle zu Unternehmen, die durch die Anteilseigner der LBBW beherrscht bzw. unter maßgeblichem Einfluss stehen, nimmt die LBBW die Ausnahmeregelung gemäß IAS 24.25 in Anspruch.

71. Außerbilanzielle Geschäfte und Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen beinhalten eine vertraglich eingegangene, aber in der Realisierung noch nicht wahrscheinliche Verpflichtung (Eintrittswahrscheinlichkeit kleiner 50 %). Die Verpflichtung kann sowohl aus gestellten Bürgschaften als auch aus Kunden eingeräumten, jedoch noch nicht in Anspruch genommenen, und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Der angesetzte Betrag entspricht den möglichen Verpflichtungen bei vollständiger Ausnutzung eingeräumter Kreditlinien bzw. Inanspruchnahme der Avale.

Die Wahrscheinlichkeit eines Vermögensabflusses wird regelmäßig überprüft. Sofern sich Anhaltspunkte für eine wahrscheinliche Inanspruchnahme ergeben, wird eine Rückstellung im Kreditgeschäft bilanziert und betraglich vom Bestand der außerbilanziellen Verpflichtung abgesetzt.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Eventualverbindlichkeiten	**5 911**	**6 476**
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	5 870	6 464
At Equity bewertete Unternehmen	5	0
davon gemeinschaftlich eingegangene Verpflichtungen	5	0
Haftung für die Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0	10
Weitergegebene, abgerechnete Wechsel	1	2
Andere Eventualverbindlichkeiten	35	0
Andere Verpflichtungen	**22 268**	**22 887**
Unwiderrufliche Kreditzusagen	21 528	22 381
Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen	373	231
Verpflichtungen aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	248	155
Verpflichtungen aus begonnenen Investitionsvorhaben	38	68
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	27	29
Sonstige Verpflichtungen	54	23
Insgesamt	**28 179**	**29 363**

Die Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen einer zum Verkauf stehenden vollkonsolidierten Tochtergesellschaft erhöhen die außerbilanziellen Verpflichtungen des Konzerns um weitere 118 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR; siehe Note 11). Davon entfallen 64 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) auf Bürgschaften und Gewährleistungsverträge und 54 Mio. EUR (Vorjahr: 0 Mio. EUR) auf unwiderrufliche Kreditzusagen.

Die Einzahlungsverpflichtungen und Mithaftungen beinhalten Nachschusspflichten gegenüber zentralen Kontrahenten i. H. v. 109 Mio. EUR (Vorjahr: 143 Mio. EUR) und gegenüber der Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, i. H. v. insgesamt 76 Mio. EUR (Vorjahr: 76 Mio. EUR).

Bei einer erforderlichen Kreditrestrukturierung wurde im Konsortialverbund eine Zweckgesellschaft ICON Brickell LLC (»ICON«) gegründet. Die LBBW ist indirekt über die Yankee Properties LLC (»Yankee«) an ICON beteiligt. Der Geschäftszweck der ICON, die finanzierten Wohnungen zu verkaufen, ist inzwischen erfüllt. Die LBBW und die anderen Gesellschafter der ICON haben eine »Guaranty« (Recht des Bundesstaates Florida) für die Verpflichtungen der ICON abgegeben. Diese bezieht sich auf Zahlungspflichten sowie auf alle sonstigen Verhaltenspflichten der Yankee gegenüber ICON. Hieraus können weiterhin, d. h. bis spätestens zur Rückgabe der Guaranty, (Gewährleistungs-) Ansprüche in unbegrenzter Höhe an die LBBW herangetragen werden.

Sicherungsreserve.

Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten i. H. v. 174 Mio. EUR (Vorjahr: 230 Mio. EUR). Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds hat die LBBW sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstituten entstehen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist ein solcher Fall nicht eingetreten.

Haftungsfreistellungen.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, ehemalige Sachsen LB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden, sofern und soweit die Gewährträgerhaftung aufgrund von Ansprü-

chen der LBBW oder mit der LBBW i.S.v. §§ 15 ff AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Ormond Quay Struktur einschließlich einer oder mehrerer Castle-View-Vehikel besteht und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond-Quay-Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 6. Mai 2004 in der Fassung vom 7. Juli 2005 zwischen der Sachsen LB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der Sachsen LB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der Sachsen LB erstmals geltend gemacht werden.

Eventualforderungen.

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Rechtsstreitigkeiten	8	7
Insgesamt	**8**	**7**

Treuhandgeschäfte.

Die nicht bilanzierten Treuhandgeschäfte betreffen folgende Arten von Vermögenswerten sowie Verbindlichkeiten und gliedern sich wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	547	592
Forderungen an Kunden	311	225
Finanzanlagen	3	9
Sachanlagen	3	3
Sonstige Aktiva	28	32
Treuhandvermögen[1)]	**892**	**861**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	885	854
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6	6
Sonstige Verbindlichkeiten	1	1
Treuhandverbindlichkeiten	**892**	**861**

1) Inkl. Verwaltungskredite.

72. PIIS Exposure.

In Ergänzung zu der im Risiko- und Chancenbericht dargestellten Regionengliederung erfolgen nachstehend die Angaben zum Exposure in den PIIS-Staaten (Portugal, Italien, Irland und Spanien) auf Basis der IFRS-Bilanzwerte pro Sitzland und je Schuldner- bzw. Bilanzkategorie sowie über die gebildeten Einzelwertberichtigungen.

Die Forderungen des LBBW-Konzerns gegenüber Finanzinstituten, Unternehmen und öffentlichen Haushalten aus diesen vier Ländern verringerten sich seit dem Jahresende 2012 um 5,5 Mrd. EUR auf 5,4 Mrd. EUR. Ein Großteil dieser Entwicklung ist auf die öffentlichen Haushalte zurückzuführen, deren Exposure in 2013 auf 3 271 Mio. EUR (Vorjahr: 7 178 Mio. EUR) mehr als halbiert wurde: So konnten die Positionen gegenüber öffentlichen Haushalten aus Italien um – 32 % auf 2 300 Mio. EUR, Spanien um – 74 % auf 718 Mio. EUR und Portugal um – 72 % auf 252 Mio. EUR deutlich reduziert werden.

Gegenüber Finanzinstituten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen	0,6	52,3	156,3	194,4	26,7	27,8	4,4	4,2
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (Netto)	- 13,1	7,7	12,5	76,3	- 0,2	0,3	258,9	404,5
Derivate	- 96,8	- 105,2	5,8	6,6	- 1,9	- 2,3	- 37,6	- 56,0
Finanzanlagen AfS	0,0	151,3	48,9	202,9	0,0	0,0	295,8	364,4
Neubewertungsrücklage	0,0	- 1,1	2,2	- 1,5	0,0	0,0	5,0	- 8,4
Finanzanlagen LaR	0,0	0,0	0,0	4,9	0,0	54,4	0,0	25,5
Summe	**- 12,5**	**211,2**	**217,7**	**478,5**	**26,5**	**82,5**	**559,1**	**798,6**
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,0	0,0	0,8	- 14,7	- 0,1	- 0,8	4,0	- 6,8
CDS Passiv-Positionen	0,0	0,0	- 0,4	16,4	0,1	0,8	- 2,8	7,0
CDS Aktiv-Nominale	0,0	0,0	448,0	801,0	20,0	25,0	465,0	719,0
CDS Passiv-Nominale	0,0	0,0	434,0	787,0	20,0	25,0	455,0	710,1

Gegenüber Unternehmen.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen	375,9	345,0	174,8	152,2	22,6	24,0	761,0	765,1
Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen)	0,0	0,0	- 1,5	0,0	0,0	0,0	- 20,8	- 79,7
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (Netto)	- 13,3	34,6	7,2	13,1	0,0	0,5	44,5	61,9
Derivate	6,1	4,7	6,9	12,9	0,0	0,5	41,1	58,3
Finanzanlagen AfS	6,5	51,2	0,0	10,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Neubewertungsrücklage	0,0	- 0,2	0,0	- 0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzanlagen LaR	19,4	249,6	0,0	69,1	0,0	20,8	0,0	468,7
Summe	**388,5**	**680,4**	**180,5**	**245,1**	**22,6**	**45,2**	**784,7**	**1 216,0**
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	0,1	1,0	2,0	5,1	0,1	0,2	1,7	0,7
CDS Passiv-Positionen	- 0,1	- 0,9	- 1,8	- 4,4	- 0,1	0,2	- 1,2	0,0
CDS Aktiv-Nominale	5,0	15,0	225,7	553,3	12,0	25,0	156,5	222,0
CDS Passiv-Nominale	6,0	16,0	172,1	503,9	10,0	25,0	147,0	207,0

Gegenüber Öffentlichen Haushalten.

Mio. EUR	Irland		Italien		Portugal		Spanien	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	40,0	7,5	10,3
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete Finanzinstrumente (Netto)	1,2	– 7,6	– 0,6	– 35,4	– 0,4	– 23,7	1,7	– 38,3
Derivate	– 0,1	– 7,8	– 0,6	– 40,6	– 0,5	– 23,8	0,0	– 79,8
Finanzanlagen AfS	0,0	98,5	2 300,4	3 436,8	251,9	884,5	709,2	2 813,0
Neubewertungsrücklage	0,0	16,6	– 377,2	– 575,9	– 40,6	1,8	– 92,2	– 198,5
Summe	**1,2**	**90,9**	**2 299,8**	**3 401,4**	**251,5**	**900,8**	**718,4**	**2 785,0**
Ergänzende CDS-Informationen zu obiger Position Derivate								
CDS Aktiv-Positionen	– 0,7	– 11,1	– 17,1	– 76,4	– 6,6	– 65,8	– 31,0	– 133,9
CDS Passiv-Positionen	0,7	3,3	– 2,7	35,9	6,1	45,5	– 8,9	56,0
CDS Aktiv-Nominale	89,0	285,3	728,3	1 879,6	123,0	704,2	1 359,6	2 052,8
CDS Passiv-Nominale	86,1	272,2	754,4	1 831,0	120,9	653,9	1 393,3	1 932,1

Die obigen Zahlenangaben enthalten keine ABS, deren Emittenten den Sitz in einem dieser vier Länder haben.

73. Kreditportfolio.

Struktur des Kreditportfolios nach Bilanzklassen.

Bedingt durch eine 2013 eingeführte stärkere Differenzierung in der Exposuredarstellung kommt es gegenüber dem Geschäftsbericht 2012 zu einem veränderten Ausweis. Weiterer Informationen hierzu sind im Risiko- und Chancenbericht ausgeführt.

Nachfolgende Tabelle beschreibt das Kreditportfolio der LBBW nach Bilanzklassen:

31.12.2013 Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/ Colleteral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kredit-sicherheiten	Netto-Exposure
Barreserve	2 369	0	0	0	2 369
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	98 699	29 341	20 500	1 314	47 544
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	761	0	0	24	737
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	4 891	4 652	0	15	224
Finanzanlagen AfS	21 265	0	50	130	21 085
zinstragende Vermögenswerte	18 585	0	50	130	18 405
nicht zinstragende Vermögenswerte	2 680	0	0	0	2 680
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	66 929	20 219	0	2 331	44 379
Forderungen an Kunden	114 631	13 790	0	35 790	65 051
davon Finanzierungsleasing	5 552	0	0	574	4 978
Finanzanlagen LaR	16 160	500	0	23	15 637
zinstragende Vermögenswerte	16 101	500	0	23	15 578
nicht zinstragende Vermögenswerte	59	0	0	0	59
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	58	0	0	0	58
Insgesamt	**325 763**	**68 502**	**20 550**	**39 627**	**197 084**
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	48 880	0	0	3 154	45 726
Gesamt Exposure	**374 643**	**68 502**	**20 550**	**42 781**	**242 810**

31.12.2012 Mio. EUR	Brutto-Exposure	Netting/ Colleteral	Kredit-derivate (Protection Buy)	Kredit-sicherheiten	Netto-Exposure
Barreserve	2 347	0	0	0	2 347
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte					
Handelsaktiva	143 035	60 009	25 770	1 724	55 532
Der Fair-Value-Option zugeordnete finanzielle Vermögenswerte	2 353	1 160	60	27	1 106
Positive Marktwerte aus derivativen Sicherungsinstrumenten	7 042	6 837	0	18	187
Finanzanlagen AfS	29 008	0	3 509	0	25 499
zinstragende Vermögenswerte	25 693	0	3 509	0	22 184
nicht zinstragende Vermögenswerte	3 315	0	0	0	3 315
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	7	0	0	0	7
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte					
Forderungen an Kreditinstitute	56 435	4 025	0	2 540	49 870
Forderungen an Kunden	115 122	4 971	0	35 102	75 049
davon Finanzierungsleasing	5 763	0	0	517	5 246
Finanzanlagen LaR	18 495	0	0	33	18 462
zinstragende Vermögenswerte	18 495	0	0	33	18 462
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	7	0	0	0	7
Insgesamt	**373 844**	**77 002**	**29 339**	**39 444**	**228 059**
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	52 738	0	0	3 233	49 505
Gesamt Exposure	**426 582**	**77 002**	**29 338**	**42 677**	**277 564**

Portfolioqualität – überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte.

Als überfällige, nicht wertgeminderte Vermögenswerte ist das Exposure der Geschäfte gegenüber Kunden mit mehr als fünf Tagen Zahlungsverzug definiert, für welches keine Wertberichtigung vorgenommen wurde. Zum Stichtag 31. Dezember 2013 entfiel hierauf ein Brutto-Exposure i. H. v. 91 Mio. EUR, was einem Portfolioanteil von 0,02 % entspricht.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Laufzeitengliederung dieses Teilportfolios dar:

31.12.2013 Mio. EUR	<= 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate	Gesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte							
Forderungen an Kunden	8	12	22	1	2	45	91
Gesamt Exposure	**8**	**12**	**22**	**1**	**2**	**45**	**91**

31.12.2012 Mio. EUR	<= 1 Monat	> 1 bis 3 Monate	> 3 bis 6 Monate	> 6 bis 9 Monate	> 9 bis 12 Monate	> 12 Monate	Gesamt
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte							
Forderungen an Kunden	10	18	6	5	25	71	136
Gesamt Exposure	**10**	**18**	**6**	**5**	**25**	**71**	**136**

Portfolioqualität – wertgeminderte Vermögensgegenstände.

Neben wertgeminderten Finanzanlagen, werden in der nachfolgenden Abbildung Forderungen gegenüber Kunden gezeigt, für die eine Wertberichtigung gebildet wurde:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte		
Finanzanlagen AfS	408	421
zinstragende Vermögenswerte	408	421
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Vermögenswerte		
Forderungen an Kreditinstitute	20	38
Forderungen an Kunden	3 414	4 573
davon Finance Lease	167	150
Insgesamt	**3 842**	**5 033**
Kreditzusagen und sonstige Vereinbarungen	235	250
Gesamt Exposure	**4 077**	**5 283**

Die wertgeminderten Vermögenswerte haben sich im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um 1,2 Mrd. EUR reduziert. Die Veränderung fand insbesondere bei Forderungen an Kunden statt. Durch den Rückgang hat sich der Anteil des Portfolios der weder wertgeminderten noch überfälligen Vermögenswerte auf 98,9% erhöht (Vorjahr: 98,7%).

74. Kapitalmanagement.

Ziel der Kapitalsteuerung der LBBW ist es, eine solide Kapitalisierung im LBBW-Konzern sicherzustellen. Um eine Angemessenheit des Kapitals unter verschiedenen Aspekten zu gewährleisten, werden die Kapitalquoten und -strukturen sowohl aus einem regulatorischen als auch einem ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Das Kapitalmanagement der LBBW ist eingebettet in den Gesamtbanksteuerungsprozess, die Strategien, die Regelwerke, den Überwachungsprozessen sowie die Organisationsstrukturen des LBBW-Konzerns.

Die integrierte Risiko- und Kapitalsteuerung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Asset Liability Committee (ALCo) unterstützt den Vorstand u. a. bei der Sicherstellung einer angemessenen Ausstattung und Struktur des Eigenkapitals sowie der Definition und Einhaltung von Zielgrößen. Das ALCo agiert hierbei entscheidungsvorbereitend, die Beschlussfassung erfolgt anschließend durch den Gesamtvorstand.

Beim Risikomanagement und einem Kapitalmanagement unter ökonomischen Gesichtspunkten unterstützt das Risk Committee (RiskCom) entscheidungsvorbereitend den Vorstand u. a. bei der übergreifenden Überwachung der Risikotragfähigkeit und der wesentlichen Risiken. Um bei der Vielzahl an Anforderungen im Bankenaufsichtsrecht und der Bilanzierung frühzeitig die steuerungsrelevanten Anforderungen zu bewerten und Maßnahmen zu ergreifen, wurde im Jahr 2013 das Regulatorik-/Bilanzierungs-Komitee gegründet.

Die Kapitalallokation und längerfristige strategische Kapitalsteuerung erfolgen im Rahmen des jährlichen integrierten Planungsprozesses (mit einem fünfjährigen Planungshorizont), mit dem unterjährigen Forecast und werden vom Gesamtvorstand beschlossen sowie laufend überwacht. Über den Wirtschaftsplan entscheidet der Aufsichtsrat abschließend.

Ökonomisches Kapital.

Neben dem regulatorisch notwendigen Eigenkapital wird bei der LBBW in einem weiteren Steuerungskreis das ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe eigener Risikomodelle ermittelt wird, überwacht.

Details hierzu siehe Risiko- und Chancenbericht.

Regulatorisches Kapital.

Die Eigenmittel der LBBW-Gruppe werden auf Basis der Anforderungen des Kreditwesengesetzes (KWG) ermittelt und beruhen auf den für Institutsgruppen relevanten aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanz-Vorschriften.

Die Gesamtkennziffer der LBBW-Gruppe wird nach den Vorgaben von § 3 SolvV (Solvabilitätsverordnung) in Verbindung mit § 10a KWG ermittelt.

Demgemäß darf die Relation der anrechenbaren Eigenmittel zu der mit 12,5 multiplizierten Summe aus den Anrechnungsbeträgen für Adressrisiken, operationelle Risiken und Marktrisikopositionen einschließlich der Optionsgeschäfte arbeitstäglich die Quote von 8,0% (Gesamtkennziffer) zum Geschäftsschluss nicht unterschreiten. Die aufsichtsrechtlich geforderten Quoten wurden im Geschäftsjahr 2013 jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittel bestehen aus dem Kern- und Ergänzungskapital sowie den Drittrangmitteln. Dabei ist das gesamte Ergänzungskapital auf die Höhe des Kernkapitals begrenzt. Das Ergänzungskapital zweiter Klasse darf max. 50% des gesamten Kernkapitals betragen. Die Anrechnung von Drittrangmitteln ist zusammen mit dem freien

Ergänzungskapital auf 250% des freien Kernkapitals (Kernkapital, das nicht zur Unterlegung der Adressenausfallrisiken und operationellen Risiken benötigt wird) begrenzt.

Das Kernkapital oder Tier-I-Kapital besteht aus dem eingezahlten Kapital, der Kapitalrücklage sowie den sonstigen Rücklagen, dem Sonstigen Kapital i.S.v. § 10 Abs. 4 KWG (Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter), den Preference Shares, dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und unter Berücksichtigung der Abzugspositionen (im Wesentlichen immaterielle Vermögensgegenstände). Ein wesentlicher Teil des Sonstigen Kapitals (Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter) der LBBW-Gruppe ist permanent und wird von den Trägern der LBBW gehalten. Das Ergänzungskapital oder Tier-II-Kapital setzt sich aus Ergänzungskapital erster Klasse, das aus Genussrechtsverbindlichkeiten besteht, sowie dem Ergänzungskapital zweiter Klasse, das die längerfristigen Nachrangverbindlichkeiten beinhaltet, zusammen.

Als Drittrangmittel oder Tier-III-Kapital werden Genussrechte und längerfristige nachrangige Verbindlichkeiten, die mit einer entsprechenden Drittrangklausel ausgestattet sind, während der letzten beiden Jahre vor Fälligkeit angerechnet. Drittrangmittel dürfen nur zur Unterlegung der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen verwendet werden.

In Wertpapieren verbriefte Eigenmittelbestandteile können im Rahmen der Marktpflege bis zu 3% des Gesamtnennbetrages zurückgekauft werden. Von der Möglichkeit der Marktpflege macht die LBBW nach Anzeige an die BaFin bei Genussrechten und längerfristigen Nachrangverbindlichkeiten Gebrauch. Die Obergrenze wurde im Geschäftsjahr 2013 jederzeit eingehalten.

Des Weiteren sind folgende Positionen jeweils hälftig vom Kern- und Ergänzungskapital abzuziehen: Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 KWG (unmittelbare Beteiligungen an Instituten und Finanzunternehmen, an denen mehr als 10% des Kapitals gehalten werden, die aber nicht nach § 10a KWG konsolidiert werden sowie Eigenkapitalsurrogate, die von diesen Unternehmen ausgegeben wurden, Beteiligungen an Versicherungsunternehmen gemäß § 271 HGB sowie Eigenkapitalsurrogate, die von diesen Versicherungsunternehmen ausgegeben wurden) und Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6a KWG (Wertberichtigungsfehlbeträge für IRBA Adressrisikopositionen und erwartete Verluste für IRBA-Beteiligungspositionen sowie Vorleistungsrisiken für Wertpapier-, Fremdwährungs- und Rohwarengeschäfte des Handelsbuchs, deren Gegenleistung fünf Geschäftstage nach deren Fälligkeit noch nicht wirksam erbracht wurde).

Die LBBW hat zum 1. Januar 2008 von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die Zulassung zur Anwendung des auf internen Ratings basierenden Ansatzes für die Ermittlung der Eigenmittelunterlegung von Adressrisiken aus wesentlichen Forderungsklassen erhalten. Die Eigenmittelanforderungen für Forderungen, für die noch keine Zulassung eines Ratingverfahrens vorliegen, werden nach dem Kreditrisiko-Standardansatz (KSA) berechnet.

Die Eigenmittel gemäß KWG berechnen sich auf Basis der Einzelabschlüsse der einbezogenen Unternehmen unter Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Rechnungslegungsvorschriften.

Die Zusammensetzung der Eigenmittel des LBBW-Konzerns ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Eigenmittel	**17853**	**18828**
Kernkapital (Tier I)	14711	14675
Ergänzungskapital (Tier II)	2927	3696
Drittrangmittel (Tier III)	215	457
Anrechnungspflichtige Positionen	**79351**	**95776**
Risikogewichtete Adressenausfallrisikopositionen	64463	78538
Marktrisikopositionen	10288	10963
Operationelles Risiko	4600	6275
Gesamtkennziffer gemäß SolvV in %	**22,5**	**19,7**
Kernkapitalquote in %	**18,5**	**15,3**

Mio. EUR	31.12.2013	31.12.2012
Kernkapital (Tier I)	**14711**	**14675**
Eingezahltes Kapital	3484	2584
Kapitalrücklage	8240	6910
Sonstiges Kapital (Vermögenseinlagen Stiller Gesellschafter)	2274	4461
Sonstige Rücklagen und aktivische Unterschiedsbeträge gemäß § 10a Abs. 6 S. 9 und 10 KWG	748	837
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB	495	484
Abzugspositionen vom Kernkapital inkl. hälftiger Abzug § 10 Abs. 2a, 6, 6a KWG	– 530	– 601

Erläuterung der Veränderungen 2012 zu 2013.
Zum 1. Januar 2013 wandelte die LBBW 2,2 Mrd. EUR (darin enthalten waren 500 Mio. US$) Stille Einlagen, die von den Trägern gehalten worden waren, in hartes Kernkapital. Dies führte zu einer anteiligen Erhöhung der Positionen Eingezahltes Kapital und Kapitalrücklagen. Die Position Sonstiges Kapital verringerte sich nicht in gleichem Umfang aufgrund des Währungseffekts bei der Wandlung der in US$ begebenen Stillen Einlagen.

Aufgrund der Nachholung von ausgefallenen Ausschüttungen auf Stille Einlagen und Genussrechte, die im Jahr 2009 herabgesetzt worden waren, wies die LBBW für das Geschäftsjahr 2012 keinen Jahresüberschuss gemäß HGB aus.

Das Ergänzungskapital per 31. Dezember 2013 verringerte sich im Laufe des Jahres um 769 Mio. EUR. Neuemissionen von langfristigen Nachrangverbindlichkeiten in 2013 standen ein höheres Volumen von Genussrechten und langfristigen Nachrangverbindlichkeiten gegenüber, die die Restlaufzeit von zwei Jahren im Laufe des Berichtsjahres unterschritten. Genussrechte dürfen bei Unterschreitung der Restlaufzeit von zwei Jahren nicht mehr als haftendes Eigenkapital angerechnet werden. Langfristige Nachrangverbindlichkeiten dürfen, wenn die Restlaufzeit unter zwei Jahren liegt, nur noch zu 40 % angerechnet werden.

Der Bestand an Drittrangmitteln reduzierte sich ebenfalls aufgrund von Fälligkeiten.

Der gemäß § 10 Abs. 6a KWG zu ermittelnde Wertberichtigungsfehlbetrag führte zu einem geringeren Abzugsbetrag als im Vorjahr.

Die anrechnungspflichtigen Positionen verminderten sich im Wesentlichen durch die Reduktion von Adressenausfallrisikopositionen von nicht strategischem Geschäft.

75. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag.

Seit dem 1. Januar 2014 sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, von denen die LBBW einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW erwartet.

76. Anteilsbesitz und Angaben zu Tochterunternehmen, assoziierten Unternehmen und Joint Ventures.

Der Anteil der assoziierten Unternehmen an der Gesamtsumme aller Vermögenswerte und Schulden sowie Erlösen und Periodenergebnissen wird in Note 39 dargestellt.

Der Kapitalanteil der LBBW an der Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft belief sich unverändert gegenüber dem Vorjahr auf 92,68 %. Die Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben und den Aktionären sowie allen Interessierten durch Einstellung auf der Website zugänglich gemacht (http://www.bahnhofplatzgesellschaften.de/bahnhof2003/index_schlossgartenbau.htm).

Die LBBW Immobilien-Holding GmbH, Stuttgart, die LBBW Leasing GmbH, Mannheim, die LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH, Stuttgart und die LBBW Service GmbH, Stuttgart haben von der Befreiung des § 264 Abs. 3 HGB Gebrauch gemacht.

Die folgende Übersicht zeigt die vollständige Auflistung des Anteilsbesitzes des LBBW-Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 HGB zum Konzernabschluss sowie § 285 Nr. 11 HGB zum Jahresabschluss der Landesbank Baden-Württemberg einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB zum Abschlussstichtag. In der Auflistung des Anteilsbesitzes sind die Gesellschaften, für die eine Patronatserklärung abgegeben wurde, gekennzeichnet.

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen						
a. Voll konsolidierte Tochterunternehmen						
Alpha Real Estate (Luxembourg) S.à.r.l. [1) 14)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	– 18,53	20,26
ALVG Anlagenvermietung GmbH [1) 4a)]	Stuttgart	100,00		EUR	19 000,00	0,00
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH [14)]	Stuttgart	66,67		EUR	35 458,65	108,05
Bahnhofplatz Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	13 441,51	0,00
Bahnhofplatz Objektverwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	13,77	0,08
Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart AG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	93,22		EUR	4 452,44	0,00
Bauwerk-Stuttgart GmbH [1) 14)]	Stuttgart	75,00		EUR	– 923,74	– 467,42
BETA REAL ESTATE (Luxembourg) S.à.r.l. [1) 14)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	2,18	– 5,75
BW Bank Capital Funding LLC I [1) 3) 14)]	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		EUR	50 004,00	2 096,66
BW Bank Capital Funding LLC II [1) 3) 14)]	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		EUR	50 003,00	2 172,56
BW Bank Capital Funding Trust I [1)]	Wilmington, New Castle County, USA	0,00	100,00		k.A.	k.A.
BW Bank Capital Funding Trust II [1)]	Wilmington, New Castle County, USA	0,00	100,00		k.A.	k.A.
BW Capital Markets Inc. [3) 14)]	Wilmington, New Castle County, USA	100,00		USD	4 049,48	2 290,32
BW-Immobilien GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	3 200,07	0,00
CFH Beteiligungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	96 761,66	4 575,62
Château de Beggen Participations S.A. [1) 14)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	– 26,01	– 63,91
Dritte Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	701,91	0,00
EAST Portfolio s.r.o. [3b)]	Praha 1, Tschechien	100,00			k.A.	k.A.
Employrion Komplementär GmbH [1) 14)]	Weil	100,00		EUR	27,15	0,40
Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61–62 mbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	94,84	94,90	EUR	– 3 591,70	1 219,30
Entwicklungsgesellschaft Uhlandstraße 187 GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	94,90		EUR	– 2 842,83	– 225,25
Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH [1) 14)]	Weil	100,00		EUR	26,04	– 0,70
Erste Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	67,33	0,00
EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 15 215,99	– 1 194,86
EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	94,80		EUR	34,80	0,21
FOM / LEG Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Heidelberg	50,00		EUR	11,75	– 15,09
Fünfte Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	634,23	0,00
Gewerbepark Königstraße Kaiserslautern GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	79,19	– 13,93
Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Haerder-Center Lübeck mbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	94,00		EUR	– 23 226,94	– 643,72
Grunewaldstraße 61 – 62 GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	26,64	0,88
IMBW Capital & Consulting GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
Immobilienvermittlung BW GmbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	3 349,29	849,29
Industriehof Objektverwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	35,88	– 0,58
Industriehof-Aktiengesellschaft [1) 4a) 14)]	Stuttgart	93,63		EUR	23 281,64	0,00
IRP Immobilien-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH [1) 14)]	Mainz	51,41		EUR	186,13	– 432,34
John Deere Leasing GmbH [1)]	Mannheim	100,00		EUR	578,97	210,97
Kiesel Finance Management GmbH [1)]	Baienfurt	90,00		EUR	31,61	2,11
Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH [1) 14)]	Mainz	51,40		EUR	941,51	– 257,08
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc [3) 14)]	London, Großbritannien	100,00		EUR	5 867,00	173,00
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH [3) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	30 448,42	10 678,35
LBBW Bank CZ a.s. [14)]	Prague 5, Tschechien	100,00		CZK	101 253,10	2 733,58
LBBW Dublin Management GmbH [3) 4) 14)]	Mainz	100,00		EUR	20 845,91	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt am Pariser Platz Stuttgart [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	57 317,26	792,79
LBBW Immobilien Capital Fischertor GmbH & Co. KG [1) 14)]	München	93,98	94,00	EUR	– 5 167,84	– 40,75
LBBW Immobilien Capital GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 2 844,54	11,65
LBBW Immobilien Development GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	94,90		EUR	15 783,69	0,00
LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	62 279,89	1 756,90
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	81,62		EUR	2 016,51	0,00

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
LBBW Immobilien Luxembourg S. A. [1) 14)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	– 75 858,79	– 387,09
LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	94,90		EUR	3 303,97	0,00
LBBW Immobilien Management GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	425 694,37	0,00
LBBW Immobilien Romania S.R.L. [1) 14)]	Bukarest, Rumänien	100,00		EUR	– 24 061,44	– 2 955,61
LBBW Immobilien Versicherungsvermittlung GmbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Immobilien-Holding GmbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	959 050,54	0,00
LBBW Leasing GmbH [4) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	266 088,54	0,00
LBBW Luxemburg S.A. [3) 14)]	Munsbach, Luxemburg	100,00		EUR	315 639,00	9 125,00
LBBW Service GmbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	101 871,73	0,00
LBBW US Real Estate Investment LLC [14)]	Wilmington, Delaware, USA	100,00		USD	39 955,89	132,36
LBBW Venture Capital Gesellschaft mit beschränkter Haftung [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	29 894,13	1 481,70
LEG Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	24,68	– 0,29
LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	5 004,54	6 419,38
LEG Projektgesellschaft 4 GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 44 618,22	484,76
LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	27,71	0,20
LOOP GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 55,90	– 185,77
LRP Capital GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	15 386,91	1 386,91
Mannheim O 4 Projektgesellschaft mbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 163,51	– 150,57
MANUKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	56,92	– 1,52
MKB Mittelrheinische Bank Gesellschaft mit beschränkter Haftung [14)]	Koblenz	100,00		EUR	47 458,48	6 094,70
MKB Versicherungsdienst GmbH [1) 4a) 14)]	Koblenz	100,00		EUR	27,05	0,00
MMV Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung [1) 4a) 14)]	Koblenz	100,00		EUR	21 000,00	0,00
MMV-Mobilien Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH [1) 4a) 14)]	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
Nagatino Property S.à.r.l. [1) 14)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	– 27 906,64	10 443,86
Parc Helfent Participations S.A. [1) 14)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	976,52	– 69,24
Projekt 20 Verwaltungs GmbH [1) 14)]	München	100,00		EUR	33,12	1,65
Projektgesellschaft Bockenheimer Landstraße 33–35 GmbH & Co. KG i. L. [1) 14)]	Stuttgart	94,00	50,00	EUR	– 389,15	515,79
Rebstockpark 7.1 Entwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 45,47	242,38
Rheinpromenade Mainz GmbH & Co. KG [1)]	Stuttgart	100,00			k.A.	k.A.
Schlossgartenbau Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	18 548,97	0,00
Schlossgartenbau Objektverwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	11,71	0,07
Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft [1) 4a) 14)]	Stuttgart	92,68		EUR	6 592,42	0,00
Schockenried GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 4 150,95	– 8,51
Schockenriedverwaltungs GmbH [1) 14)]	Stuttgart	94,80		EUR	25,78	0,34
Sechste Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	287,71	0,00
SG Management GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	9 281,95	1 643,72
SGB – Hotel GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 1 346,76	– 84,85
SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH [1)]	Stuttgart	100,00		EUR	1 180,63	141,31
SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs-GmbH [1)]	Mannheim	100,00		EUR	5 370,98	196,41
Süd Beteiligungen GmbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	340 797,13	80 813,44
Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	48 108,67	– 611,92
SüdFactoring GmbH [3) 4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	70 000,00	0,00
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	88 981,87	0,00
SüdLeasing GmbH [2) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	32 085,00	0,00
Turtle Beteiligungs-Ehningen II GmbH [1) 14)]	Frankfurt am Main	100,00		EUR	26,48	0,60
Turtle Beteiligungs-Hannover-City GmbH [1) 14)]	Frankfurt am Main	100,00		EUR	7,62	– 3,12
Turtle Beteiligungs-Portfolio GmbH [1) 14)]	Frankfurt am Main	100,00		EUR	15,16	– 1,93
Turtle Ehningen II GmbH & Co. KG [1) 14)]	Frankfurt am Main	100,00		EUR	– 42,02	– 4,89
Turtle Portfolio GmbH & Co. KG [1) 14)]	Frankfurt am Main	100,00		EUR	– 43 517,65	– 3 004,20
Turtle 1. Verwaltungs-GmbH [1) 14)]	Frankfurt am Main	100,00		EUR	43,96	1,37
Uhlandstraße 187 GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	26,06	1,09
Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße GmbH & CO. KG [1) 3a) 14)]	Stuttgart	99,00		EUR	– 35 227,02	17 773,67
Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	20,39	– 1,15
Vierte Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	1 176,78	0,00

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
VVS II GmbH & Co. KG [1) 3a) 14)]	Stuttgart	99,00		EUR	– 4 103,53	– 500,23
VVS II Verwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	17,65	– 1,00
VVS III GmbH & Co. KG [1) 3a) 14)]	Stuttgart	99,00		EUR	– 6 338,56	– 1 304,72
VVS III Verwaltungs-GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	17,10	– 1,00
Zorilla Mobilien-Leasing GmbH [1)]	Mannheim	100,00		EUR	59,61	– 3,21
Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	22,57	– 1,27
Zweite Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	19 825,72	0,00
Zweite LBBW US Real Estate GmbH [14)]	Leipzig	100,00		EUR	51 545,60	3 544,91
b. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (SIC 12)						
aiP Gärtnerplatz GmbH & Co. KG [1) 14)]	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	– 16 099,44	– 2 916,15
aiP Isarauen GmbH & Co. KG [1) 3a) 14)]	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	– 615,64	– 33,24
Employrion Immobilien GmbH & Co. KG [1) 14)]	Weil	35,00	50,00	EUR	714,75	2 316,97
Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG [1) 14)]	Weil	40,00	50,00	EUR	– 19 096,37	– 2 164,26
FOM/LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG [1) 14)]	Heidelberg	50,00		EUR	– 8 698,80	– 136,44
Georges Quay Funding I Limited [14)]	Dublin 1, Irland			EUR	9,64	0,41
Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeliner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG [1) 14)]	Berlin	39,94	50,00	EUR	– 8 557,85	– 244,73
Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS Sachsen LB Depot A [10)]	Luxembourg, Luxemburg	99,99		EUR	43 734,67	– 2 431,96
Kyma Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré KG [14)]	Haar	2,50	0,00	EUR	– 2 410,40	4 237,09
LAAM-Fonds I (LAAM Subtrust I) [14)]	George Town, Kaimaninseln	100,00	0,00	EUR	84 798,39	– 2 190,22
LAAM-Fonds II [14)]	George Town, Kaimaninseln	100,00	0,00	EUR	87 302,05	917,90
LAAM-Fonds XI [14)]	George Town, Kaimaninseln	100,00	0,00	EUR	47 226,75	1 038,62
Parcul Banatului SRL [1) 14)]	Bukarest, Rumänien	50,00		EUR	– 18 200,40	– 3 670,59
Spencerview Asset Management Ltd. [14)]	Dublin 2, Irland			EUR	1,32	0,32
Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG [1) 14)]	Frankfurt a. M.	49,00	50,00	EUR	– 90,34	59,05
2. Gemeinschaftsunternehmen, die at Equity bewertet werden						
ARGE ParkQuartier Berg [1) 14)]	Stuttgart	50,00		EUR	– 735,50	– 1 210,85
Bad Kreuznacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG) [1) 14)]	Bad Kreuznach	50,00		EUR	– 23,62	525,60
LHI Leasing GmbH [1) 14)]	Pullach i. Isartal	51,00		EUR	48 750,03	6 057,79
TCD LEG/FOM GbR [1) 14)]	Stuttgart	50,00		EUR	189,80	0,82
3. Assoziierte Unternehmen at Equity						
Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG [1) 14)]	Weil	40,00	50,00	EUR	– 495,46	– 111,11
Bauland Kruft Süd GmbH [1) 8)]	Mainz	51,00		EUR	– 1 161,35	– 130,15
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft [1) 5) 14)]	Stuttgart	55,00		EUR	260 047,33	44 474,44
EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG [1) 14)]	Heidelberg	33,33		EUR	807,78	– 202,83
EGH Projektgesellschaft Heidelberg GmbH [14)]	Heidelberg	0,00		EUR	33,72	1,58
SGB – Hotel – Verwaltung GmbH [1) 14)]	Stuttgart	50,00		EUR	12,57	16,55
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG [1) 14)]	Bregenz, Österreich	23,97		EUR	730 928,25	99 259,51
II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung						
1.1. Nicht einbezogene Tochterunternehmen						
aiP Gärtnerplatz Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Oberhaching	100,00		EUR	21,82	– 0,11
aiP Hirschgarten 1 Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Oberhaching	100,00		EUR	28,75	0,81
aiP Isarauen Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Oberhaching	100,00		EUR	24,39	0,19
B. & C. Leasing GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	75,00	EUR	1 737,53	15,62
Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	997,15	184,49
Britta Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH [1) 4a) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	25,56	0,00
BW Leasing GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	112,90	– 27,55
CARGO SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	75,00	EUR	475,56	70,19
cellent AG [1) 15)]	Wien, Österreich	100,00		EUR	3 958,00	520,16
cellent AG [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	13 087,59	30,60
Cellent Finance Solutions GmbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	1 998,43	741,39
cellent Mittelstandsberatung GmbH [1) 14)]	Böblingen	100,00		EUR	1 818,68	189,05
Centro Alemán de Industria y Comercio de México S.de R.L.de C.V. [2) 14)]	México, D. F., Mexiko	100,00		MXN	– 10 962,19	2 195,26
DBW Advanced Fiber Technologies GmbH [1) 14)]	Bovenden	100,00		EUR	27 322,18	3 041,23
DBW Automotive Components Shanghai Co., Ltd. [1) 14)]	Shanghai, China	80,00		CNY	783,85	228,39
DBW Fiber Corporation [1) 14)]	Summerville, SC 29483, USA	100,00		USD	1 536,11	299,60

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
DBW Holding GmbH [1) 14)]	Bovenden	99,16	94,64	EUR	22 061,11	– 9,93
DBW Hungary KFT [1) 14)]	Tapolca, Ungarn	100,00		HUF	3 249,16	1 872,33
DBW Ibérica Industria Automoción, S.A. [1) 14)]	Vall d'Uxo Castellón, Spanien	100,00		EUR	749,08	64,52
DBW Japan Ltd. [1) 14)]	Tokyo, Japan	100,00		JPY	89,57	22,12
DBW Kaliningrad O.O.O. [1) 14)]	Kaliningrad, Rußland	99,00		RUB	– 46,71	– 54,70
DBW Metallverarbeitung GmbH [1) 4a) 14)]	Ueckermünde	100,00		EUR	1 233,88	0,00
DBW Polska Sp.z. o.o. [1) 14)]	Cigacice, Polen	100,00		PLN	2 579,38	681,06
DBW-Fiber-Neuhaus GmbH [1) 4a) 14)]	Neuhaus am Rennweg	100,00		EUR	3 000,00	0,00
Dritte LBBW US Real Estate GmbH [14)]	Leipzig	100,00		EUR	2 198,37	1 164,90
Euro Leasing AG [1) 6)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	162,39	– 0,31
Finclusive Alfmeier Leasing Services GmbH & Co. KG i.L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	67,13	12,26
FIRKO Betreuungs GmbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	484,26	35,67
FIRKO Betreuungs GmbH & Co. Windpark Zaulsdorf KG [14)]	Leipzig	100,00		EUR	130,56	87,91
FLANTIR PROPERTIES LIMITED [1) 14)]	Nicosia, Zypern	100,00		RUB	– 15 208,16	– 1 256,44
Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH [1) 4a) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	525,81	0,00
Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG [8)]	Mannheim	100,00		EUR	2 334,79	– 2,02
FRONTWORX Informationstechnologie AG [1) 14)]	Wien, Österreich	100,00		EUR	– 774,50	– 191,00
German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. [14)]	Beijing, China	100,00		CNY	2 089,96	382,23
German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	3 942,99	0,00
German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore [1) 14)]	Singapore, Singapur	100,00		SGD	14 212,54	2 110,61
Gmeinder Lokomotivenfabrik GmbH i.I. [1) 8)]	Mosbach	90,00		EUR	306,00	– 641,00
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 41, Leinfelden/ Echterdingen [1) 14)]	Stuttgart	57,91		EUR	24 980,34	– 642,36
GVZ NORD PLANT GmbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	18,07	– 66,22
Haerder-Center Lübeck Verwaltungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	30,51	1,12
Heurika Mobilien-Leasing GmbH [1) 3a) 8)]	Mannheim	100,00		EUR	– 1 075,47	– 565,22
HÜCO Circuit Technology GmbH i.I. [1) 8)]	Espelkamp	90,00		EUR	113,41	12,92
Hüco electronic GmbH [1) 4a) 7)]	Espelkamp	90,00		EUR	3 333,39	0,00
Ina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	6,54	2,12
Iris Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	6,60	2,19
Karin Mobilien-Leasing GmbH i.L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	884,31	3,00
KB Projekt GmbH [1) 14)]	Mainz	100,00		EUR	1,78	– 23,81
Kiesel Finance GmbH & Co. KG [1) 14)]	Baienfurt	0,00	75,00	EUR	352,93	– 187,54
Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Berlin	100,00		EUR	18,49	1,80
KURIMA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG [1) 14)]	Grünwald	1,00	84,00	EUR	– 1,90	– 6,62
LA electronic Holding GmbH [1) 8)]	Espelkamp	100,00		EUR	– 11 349,61	– 843,93
Laurus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	1 621,62	– 12,67
LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG [14)]	München	100,00		EUR	1 735,35	62,93
LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH [14)]	München	100,00		EUR	16,71	0,22
LBBW Gastro Event GmbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	25,99	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. OHG Objekt Am Hauptbahnhof Stuttgart [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 118 231,86	3 111,24
LBBW GVZ Entwicklungsgesellschaft Leipzig mbH [14)]	Leipzig	100,00		EUR	2 522,82	397,96
LBBW México [2) 14)]	México, Mexiko	100,00		MXN	2 901,02	423,32
LBBW Pensionsmanagement GmbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Repräsentanz Sao Paulo Ltda. [2) 14)]	Itaim-Bibi/Sao Paulo, Brasilien	100,00		BRL	124,01	– 11,42
LBBW (Schweiz) AG [14)]	Zürich, Schweiz	100,00		CHF	12 005,98	82,52
LBBW Trust GmbH i.L. [12)]	Stuttgart	100,00		EUR	2 792,60	– 16,50
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	37,86	– 5,25
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. Parking KG [14)]	Leipzig	100,00		EUR	369,87	76,92
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. REKIM KG [14)]	Leipzig	100,00		EUR	8 504,09	178,18
LEG Osiris 4 GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	34,59	– 0,88
LEG Osiris 5 GmbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	19,22	– 0,92
LEG Verwaltungsgesellschaft 4 mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	27,43	0,77
LG Grundstücksanlagen-Gesellschaft mbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	0,03	0,00
LGZ-Anlagen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung [4) 14)]	Mainz	100,00		EUR	110,00	0,00
L-Immobilien GmbH [4) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	180,95	0,00
LLC German Centre for Industry and Trade [14)]	Moscow, Rußland	100,00		RUB	1 763,95	– 300,52

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
LRI Support Personenvereinigung [2)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00			k.A.	k.A.
Mannheim O4 Verwaltungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	27,16	0,27
MDL Mitteldeutsche Leasing GmbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	– 21 075,23	– 292,32
MLP Leasing GmbH & Co. KG i.L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	– 19,73	– 0,74
MLP Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	117,57	– 0,17
MLS GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	3,50	275,62
MMV-Mittelrheinische Leasing Gesellschaft mit beschränkter Haftung [1) 4a) 8)]	Koblenz	100,00		EUR	26,43	0,00
Palmsche Park GbR Esslingen [1) 14)]	Stuttgart	93,91	50,00	EUR	– 392,47	– 392,47
Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	4 968,50	– 31,73
Radon Verwaltungs-GmbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	20 090,15	– 656,20
Remseck Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH in Stuttgart [1) 4a) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	26,00	0,00
Rheinpromenade Mainz Komplementär GmbH [1)]	Stuttgart	100,00			k.A.	k.A.
Rhenus Mobilien GmbH & Co KG [1) 14)]	Holzwickede	0,00	51,00	EUR	2 850,00	2 691,46
Rhenus Mobilien II GmbH & Co. KG [1) 14)]	Holzwickede	0,00	51,00	EUR	1 940,79	1 685,16
Rhin-Neckar S.A. [14)]	Munsbach, Luxemburg	100,00		EUR	192,44	– 112,10
Sachsen LB FIRKO Betreuungs GmbH & Co. Windpark Reichenbach KG [2) 14)]	Leipzig	96,54	97,24	EUR	1 822,93	810,39
Sachsen V.C. GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	75,19		EUR	1 731,37	– 794,83
Sachsen V.C. Verwaltungsgesellschaft mbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	15,96	– 2,27
SachsenFonds International Equity Holding I GmbH [1) 14)]	Aschheim-Dornach	100,00		EUR	2 948,83	– 105,24
SachsenFonds International Equity I GmbH & Co. KG [1) 8)]	Leipzig	96,15		EUR	11 601,22	1 901,12
SBF Sächsische Beteiligungsfonds GmbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	304,66	405,83
SBG – BW GmbH [1) 8)]	Stuttgart	100,00		EUR	2 578,69	927,71
Schmidt W & K Leasing GmbH & Co. KG i.L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	– 37,29	9,93
SDD Holding GmbH [1) 8)]	Stuttgart	100,00		EUR	– 3 197,28	– 18,05
SDT – Stanz und Dämmtechnik GmbH [1) 4a) 8)]	Berga	100,00		EUR	138,40	0,00
SKH Beteiligungs Holding GmbH [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	2 492,16	– 37,27
SL Bayern Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	1 014,51	– 9,70
SL Bremen Verwaltungs-GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	474,58	216,03
SL BW Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	588,04	31,11
SL Düsseldorf Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	568,22	7,00
SL ENERCON Verwaltungs GmbH i.L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	0,00	0,00
SL FINANCIAL MEXICO, S.A. DE C.V., SOFOM, E. N. R. [1) 14)]	Col. Lomas de Santa Fe, Mexiko	100,00		MXN	347,70	63,55
SL Financial Services Corporation [1) 14)]	Norwalk, USA	100,00		USD	495,24	3 140,87
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	80,00	EUR	29 133,29	2 679,51
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Hafis KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	51,00	EUR	2 026,44	0,34
SL Nordlease GmbH & Co KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	60,00	EUR	– 2 499,13	410,95
SL Operating Services GmbH i.L. [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	80,41	9,60
SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	514,86	2,13
SL Schleswig-Holstein Verwaltungs GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	126,41	– 0,15
SL Ventus GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	– 193,72	361,82
SLKS GmbH & Co. KG [1) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	2 769,34	2 260,52
SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG [1) 14)]	Stuttgart	0,00	75,00	EUR	– 361,67	– 92,48
SLP Mobilien-Leasing GmbH & Co. OHG [1) 14)]	Mannheim	0,00	75,00	EUR	570,07	80,62
SPI SüdProject International GmbH i.L. [11a)]	Stuttgart	100,00		EUR	5 125,15	3,40
Städtische Pfandleihanstalt Stuttgart Aktiengesellschaft, Gemeinnützige Kreditanstalt [14)]	Stuttgart	100,00		EUR	6 410,71	481,24
Steelcase Leasing GmbH & Co KG [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	241,48	10,76
Stuttgarter Aufbau Bau- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH [4) 14)]	Stuttgart	100,00		EUR	153,39	0,00
Süd Mobilien-Leasing GmbH [1) 4a)]	Stuttgart	100,00		EUR	28,28	0,00
Süddeutsche Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsgesellschaft mit beschränkter Haftung [1) 4a) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	511,29	0,00
SüdImmobilien GmbH [4) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	2 574,87	0,00
SüdLeasing d.o.o. Zagreb i. L. [1) 8)]	Zagreb, Kroatien	100,00		HRK	1 483,46	– 60,32
SüdLeasing Finance-Holding GmbH [1)]	Stuttgart	100,00		EUR	180,06	– 9,30
SüdLeasing Kft. [1) 8)]	Szekszard, Ungarn	100,00		HUF	328,19	– 464,55
SüdLeasing s.r.o. (Prag) [1) 14)]	Prag 1, Tschechien	100,00		CZK	907,86	182,16
SüdLeasing Suisse AG [1)]	Unterengstringen, Schweiz	100,00		CHF	17 679,80	103,90

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
SÜDRENTING ESPANA, S.A. [1) 14)]	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	19 324,07	- 384,84
SuedLeasing Romania IFN S.A. i. L. [1)]	Bucuresti, Rumänien	100,00		RON	822,39	- 14,49
Technologiegründerfonds Sachsen Verwaltung GmbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	22,31	2,05
Thömen Leasing GmbH & Co. KG i.L. [1) 8)]	Mannheim	0,00	75,00	EUR	1 085,99	- 11,64
Truck Trailer Leasing GmbH & Co. KG i.L. [1) 14)]	Mannheim	0,00	60,00	EUR	- 11,15	- 6,07
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Verwaltung GmbH [1) 14)]	Leipzig	100,00		EUR	30,03	4,68
WM Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	75,00	EUR	1 621,93	505,76
Yankee Properties II LLC	Wilmington/Delaware, USA	0,00	100,00		k.A.	k.A.
Yankee Properties LLC [14)]	Wilmington/Delaware, USA	100,00		USD	1 115,18	- 300,49
YOZMA III GmbH & Co. KG [1) 14)]	München	77,14		USD	157,84	2 564,98
Zenon Mobilien-Leasing GmbH [1) 14)]	Mannheim	100,00		EUR	398,84	45,90
Zweite Karl-Scharnagl-Ring Immobilien Verwaltung GmbH [1) 14)]	München	100,00		EUR	33,21	1,51
1.2. Nicht einbezogene Tochterunternehmen, keine Konsolidierung (SIC 12)						
AROSA FUNDING LIMITED, Serie 2006-10 [14)]	St. Helier JE4 8ZB, Jersey			EUR	0,00	0,00
AROSA FUNDING LIMITED, Serie 2007-4 [14)]	St. Helier JE4 8ZB, Jersey			EUR	0,00	0,00
ASPEN Lucian Ltd. [14)]	Kaim George Town, G.C. KY1 - 1104, Kaimaninseln			EUR	0,00	0,00
Cairn Company Jersey No.6 Limited [14)]	St. Helier JE4 8ZB, Jersey			EUR	0,00	0,00
Cloverie Public Limited Company [14)]	Dublin 1, Irland			EUR	0,00	0,00
HG ABS Fund plc [14)]	Dublin 1, Irland	100,00	0,00	EUR	8 157,54	- 946,26
Hirschgarten GÜ GmbH & Co. KG [1) 14)]	Oberhaching	45,00	50,00	EUR	140,50	14,04
Kopal Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré OHG [14)]	Mainz	94,00	24,00	EUR	- 11 750,45	700,95
LBBW AM-1252 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1253 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1254 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1255 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1256 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1257 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1258 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1259 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1260 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1261 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-1262 [1) 9)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-3124 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-3125 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-3126 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW AM-7404 [1) 16)]	Stuttgart	100,00		EUR	5,00	0,00
LBBW Covered Bonds Euro Select [1)]	Stuttgart	100,00	0,00	EUR	k.A.	k.A.
LBBW Pro-Fund Absolute Return Rates [11)]	Stuttgart	100,00	0,00	EUR	11 854,06	- 149,10
Mainau Funding Ltd. [7)]	Dublin 2, Irland			EUR	10,75	1,50
MALC Fin Fifteen Limited [8)]	Nassau, Bahamas			USD	- 10 829,75	- 6 486,73
MALC Lease Fifteen Limited [1)]	Nassau, Bahamas	100,00			k.A.	k.A.
M-Korb Funding No.1 Ltd. [7)]	Dublin 2, Irland			EUR	- 18 975,47	- 402,63
Peter Pike Funding LLC / Rathlin Loan Ltd. [7)]	Dublin 2, Irland			EUR	0,00	0,00
Platino S.A. [14)]	Luxembourg, Luxemburg			EUR	49,97	- 10,03
S-Fix 1 GmbH [14)]	Frankfurt			EUR	25,75	0,08
Weinberg Capital LLC	Wilmington, Delaware, USA				k.A.	k.A.
Weinberg Capital Ltd. [14)]	Dublin 2, Irland			EUR	124,29	65,73
Weinberg Funding Ltd. [14)]	St. Helier JE4 8ZB, Jersey			EUR	5,24	0,19
Xelo plc (früher Xelo V plc) [14)]	Dublin 2, Irland			EUR	0,00	0,00

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
2. Gemeinschaftsunternehmen, die nicht at Equity bewertet werden						
Aaron Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i.L. [1) 8)]	Oberursel	50,00		EUR	– 2 051,65	– 1 350,53
Abrosa Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sachsen I KG [14)]	Wiesbaden, Mz-Kastel	100,00	50,00	EUR	– 2 844,65	360,98
Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG [1) 14)]	Pullach Landkreis München	99,89	50,00	EUR	5 254,76	2 433,49
Bietigheimer Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH [14)]	Bietigheim-Bissingen	50,00		EUR	14 469,07	2 530,76
Dresden Fonds GmbH [1) 14)]	Dresden	50,05		EUR	5 095,83	29,85
German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH [1) 14)]	München	50,00		EUR	1 231,36	– 1 678,58
LBBW Immobilien Verwaltung GmbH [1) 14)]	Stuttgart	50,00		EUR	40,72	5,68
MIG Immobiliengesellschaft mbH i.L [13)]	Mainz	36,36		EUR	19,95	– 13,19
Residenzpost Planen + Bauen GmbH & Co. KG [1) 14)]	München	50,00		EUR	– 4,03	– 2,82
Residenzpost Planen + Bauen Verwaltung GmbH [1) 14)]	München	50,00		EUR	4,36	– 3,82
RN Beteiligungs-GmbH i.L. [11a)]	Stuttgart	50,00		EUR	945,89	– 3,10
SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG [1) 8)]	Tübingen	75,02		EUR	4 833,00	340,00
SHS Venture Capital GmbH & Co. KG [1) 8)]	Tübingen	95,45		EUR	1 323,00	– 296,00
Viola Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Verpachtungs KG [14)]	Pullach	99,41	50,00	EUR	3 368,29	693,62
3. Assoziierte Unternehmen, die nicht at Equity bewertet werden						
B+S Card Service GmbH [17)]	Frankfurt am Main	25,10		EUR	16 510,89	– 2 589,37
Bubbles and Beyond GmbH [1) 8)]	Leipzig	26,00		EUR	105,00	– 67,00
Cäcilienpark am Neckar GbR [1) 14)]	Heilbronn	33,33		EUR	763,02	164,13
CheckMobile GmbH – The Process Solution Company [1) 14)]	Stuttgart	41,13		EUR	787,88	– 261,60
Cortex Biophysik GmbH [1) 14)]	Leipzig	47,70		EUR	– 632,70	137,40
Doughty Hanson & Co. Funds III Partnership No.15 [1) 14)]	London, Großbritannien	21,74		USD	9 835,82	– 151,08
Egerland Lease GmbH & Co. KG [1) 14)]	Mannheim	0,00	50,00	EUR	1 944,07	328,53
FEAG GmbH [1) 14)]	Forchheim	20,00		EUR	7 287,94	– 593,62
GLB-Verwaltungs-GmbH [14)]	Frankfurt am Main	30,00		EUR	42,13	2,68
Global Teleport GmbH i.I. [1) 8)]	Leipzig	21,42		EUR	– 2 261,03	7,24
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 33, Leinfelden-Echterdingen/Stuttgart-Möhringen [1) 14)]	Stuttgart	24,48		EUR	52 735,39	– 1 350,40
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 34, Wolfstor 2, Esslingen [1) 14)]	Stuttgart	27,65		EUR	10 370,04	362,74
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 36, Stuttgart/Lein-felden-Echterdingen [1) 14)]	Stuttgart	24,99		EUR	33 055,24	– 802,81
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 38, Stuttgart-Filderstadt [1) 14)]	Stuttgart	21,64		EUR	27 979,57	– 358,48
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs- GbR 39, Stuttgart-Fellbach [1) 14)]	Stuttgart	39,90		EUR	27 314,05	– 397,35
Grundstücks-, Vermögens- und Verwaltungs-GbR 40, Ludwigsburg »Am Schloßpark« [1) 14)]	Stuttgart	42,36		EUR	27 350,09	– 21,79
HM Grundstücks GmbH & Co. KG i.L. [1) 14)]	Leipzig	49,00		EUR	– 90,25	– 16,50
Keßler Real Estate Solutions GmbH [1) 14)]	Leipzig	27,97		EUR	543,42	260,43
Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH [14)]	Stuttgart	20,00		EUR	1 022,58	0,00
LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG [14)]	Erfurt	99,77	24,00	EUR	– 11 909,08	751,20
M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	49,75		EUR	29 481,74	690,68
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH [14)]	Dresden	25,27		EUR	35 563,18	3 001,50
MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG [14)]	Düsseldorf	94,00	49,00	EUR	– 1 104,82	352,29
Prime 2006– 1 Funding L.P. [11)]	St. Helier JE4 8ZB, Jersey	47,50		EUR	0,00	– 12 214,60
RESprotect GmbH [1) 14)]	Dresden	32,80		EUR	– 1 307,98	– 125,33
Rhein-Neckar Wohnwerte Beteiligungs-Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) [1) 14)]	Heidelberg	33,33		EUR	– 1,07	– 0,77
Rhein-Neckar Wohnwerte Projekt-Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) & Co. KG [1) 14)]	Heidelberg	33,33		EUR	– 667,64	– 174,63
Ritterwand Metall-Systembau Beteiligungs GmbH [1) 14)]	Nufringen	49,97		EUR	7 366,52	1 048,74
SachsenFonds Immobilien GmbH [1) 14)]	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	58,03	– 1,17
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau [14)]	Stuttgart	25,00		EUR	205 841,45	9 296,15
SLB Leasing-Fonds GmbH & Co. Portos KG i.L. [1) 14)]	Pöcking	35,12		EUR	348,86	– 4,92
Stollmann Entwicklungs- und Vertriebs GmbH [1) 14)]	Hamburg-Bahrenfeld	29,00		EUR	1 815,28	13,51
svt Holding GmbH [1) 14)]	Seevetal	25,00	27,78	EUR	9 806,52	910,09

Name	Sitz	Kapital-anteil in %	abw. Stimm-rechte in %	WKZ	Eigenkapital in Tsd. EUR	Ergebnis in Tsd. EUR
TC Objekt Bonn Beteiligungs-GmbH [1) 8)]	Soest	25,00		EUR	22,75	– 2,25
TC Objekt Darmstadt Beteiligungs-GmbH [1) 8)]	Soest	25,00		EUR	22,87	– 2,13
TC Objekt Münster Nord Beteiligungs-GmbH [1) 8)]	Soest	25,00		EUR	22,63	– 2,37
TC Objekt Münster Süd Beteiligungs-GmbH [1) 8)]	Soest	25,00		EUR	22,55	– 2,45
Technologiegründerfonds Sachsen Holding GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	0,00	100,00	EUR	0,00	0,00
Technologiegründerfonds Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	25,00		EUR	2,24	– 0,22
Technologiegründerfonds Sachsen Management GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	25,00		EUR	4,00	1 033,39
Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	3,34		EUR	4 007,44	– 1 104,07
Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	10,83		EUR	9 839,74	– 1 407,12
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	27,55		EUR	30 421,36	4 753,38
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	25,00		EUR	1,13	– 0,43
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Management GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	25,00		EUR	4,00	1 561,84
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Plus GmbH & Co. KG [1) 14)]	Leipzig	12,72	13,72	EUR	1 808,18	– 1 493,82
Wolff & Müller Wohnbau GmbH & Co. Objekt Fürth KG [14)]	Pullach i. Isartal	5,00	25,00	EUR	– 1 473,60	96,73
yourTime Solutions GmbH [1) 14)]	Potsdam	20,11		EUR	– 626,23	– 701,76
4. Beteiligungen mit einem Anteil am Kapital von 20 % und mehr						
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH [14)]	Dresden	27,96	18,44	EUR	32 831,59	2 257,43
Candover 2001 GmbH & Co. KG [1) 14)]	Frankfurt am Main	25,64		EUR	5 016,73	– 151,68
Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Feuerwache Dresden KG [14)]	Düsseldorf	90,00	15,00	EUR	– 4 053,07	138,85
FP Lux Investments S.A. SICAV-SIF [1)]	Luxembourg, Luxemburg	28,55	15,15		k.A.	k.A.
GLB GmbH & Co. OHG [14)]	Frankfurt am Main	30,05		EUR	4 858,82	452,84
Helmut Fischer GmbH i.L. [1)]	Talheim	48,35	0,00		k.A.	k.A.
Humboldt Multi Invest B S.C.A., SICAV-FIS [2)]	Luxembourg, Luxemburg	100,00			k.A.	k.A.
INULA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG [14)]	Grünwald	80,00	18,25	EUR	– 34 312,40	2 908,38
Korin Grundstücksgesellschaft mbH & Co.Projekt 19 KG i.L. [1) 14)]	Grünwald	80,00	19,00	EUR	162,00	86,59
LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG [14)]	Erfurt	100,00	15,00	EUR	– 6 257,25	396,46
LUTEA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Flöha KG [14)]	Berlin	100,00	15,00	EUR	– 4 847,53	602,80
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH [14)]	Mainz	21,74		EUR	9 653,52	730,21
PARAMOUNT GROUP REAL ESTATE FUND I, L.P. [1) 14)]	Wilmington, Delaware, USA	29,13	28,29	USD	285 370,15	– 4 340,36
Paramount Group Real Estate Fund II, L.P. [1) 14)]	Wilmington, Delaware, USA	29,13	28,29	USD	89 564,12	– 412,39
Paramount Group Real Estate Fund V (Core) [1) 14)]	Wilmington, Delaware, USA	24,51	4,99	USD	88 087,02	– 721,87
5. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mindestens 5 %						
Clean Car AG [1) 11)]	Meerbusch	15,00		EUR	21 560,08	2 332,40
Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung [14)]	Stuttgart	8,11		EUR	119 519,15	8 470,20
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG [14)]	Düsseldorf	18,66		EUR	1 188 196,50	125 120,57
Imagelinx plc [1) 8)]	Kirkby-in-Ashfield, Nottinghamshire NG17 5HN, Großbritannien	7,46		GBP	9 105,05	– 494,14
Südwestdeutsche Salzwerke AG [14)]	Heilbronn	6,40		EUR	102 822,00	22 308,00
VITA 34 AG [1) 14)]	Leipzig	13,84		EUR	8 676,66	– 2 214,29

1) Mittelbar gehalten.
2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.
3) Es besteht eine Patronatserklärung.
3a) Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatserklärung für die Dauer der Beteiligung.
3b) Es besteht eine Patronatserklärung, solange die LBBW 100 % der Anteile hält.
4) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungsvertrag.
4a) Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.
5) Kapital- und Stimmrechtsanteil ist aufgrund des UBG-Status auf 40 % beschränkt.
6) Es liegen Daten nur zum 31.12.2009 vor.
7) Es liegen Daten nur zum 31.12.2010 vor.
8) Es liegen Daten nur zum 31.12.2011 vor.
9) Es liegen Daten nur zum 17.07.2012 vor.
10) Es liegen Daten nur zum 31.07.2012 vor.
11) Es liegen Daten nur zum 30.09.2012 vor.
11a) Es liegen Daten nur zum 30.09.2012 (Liquidationsschlussbilanz) vor.
12) Es liegen Daten nur zum 30.11.2012 (Liquidationsschlussbilanz) vor.
13) Es liegen Daten nur zum 16.12.2012 (Liquidationsschlussbilanz) vor.
14) Es liegen Daten nur zum 31.12.2012 vor.
15) Es liegen Daten nur zum 30.04.2013 vor.
16) Es liegen Daten nur zum 17.07.2013 vor.
17) Es liegen Daten nur zum 30.09.2013 vor.

77. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Mitarbeiterzahl setzte sich im Durchschnitt wie folgt zusammen:

	2013			2012		
	Männlich	Weiblich	Gesamt	Männlich	Weiblich	Gesamt
Vollzeit	5 205	3 618	8 823	5 356	3 682	9 038
Teilzeit	209	2 408	2 617	247	2 354	2 601
Auszubildende[1)]	274	192	466	269	215	484
Insgesamt	**5 688**	**6 218**	**11 906**	**5 872**	**6 251**	**12 123**

1) Inkl. DH-Studenten.

78. Organe und deren Mandate.

Mitglieder der Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane.

Vorstand.

Vorsitzender.

HANS-JÖRG VETTER

Stv. Vorsitzender.

MICHAEL HORN

Mitglieder.

KARL MANFRED LOCHNER

INGO MANDT

HANS-JOACHIM STRÜDER
bis 31. März 2013

DR. MARTIN SETZER
ab 1. Januar 2014

VOLKER WIRTH
ab 1. Januar 2014

Aufsichtsrat.

Vorsitzender.

HANS WAGENER
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

Stv. Vorsitzender.

DR. NILS SCHMID MDL
Stv. Ministerpräsident, Minister für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg

Mitglieder.

HANS BAUER
Beschäftigtenvertreter der Landesbank Baden-Württemberg

CARSTEN CLAUS
ab 1. August 2013
Vorsitzender des Vorstands der Kreissparkasse Böblingen

HARALD COBLENZ
Beschäftigtenvertreter der Landesbank Baden-Württemberg

WOLFGANG DIETZ
Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein

WALTER FRÖSCHLE
Beschäftigtenvertreter der Landesbank Baden-Württemberg

HELMUT HIMMELSBACH
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Südwestdeutschen Salzwerke AG

PROF. DR. SC. TECHN. DIETER HUNDT
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Allgaier Werke GmbH

JENS JUNGBAUER
Beschäftigtenvertreter der Landesbank Baden-Württemberg

BETTINA KIES-HARTMANN
Beschäftigtenvertreterin der Landesbank Baden-Württemberg

FRITZ KUHN
ab 7. Januar 2013
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

KLAUS-PETER MURAWSKI
Staatssekretär im Staatsministerium Baden-Württemberg und Chef der Staatskanzlei

GÜNTHER NOLLERT
Beschäftigtenvertreter der Landesbank Baden-Württemberg

DR. FRITZ OESTERLE
Rechtsanwalt, Büro Oesterle

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Eberspächer

NORBERT H. QUACK
Rechtsanwalt, Notar, Kanzlei Quack Gutterer und Partner

CLAUS SCHMIEDEL MDL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

PETER SCHNEIDER
Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg

PROF. DR. WOLFGANG SCHUSTER
bis 6. Januar 2013
Oberbürgermeister a. D. der Landeshauptstadt Stuttgart

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG

VOLKER WIRTH
bis 30. Juni 2013
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell
bis 31.07.2013

NORBERT ZIPF
Beschäftigtenvertreter der Landesbank Baden-Württemberg

Die Bezüge und leistungsorientierten Pensionszusagen der Gremien setzten sich wie folgt zusammen:

	Vorstand		Aufsichtsrat	
Mio. EUR	2013	2012	2013	2012
Bezüge				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	4,9	4,1	1,0	1,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	9,8	12,0	0,0	0,0
Bezüge früherer Mitglieder und deren Hinterbliebener				
Gehälter, Vergütungen und kurzfristig fällige Leistungen	11,1	10,7	0,0	0,0
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Verpflichtungsumfang aus leistungsorientierten Pensionszusagen)	145,8	147,6	0,0	0,0

Kredite und Vorschüsse an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats beliefen sich zum 31. Dezember 2013 auf 3 Mio. EUR (Vorjahr: 3 Mio. EUR), die im Wesentlichen auf den Aufsichtsrat entfallen. Darüber hinaus besteht aktuell eine Bürgschaft für ein Aufsichtsratsmitglied i. H. v. 1 Mio. EUR (Vorjahr: 1 Mio. EUR).

Mandate.

Im Folgenden werden die von gesetzlichen Vertretern der LBBW und AidA[1)]-Vorständen wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten sowie die von Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten aufgeführt.

1) Anstalt in der Anstalt.

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Tuttlingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 01.03.2013
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsratmitglied	Joachim Landgraf Elvira Bergmann
Allgaier Automotive GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter seit 16.05.2013
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Michael Horn
Börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 31.03.2013 Ingo Mandt seit 01.12.2013
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat	Prof. Harald R. Pfab bis 31.12.2013
cellent AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Martin Setzer Andreas Zimber bis 10.09.2013 Eike Wahl seit 15.01.2013 Günter Mattinger bis 15.01.2013 Frank Hammann seit 12.09.2013
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
European Commodity Clearing AG, Leipzig	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Prof. Harald R. Pfab bis 31.12.2013
Euwax AG, Stuttgart	Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 31.03.2013 Ingo Mandt seit 02.12.2013
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
HERRENKNECHT Aktiengesellschaft, Schwanau	Vorsitzender des Aufsichtsrats	Hans-Jörg Vetter
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 31.03.2013 Hans-Jörg Vetter seit 01.08.2013 Mitglied, seit 09.09.2013 Vorsitzender Dr. Peter M. Haid bis 31.3.2013 stv. Vorsitzender, seit 01.04.2013 Vorsitzender, seit 09.09.2013 stv. Vorsitzender Helmut Dohmen Uwe Burkert vom 01.04.2013 bis 31.07.2013 Norwin Graf Leutrum von Ertingen bis 31.03.2013 Mitglied seit 01.04.2013 stv. Vorsitzender seit 06.09.2013 Mitglied
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtsrats Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat stv. Vorsitzender des Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn bis 03.05.2013 Ingo Mandt bis 31.05.2013 stv. Vorsitzender, seit 01.06.2013 Vorsitzender Dr. Armin Brendle seit 15.05.2013 Prof. Harald R. Pfab bis 31.05.2013 Mitglied, bis 31.12.2013 stv. Vorsitzender Anastasios Agathagelidis

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Ingo Mandt Hans-Joachim Strüder bis 31.03.2013 Berthold Veil bis 23.04.2013 Mitglied seit 24.04.2013 stv. Vorsitzender Torsten Biesel seit 01.04.2013
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Peter M. Haid
LHI Leasing GmbH, Pullach	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter Ingo Mandt Karl Manfred Lochner
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Ingo Mandt bis 31.07.2013 Stefan Zeidler bis 28.03.2013 Volker Wirth seit 01.08.2013 Mitglied, seit 12.09.2013 stv. Vorsitzender Peter Hähner seit 01.12.2013
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat stv. Vorsitzender des Beirats Beirat	Karl Manfred Lochner Ingo Mandt bis 31.07.2013 Stefan Zeidler bis 28.03.2013 Volker Wirth seit 01.08.2013 Mitglied, seit 12.09.2013 stv. Vorsitzender Peter Hähner seit 01.12.2013
Progress-Werke Oberkirch AG, Oberkirch	Aufsichtsrat	Dr. Georg Hengstberger seit 22.05.2013
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Achim Kern Dieter Hildebrand
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Hans-Hörg Vetter bis 06.05.2013
Siedlungswerk GmbH Wohnungs- und Städtebau, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Thorsten Schönenberger Thomas Christian Schulz seit 01.04.2013 Peter Grosse Wiesmann bis 31.03.2013
SüdFactoring GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Ingo Mandt bis 31.07.2013 Volker Wirth seit 01.08.2013 Mitglied, seit 19.09.2013 stv. Vorsitzender Norwin Graf Leutrum von Ertingen
SüdLeasing GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Karl Manfred Lochner Ingo Mandt bis 31.07.2013 Volker Wirth seit 01.08.2013 Mitglied, seit 19.09.2013 stv. Vorsitzender Norwin Graf Leutrum von Ertingen
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 31.03.2013
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
VPV Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Stuttgart	Aufsichtsrat	Claudia Diem seit 21.06.2013
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder bis 31.03.2013
Wieland-Werke AG, Ulm	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter seit 08.03.2013

Weitere Informationen.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 4. März 2014

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER
Vorsitzender



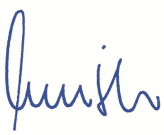
MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender



Dr. MARTIN SETZER



INGO MANDT



VOLKER WIRTH



KARL MANFRED LOCHNER

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den von der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Gewinn- und Verlustrechnung, Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang (Notes) – sowie ihren Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (»zusammengefasster Lagebericht«) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und zusammengefasstem Lagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und des zusammengefassten Lageberichts abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den zusammengefassten Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und zusammengefassten Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der zusammengefasste Lagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 11. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



KOCHOLL
Wirtschaftsprüfer



EISELE
Wirtschaftsprüfer

Hinweis in Bezug auf zukunftsgerichtete Aussagen.

Der vorliegende Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen. Diese zukunftsgerichteten Aussagen sind erkennbar durch Formulierungen wie »erwarten«, »wollen«, »antizipieren«, »beabsichtigen«, »planen«, »glauben«, »anstreben«, »einschätzen«, »werden«, »vorhersagen« oder ähnliche Begriffe. Diese Aussagen basieren auf den gegenwärtigen Einschätzungen und Prognosen des Vorstands sowie den ihm derzeit verfügbaren Informationen. Die zukunftsgerichteten Aussagen sind nicht als Garantien der darin genannten zukünftigen Entwicklungen und Ergebnisse zu verstehen, sondern unterliegen einer Reihe von Risiken und Ungewissheiten. Sollten einer dieser Unsicherheitsfaktoren oder andere Unwägbarkeiten eintreten oder sich die den Aussagen zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig erweisen, könnten die tatsächlichen Ergebnisse wesentlich von den in diesen Aussagen genannten oder implizit zum Ausdruck gebrachten Ergebnissen abweichen.

Der LBBW-Konzern übernimmt keine Verpflichtung, vorausschauende Aussagen laufend zu aktualisieren, da diese ausschließlich von den Umständen am Tag ihrer Veröffentlichung ausgehen.

Beirat der LBBW/BW-Bank.

PROF. DR. ULRICH ABSHAGEN
bis 31.12.2013
Alleingesellschafter der Heidelberg Innovation Fonds Management GmbH, Heidelberg

WILLEM G. VAN AGTMAEL
Honorarkonsul des Königreichs der Niederlande, Geschäftsführender Gesellschafter der catalpa GmbH, Stuttgart

THOMAS ARTMANN
Karlsruhe

DR. STEFAN ASENKERSCHBAUMER
Stv. Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, Gerlingen

HELMUT AURENZ
Honorarkonsul von Estland, Senator h. c., Isny im Allgäu

BARBARA BAUER
Oberkirchenrätin, Evangelische Landeskirche in Baden, Karlsruhe

HUBERTUS VON BAUMBACH
Mitglied der Unternehmensleitung der Boehringer Ingelheim GmbH, Ingelheim am Rhein

ALBERT BERNER
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Berner Gruppe, Künzelsau

DIETMAR BICHLER
ab 01.01.2014
Vorsitzender des Vorstands der Bertrandt AG, Ehningen

DR. CHRISTOF BOSCH
Königsdorf

PETER BOUDGOUST
bis 31.07.2013
Intendant des Südwestrundfunks, Stuttgart

PEER-MICHAEL DICK
Rechtsanwalt, Hauptgeschäftsführer SÜDWESTMETALL Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V., Stuttgart

DIPL.-KFM. WOLF-GERD DIEFFENBACHER
Geschäftsführender Gesellschafter der Dieffenbacher GmbH + Co. KG, Eppingen

RALF DIETER
Vorsitzender des Vorstands der Dürr AG, Bietigheim-Bissingen

PROF. DR. RER. POL. ANDREAS DULGER
Honorarkonsul der Republik Paraguay, Vorsitzender der Geschäftsführung der ProMinent Dosiertechnik GmbH, Heidelberg

DR. HANS-ULRICH ENGEL
Mitglied des Vorstands der BASF SE, Ludwigshafen

DIPL.-ING. LIC. OEC. KLAUS ENSINGER
Geschäftsführer der Ensinger GmbH Technische Kunststoffe, Nufringen

DR. ALEXANDER ERDLAND
Vorsitzender des Vorstands der Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart

DR. MARKUS FAULHABER
Vorsitzender des Vorstands der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart

PROF. E. H. KLAUS FISCHER
Senator E. h. mult.,
Inhaber und Vorsitzender der Geschäftsführung der Unternehmensgruppe fischer, fischer holding GmbH & Co. KG, Waldachtal

DR. WOLFGANG FISCHER
Mitglied der Vorstände der Stuttgarter Versicherungsgruppe, Stuttgart

PROF. DR. DR. H. C. MULT. WOLFGANG FRANZ
bis 31.12. 2013
Mannheim

DR. WOLFRAM FREUDENBERG
Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Freudenberg & Co. KG, Weinheim

HANS-GEORG FREY
Vorsitzender des Vorstands der Jungheinrich AG, Hamburg

DIPL.-KFM. KLAUS FURLER
bis 31.12. 2013
Geschäftsführender Gesellschafter der Koehler Holding GmbH & Co. KG, Stuttgart

DIPL.-KFM. HORST H. GEIDEL
bis 31.12.2013
Vorsitzender des Aufsichtsrats der Behr GmbH & Co. KG, Stuttgart

DR. JÜRGEN GUTBROD
bis 31.12.2013
Geschäftsführender Gesellschafter der W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

DR. RAINER HÄGELE
bis 31.12.2013
Ministerialdirektor a. D., Stuttgart

THOMAS HANDTMANN
ab 25.02.2013
Geschäftsführer der Albert Handtmann Holding GmbH & Co. KG, Biberach

HANS-JOACHIM HAUG
Direktor, Vorsitzender des Vorstands der Württembergischen Gemeinde-Versicherung a. G., Stuttgart

DR. JOHANNES HAUPT
Vorsitzender der Geschäftsführung/CEO der E.G.O. Elektro-Gerätebau GmbH, Oberderdingen

DIPL.-ING. BERNDT HELLER
bis 31.12.2013
Senator E. h., Vorsitzender des Aufsichtsrats der Gebr. Heller Maschinenfabrik GmbH, Nürtingen

HANS JOCHEN HENKE
bis 31.12.2013
Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D., Stuttgart

DR. CHRISTOPHER HERMANN
Vorsitzender des Vorstands der AOK Baden-Württemberg, Stuttgart

TILMANN HESSELBARTH
Vorsitzender des Vorstands der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart

MICHAEL HIMMELSBACH
Erzbischöflicher Oberrechtsdirektor, Erzbischöfliches Ordinariat, Erzdiözese Freiburg, Freiburg i. Br.

DR.-ING. RAINER HOFMEISTER
bis 31.12.2013
Geschäftsführender Gesellschafter der HGI Gewerbeimmobilien GmbH & Co. KG und Geschäftsführer der industrie automation GmbH & Co. KG, Heidelberg

S. D. KRAFT ERBPRINZ ZU HOHENLOHE-OEHRINGEN
Fürst zu Hohenlohe-Oehringen'sche Verwaltung, Öhringen

S. H. KARL FRIEDRICH FÜRST VON HOHENZOLLERN LIC. RER. POL.
Unternehmensgruppe Fürst von Hohenzollern, Sigmaringen

FRANK B. JEHLE
ab 01.01.2014
Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung der MANN + HUMMEL Holding GmbH, Ludwigsburg

HARTMUT JENNER
Vorsitzender der Geschäftsführung der Alfred Kärcher GmbH & Co. KG Reinigungssysteme, Winnenden

PROF. DR.-ING. HEINZ K. JUNKER
Vorsitzender der Geschäftsführung der MAHLE GmbH, Stuttgart

DANIEL F. JUST
ab 25.02.2013
Vorsitzender des Vorstands der Bayerischen Versorgungskammer, München

HEINZ KÄLBERER
bis 31.12.2013
Oberbürgermeister a. D., Vaihingen an der Enz

DIPL.-KFM. DIRK KALIEBE
Mitglied des Vorstands der Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg

JOACHIM KALTMAIER
Mitglied der Konzernführung der Würth-Gruppe, Künzelsau

DR. BERTRAM KANDZIORA
ab 01.01.2014
Vorsitzender des Vorstands der Stihl AG, Waiblingen

DR. MARTIN KASTRUP
Oberkirchenrat, Dezernent für Finanzen und Informationstechnologie der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart

DR. RER. POL. ERWIN KERN
Vorsitzender des Vorstands der Kies und Beton AG Baden-Baden, Iffezheim

DR. HANS-EBERHARD KOCH
Geschäftsführer der Witzenmann GmbH, Pforzheim

PROF. DR. RENATE KÖCHER
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach Gesellschaft zum Studium der öffentlichen Meinung mbH, Allensbach am Bodensee

DIPL.-VOLKSWIRT STEFAN KÖLBL
Vorsitzender der Vorstände der DEKRA e. V./DEKRA AG, Stuttgart

THOMAS KÖLBL
Mitglied des Vorstands der Südzucker AG Mannheim/Ochsenfurt, Mannheim

ANDREAS KOHM
Gesellschafter der Versandhaus Klingel K-Mail-Order GmbH & Co. KG, Pforzheim

DIETMAR KRAUSS
Leitender Direktor i. K., Bischöfliches Ordinariat der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Rottenburg

DR.-ING. DIETER KRESS
Geschäftsführender Gesellschafter der MAPAL Präzisionswerkzeuge Dr. Kress KG, Aalen

HARALD KROENER
Vorsitzender des Vorstands der Wieland-Werke AG, Ulm

DR. PETER KULITZ
Präsident der Industrie- und Handelskammer Ulm, Geschäftsführender Gesellschafter der ESTA Apparatebau GmbH & Co. KG, Ulm

ANDREAS LAPP
Honorarkonsul von Indien, Vorsitzender des Vorstands der Lapp Holding AG, Stuttgart

VITTORIO LAZARIDIS
Stadtrat, Stuttgart

DIETER LEBZELTER
ab 01.01.2014
Geschäftsführer der IMS Gear GmbH, Donaueschingen

DR. PHIL. NICOLA LEIBINGER-KAMMÜLLER
Vorsitzende der Geschäftsführung, Geschäftsführende Gesellschafterin der TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

DR. HUBERT LIENHARD
Vorsitzender der Geschäftsführung der Voith GmbH, Heidenheim

REINHARD LOHMANN
ab 01.01.2014
Vorsitzender des Vorstands der Rethmann AG & Co. KG, Selm

DIETER MAIER
bis 31.12.2013
Stuttgart

DR. UTE MAIER
Vorsitzende des Vorstands der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, Tübingen

DIPL.-VOLKSWIRT DR. VOLKMAR MAIR
bis 31.12.2013
Vorsitzender des Beirats der MAIRDUMONT GmbH & Co. KG, Ostfildern

DR. HARALD MARQUARDT
Geschäftsführer der Marquardt GmbH, Rietheim-Weilheim

DR. FRANK MASTIAUX
ab 01.01.2014
Vorsitzender des Vorstands der EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Karlsruhe

DIPL.-KFM. MICHAEL MÖLLEKEN
Mitglied des Vorstands der Festo AG & Co. KG, Esslingen

DR. HERBERT MÜLLER
bis 31.12.2013
Honorarkonsul von Finnland, Hessigheim

JOACHIM MÜLLER
ab 01.01.2014
Mitglied des Vorstands der Bilfinger SE, Mannheim

DR. MICHAEL MÜNZING
Geschäftsführender Gesellschafter der Münzing Chemie GmbH, Heilbronn

KLAUS MUTSCHLER
Zürich

ASS. JUR. HEINZ OHNMACHT
Geschäftsleitender Direktor, Vorsitzender der Vorstände Badischer Gemeinde-Versicherungs-Verband, Badische Allgemeine Versicherung AG, Karlsruhe

DR. JOACHIM OTT
bis 31.12.2013
Vorsitzender der Geschäftsführung der Bilfinger Berger Facility Services GmbH, Neu-Isenburg

DR. WOLFGANG PALM
Geschäftsführender Gesellschafter der Papierfabrik Palm GmbH & Co. KG, Aalen

MARTIN PETERS
Geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Eberspächer, Esslingen

HANS H. PFEIFER
Stadtrat, Stuttgart

DIPL.-WIRTSCH.-ING.
HANS DIETER PÖTSCH
Mitglied des Vorstands der VOLKSWAGEN Aktiengesellschaft, Wolfsburg

MARTIN PUTSCH, MBA
Geschäftsführender Gesellschafter der RECARO Holding GmbH, Stuttgart

DR. RICHARD REBMANN
Geschäftsführer der Südwestdeutschen Medien Holding GmbH, Stuttgart

FRANK REIMOLD
Direktor, Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg, Karlsruhe

DIPL.-BETRIEBSWIRT
CLEMENS ROSENSTIEL
bis 31.12.2013
Friedenweiler

DIPL.-ING. ULRICH RUETZ
bis 31.12.2013
Ludwigsburg

DR. THOMAS SCHÄUBLE
bis 03.01.2013
Alleinvorstand der Badischen Staatsbrauerei Rothaus AG, Grafenhausen-Rothaus

PROF. H. C. DIPL.-ING.
KARL SCHLECHT
Senator h. c., Vorsitzender des Vorstands der Karl Schlecht-Gemeinnützige Stiftung (K.S.G.), Aichtal

DIPL.-KFM. EDUARD SCHLEICHER
Persönlich haftender Gesellschafter der SCHWENK Zement KG, Ulm

DR. STEFAN SCHMALE
ab 01.01.2014
Geschäftsführer der Paulaner Brauerei GmbH & Co. KG, München

DIPL.-BETRIEBSWIRT
MARTIN SCHOMAKER
Vorsitzender des Vorstands der R. Stahl AG, Waldenburg

DR. ROBERT SCHULER-VOITH
Geschäftsführender Gesellschafter der Mercura Capital GmbH, München

DIETER SCHWARZ
Generalbevollmächtigter der Unternehmensgruppe Schwarz, Neckarsulm

HEINZ SEIFFERT
Landrat des Alb-Donau-Kreises, Ulm

HUBERT SEITER
Erster Direktor, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg, Stuttgart

DR. ALEXANDER SELENT
Stv. Vorsitzender des Vorstands der FUCHS PETROLUB AG, Mannheim

ARMIN SOHLER
bis 31.12.2013
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, AHS-Treuhand+Consult GmbH, Heilbronn

DR. STEFAN SOMMER
Vorsitzender des Vorstands der ZF Friedrichshafen AG, Friedrichshafen

THOMAS SPITZENPFEIL
ab 01.01.2014
Mitglied des Vorstands der Carl Zeiss AG, Oberkochen

DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM
Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hugo Kern und Liebers GmbH & Co., Schramberg

DIPL.-ING. HANS PETER STIHL
Honorargeneralkonsul von Singapur, Persönlich haftender Gesellschafter der STIHL Holding AG & Co. KG, Waiblingen

DR. H. C. MULT. SYBILL STORZ
bis 31.12.2013
Geschäftsführerin der KARL STORZ GmbH & Co. KG, Tuttlingen

DR. H. C. ERWIN TEUFEL
Ministerpräsident a. D., Spaichingen

DIPL.-KFM. MARIO TRUNZER
Geschäftsführer der Liebherr-Werk Ehingen GmbH, Ehingen

BODO UEBBER
Mitglied des Vorstands der Daimler AG, Stuttgart

DR. H. WERNER UTZ
Vorsitzender des Vorstands der Uzin Utz AG, Ulm

UDO J. VETTER
Gesellschafter der Vetter Pharma Fertigung GmbH & Co. KG, Ravensburg

HANS-PETER VILLIS
bis 31.12.2013
Castrop-Rauxel

OLIVER VOERSTER
Geschäftsführender Gesellschafter der Koch, Neff & Volckmar GmbH, Stuttgart

S. D. JOHANNES FÜRST ZU WALDBURG-WOLFEGG UND WALDSEE
Wolfegg

S. E. ERICH ERBGRAF
VON WALDBURG-ZEIL
Leutkirch

THEKLA WALKER
Stadträtin, Stuttgart

DIPL.-ING. SIEGFRIED WEISHAUPT
bis 31.12.2013
Geschäftsführender Gesellschafter der Max Weishaupt GmbH, Schwendi

MATTHIAS WISSMANN
bis 31.12.2013
Bundesminister a. D., Rechtsanwalt, Präsident des Verbands der Automobilindustrie e. V., Partner der Rechtsanwaltskanzlei Wilmer Cutler Pickering Hale and Dorr LLP, Berlin

RUDOLF F. WOHLFARTH
Vorsitzender der Geschäftsleitung der Emil Frey Gruppe Deutschland, Stuttgart

DR. STEFAN WOLF
ab 01.01.2014
Vorsitzender des Vorstands der ElringKlinger AG, Dettingen/Erms

ULRICH-BERND WOLFF VON DER SAHL
Vorsitzender der Vorstände der SV SparkassenVersicherung, Stuttgart

S. K. H. FRIEDRICH HERZOG
VON WÜRTTEMBERG
Friedrichshafen

DIPL.-ING. JÜRGEN ZEEB
Stadtrat, Stuttgart

DIPL.-VOLKSWIRT
ARTHUR J. ZIMMERMANN
Mitglied des Aufsichtsrats der Ernst Klett Aktiengesellschaft, Stuttgart

PROF. DR. DR. H. C. WALTHER ZÜGEL
Stuttgart

Kundenbeirat der Rheinland-Pfalz Bank.

Vorsitzender.

KARL MANFRED LOCHNER
Mitglied des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

DIPL.-WIRTSCH.-ING. WOLFGANG BAUER
Vorsitzender des Vorstands
Dyckerhoff AG, Wiesbaden

BERNHARD BECK
Sprecher des Vorstands
Veritas AG, Gelnhausen

DR. GERHARD F. BRAUN
Präsident Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, Mainz

KEVIN BROCK
CFO JF Hillebrand Group AG, Mainz

DR. ALBERT CHRISTMANN
Persönlich haftender Gesellschafter
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

DIETMAR CLAUSEN
CFO
Zschimmer & Schwarz GmbH & Co. KG, Lahnstein

DR. KARL-HEINZ ENGEL
Vorsitzender der Geschäftsführung
Hochwald Foods GmbH, Thalfang

KAI-UWE HEUER
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
DEG Alles für das Dach eG, Koblenz

ALBRECHT HORNBACH
Vorsitzender des Vorstands
Hornbach Holding Aktiengesellschaft, Neustadt an der Weinstraße

DETLEF W. HÜBNER
Mitglied des Vorstands, Geschäftsführender Mehrheitsgesellschafter Deufol SE, Hofheim am Taunus

DIPL. OEC. AGR. FRED JUNG
Vorstand Juwi Holding AG, Wörrstadt

DR. JOHANN CHRISTIAN MEIER
Mitglied der Geschäftsführung
Schütz GmbH & Co. KgaA, Selters

WOLFGANG MOYSES
Vorsitzender des Vorstands
Simona AG, Kirn

ALFRED MÜLLER
Geschäftsführer Finanzen & Verwaltung
Bitburger Braugruppe GmbH, Bitburg

DR. RALF MURJAHN
Vorsitzender der Geschäftsführung Deutsche Amphibolin-Werke von Robert Murjahn Stiftung & Co KG, Ober-Ramstadt

GEORG NOLTE
Gesellschafter Nolte-Group, Germersheim

RICHARD PATZKE
Hauptgeschäftsführer Industrie- und Handelskammer Rheinhessen, Mainz

KLAUS RÜBENTHALER
Mitglied des Vorstands Schott AG, Mainz

UNIV.-PROF. DR. RER. NAT. HELMUT J. SCHMIDT
Präsident Technische Universität Kaiserslautern, Kaiserslautern

PROF. DR. W. EDELFRIED SCHNEIDER, WP, STB
Geschäftsführender Gesellschafter
Dr. Dienst & Partner GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft, Koblenz

DR. ERNST F. SCHRÖDER
Persönlich haftender Gesellschafter
Dr. August Oetker KG, Bielefeld

CARSTEN SCHRUCK
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Westfleisch eG, Münster

DR. MICHAEL SCHUPPLI
Mitinhaber u. a. Helvetic Grundbesitz Verwaltung GmbH, Wiesbaden

INGO STEINEL
Geschäftsführender Gesellschafter
STEINEL GmbH, Herzebrock-Clarholz

PETER STEINER
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Wiesbaden

MARKUS STÜTTGEN
CFO
Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein Main eG, Köln

HANS JOACHIM SUCHAN
Verwaltungsdirektor
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz

DIPL.-KFM. MORITZ J. WEIG
Geschäftsführer
Moritz J. Weig GmbH & Co. KG, Mayen

ANTON WERHAHN
Sprecher des Vorstands
Wilh. Werhahn KG, Neuss

Kundenbeirat Sachsen Bank.

Vorsitzender.

MICHAEL HORN
Stv. Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

Mitglieder.

DR. ING. E. H. FRANK H. ASBECK
Vorsitzender des Vorstands der SolarWorld AG, Bonn

LOTHAR BAUER
Geschäftsführer der Igepa Großhandel GmbH, Landsberg

PROF. DR. RER. POL. HABIL. DR. H. C. ULRICH BLUM
Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik und -forschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle

DR. FRANK BRINKEN
CEO der StarragHeckert AG, Rorschacherberg, Schweiz

CARSTEN DIETMANN
Geschäftsführer der Dresdner Druck und Verlagshaus GmbH & Co. KG, Dresden

RÜDIGER GESERICK
Vorsitzender der Geschäftsführung der SKW Stickstoffwerke Piesteritz GmbH, Lutherstadt Wittenberg

STEFFEN IRMSCHER
Steuerberater der Steuerkanzlei Irmscher & Freyboth, Dresden

MICHAEL KEITZ
Geschäftsführer der QSIL GmbH Quarzschmelze Ilmenau, Langewiesen

MARTIN KRENGEL
Vorsitzender der Geschäftsführung der WEPA Industrieholding SE, Arnsberg

AXEL KRUPP
Geschäftsführer der Hermes Schleifkörper GmbH, Dresden

HENRY KULNICK
Geschäftsführer der Lorenz Nuss GmbH, Kreba-Neudorf

DR. FRANK LÖSCHMANN
SisTeam Group, Dresden

PROF. DR.-ING. E. H. HANS J. NAUMANN
Geschäftsführender Gesellschafter der Niles-Simmons-Hegenscheidt GmbH, Chemnitz

FRANK ORSCHLER
Geschäftsführer der Königsee Implantate GmbH, Allendorf

DR.-ING. LUTZ PETERMANN
Geschäftsführer der FAM Magdeburger Förderanlagen und Baumaschinen GmbH, Magdeburg

HOLGER RAITHEL
Geschäftsführer der Kahla/Thüringen Porzellan GmbH, Kahla

UWE REINECKE
Geschäftsführer der Schmiedewerke Gröditz GmbH, Gröditz

JÜRGEN RIESTER
Geschäftsführer der GFC AntriebsSysteme GmbH, Coswig

MARTIN RÖDER
Geschäftsführender Gesellschafter der Gelenkwellenwerk Stadtilm GmbH, Stadtilm

BERNHARD ROTHENBERGER
Geschäftsführender Gesellschafter der Auerbachs Keller Rothenberger Betriebs GmbH, Leipzig

GÖRGE SCHEID
Rechtsanwalt/Fachanwalt für Insolvenzrecht, Leipzig

DIPL.-PHYS. ROBIN SCHILD
President und CEO der VON ARDENNE GmbH, Dresden

CHRISTOPH SCHMELTER
Geschäftsführer der DMI GmbH & Co. KG, Münster

DR. ANDREAS SPERL
Geschäftsführer der Elbe Flugzeugwerke GmbH, Dresden

DIPL.-WIRT.-ING. WOLFGANG TOPF
Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Leipzig

JÜRGEN TSCHIRNER
Geschäftsführer der LSL GmbH, Ein Unternehmen der Haufe Gruppe, Leipzig

THOMAS WEIDINGER
Rechtsanwalt der Kanzlei Weidinger/Richtscheid Rechtsanwälte, Leipzig

DR.-ING. FLORIAN WENDT
Geschäftsführer der ACTech GmbH, Freiberg

MEHR INFORMATIONEN ÜBER DIE LANDESBANK BADEN-WÜRTTEMBERG

LBBW

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landesbank Baden-Württemberg

Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart

www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Der Geschäftsbericht erscheint auch in englischer Sprache.

Konzeption & Realisation:
Landesbank Baden-Württemberg

Erstellt mit FIRE.sys

Druck:
W.Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart

ZERTIFIZIERUNGEN

Dieser Geschäftsbericht wurde auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.

FSC
www.fsc.org
MIX
Aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C016267

Print CO2 kompensiert
Id-Nr. 1436268
www.bvdm-online.de

Der LBBW-Konzern im Überblick.

Landesbank Baden-Württemberg (LBBW).

Die LBBW ist eine Universal- und Geschäftsbank, die – zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank – in bundesweit rund 200 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten eines modernen Kreditinstituts bietet.

In ihrer strategischen Ausrichtung konzentriert sich die LBBW auf ihr kundenorientiertes Kerngeschäft mit Wachstumsperspektiven, insbesondere in den Regionen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen sowie den jeweils angrenzenden Gebieten. Im Mittelpunkt der Geschäftstätigkeit stehen dabei die dortigen Unternehmens- und Privatkunden sowie die Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Kundenbegleitendes Auslandsgeschäft ergänzt das Geschäftsmodell.

Als Dach des LBBW-Konzerns nimmt die LBBW (Bank) innerhalb des Konzerns die Steuerungsfunktion wahr. Darüber hinaus sind hier das Geschäft mit überregional bzw. international agierenden Großkunden, die Immobilienfinanzierung, das Kapitalmarktgeschäft sowie die Sparkassenzentralbankfunktion für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen angesiedelt.

Baden-Württembergische Bank (BW-Bank).

Im Kundenportfolio der BW-Bank finden sich Unternehmens- und Privatkunden mit Schwerpunkt im Kernmarkt Baden-Württemberg; selektiv werden Unternehmenskunden auch in Bayern betreut. Der Fokus der BW-Bank liegt auf Unternehmen des Mittelstands und gehobenen Privatkunden. Darüber hinaus betreut sie hochvermögende Kunden im Wealth Management.

Innerhalb der Landeshauptstadt Stuttgart kommt der BW-Bank die Funktion einer Stadtsparkasse zu.

Rheinland-Pfalz Bank.

Der besondere Fokus der Rheinland-Pfalz Bank liegt auf dem Mittelstandsgeschäft in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Daneben betreut sie gehobene Privatkunden in ihrem Kernmarkt Rheinland-Pfalz sowie den angrenzenden Regionen.

Sachsen Bank.

In der Sachsen Bank bündelt der LBBW-Konzern sein mittelständisches Unternehmenskunden- und das gehobene Privatkundengeschäft in Sachsen und den angrenzenden Wirtschaftsräumen.

Weitere Konzernunternehmen.

Auf bestimmte Geschäftsfelder wie Leasing, Factoring, Asset Management, Immobilien oder Beteiligungsfinanzierung spezialisierte Tochterunternehmen diversifizieren und ergänzen das Leistungsportfolio der LBBW.

Landesbank Baden-Württemberg
Hauptsitze

Stuttgart
70144 Stuttgart
Am Hauptbahnhof 2
70173 Stuttgart
Telefon 0711 127-0
Telefax 0711 127-43544
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Karlsruhe
76245 Karlsruhe
Ludwig-Erhard-Allee 4
76131 Karlsruhe
Telefon 0721 142-0
Telefax 0721 142-23012
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mannheim
Postfach 10 03 52
68003 Mannheim
Augustaanlage 33
68165 Mannheim
Telefon 0621 428-0
Telefax 0621 428-72591
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

Mainz
55098 Mainz
Große Bleiche 54–56
55116 Mainz
Telefon 06131 64-37800
Telefax 06131 64-35701
www.LBBW.de
kontakt@LBBW.de

LBBW